



# ***GREEN DEAL***



***Chance für EU und Afrika?***

**JAHRBUCH 2021**



## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Verband angestellter Akademiker und leitender  
Angestellter der chemischen Industrie e. V. (VAA)  
Mohrenstraße 11 – 17  
50670 Köln

### **Redaktionsleitung**

Klaus Bernhard Hofmann

### **Redaktion**

Klaus Bernhard Hofmann, Timur Slapke,  
Ursula Statz-Kriegel, Simone Leuschner

### **Gestaltung und Satz**

Ina Brocksieper

### **Druck**

Köllen Druck + Verlag GmbH

# ***VAA-JAHRBUCH 2021***

*Green Deal: Chance für EU und Afrika?*

# ***INHALT***

<b>Vorwort von Dr. Birgit Schwab</b> 1. Vorsitzende des VAA	<b>10</b>
<b>Grußwort von Armin Laschet</b> Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen	<b>14</b>
<b>Geleitwort von Stephan Gilow</b> Hauptgeschäftsführer des VAA	<b>18</b>
<b>„EURAFRIKA“</b>	<b>22</b>
<b>Einführung von Klaus Bernhard Hofmann</b> „Afrika und Europa: Nicht ohne einander“	<b>24</b>
<b>Dr. Prinz Asfa-Wossen Asserate</b> Afrika – unser Nachbarkontinent zwischen Aufbruch und Stagnation	<b>36</b>
<b>Christoph Kannengießer im Interview</b> „Deutschland muss sich nicht verstecken in Afrika“	<b>44</b>
<b>Hendrik Kafsack, F.A.Z.</b> „Wir haben gemeinsame Leuchtturmprojekte definiert“	<b>52</b>
<b>DIE BEDEUTUNG DES GREEN DEALS FÜR DIE EU-AFRIKA-BEZIEHUNG</b>	<b>58</b>
<b>Bundesminister Dr. Gerd Müller im Interview</b> „Afrika braucht afrikanische Lösungen“	<b>60</b>
<b>Dr. Ursula von der Leyen im Interview</b> Von der Leyen wünscht sich afrikanischen Green Deal	<b>64</b>
<b>Deutsches Institut für Entwicklungspolitik Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge im Interview</b> „Eurafrika: der europäische Green Deal und Afrika“	<b>66</b>

---

<b>European Think Tanks Group</b>	
Grüne Transitionen in Afrika-Europa-Beziehungen: Welche Rolle spielt der europäische Green Deal?	<b>72</b>
<hr/>	
<b>Günter Nooke</b>	
„Ich will nicht, dass Amerika und China Afrika unter sich aufteilen“	<b>84</b>
<hr/>	
<b>Prof. Dr. Bernard Wagemann, Hochschule Neu-Ulm</b>	
Afrika – Schicksalskontinent für Europa?	<b>92</b>
<hr/>	
<b>Anne Lauenroth, iwd im Interview</b>	
„Afrika ist ein Kontinent der Chancen“	<b>102</b>
<hr/>	
<b>Martin A. Schoeller, Schoeller Group</b>	
Wo sich der Kampf ums Klima entscheidet	<b>108</b>
<hr/>	
<b>Dr. Jörg Schmid im Interview</b>	
„Der CO <sub>2</sub> -Grenzausgleich ist unumgänglich“	<b>114</b>
<hr/>	
<b>Hildegard Müller, Verband der Automobilindustrie</b>	
E-Fuels und der Green Deal – jetzt Energiepartnerschaften mit Afrika ausbauen	<b>118</b>
<hr/>	
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>	<b>122</b>
<hr/>	
<b>Uwe Feiler, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft</b>	<b>124</b>
Nachhaltige Transformation der Landwirtschaft in Afrika: Warum wir gemeinsam handeln müssen	
<hr/>	
<b>Matthias Berninger, Klaus Eckstein, Bayer AG</b>	
Der European Green Deal und die Gefahr einer eurozentrischen Klima-Brille	<b>130</b>
<hr/>	

---

<b>Saori Dubourg, Katja Scharpwinkel, BASF SE</b> Die gemeinsame Grundlage für eine nachhaltige afrikanisch-europäische Zukunft – wie der Green Deal europäische Werte neu definiert	<b>140</b>
<b>Dr. Donal Brown im Interview</b> Vom Hof auf den Tisch statt von der Hand in den Mund	<b>144</b>
<b>Jean-François Billot im Interview</b> „Auf dem afrikanischen Kontinent gibt es ein erhebliches Potenzial für die ökologische Landwirtschaft“	<b>148</b>
<b>HANDEL UND ZIRKULÄRE WIRTSCHAFT</b>	<b>154</b>
<b>Manja Wühr</b> Green Deal und Horizon Europe – der Weg zu einer europäischen Kreislaufwirtschaft	<b>156</b>
<b>ENERGIE</b>	<b>162</b>
<b>KfW, GIZ, IRENA, BMWi</b> Energiewende Afrika	<b>164</b>
<b>Bah F. M. Saho im Interview</b> „Die ECOWAS-Region muss einen selbsttragenden regionalen Energiemarkt entwickeln“	<b>172</b>
<b>Prof. Dr. Elmar Steurer, Hochschule Neu-Ulm</b> Beitrag zur Elektrifizierung Landwirtschaft	<b>178</b>
<b>BDEW-Magazin Zweitausend50</b> Grüner Wasserstoff aus Afrika mit Technik aus Deutschland	<b>186</b>
<b>Torsten Schreiber, Africa GreenTec AG</b> Africa GreenTec: Strom ist der Anfang von allem	<b>190</b>

---



---

<b>Nicolas Rohrer, Asantys Systems GmbH</b> „Das Interesse internationaler Investoren am Minigrid-Bereich in Afrika wächst stetig“	<b>194</b>
<b>Karl Benno Nagy, Kabena Group</b> PlantBlue – Homa Bay Biogas	<b>198</b>
<b>CHEMISCHE INDUSTRIE</b>	<b>206</b>
<b>Jörg Wojahn, Europäische Kommission</b> Nachhaltigkeit und internationale Industrieführerschaft – die EU-Chemikalienstrategie und der Zero-Pollution-Aktionsplan	<b>208</b>
<b>Marco Mensink, European Chemical Industry Council</b> „Technologische Entwicklungen sind für die europäische Industrie entscheidend“	<b>214</b>
<b>Dr. Wolfgang Große Entrup, Verband der Chemischen Industrie</b> Der Green Deal braucht und verändert die Chemie	<b>220</b>
<b>Dr. Jörg Schmid, Camelot Management Consultants</b> Der europäische Green Deal – Chance oder Belastung für die Afrika-EU-Beziehungen?	<b>224</b>
<b>Zhengrong Liu und Julia Beier, Beiersdorf AG</b> Es sind immer die Menschen, die Brücken bauen	<b>234</b>
<b>Dr. Kai Beckmann, Merck KGaA</b> Merck und Afrika kommt!	<b>242</b>

---

---

<b>GESELLSCHAFT UND STAKEHOLDER</b>	<b>248</b>
<b>Mirjam Zimmermann, GIZ</b> AFRIKA KOMMT! baut Brücken	<b>250</b>
<b>Pierre Nasser, B. Braun AG</b> B. Braun in Afrika – die Chancen überwiegen die Risiken	<b>256</b>
<b>Rebecca Trienekens-Domrös, Trienekens</b> Wer etwas ändern will, muss etwas tun	<b>262</b>
<b>Marcus Wiemann, EU Tech Chamber</b> Entwicklung zweckmäßiger Technologielösungen zur Stärkung Afrikas	<b>272</b>
<b>Nico Peterschmidt, Inensus</b> KeyMaker-Modell für das ländliche Afrika	<b>276</b>
<b>Maria-Christiana von Habsburg, Mary's Meal</b> Einsatz für Kinder in Afrika	<b>280</b>
<b>Hugo Mallet-Guy</b> Menkao	<b>284</b>
<b>DER VAA</b>	<b>288</b>
<b>Vorstellung des Verbandes</b>	<b>290</b>

---



**DR. BIRGIT SCHWAB**  
**1. Vorsitzende des VAA**

*Foto: Georg Willmerding – Wacker Chemie AG*

# VORWORT

## **WAS BEDEUTET DER EUROPEAN GREEN DEAL FÜR DIE AFRIKA-EU-BEZIEHUNGEN?**

Schon seit der Gründung der Europäischen Union war den handelnden Personen in Politik und Wirtschaft die Bedeutung des afrikanischen Kontinents für die Entwicklung Europas bewusst. Eine Schlussfolgerung des Schuman-Plans vom 9. Mai 1950 lautete: „Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils.“

In der politischen Rhetorik war schnell von „Eurafrika“ die Rede, einem Begriff, der in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts geprägt worden war. Konrad Adenauer sprach von einer „Vision für Eurafrika“. Auch das Ausland war davon fasziniert. Die *New York Times* nannte Eurafrika einen „Traum, der Realität werden kann und vielleicht Realität werden muss, wenn die Welt einen anderen und größeren Holocaust verhindern will“.

Doch steht dieses abstrakte Wissen um die Bedeutung der Beziehungen zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent häufig im Gegensatz zur geringen Größenordnung des konkreten Handelns. Afrika erscheint weit weg – die große Transformation, die zurzeit auf vielen Ebenen in Afrika stattfindet, wird von der EU nicht immer wirklich antizipiert.

Vielmehr sieht es danach aus, als würde die geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung Afrikas in China besser verstanden als beim unmittelbaren Nachbarn Europa. Seit dem Jahr 2000 investiert China jedes Jahr rund 20 Milliarden US-Dollar in Schlüsselprojekte, die für Afrika wertvoll sind. Es ist zu hoffen, dass auch die EU erkennt, was Afrika global für die Weltgemeinschaft bedeutet beziehungsweise bedeuten kann und dass dieser Erkenntnis auch die entsprechende Handlungsbereitschaft folgen wird.

Ein Ansatzpunkt und großer Hebel könnte dabei das Jahrhundertprojekt der EU sein: der European Green Deal und die Veränderung

des europäischen Wirtschaftsmodells in Richtung Nachhaltigkeit. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) verweist zu Recht darauf, dass zurzeit in Brüssel der Green Deal vor allem als europäisches Projekt diskutiert wird. Zunehmend mache sich die Erkenntnis breit, dass die EU ihre Ziele nur dann erreichen kann, wenn sie starke internationale Partnerschaften aufbaut, die dazu beitragen, nachhaltige Handelsbeziehungen und grüne Traditionen global zu fördern.

Auch die Partnerschaft mit Afrika ist dabei maßgeblich. Die Autoren des DIE nennen drei Bereiche, die beim Green Deal für die Afrika-EU-Beziehungen eine besondere Rolle spielen. Erstens sei die Zusammenarbeit bei der Energiewende zentral. Zweitens müssten Handelsbeziehungen umgestaltet und eine Kreislaufwirtschaft entwickelt werden. Und drittens sei mehr Resilienz und nachhaltige Transformation in der Landwirtschaft erforderlich.

Die Themen liegen auf dem Tisch: Energiewende, Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, zirkuläres Wirtschaften, nachhaltige Transformation der Landwirtschaft, nachhaltige Ernährung und nachhaltige Rohstoffausbeute. Und diese Themen sind für die chemisch-pharmazeutische Industrie alle von Bedeutung.

Auch geht es für Deutschlands größtem Führungskräfteverband um die Frage, wie stark das Thema schon in den Köpfen der Führungskräfte verankert ist. Was tun Führungskräfte in deutschen Unternehmen auf welchen Gebieten, um das Potenzial Afrikas zu erkennen und zu fördern? Die großen Unternehmen unserer Industrie sind global aufgestellt. Wie agieren sie vor Ort? Wie schulen sie Führungskräfte vor Ort? Wie funktioniert der Erfahrungs- und Kompetenzaustausch?

Es geht um Kapazitätsaufbau und um Kompetenzübertragung. Es geht um technologische und um soziale Innovation. Und ganz sicher auch um die Frage, wie und was das Management in Deutschland vom Management in Afrika lernen kann.

Viele Gründe für den VAA, sich in seinem Jahrbuch 2021 mit „Eurafrika“ zu beschäftigen und dabei besonders die Bedeutung des Green Deals für die Afrika-EU-Beziehungen zu beleuchten. Damit dürfte der Verband ein Thema aufgreifen, das nach der Verabschiedung der neuen EU-Strategie für Afrika durch das Europäische Parlament von hoher Aktualität ist.





**ARMIN LASCHET**  
*Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen*

*Foto: Land NRW – Laurence Chaperon*

# GRUSSWORT

Im vergangenen Jahr hat die Coronakrise schonungslos offengelegt, wie groß unsere Abhängigkeit von reibungslos funktionierender globaler Arbeitsteilung und eng miteinander verzahnten Warenströmen aus aller Welt ist. Die Folge: Elementare Güter wie OP-Masken fehlten, um sich und andere vor einem mikroskopisch kleinen Krankheitserreger zu schützen. Operationen mussten verschoben, in Windeseile Behelfsmasken produziert werden und viele Unternehmen waren gezwungen, kurzfristig auf Lieferengpässe zu reagieren oder ihre Produktion gänzlich umzustellen. Kurzum: Ein lokales Ereignis konnte sich innerhalb weniger Wochen zu einer globalen Pandemie und damit auch zu einer Bewährungsprobe für unsere Volkswirtschaft entwickeln.

Doch welche Lehren können und müssen wir daraus für die Zukunftsfragen unserer Zeit ziehen - gerade im Hinblick auf die drängendste Aufgabe unserer Generation: die Bekämpfung des Klimawandels?

Ein Rückfall in nationale Reflexe – wie es leider während der Pandemie zu beobachten war – ist keine Option, um das Schmelzen der Polkappen, die Häufung von Extremwetterereignissen und den Klimawandel insgesamt zu stoppen. Denn die Herausforderungen unserer Zeit kann der einzelne Nationalstaat unmöglich im Alleingang bewältigen. Die Einhaltung der Pariser Klimaziele sowie die Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft hin zu nachhaltiger Entwicklung und Klimaneutralität sind eine Mammutaufgabe, für deren Umsetzung es einer globalen Kraftanstrengung bedarf.

Mit dem „Green Deal“ hat die Europäische Kommission nicht nur einen Fahrplan ausgegeben, wie sich die Europäische Union dieser Generationenaufgabe stellt, sondern auch ein klares Ziel formuliert, an dem wir uns messen lassen müssen: Klimaneutralität bis 2050. In Deutschland wollen wir dieses Ziel sogar fünf Jahre früher erreichen. Das ist ein wichtiges Signal und ein Schritt in die richtige Richtung für eine lebenswerte Zukunft, in der ambitionierter Klimaschutz, sozialverträgliche Energiewende und industrielle Wettbewerbsfähigkeit konsequent zusammengedacht werden. Dieser gesamtheitliche Ansatz spiegelt sich auch im „Just Transition Fund“ der EU wider, durch den diejenigen Regionen besonders unterstützt werden, die



besonders früh und besonders umfassend vom Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft betroffen sind. Allen voran ist hier das Rheinische Revier zu nennen, das mit rund 70 Prozent den bundesweit größten Anteil der CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2029 übernimmt.

Nun gilt es, den Green Deal und die Transformation der modernen Industriegesellschaft als Chance zu begreifen. Denn auch in Zukunft werden wir Industriebetriebe, Industrieerzeugnisse und Industriearbeitsplätze brauchen. Sie sollen auch in Zukunft unser Land stark machen und Wohlstand sichern. Die entscheidende Frage lautet nun, wie bestehende Prozesse klimaneutral gestaltet werden können. Und so wie wir beim grünen Stahl oder der Brennstoffzellenentwicklung unter Hochdruck an klimaneutralen Fertigungs- und Energiegewinnungsprozessen forschen, können Umwelt- und Klimaschutz für viele weitere Bereiche als Treiber für Innovationen und Modernisierung fungieren. Gerade für Nordrhein-Westfalen mit seiner einzigartigen Verdichtung von Know-how aus Aluminium-, Stahl- und chemischer Industrie ergeben sich hierfür riesige Potenziale und Exportchancen durch die weltweit steigende Nachfrage nach modernen, energieeffizienten Technologien oder nach innovativen Produkten und Dienstleistungen für effektiven Klimaschutz.

Wenn wir diese Potenziale nutzen wollen, braucht es ein starkes Europa, das seinem internationalen Anspruch als Klimavorreiter gerecht wird und in dem Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gemeinsam auf einen europäischen Standard für die Verbindung von Klimaschutz, Wertschöpfung und den Erhalt von Industriearbeitsplätzen hinwirken. Für dieses gemeinsame Ziel braucht es Anreize und keine Verbote. Denn dem globalen Klima wäre nicht geholfen, wenn industrielle Produktionsstätten in Länder mit geringeren Umweltstandards abwandern. Deshalb arbeiten wir darauf hin, Nordrhein-Westfalen, basierend auf über 200 Jahren Industriegeschichte, zum modernsten und umweltfreundlichsten Industriestandort Europas zu entwickeln.

Mehr noch: Deutschland insgesamt braucht ein Modernisierungsjahrzehnt! Dafür müssen wir bei den staatlichen Strukturen ansetzen. Nur mit einer schlanken und effizienten Verwaltung sowie umfassender Digitalisierung auf allen Ebenen kann und wird es uns gelingen, die deutsche Wirtschaft wirksam von bürokratischem Ballast zu befreien und ihr volles Innovationspotenzial zu entfesseln. Neben umfangreichen Investitionen ist diese grundlegende staatliche Weichen-

stellung eine Grundvoraussetzung dafür, dass die 20er Jahre von einem modernen Innovationsklima und einer neuen Gründerzeit geprägt werden, sodass sich traditionelle Industrien durch nachhaltige Innovationen zu Zukunftstechnologien entwickeln können.

Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, geht Nordrhein-Westfalen beispielsweise mit dem bundesweit ersten Klimaanpassungsgesetz voran. Es verpflichtet dazu, bei allen politischen Entscheidungen und kommunalen Planungsvorhaben einen Klimaanpassungs-Check vorzunehmen. Mit derselben Konsequenz muss die Europäische Union den Klimaschutz auch auf internationaler Ebene zum Maßstab außenpolitischen Handelns erheben. So wie wir insgesamt eine einheitliche europäische Außenpolitik brauchen, ebenso wie im Übrigen einen starken europäischen Wirtschaftskommissar.

An Afrika – einem Kontinent mit über 55 Ländern, 1,2 Milliarden Menschen und einigen der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften weltweit – führt kein Weg vorbei. Europa muss ein Interesse daran haben, dass auch die afrikanischen Staaten die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung stellen. Das betrifft beispielsweise den Ausbau der Solarenergie und die Produktion von grünem Wasserstoff, deren Potenziale gerade in Afrika gewaltig sind. Internationaler Klimaschutz und die Entstehung von Arbeitsplätzen vor allem auch für junge Menschen lassen sich auf diese Weise verbinden. Nur so kann der Green Deal sein volles Wirkungspotenzial entfalten und über die Europäische Union hinaus nachhaltige Akzente für den Klimaschutz und die globale Entwicklung setzen.

Wir stehen vor einem Epochenwechsel des internationalen Machtgefüges, dessen Wucht nicht zuletzt angesichts der offensiven Einflussnahme Chinas auf dem afrikanischen Kontinent immer deutlicher wird. Darauf müssen wir reagieren, statt untätig zuzusehen. Wir müssen Europa insgesamt stärken, damit es uns gelingt, mit europäischen Positionen und Werten – aber natürlich auch mit unseren (technologischen) Standards – auf internationaler Bühne zu bestehen. Die Zeit zum Handeln für eine lebenswerte Zukunft ist jetzt. Dafür braucht es mehr Europa und mehr globale Zusammenarbeit.



**STEPHAN GILOW**  
*Hauptgeschäftsführer des VAA*

Foto: VAA

# GELEITWORT

## **DIE FÜHRUNGSKRÄFTE, DER GREEN DEAL UND DER AUSTAUSCH MIT AFRIKA**

***Europa und Afrika haben die historische Chance, näher zusammenrücken. Der European Green Deal macht das möglich. Im Zuge von Klimaschutzprojekten lernen beide Seiten interkulturell voneinander und auf Augenhöhe. Ein neues Niveau der Verständigung entsteht. Und in der Folge gewinnen Unternehmen an Diversität und Reputation.***

Interkulturelle Kompetenz gehört in jedem Konzern, in jedem Unternehmen mit einem nur gewöhnlichen Internationalisierungsgrad zum Rüstzeug aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Schließlich werden die Belegschaften diverser, weil Unternehmen wissen: Vielfalt bereichert, befeuert die Innovationslust. Von dort ist es bis zum Geschäftserfolg nicht mehr weit. Vielfalt meint aber nicht nur einen höheren Frauenanteil, sondern auch einen ernst zu nehmenden Nationalitätenmix. Staatsangehörige aus afrikanischen Ländern sind heute in deutschen Unternehmen noch deutlich in der Unterzahl gegenüber etwa denen aus Asien. Und erst recht gegenüber Menschen vom europäischen Kontinent.

Ein Ansatzpunkt, ja ein großer Hebel, das zu ändern, könnte das Jahrhundertprojekt der EU sein: der European Green Deal und die Veränderung des europäischen Wirtschaftsmodells in Richtung Nachhaltigkeit. Sich gemeinsam für eine gute Sache einzusetzen: Was gibt es da Besseres als den Klimaschutz? Und dies ist eine Chance en passant ein bedeutenderes kulturelles Niveau der Verständigung zu gewinnen. Die Führungskräfte der chemisch-pharmazeutischen Industrie haben die große Chance, Vorreiter dabei zu sein und den Weg für andere freizumachen.

Einige Unternehmen unserer Branche haben sich des Themas schon angenommen und sind damit Vorreiter geworden. Berichte darüber finden Sie in diesem Jahrbuch. Der VAA wird die Plattform bieten,

damit die Mitglieder, die Führungskräfte untereinander den Dialog initiieren und pflegen können. Der VAA wird das Thema vorantreiben und den Mentalitätswechsel begleiten. Der ehemals kolonialistische und protektionistische Ansatz ist Geschichte. An seine Stelle ist der partnerschaftliche Ansatz auf Augenhöhe getreten: Jeder Akteur muss auch die Rolle des anderen in seinem Kalkül berücksichtigen. Denn jeder persönliche Austausch zwischen Europa und Afrika vermittelt differenzierte Einblicke in die jeweiligen Länder und fördert das gegenseitige interkulturelle Verständnis.

Die deutschen Führungskräfte hinterfragen Prozesse und Strukturen in Afrika – und umgekehrt. Beide Seiten lernen voneinander, verbreitern das Wissen in den Unternehmen. Die chemische Industrie kann so zu einem Trendsetter innerhalb Deutschlands werden – und deren Arbeitgeber haben die große Chance, an Reputation in Zeiten des Fachkräftemangels zuzulegen. Manche Unternehmen sind vorangegangen, andere werden folgen. Auch die Politik ist gefragt, über ihren Schatten zu springen und die neue EU-Afrika-Strategie endlich umzusetzen. In einem weiteren Schritt werden die Führungskräfte idealerweise zu überzeugten Botschaftern für eine Zusammenarbeit von Europa und Afrika auf Augenhöhe innerhalb der Weltgemeinschaft.

Stephan Gilow  
Hauptgeschäftsführer des VAA





Foto: pagadesign – iStock





# *EURAFRIKA*





**KLAUS BERNHARD HOFMANN**  
***Geschäftsführer Kommunikation VAA***

Nach seiner Tätigkeit für die Europäische Kommission in Brüssel wechselte Klaus Bernhard Hofmann als Sprecher des Wirtschaftsministeriums in die thüringische Landeshauptstadt Erfurt. Ab 2000 war Hofmann Unternehmenssprecher und Leiter Corporate Public Relations/Public Affairs der Schott AG. Für Schott war er Mitglied im Vorstand des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) in Berlin. 2011 gehörte Hofmann als Mitglied zum Kompetenzteam von Julia Klöckner. Er schreibt außerdem für deutsche und französische Medien. Das Präsidiumsmitglied der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit ist seit 2014 beim VAA.

*Foto: VAA*

# AFRIKA UND EUROPA, BITTE NICHT OHNEINANDER

*Afrika und Europa sind grundverschieden. Aber sie brauchen einander. Ob die Herausforderungen nun geopolitischer, pandemischer oder wirtschaftlicher Natur sind, ob sie nun Migration oder Ressourcenknappheit heißen: ohne Afrika wird Europa keine zukunftsträchtigen Antworten finden. Heute ragt der Klimaschutz als Spitzenthema heraus. Ein fairen Interessensausgleich beider Kontinente ist dabei möglich. Allen voran beim Green Deal, der nur durch Partnerschaften ein Erfolg wird. Afrika versus Europa: Viele Autoren beleuchten unterschiedliche Facetten.*

Robert Schuman war seiner Zeit voraus. Im Mai 1950 hatte der damalige Außenminister Frankreichs den sogenannten Schuman-Plan vorgelegt. Der sah bekanntermaßen die Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlindustrie unter dem Dach einer europäischen Behörde vor. Das entscheidende Motiv: Damit sollte der Friede auf dem Kontinent gesichert werden. In dem geschichtsträchtigen Dokument heißt es aber auch: „Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils.“ Afrikanischer Erdteil?

Über 70 Jahre sind seitdem vergangen und der südliche Kontinent hat in dieser Zeit immer wieder Aufsehen erregt. Politisch gesehen war die Entkolonisierung wohl am bemerkenswertesten. Gewiss: Einmal in die Freiheit entlassen, bildeten sich oder verstärkten sich mancherorts autoritäre Regime. Bürgerkriege gehörten ebenfalls zur Geschichte Afrikas wie der Sand in der

Sahara. Und Korruption in der politischen Klasse blühte auf, das Schmiergeld der Herrschaft gilt als eine der Geißeln des Kontinents.

Beeindruckend auch: Die Bevölkerungszahl wuchs bis heute um das Fünffache auf zuletzt 1,3 Milliarden Menschen. 2050 dürften es etwa doppelt so viel sein. Die Schattenseite des rapiden Bevölkerungswachstums: Die absolute Zahl der Armen in Afrika stieg von 278 Millionen auf 413 Millionen. Schätzungen der Weltbank zufolge werden auch 2030 immer noch 20 Prozent aller Menschen südlich der Sahara in Armut leben. Erinnerungen an die schrecklichen Hungersnöte der 1980er-Jahre und die Berichterstattung über Flüchtlinge wollen vor diesem Hintergrund nicht verblassen.

Und trotzdem hat sich die Wirtschaft Afrikas deutlich weiterentwickelt. Nach Jahrzehnten der Stagnation legte der südliche Kontinent ab dem Jahr 2000 den Turbo ein. Aktuell sind unter den Top-10-Ländern mit

den höchsten Zuwachsraten gleich sechs Staaten aus Afrika zu finden, darunter Äthiopien, die Elfenbeinküste und Senegal. Das ergaben Berechnungen des Internationalen Währungsfonds. Diese positive Entwicklung dürfte sich verstetigen. Motor dafür ist vor allem das **Abkommen zur panafrikanischen Freihandelszone AFCFTA**, das seit Anfang 2021 in Kraft ist. Der Vertrag ist ein großer Schritt zu freiem Waren- und Dienstleistungsverkehr auf dem afrikanischen Kontinent, schreibt das **Institut der Deutschen Wirtschaft (IW)**.

Damit entsteht südlich des Mittelmeers ein Wirtschaftsraum mit einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet rund 2 Billionen Euro. „Die AFCFTA ist Teil der Agenda 2063, die 2013 zum 50. Geburtstag der **African Union (AU)** ins Leben gerufen wurde. Und bis 2063 haben jene 54 afrikanischen Länder, die das Abkommen ratifiziert haben, nun Zeit, die vereinbarten Ziele in nationales Recht umzusetzen. Konkret heißt das, Zölle abzubauen, den Handel zu erleichtern, für eine moderne Infrastruktur zu sorgen und die Märkte stärker zu integrieren“, so das IW.

Auf der nördlichen Seite des Mittelmeers besteht seit Anfang der 1990er-Jahre der EU-Binnenmarkt - ein deutlich festerer Zusammenschluss als die recht lockere Form der Freihandelszone AFCFTA. Auch ist die Wirtschaftskraft der EU, wenig verwunderlich, ungleich stärker als von Afrika. 16 Billionen Euro erwirtschaften die Staaten des EU-Wirtschaftsraums aktuell.

Nur nachvollziehbar, dass Europa beim Thema Klimaschutz weiter ist als Afrika.

Und sich ambitionierte Ziele setzt: Bis 2050 will die Europäische Union als erster Kontinent klimaneutral werden und damit die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null reduziert haben. Das Ziel firmiert unter dem Begriff „Green Deal“.

## **GREEN DEAL UND CHEMISCHE INDUSTRIE**

Das Vorhaben kommt in der chemischen Industrie gut an. Aus Umfragen des **CHEMonitors** im April 2021 geht hervor, dass es sich beim Green Deal um eine große Herausforderung, aber ebenso um eine noch größere Chance für die Zukunft handelt. Die Chemie, so ein weiteres Ergebnis von Untersuchungen, ist die am stärksten von allen Industriebranchen betroffenen Branche bei der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit. Dem **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** zufolge betreffen 46 von insgesamt 47 Maßnahmen des Green Deals in unterschiedlichen Politikfeldern direkt oder indirekt die Chemieindustrie. Dennoch sehen die Unternehmen eine historische Chance, in wichtigen Feldern die Technologieführerschaft zu übernehmen. Die Lanxess AG beschrieb schon im VAA-Jahrbuch 2020 die Bedeutung des chemischen Recyclings, Covestro sieht in der Chemie und speziell in der Kunststoffindustrie die Treiber der Kreislaufwirtschaft. Die Bayer AG rief die ökosoziale Marktwirtschaft als alternativlos aus.

Die Ergebnisse der CHEMonitor-Umfrage stimmen froh. 86 Prozent der Befragten würdigten die überragende Bedeutung der Bereitstellung von Mitteln für Forschung und



Foto: Narvikk – iStock

Investitionen für eine gelungene Umsetzung des Green Deals. Klimaneutralität wurde als Wachstumstreiber identifiziert. Welche konkreten Wege dann zum Erfolg führen, dazu gingen die Meinungen auseinander.

Und Afrika? Trotz aller internationalen Appelle und Bemühungen droht die Entwicklung in Afrika sich weiter von Europa abzukoppeln, obwohl Afrika geographisch nah an Europa liegt und in der europapolitischen Diskussion präsent ist. Es ist also Zeit, dass Kräfte gebündelt werden. Es ist Zeit, dass die nächste Stufe einer veritablen Zusammenarbeit gezündet wird. Und dass die Worte von Robert Schuman Realität werden.

Das **Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE)** betont dabei die Chance und Notwendigkeit des Green Deals für internationale Partnerschaften. „Der europäische Green Deal kann seine volle Wirkung nur dann entfalten, wenn die EU starke internationale Partnerschaften aufbaut, die dazu beitragen, nachhaltige Handelsbeziehungen und grüne Transitionen zu för-

dern. Die Partnerschaft mit Afrika, so waren wir von Anfang an überzeugt, ist dabei maßgeblich wichtig“, heißt es in einem Papier des Instituts.

## **FRANKREICH UND DEUTSCHLAND ALS TREIBER DER ENTWICKLUNG**

Was kann ein geeigneteres Instrument als das Jahrhundertprojekt Green Deal sein, um auf einem Weg zu einer Beziehung auf Augenhöhe voranzukommen? Nur, wer kann auf Länderebene eine Verzahnung, eine partnerschaftliche Kooperation vorantreiben? Deutschland und Frankreich kommen einem dabei gleich in den Sinn. Beide Staaten „sollten sich nicht an den Hintergrundgedanken, sondern am Wortlaut des Schumann-Plans orientieren“, wie **Wolf Lepenies** in seinem grandiosen Buch „Die Macht am Mittelmeer“ schreibt. Sie können darauf hinwirken, dass es zu einem fairen Interessensausgleich beider Kontinente kommt und dass das Mittelmeer zu einem „Meer der gerechten Mitte“ wird, wie sich das **Gab-**

riel **Audisio** schon Mitte des letzten Jahrhunderts so zielsicher wünschte. Dies wäre dann die Mittelmeerunion, so Lepenies, die Europa nötig hat. Eine Mittelmeerunion, die nicht nur die beiden Ufer verbindet, sondern auch eine Brücke zu Afrika darstellt.

Neben einigen Herausforderungen betont die **Bundesregierung** den partnerschaftlichen Ansatz in vielen Statements. Sie führten zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas, die eine zentrale Aufgabe der deutschen Politik sei, sagt Altkanzlerin Angela Merkel. Es liege in unserem eigenen Interesse, zu Stabilität und Entwicklung auf unserem Nachbar Kontinent beizutragen, gerade auch während der COVID-19 Pandemie, so die Bundeskanzlerin. Ausdruck der Partnerschaft mit Afrika sei insbesondere der „**Compact with Africa**“, eine Initiative, die während der deutschen G 20 Präsidentschaft 2017 ins Leben gerufen wurde und in der es um bessere Anreize für private Investitionen und neue Beschäftigungsperspektiven in den Partnerstaaten geht. Grundsätzlich, so gibt sich die Bundesregierung überzeugt, sollten die Europäer ein existentielles Interesse daran haben, die afrikanischen Länder zu stabilisieren. Das müsse der Grundgedanke sein. Jeder Arbeitsplatz in Afrika sei eine Familie weniger, die migrieren muss. Ein wohlhabender afrikanischer Kontinent liegt im Interesse der EU.

Der Afrikabeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär **Günter Nooke**, will Afrika im 21. Jahrhundert in internationale Wertschöpfungsketten einbinden und eine nachholende Industrialisierung anstoßen. Nach Nooke muss diese Zusammenarbeit mit

Afrika partnerschaftlich, auf Augenhöhe zu erfolgen. Grundsätzlich sollten die Europäer weniger den Afrikanern sagen sollten, was sie tun hätten. Sondern viel genauer hinhören, wo die Afrikaner selbst hinwollen – mit uns oder ohne uns.

## **ASYMMETRISCHE HANDELSBEZIEHUNGEN**

Nicht alle Stimmen sind von dem partnerschaftlichen Ansatz so überzeugt wie Bundesregierung und **EU-Kommission**. Und angesichts der Ungleichgewichte kann man auch ins Grübeln kommen. Nimmt man zum Beispiel nur die reinen Wirtschaftszahlen, so sieht man noch immer die wirklichen Verhältnisse zwischen den Kontinenten, schreibt der Afrika-Kenner **Robert Kappel** in der Mai-Ausgabe 2021 der „Welttrends“. Im Jahr 2018 erreichte der Warenhandel zwischen den 27 EU-Mitgliedsstaaten einen Gesamtwert von 235 Milliarden Euro. Die EU ist der größte Handels- und Investitionspartner Afrikas. Allerdings sind diese Handelsbeziehungen asymmetrisch, so Kappel. „Fast 30 Prozent aller afrikanischen Exporte gehen in die EU, während Afrika für die EU nahezu unbedeutend ist“. Eine Einbahnstraße.

Nicht nur Kappel betont, dass die Länder Afrikas gleichwohl Industrialisierungs- und Agrarstrategien entwickelt haben. Auch wenn ihr Entwicklungsprozess nicht geradlinig verläuft, gibt es Fortschritte, sagt er. Die Globalisierung habe Afrika die Möglichkeit gegeben, in der internationalen Arbeitsteilung eine Rolle zu spielen.

Dies entspricht auch den politischen Vorstellungen der EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen**. Sie hat im April 2021 einen afrikanischen Green Deal angeregt. Um ihn zum Leben zu erwecken, können viele Wege gegangen werden. Stellvertretend sprach von der Leyen die Kooperation mit der **europäischen Investitionsbank** an, die darauf abzielen sollte, das Risiko grüner Investitionen in Afrika zu decken, entweder über private Investoren oder über die Regierung der afrikanischen Länder.

Welche unvergleichliche Rolle der Green Deal bei den grünen Transitionen in den Beziehungen zwischen Afrika und Europa spielt, darüber gibt vor allem ein Dokument der **European Think Tanks Group (ETTG)**, ein Netzwerk von europäischen und afrikanischen unabhängigen Think Tanks, in unserem Jahrbuch Auskunft grundlegend Auskunft.

Ihre Kernbotschaften sind klar:

- Grüne Transition verbinden die Klimagenda mit einem innovativen, sozioökonomischen Projekt zur Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigen Wachstum und haben daher das Potenzial, die afrikanische europäische Zusammenarbeit zu unterstützen.
- Grüne Transition in sind Schlüsselthemen in der Afrikanischen Union (AU) und der Europäischen Union (EU).
- Dennoch gehen ungeachtet dieser Gemeinsamkeiten die EU und die AU aus sehr unterschiedlichen Perspektiven an grüne Transitionen heran. Die ETTG fordert, dass sich die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten mit den strategischen

Zielen und Interessen der afrikanischen Länder stärker auseinandersetzen.

- Und sie weiß, dass weder Europa noch Afrika eine Blaupause dafür haben, wie Klima neutrale Gesellschaften und Volkswirtschaften aussehen sollen.



Foto: Alexander Kirch – Shutterstock

Wir haben uns von den Botschaften des ETTG leiten lassen. Sie sind in unsere Anfragen an unsere Autoren aus Politik, Wirtschaft, Unternehmen, Verbänden und Gesellschaft mit der Bitte um einen Beitrag für unser Jahrbuch eingeflossen. Die These des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, dass der europäische Green Deal seine volle Wirkung nur dann entfalten könne, wenn die EU starke internationale Partnerschaften aufbaut, die dazu beitragen, nachhaltige Handelsbeziehungen und grüne Transitionen zu fördern, ist auch die These des VAA Jahrbuchs. Die Partnerschaft mit Afrika ist dabei maßgeblich wichtig.

Als Zukunftsfelder, in denen der Green Deal für die Beziehungen zwischen Afrika und Europa besonders relevant sind, identifizierte das DIE Energie und Energiewende, Handelsbeziehungen und Kreislaufwirtschaft, mehr Resilienz und nachhaltige Transformation der Landwirtschaft.





Foto: Subman – iStock

Betroffen ist die chemische Industrie dabei in vielfältigem Maße: Ob es nun beim Thema Energie um die Erzeugung, Speicherung und Verteilung von erneuerbarer Energie geht, oder bei Thema Kreislaufwirtschaft um Kunststoffe, Verpackungs- und Batterie-recycling oder Elektroschrott geht oder beim Thema nachhaltige Landwirtschaft um Erhaltung von Wasser, Boden, Luft oder grüne Bio- und Gentechnologie geht: die chemische Industrie ist überall mit an Bord.

Für sie ist der Green Deal in unserem Jahrbuch, so sagt es **Jörg Schmid** von Camelot, eine historische Chance, in wichtigen Zukunftsfeldern die Technologieführerschaft zu übernehmen.

Auch wir vom VAA sind der Meinung, dass

die Chemie einen überdurchschnittlich großen Beitrag zum Erfolg des Green Deal leisten kann, in Europa, aber auch in Afrika.

### **UNSERE AUTOREN**

**Asfa-Wossen Asperate**, Prinz aus dem äthiopischen Kaiserhaus, Unternehmensberater und Autor, beschreibt in seinem Beitrag das Spannungsverhältnis zwischen Aufbruch und Stagnation, in dem sich Afrika befindet. Ziel der künftigen Zusammenarbeit solle sein, die asymmetrische Abhängigkeit und Machtverhältnisse zu verringern.

**Hendrik Kafsack** von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bedauert, dass es noch immer keinen Ersatztermin für den mehrfach abgesagten EU-Afrika Gipfel gibt. So

drohe letztlich auch 2021 zu einem verlorenen Jahr zu werden.

**Christoph Kannengiesser**, Hauptgeschäftsführer des Afrika Vereins der deutschen Wirtschaft sieht Frankreich und Deutschland als Treiber und Gestalter einer handelspolitischen Vision über die Frage, wie die EU handelspolitisch mit Afrika umgehen soll.

**Anna-Katharina Hornidge**, Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, beschreibt Wege, auf denen die Partnerschaft der EU mit Afrika vorankommen und welche Megatrends diese Partnerschaft bestimmen werden.

**Uwe Feiler**, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, sieht die Landwirtschaft nicht nur in Afrika vor einer ihrer größten Herausforderung stehen, der Anpassung an den Klimawandel und plädiert für eine umfassende Transformation.

**Donal Brown** von der UNO unterstreicht, dass auch Afrika eine „Farm-to-Fork-Strategie“ (vom Hof auf den Tisch-Strategie) brauche, ganz so, wie das der Green Deal für Europa vorsieht. Das Ziel der EU-Kommission, die europäischen Lebensmittelsysteme zu einem globalen Standard im Bereich Nachhaltigkeit zu machen, sei auch für Afrika richtig, auch wenn lokale Lösungen unterschiedlich aussehen müssten.

**Bernard Wagemann** und **Elmar Steurer** zeigen mit ihren Beiträgen das große Wissen und die Kompetenz des Afrika Instituts der Hochschule für angewandte Wissen-

schaften in Neu-Ulm auf dem Gebiet der afrikanisch-europäischen Beziehungen. Während Elmar Steurer sich mit der Elektrifizierung der Landwirtschaft in Afrika beschäftigt, fragt sich Bernard Wagemann, ob Europa es sich leisten könne und wolle, gegenüber der strategischen Herausforderung des China auf eine Gegenposition zu verzichten. Immerhin, die Investitionen Chinas und die die USA in Afrika seien wesentlich geringer wesentlich als die der EU. Doch sei das Vorgehen Chinas in Afrika insgesamt nicht nur aggressiver, sondern auch erfolgreicher.

Wie man vor Ort erfolgreich vorankommt beschreibt **Hildegard Müller** vom Verband der Automobilindustrie VDA. Sie macht sich für E-Fuels stark. E-Fuels ähneln fossilen Kraftstoffen, sind aber aufgrund ihrer Herstellung klimaneutral. Der VDA geht beim Thema internationale Partnerschaften voran und hat mit der African Association of Automotive Manufacturers (AAAM) ein Kooperations-Projekt gestartet.

**Bundeswirtschaftsministerium, IRENA, GEZ, und KfW** betrachten Energie als den Schlüssel für die Entwicklung in Afrika und Grundlage für Industrialisierung. Ähnlich wie in Europa und anderen Teilen der Welt bedeutet der Ausbau erneuerbarer Energien mehr als Energiesicherung und Klimaschutz. Er begünstigen vielmehr die gesamte wirtschaftliche Entwicklung und das Entstehen von neuen Jobs und Chancen für ganze Branchen.

Der **Bundesverband der deutschen Energiewirtschaft (BDEW)** fordert eine engere Zusammenarbeit der EU auf dem



Gebiet des grünen Wasserstoffs. Bis 2050 brauche Europa riesige Mengen an grünem Wasserstoff, mehr, als alle Mitglieder EU zusammen bis dahin produzieren könnten.

Die Stimme Afrika auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien erhebt in diesem Band **Bah F. M. Saho**. Er ist der amtierende Exekutivdirektor des ECOWAS-Zentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (ECREEE). Die ECREEE ist auf den Gebieten Photovoltaik und Solarthermie, Kleinwasserkraftwerke, Windenergie, Energieeffizienz, Gendergerechtigkeit und Klimawandel aktiv.

Die EU-Chemikalienstrategie und den Zero Pollution Aktionsplan erläutert **Jörg Wojahn**, der die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland leitet. Mit Blick über die Grenzen Europas hinaus weist er darauf hin, dass die EU als Ganzes in der Lage ist, ihre Wirtschaft und Gesellschaft umzugestalten, um sie auf einen nachhaltigen Weg zu bringen. Aber Europa könne die Umweltziele des Green Deals nicht allein erreichen. Ursachen des Klimawandels und des Biodiversitätsverlust seien globaler Natur.

Technologische Entwicklungen für sind die europäische Industrie entscheidend, sagt **Marco Mensink** von der CEFIC. Um das Ziel der Klimaneutralität Europas bis 2050 zu erreichen, sind die von der chemischen Industrie entwickelten klimaneutralen und kreislaufwirtschaftlichen Lösungen unabdingbar. Die Branche ist innovationsgetrieben und die Technologien mit den größten Auswirkungen werden bei Digitalisierung, Elektrifizierung, erneuerbare

Elektrizität, Recycling sowie kohlenstoffarme Syntheseprozesse aus zirkulären Rohstoffen einschließlich CO<sub>2</sub> sein.

**Jörg Schmid** von Camelot Management Consultants schreibt zur Frage, ob der Green Deal eher eine Chance oder eine Belastung für die Afrika-EU ist. Er fordert, dass die chemische Industrie ihren Fokus wesentlich stärker auf die Entwicklung von neuen Verfahren und Modellen zur Kreislaufwirtschaft, zur Wasserstoffwirtschaft und zur CO<sub>2</sub> neutralen Produktion richten muss, anstatt weiterhin primär auf die Optimierung von Energieeffizienz und bestehenden Verfahren zu setzen.

**Matthias Berninger** und **Klaus Eckstein** von der Bayer AG thematisiert in einem bemerkenswerten Beitrag die Gefahr einer eurozentrischen Klima-Brille, durch den die EU riskiert, mit ihrem Green Deal auf Afrika zu blicken. Afrika werde unter den Folgen des Klimawandels besonders leiden. Gleichzeitig sei dieser Kontinent für die Herausforderungen des Klimawandels weniger gut gerüstet als die hochindustrialisierten Staaten, die das Phänomen primär verursacht haben. Die Bedeutung des Green Deals für die Afrika-EU Beziehungen ist für Bayer deshalb eindeutig ein Frage von Gerechtigkeit. Bayer ist seit mehr als 100 Jahren in Afrika aktiv und mit über 1000 Mitarbeitern in 20 Ländern präsent.

Auch **Saori Dubourg** und **Katja Scharpwinkel** von der BASF SE hebt auf die langfristige Bedeutung der Beziehungen zwischen Afrika und Europa ab. Afrika und Europa brauchen einander, wenn es um die Entwicklung von tragfähigen Gesellschaften



Foto: AJ Watt – iStock

und um einen Konsens über geteilte Werte für die Verwirklichung gemeinsamer Interessen und wirtschaftlicher Ziele geht. Das weltgrößte Unternehmen der Chemie hat sich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden und will mithelfen, nachhaltiger Partner für die Regionen zu werden, die im Begriff sind, die ökonomische Aufholjagd für ihre Gesellschaften zu starten.

Auch **Beiersdorf AG** ist bereits seit über 100 Jahren als Unternehmen mit mehr als 300 Mitarbeitern in Afrika vertreten, wie **Zhengrong Liu** schreibt. 2019 trat Beiersdorf der Global Shea Alliance (GSA) bei, welche nachhaltige Qualitätspraktiken und -standards in diesem Bereich definiert und sich gemeinsam mit uns und anderen Part-

nern für die Stärkung von Frauen einsetzt, so **Julia Beier**.

**Dr. Kai Beckmann** von Merck und **Pierre Nasser** von B. Braun berichten von ihren Erfahrungen mit dem Austausch von Führungskräften. Bei AFRIKA KOMMT! treffen hochqualifizierte Nachwuchsführungskräfte aus 24 Ländern Afrikas mit 32 führenden deutschen Unternehmen zusammen. Seit 2008 gibt es dieses Programm, das von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) initiiert wurde und seitdem von ihr unterstützt wird. **Mirjam Zimmermann** stellt es vor.

Neben den großen Chemieunternehmen gibt es aber ebenso viele junge Firmen,

die Afrika zum Ort ihrer unternehmerischen Tätigkeit auf nachhaltigem Gebiet gemacht haben.

Zu nennen sind hier **Torsten Schreiber** von Africa GreenTec AG, **Nicolas Rohrer** von Asantys Systems, **Marcus Wiemann** von der EU Tech Chamber und **Karl Benno Nagy** von der Kabena Group, die Eindrucksvolles vorzuweisen haben. Das trifft natürlich auch auf das Engagement von **Rebecca Trienekens-Domrös** und von **Martin A. Schoeller** zu, der in seinem Buch „Afrika First“ dargelegt hat, wo sich der Kampf ums Klima entscheidet – nämlich in Afrika

Zwei Beispiele ehrenamtlichen Engagements dürfen in einem solchen Band nicht fehlen. **Maria Christiana von Habsburg**, Vorsitzende von Mary's Meal Deutschland, zeigt, was persönliche Initiative bewirken kann, wenn man vor Ort Not lindern und Bildungschancen vergrößern will. Und stellvertretend für viele junge Menschen sei Student **Hugo Mallet-Guy** genannt, der einfach den Rucksack packte und zu einem viermonatigen Volontariat nach Menkao im Kongo aufbrach.

All diese Gedanken, Thesen, Schlussfolgerungen – und Träume über die Beziehungen zwischen EU und Afrika sind aktueller denn je. Viele Schritte wurden in den letzten 70 Jahren seit dem Schumann-Plan gegangen, aber viel bleibt noch zu tun.

Der Green Deal kann ein geeignetes Instrument sein, um auf dem Weg zur Beziehung auf Augenhöhe voranzukommen. Dabei ist entscheidend, dass Afrika hinter dem Green Deal nicht versteckten Protektionismus am

Werk sieht. Die EU wird Überzeugungsarbeit leisten und ihre Projekte „auf den Boden bekommen“, Afrika sein Engagement für einen nachhaltigen Weg der Entwicklung verstärken müssen, so Hendrik Kafsack von der F.A.Z.

Dass man trotz großer Unterschiede zusammenkommen kann, hat Europa bewiesen. Angesichts großer Unterschiede gab sich Europa nach verheerenden Weltkriegen das gemeinsame, Frieden und Wohlstand sichernde Projekt der Europäischen Union. Das hat funktioniert.

Manche Passagen aus dem Schumann-Plan mit dem Wunsch nach der Entwicklung Afrikas klingen heute, so schreibt es Lepenies, wie eine Aufforderung zur Konzeption eines afrikanischen Marshall-Plans.

„Damals war schnell in der politischen Rhetorik von „Eurafrika“ die Rede, einem Begriff, der in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts entstanden war und für den sich auch Konrad Adenauer Sympathien entwickelt hatte. Auch das Ausland war von der euro-afrikanischen Vision fasziniert. Die New York Times nannte Eurafrika einen Traum, der Realität werden kann und vielleicht Realität werden muss, wenn die Welt einen anderen und größeren Holocaust verhindern will.“

Es braucht also gemeinsame Projekte. Der Green Deal ist das Jahrhundertprojekt, das zum Träger dieser gemeinsamen Entwicklung von Afrika und Europa berufen ist.





***DR. PRINZ ASFA-WOSSEN ASSERATE***  
***Unternehmensberater für Afrika und den Mittleren Osten,***  
***Bestseller-Autor und Politischer Analyst***

Prinz Asserate kam 1968 zum Jura- und Volkswirtschaftsstudium an die Universität Tübingen. Danach ging er nach Cambridge, um am Magdalene College Geschichte zu studieren. Er kam zurück in die Bundesrepublik Deutschland und promovierte 1980 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main in äthiopischer Geschichte. Seit 1981 ist er deutscher Staatsbürger. Seit 2019 ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Afrika-Stiftung.

*Foto: Anna Meuer*

# AFRIKA – UNSER NACHBARKONTINENT ZWISCHEN AUFBRUCH UND STAGNATION

***Afrika ist der Kontinent der Jugend – und Jugend drängt zum Aufbruch. Das ist aus meiner Sicht das größte Potenzial, aber auch der gefährlichste Zündstoff von Europas Nachbarkontinent.***

Mehr als 1,3 Milliarden Menschen leben heute in Afrika und die meisten Forschungsinstitute gehen davon aus, dass sich diese Zahl in den nächsten 30 Jahren verdoppeln wird. Die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung ist dabei jünger als 18 Jahre. Der alternden und schrumpfenden Gesellschaft in Europa steht somit auf unserem Nachbarkontinent die größte Jugendbevölkerung der Geschichte gegenüber. Diesen jungen Menschen in Afrika Perspektiven zu bieten, sehe ich als die große Herausforderung unseres Jahrhunderts.

In Afrika wächst eine junge Generation heran, die sich nicht mehr mit der Situation ihrer Eltern vergleicht. Wer heute Afrika besucht, ist beeindruckt von der Omnipräsenz des Smartphones und der Social-Media-Aktivitäten junger Afrikaner. Durch die neuen digitalen Technologien ist die Jugend in Afrika verbunden mit der globalisierten Welt. Ihre Ambitionen orientieren sich am Wohlstand in den Industrieländern, der zum globalen Maßstab geworden ist. Das hat Auswirkungen auf alle Bereiche des Lebens, besonders auf das Konsumverhalten und auf die Migration. Es ist im ureigenen Interesse Europas, den jungen Menschen Afrikas Aussicht auf ein besseres Leben in

ihren Heimatländern zu ermöglichen. Das wurde den Entscheidungsträgern in Europa spätestens mit dem Strom der Flüchtlinge im Sommer 2015 bewusst.

Tatsächlich hat Afrika enormes Potenzial, um eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen. Die motivierten jungen Menschen sind in vielen Ländern Afrikas heute besser ausgebildet als jemals zuvor. Die Alphabetisierungsrate beträgt fast überall mehr als 70 Prozent. Man ist dabei, Krankheiten in den Griff zu bekommen, die über lange Zeit verheerende Auswirkungen auf die Lebenserwartung und die Produktivität hatten – Schritt für Schritt im Falle von HIV und Aids, mit durchschlagendem Erfolg im Falle von Malaria. Urbanisierung und die Entwicklung neuer Technologien sind neben den reichen Rohstoffvorkommen des Kontinents weitere Faktoren, die Analysten auf der ganzen Welt schon seit Jahren dazu bewegen, große Hoffnungen auf den zweitgrößten Kontinent der Welt zu setzen: „Afrika ist ein schlafender Gigant. Der Gigant ist gerade im Begriff aufzuwachen.“ Dies war 2014 das Fazit des Afrika-Vereins der Deutschen Wirtschaft in seiner „Trendstudie Afrika 2025“.

Doch noch immer ist Afrika arm, noch immer leiden Millionen Menschen Mangel und Hunger, trotz aller Versprechen und Bemühungen in den einzelnen Ländern des Kontinents, trotz strebsamer junger Menschen und trotz engagierter Entwicklungshilfe von außen. Vorsichtigen Schätzungen zufolge sind in den letzten sechzig Jahren rund zwei Billionen US-Dollar, das sind unvorstellbare zweitausend Milliarden, vom sogenannten entwickelten Teil der Welt in den unterentwickelten Teil geflossen, davon ein Großteil nach Afrika.

Vielen Menschen in Afrika ist durch Entwicklungshilfe geholfen worden. Das steht außer Frage. Doch ist es bisher nicht gelungen, Afrika zu einem selbsttragenden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu verhelfen. Die Mehrheit der Menschen in den meisten Ländern Afrikas hat heute keine besseren Lebensbedingungen als vor 50 Jahren. Zugleich hat das System der Entwicklungshilfe den Regierenden ermöglicht, politische, soziale und wirtschaftliche Reformen zu unterlassen und allzu oft nur nach Mehrung der eigenen Macht und des persönlichen Reichtums zu streben.

Afrika ist jedoch kein gleichförmiger Monolith. Afrika ist Vielfalt – ein riesiger, diverser Kontinent, etwa dreimal so groß wie Europa. Afrika umfasst 54 Nationalstaaten mit etwa 3.000 verschiedenen Ethnien und etwa ebenso vielen Sprachen. Es ist wichtig, die Unterschiede in den einzelnen Ländern und Regionen zu beachten und zu respektieren. Der Kontinent ist gespalten in sich demokratisierende und autokratische Staaten sowie zwischen wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten mit funktionierender

Korruptionsbekämpfung und konflikt-behafteten, krisenanfälligen Staaten. Die Grenzen zwischen diesen beiden Welten sind dabei fließend. Deutschland und die gesamte Europäische Union sollten darum maßgeschneiderte bilaterale Beziehungen zu jedem seiner afrikanischen Partner erarbeiten und auf Umsetzung der Agenda 2063 der Afrikanischen Union drängen. Sie stellt die Menschen in Afrika in den Mittelpunkt ihres Engagements.

Ein Hauptgrund für die Stagnation in Afrika sind seine Regierungen und Eliten. Sie sind die größte Belastung für Afrika. Viele der Herrschenden folgen dem Vorbild des Westens und stellen ihren Reichtum offen zur Schau. Die Interessen und das Wohl ihres Volkes sind ihnen gleichgültig. Die politischen Eliten in den meisten Ländern Afrikas profitieren vom Status quo, sie sind an Veränderungen nicht interessiert. Das zeigt sich gerade in jenen Ländern, die besonders reich mit Bodenschätzen und Erdöl gesegnet sind. Ihre Eliten prassen im Luxus die Mehrzahl der Einwohner aber lebt in Elend und Not.

„Die größte Herausforderung in den kommenden Jahren wird sein, die Entwicklungshilfe – dort wo notwendig und sinnvoll – so zu gestalten, dass nicht Gewinnmaximierung für wenige, sondern soziale Gerechtigkeit für alle das Ziel ist“, schreibt der ehemalige deutsche Botschafter Volker Seitz, in seinem Buch „Afrika wird armregiert“. „Diktatoren muss der Geldhahn zugekehrt werden!“ Was für jedes Land der Welt gilt, gilt auch für die Länder Afrikas: Sie können sich nur entwickeln, wenn sie eine gute Regierung haben. Afrikas Staaten sind seit

mehr als fünfzig Jahren unabhängig. Sie erwarten zu Recht, dass der Westen sie als gleichberechtigte Partner wahrnimmt. Dazu gehört aber auch, dass man Kritik zulässt. Regierungen, die das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit missachten und die Menschenrechte mit Füßen treten, verdienen keine Unterstützung.

Dabei muss man sich bewusst sein: „Ein Land kann nicht von außen entwickelt werden“, wie der britisch-US-amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Angus Deaton schon vor einigen Jahren erklärte. „Länder entwickeln sich von innen. Dazu braucht es eine Regierung und eine Bevölkerung, die gemeinsam auf Entwicklungsziele hinarbeiten.“ Afrikas Transformation kann nur aus sich selbst heraus kommen. Deshalb ist das Engagement der afrikanischen Jugend, ihr Hunger nach Selbstbewusstsein, Identität und einer Rolle in der Welt, so wichtig.

Um ihre Wirtschaft in Gang zu bringen, müssen die Länder Afrikas ihre Hausaufgaben erledigen. Ein wichtiger Schritt hierzu ist die zügige Umsetzung der afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA). Das Abkommen wurde von 54 Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union 2019 unterzeichnet und 30 Staaten haben den Vertrag mittlerweile ratifiziert. Noch sind die Handelsbarrieren innerhalb Afrikas immens. Der innerafrikanische Handel macht als Anteil des gesamten internationalen Handels des Kontinents weniger als 20 Prozent aus – in Asien sind es 50 Prozent und in Europa fast 70 Prozent.

Die afrikanische Freihandelszone ist eine Chance, den jungen Kontinent in eine

neue Dimension der Zusammengehörigkeit zu führen, durch den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in Afrika selbst. Auch ausländische Investoren sehen darin ein positives Signal: „Für deutsche Unternehmen lohnt es sich zum Beispiel nur, Autos in Kenia zu produzieren, wenn sie von dort ohne hohe Zölle auch in Kenias Nachbarstaaten zu verkaufen sind“, sagte Matthias Wachter, Afrikaexperte des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Ein Hauptgrund für den geringen innerafrikanischen Handel ist die schwache Infrastruktur des Kontinents. Aber auch hier ist festzustellen: Es ändert sich etwas in Afrika. In vielen Regionen werden Straßen, Schienen und Brücken gebaut oder erneuert. 2017 wurde eine neue Eisenbahnstrecke von Kenias Hauptstadt Nairobi nach Mombasa am Indischen Ozean fertiggestellt. Mehr als 1.300 Kilometer lang führt die wieder aufgebaute Benguelabahn von der Demokratischen Republik Kongo durch das angolische Hochland an den Atlantik. Schwerbeladene Güterzüge mit Kobalt, Kupfer und Seltenen Erden erreichen so den Exporthafen in Lobito. Eine fast 1.000 Kilometer lange Handelsstraße von Malis Hauptstadt Bamako an den Atlantischen Ozean wird gerade erneuert. Mali ist einer der wichtigsten Goldexporteure Afrikas. In Kamerun ist in den letzten Jahren ein neuer Exporthafen entstanden und es gibt zahlreiche weitere Beispiele.

Die meisten Waren werden heute aber nicht mehr nach Europa oder Amerika verschifft, sondern nach China – und auch die großen Bauprojekte Afrikas der letzten Jahre sind maßgeblich von China finanziert. Mit günsti-



gen Krediten hat Peking auf dem gesamten Kontinent eine Erneuerung der Infrastruktur angestoßen. Die Chinesen kommen nicht als Wohltäter nach Afrika: Sie machen Geschäfte. Sie sichern sich die reichen Rohstoffvorkommen des Kontinents. China ist heute der wichtigste Handelspartner Afrikas und die Investitionen aus dem Reich der Mitte haben auf dem gesamten Kontinent zu beachtlichen Fortschritten geführt. Die gesamte Größenordnung von Chinas Engagement in Afrika ist schwer zu durchschauen. Der Thinktank Brookings berechnet, dass China zwischen 2014 und 2018 über 70 Milliarden US-Dollar in Afrika investierte, das Doppelte der USA und mehr als das Zehnfache Deutschlands. Anderen Berechnungen zufolge lagen die Investitionen Chinas auf dem europäischen Nachbarkontinent allein im Jahr 2019 bei 38 Milliarden US-Dollar.

Zahlreiche afrikanische Staatsführer haben sich von den chinesischen Milliarden locken lassen, junge Demokratien ebenso wie alternde Despoten. Die chinesische Regierung betont, sich nicht in die innenpolitischen Belange der Länder einzumischen. Doch viele afrikanische Staaten zahlen einen politischen Preis: Politische Freiheiten, Menschenrechte und demokratische Beteiligung der Bevölkerung an der Regierungsführung geraten unter Druck. Pekings Einfluss auf Bildung und Zivilgesellschaften nimmt zu. Stipendien und Bildungsreisen nach China für afrikanische Wissenschaftler gehören ebenso zu Pekings Geschäftsmodell wie Ausbildungsprogramme für afrikanische Journalisten und Beteiligungen staatsnaher chinesischer Firmen an Medienunternehmen. Ministe-

rien werden beraten bei der Kontrolle des Internets und der Überwachung öffentlicher Räume. Die meisten afrikanischen Staaten unterstützen heute China bei internationalen Streitigkeiten, wie etwa Pekings Territorialansprüchen im Südchinesischen Meer oder bei Kritik an der Zerschlagung der Demokratiebewegung in Hongkong. Auch dank der Stimmen Afrikas steht heute bei jeder vierten UN-Sonderorganisation ein Chinese an der Spitze.

Zuletzt aber ist auch Peking vorsichtiger gewesen bei Kreditzusagen für afrikanische Länder. Ein Grund sind die Auswirkungen der weltweiten Covid-19-Pandemie. Einige Staaten Afrikas können infolge der Pandemie bereits ihre Tilgungszahlungen nicht mehr bedienen. Insgesamt zeigen die Pandemie und ihre Folgen, wie fragil das zarte Pflänzchen des Aufschwungs in Afrika ist. COVID-19 trifft den gesamten Kontinent. Dabei ist Afrika in gesundheitlicher Hinsicht bisher überraschend gut durch die Krise gekommen. Apokalyptische Szenarien, wie sie von manchen Experten prognostiziert wurden, sind bisher ausgeblieben.

Verheerend hat sich Corona aber auf Afrikas Wirtschaft ausgewirkt. Der Kontinent erlebt seine erste Rezession seit 25 Jahren. David Schwake, Generalsekretär der Deutschen Afrikastiftung, rechnet damit, dass 30 Millionen Menschen in Afrika durch die Folgen von Corona in äußerste Armut zurückfallen werden. In vielen Ländern steigen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung. Volkswirtschaften, die in erster Linie von ihren Rohstoffen abhängig sind, wie Algerien, Nigeria oder Angola, leiden unter dem Verfall der Weltmarktpreise, vor allem beim Erdöl.

Aber auch in Tourismusdestinationen wie Marokko oder Mauritius stiegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ungleichheit. Experten rechnen mit einer mehrjährigen Rezession. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht davon aus, dass in vielen Staaten Afrikas das Pro-Kopf-Einkommen erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau erreichen wird.

Auch politisch zeigt die Pandemie in Afrika Wirkung: In Staaten mit autoritären Tendenzen liefert die Pandemie den Regierungen einen passenden Vorwand, um Repressionen gegen unliebsame politische Akteure zu verschärfen. Technologien zur digitalen Kontrolle der Gesellschaften werden ausgebaut, unliebsame Medien noch mehr gegängelt. Bei Unruhen oder Protesten wurde in manchen Ländern das Internet über längere Zeiträume ganz stillgelegt, wie etwa in Äthiopien. Auch in Staaten mit noch fragilen demokratischen Traditionen, wurden die Grundrechte der Menschen im Zuge der Pandemiebekämpfung eingeschränkt. Zu erwarten ist ein schwindendes Vertrauen in Demokratisierungsprozesse. Sicherheitskräfte gingen in manchen Ländern gewalttätig gegen rebellierende Zivilbevölkerungen vor. Doch Ausgangssperren sind im Angesicht einer hungernden Bevölkerung auch nicht mit Waffengewalt durchzusetzen. Beobachter gehen davon aus, dass allgemein der Druck der Bevölkerung auf Regierungen massiv steigen wird und mehr politische Unruhen und Konflikte auftreten werden, wenn Armut und soziale Ungleichheit durch die Folgen von COVID-19 weiter steigen.

Afrika brauche eine nachhaltige Wiederbelebung des Wachstums, heißt es in den

Empfehlungen eines Berichts der Vereinten Nationen. Hamid Rashid, Direktor der Abteilung für globales Wirtschaftsmonitoring bei der UN, fordert darin: „Da Länder mit einer höheren Verschuldung aus der Krise hervorgehen werden, ist eine sorgfältige Neuausrichtung der politischen Prioritäten erforderlich, um die Widerstandsfähigkeit zu stärken und die Produktivität zu steigern. Dies beinhaltet die Erschließung von Wachstumschancen und die Beschleunigung der Einführung von Technologien sowie die Überbrückung digitaler Ungleichheiten, die Verbesserung der Klimaresilienz und die Förderung der Mobilisierung von Einnahmen im Inland.“

Auch die deutsche Bundesregierung drängt darauf, verstärkt in Afrika zu investieren. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Afrika ein Jahrzehnt seiner Entwicklung durch die Coronakrise verliert“, sagte Entwicklungsminister Gerd Müller dem Handelsblatt. „Brüssel muss ein starkes Signal für die Stabilisierung unserer unmittelbaren Nachbarschaft senden. Notwendig ist ein europäisches Stabilisierungs- und Wiederaufbauprogramm mit mindestens 50 Milliarden Euro an Krediten und Hilfen für die am härtesten von der Krise betroffenen Entwicklungsländer.“

Müller sieht in der Pandemie aber auch eine Chance für die deutsche Wirtschaft, einen neuen Zukunftsmarkt zu erschließen: „Europa muss diese Gelegenheit nutzen und noch bestehende Handelshemmnisse zwischen Afrika und der EU beseitigen und für faire Lieferketten sorgen. Denn damit lösen wir die größten Entwicklungsschritte aus. Das liegt auch im Interesse Europas“,

so der deutsche Entwicklungsminister. Die Politik versucht, sich gegen den Trend zu stemmen: Unterstützungsprogramme wie „AfricaConnect“ wurden ausgeweitet. Es bietet Darlehen für deutsche Firmen in Afrika, die durch die Coronakrise in Schieflage geraten sind. Denn Afrika bräuchte pro Jahr 20 Millionen neuer Jobs für die jungen Menschen, die jedes Jahr zusätzlich auf die Arbeitsmärkte drängen.

Einige afrikanische Länder haben inzwischen begonnen, die strikten Corona-Maßnahmen zu lockern. Grenzen werden wieder geöffnet, Fluggesellschaften könnten internationale Routen bald wieder aufnehmen. Nach Ansicht des kenianischen Ökonoms James Shikwati könnte Afrika sogar wichtige Impulse für die Weltwirtschaft liefern: „Ich glaube, dass Afrika anderen Ländern die Chance bietet, ihre Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.“ Schließlich habe der Kontinent einen riesigen Bedarf an Investitionen in Bereichen wie Energie, Logistik oder Bauwirtschaft. Die bestünden auch nach der Krise.







**CHRISTOPH KANNENGIESSER**  
*Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der  
deutschen Wirtschaft*

Christoph Kannengießer ist Volljurist und seit 25 Jahren in verantwortlichen Funktionen im Verbände- und Stiftungswesen tätig. Nach Stationen beim DIHK als Leiter des Präsidialbüros und bei der BDA als Geschäftsführer „Arbeitsmarkt“ war er ab 2007 knapp vier Jahre stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von dort wechselte er als Hauptgeschäftsführer zum Markenverband. Seit 2012 ist er Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft.

Er ist Mitglied in den Präsidien des European Business Council for Africa (EBCAM) und der Europa Union Deutschland (EUD) sowie Sachverständiger im Interministeriellen Ausschuss für Investitions Garantien des Bundes.

*Foto: Studio Fabian Hammerl*

# „DEUTSCHLAND MUSS SICH NICHT VERSTECKEN IN AFRIKA“

*Wie steht es um Afrika? Klar ist: Ohne Differenzierung, keine Erkenntnisse. Das weiß kaum jemand besser als Christoph Kannengießer, seit 2012 Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft und ein ausgewiesener Kenner der deutsch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Ein Gespräch über Sichtweisen auf Afrika, politische Treiber und die Bedeutung des European Green Deals.*

*VAA: Afrika ist für manche Deutsche immer noch ein unbekannter Kontinent, über den man vornehmlich aus Zeitungen und TV-Programmen erfährt. Sie sind seit Juni 2012 Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft. Kannten Sie vorher Afrika, und wie haben Sie es dann kennengelernt?*

**Kannengießer:** Auch für mich war Afrika weitgehend neu, als ich beim Afrika-Verein angefangen habe. Ich habe zuvor in meinen Aufgaben viele internationale Bezüge gehabt, arbeitete etwa als stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, die auch Büros in Afrika hat. Faktisch war es aber für mich schon ein neues Terrain. Und ich kann nicht leugnen, dass auch ich einige Klischees im Kopf hatte, Bilder von Armut, Wüste, Safari.

*Und wie war dann die Wirklichkeit?*

Um ein Vielfaches differenzierter. Mich haben schnell die pulsierenden urbanen Zentren beeindruckt, etwa die in Lagos, Nairobi oder Kairo mit wachsenden Mittelschichten. Oder nehmen Sie den Großraum Johannesburg mit seiner modernen Industrie. Die Innovationskraft, die Bedeutung der Digitalisierung. Topausgebildete Afrikaner in vielen Regierungen habe ich auch zuvor getroffen. Das afrikanische Unternehmertum war aber neu für mich.

*Was hat Sie an der Aufgabe gereizt?*

Zum einen die Möglichkeit, den eigenen Horizont zu erweitern. Vor allem aber die Mission, die deutsche Wirtschaft dort noch präsenter zu machen und damit eine Win-win-Situation zu schaffen. Letzteres ist mein ein bisschen mein Leitmotiv, das mich auf meinen vorherigen Stationen begleitet hat. Zum Beispiel in einer früheren Tätigkeit als Verantwortlicher für Arbeitsmarktpolitik bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, wo es auch darum ging, Bedingungen zu kreieren, dass Unternehmen mehr Arbeitsplätze schaffen können und dadurch sozialpolitische Probleme wie Massenarbeitslosigkeit oder die Frühverrentung gelöst werden.

*Europa hat viele wirtschaftliche Boomzentren und kaufkräftige Regionen. Ist dies in Afrika anders?*

Die Wirtschaftskraft ist auf dem afrikanischen Kontinent sehr ungleich verteilt. Das spiegelt sich auch im deutschen Außenhandel. Südafrika steht für über die Hälfte des Handels mit dem Kontinent, fast 30 Prozent findet mit den Maghreb-Ländern statt, dann muss man noch Nigeria nennen, aber der Rest verteilt sich in sehr kleinen Volumina auf viele Länder. Bei Investitionen ist es sehr ähnlich. In beiden Bereichen gibt es erst allmählich eine stärkere Diversifizierung.

*Wie müssen wir uns Ihren Verein vorstellen: wie ist die deutsche Wirtschaft bei Ihnen vertreten?*

Unsere 500 Mitglieder stehen für etwa die Hälfte der deutschen Unternehmen, die auf dem Kontinent in relevanter Weise tätig sind. Unsere 500 Mitglieder bilden aber zugleich 85 Prozent des deutschen Afrikageschäfts ab. Ein solch hoher Organisationsgrad ist selten und verschafft Einfluss. Unter den Mitgliedern sind große Player wie BASF, Bayer, Henkel und Beiersdorf. Aber wir sind vor allem auch stark im Mittelstand vertreten. Der Ingenieurdienstleister Gauff oder Giesecke & Devrient, der Banknotendrucker und Pass-Spezialist, sind bei uns Mitglied. Das sind Firmen, die haben einen relativ großen Fußabdruck in Afrika hinterlassen. Es gibt auch Spezialisten, so etwa das Diagnostikunternehmen Sysmec Partec, die rund 40 Prozent ihres Umsatzes in Afrika erwirtschaften. Bei ganz vielen Unternehmen ist aber der Anteil Afrikas am Gesamtumsatz der Firmen noch recht gering.

*Kämpft Ihr Verband allein an weiter Front? Wie stehen Sie mit anderen Verbänden im Austausch?*

Die großen Verbände interessieren sich inzwischen mehr für Afrika. Der Afrika-Verein hat einige Jahre hart und erfolgreich daran gearbeitet, den Kontinent stärker auf den Radar zu bringen. Wir sind bezüglich Afrikas und der Afrikapolitik der Spezialist und ständige Mahner. Verbände wie der BDI haben darüber hinaus ein breites Themenspektrum abzudecken. Wir arbeiten mit den großen Verbänden in den sogenannten Regionalinitiativen zusammen, aber auch mit vielen Fachverbänden.

Im Gegensatz zu anderen Verbänden und Unternehmen mit ihren Sektorinteressen sehen wir Afrika ganzheitlich. Wir kümmern uns dabei auch um Länder und Branchen, die vielleicht aktuell nicht so im Fokus stehen.

*Wie haben sich die Sichtweisen von Europa auf Afrika verändert?*

Offiziell wird immer kundgetan, dass man Partnerschaft auf Augenhöhe möchte. Tatsächlich, so erlebe ich es, schauen wir aus Europa weiterhin sehr problemorientiert und entwicklungspolitisch auf Afrika. Der Fehler der häufig gemacht wird ist, dass zu viel über Afrika statt mit Afrika geredet wird. Einen Dialog auf Augenhöhe kann ich oft nicht erkennen. Wir würden uns sicherlich auch wundern, wenn im südafrikanischen Parlament über die Lösung von innenpolitischen Problemen in Deutschland debattiert würde. Der Afrika-Verein hat den Begriff „Chancen-Kontinent-Afrika“ kreiert, aber von der Erkenntnis bis zur Umsetzung einer solchen veränderten Blickrichtung und konkreter politischer Maßnahmen ist es noch ein relativ weiter Weg.

*Inwieweit braucht Afrika unsere Unterstützung? Immerhin gibt es seit Anfang 2021 mit der panafrikanischen Freihandelszone einen gigantischen Binnenmarkt mit 54 Staaten, 1,2 Milliarden Menschen ohne Zollschranken und bürokratischen Handelshemmnissen. Der erscheint mir kraftvoll, um gegenüber der EU seine eigene Position zu artikulieren.*

Ja, AfCFTA, so der Name, hat dieses Potenzial. Es ist allerdings we-



niger ein Binnenmarkt nach dem Vorbild der EU, sondern eher eine kontinentale Freihandelszone. Bedeutend ist, wie wir uns dazu positionieren. Wir brauchen eine handelspolitische Vision, wie wir mit dem Kontinent als Ganzes umgehen wollen. In die falsche Richtung geht das Post-Cotonou-Abkommen, dass sich nur an die subsaharischen Länder wendet und in der alten entwicklungspolitischen Denkweise doch stark verharrt.

*Wer ist der Treiber auf EU-Seite für diese handelspolitische Vision?*

Das müssen Frankreich und Deutschland sein. Die Franzosen haben seit Jahrzehnten in Afrika viel mehr gemacht als jedes andere europäische Land, wirtschaftlich, politisch, militärisch. Frankreich ist der größte Direktinvestor in Afrika, investiert fünffach so viel wie Deutschland. Andererseits ist Frankreich längst auch nicht überall auf dem Kontinent gut vertreten. In Ostafrika etwa spielen Franzosen und die Deutschen in einer ähnlichen Liga und im südlichen Afrika ist Deutschland sogar präsenter als Frankreich. Deutschland hat auch im Handel mit Afrika mit Frankreich gleichgezogen.

Politisch gehen Frankreich und Deutschland unterschiedlich vor. Frankreich setzt seit jeher stark auf bilaterale Aktivitäten. Angela Merkel hat dagegen versucht, stärker multilaterale Ansätze voranzutreiben, siehe G-8-Gipfel in Heiligendamm und deutsche G-20-Präsidentschaft 2017.

Deutschland und Frankreich sind auf vielen Märkten Konkurrenten. So manches deutsches Unternehmen klagt, dass es sich in Westafrika schwertut, Geschäfte zu machen. Hinter vorgehaltener Hand nennen sie den Grund: Vorherrschaft der Franzosen. Die französische Regierung fährt zulasten der Deutschen dann schon gern einmal die Ellenbogen aus. Ich denke, Europa muss hier viel stärker konzertiert handeln, etwa im Wettbewerb mit China und anderen Schwellenländern.

*Thema Green Deal: Welche Auswirkungen hat dieser für Afrika und was bedeutet er für die Beziehungen?*

Bei der Umsetzung müssen die Interessen des afrikanischen Kontinents gewahrt und die potenziellen Risiken kommuniziert werden. Afrika darf nicht bevormundet und dominiert werden. Stattdessen braucht es echte Partnerschaft.

Wir müssen uns vor Augen führen: Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ist ein ambitioniertes Projekt. Auch für Afrika. Zwar ist der Kontinent nur für drei bis vier Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Andererseits können das rapide Bevölkerungswachstum, die Urbanisierung und die Industrialisierung dazu führen, dass Afrika – im Fall der Nutzung fossiler Energien – insgesamt einen ähnlichen CO<sub>2</sub>-Verbrauch entwickeln wird wie beispielsweise heute Indien oder China. Hier müssen Alternativen gefunden und gefördert werden.

Ebenfalls ist zu klären, wie wir Ländern helfen können, deren wesentliche Existenzgrundlage der Export von fossilen Energieträgern ist. Eine denkbare Möglichkeit ist, Investitionen zu stimulieren, die der Diversifizierung der Volkswirtschaften dienen. Die andere könnte sein, Nachfolgetechnologien und -energien wie Wasserstoff zu unterstützen.

### *Inwieweit kann die Nutzung erneuerbarer Energien lokal helfen?*

Die Erneuerbaren sollen zukünftig die Grundlast der Energieerzeugung in Afrika darstellen. Hier gibt es gewaltigen Investitionsbedarf. Eine der größten Hürden bei dem Thema ist die Finanzierung sowie die Risikoabsicherung des Investors. Ein Vertrag mit afrikanischen Stromkunden hat in der Regel nicht die Bonität, um bei einer deutschen Bank einen entsprechenden Kredit zu bekommen. Unternehmen in der Frühphase der Projektentwicklung müssen unterstützt werden. Die Vorbereitungsphase ist meist länger als anderswo, damit entstehen dem Investor höhere Kosten. Hier sollten die Chancen und Risiken vernünftig zwischen Staat und Unternehmen aufgeteilt werden, um mehr Projekte finanzierbar zu machen. Eine Veränderung bei den Investitionsgarantien des Bundes, wie 2020 beschlossen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber noch nicht aus.

### *Thema Führungskräfte: Gibt es Programme für Führungskräfte bei Ihnen? Gibt es einen Austausch mit Führungskräften aus Afrika?*

Das Flagship-Programm ist sicherlich die Initiative „Afrika kommt!“, die 2008 von 19 Unternehmen aus Deutschland gegründet wurde. Der damalige Vizechef von Bosch Tilmann Todenhöfer hatte daran maßgeblichen Anteil. Die Initiative bietet Nachwuchsführungs-

kräften aus afrikanischen Ländern über eine Dauer von zwölf Monaten Einblicke in Arbeitsabläufe und Managementmethoden von deutschen Unternehmen. In einigen großen Unternehmen wie etwa B. Braun finden sich heute Afrika-kommt-Manager. Mittlerweile wird das Programm auch von der GIZ unterstützt und damit öffentlich gefördert.

Wir sind da auch nicht tatenlos und haben ein Netzwerk namens „Indeed Africa“ geschaffen. Wir bringen damit Start-ups aus Afrika und Deutschland und mit größeren Firmen zusammen. Auch das fördert die Vernetzung und den Ideenaustausch zwischen jungen Führungspersönlichkeiten aus deutschen und afrikanischen Ländern.







### **HENDRIK KAFSACK**

***Brüsselkorrespondent für die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung***

Geboren 1972 in Georgsmarienhütte. Studium der Neueren Geschichte, Wirtschaftspolitik und Philosophie in Münster und an der American University in Washington, D.C. Volontariat bei der F.A.Z. und kurzes Intermezzo im Unternehmensteil. Anschließend anderthalb Jahre bei der „Financial Times Deutschland“ für Kommentare zuständig. Seit 2004 Korrespondent in Brüssel mit breitem Themenspektrum von der Energie- über die Haushalts- bis zur Handelspolitik. Zwei Töchter, ein Sohn.

*Foto: F.A.Z.*

# **„WIR HABEN GEMEINSAME LEUCHTTURMPROJEKTE DEFINIERT.“ JUTTA URPIAINEN WILL DIE AFRIKANER BEIM GREEN DEAL MITNEHMEN**

*Es sollte das Jahr einleiten, in dem die EU und Afrika ihre Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen. Nur wenige Tage nach ihrem Amtsantritt bestieg Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen am 7. Dezember 2019 den Flieger in die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba. Die Reise zum Amtssitz der Afrikanischen Union war ihre erste Dienstreise außerhalb der Europäischen Union.*

Es sollte das Jahr einleiten, in dem die EU und Afrika ihre Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen. Nur wenige Tage nach ihrem Amtsantritt bestieg Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen am 7. Dezember 2019 den Flieger in die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba. Die Reise zum Amtssitz der Afrikanischen Union war ihre erste Dienstreise außerhalb der Europäischen Union. „Mein Besuch ist ein politisches Statement“, stellte sie vor dem Treffen mit ihrem afrikanischen Amtskollegen Moussa Faki unmissverständlich klar. „Wir werden unsere gemeinsamen Interessen und Ziele im Geiste einer echten Partnerschaft auf Augenhöhe weiter zusammen vorantreiben.“ Rein zahlenmäßig war das vonseiten der Europäerin sogar anmaßend. Vertrat sie damals gerade einmal 28, inzwischen 27 Staaten, sprach Faki für 55. Auch konnte Faki auf große Fortschritte Afrikas in Wirtschaft und Politik verweisen: die Afrikanische Freihandelszone, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden soll. Mit rund 1,3 Milliar-

den Menschen ist sie etwa dreimal so groß wie die EU.

Tatsächlich habe sich das Verhältnis zwischen der EU und Afrika nach wie vor nicht über die „Geber-Nehmer-Beziehung“ der vergangenen Jahrzehnte hinausentwickelt, lautete die Analyse der Kommissionspräsidentin. Die EU ist größter Handelspartner Afrikas und wichtigster Geldgeber für Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen. Das jedoch werde der aktuellen weltpolitischen Lage nicht mehr gerecht, hatte schon vor von der Leyen der am Widerstand der EU-Staaten gescheiterte Spitzenkandidat der Christdemokraten für das Amt des Kommissionspräsidenten, der CSU-Politiker Manfred Weber, im Europawahlkampf wiederholt betont. Dabei geht es auch um die Rolle, die Afrika im Kampf gegen die illegale Migration und bei der Bekämpfung der Ursachen für diese spielt – aber wahrlich nicht nur. Als von der Leyen im Dezember in Addis Abeba von „gemeinsamen Lösungen für gemeinsame Probleme“ sprach, hatte

sie allen voran den Green Deal im Blick, das Kernthema ihrer Amtszeit.

Die Folgen des Klimawandels sind in Afrika schon spürbar. Zugleich hat es bei der Produktion erneuerbarer Energie riesiges Potenzial, allen voran bei der Solarenergie. Auch wirtschaftlich ist es hochinteressant. „Es ist der Kontinent mit den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt“, sagte von der Leyen. Die EU hat vor der Corona-Krise Waren im Wert von 282 Milliarden Euro im Jahr mit Afrika gehandelt. Ein Viertel der afrikanischen Ausfuhr geht in die EU, ebenso wie ein Viertel der Einfuhr aus der EU kommt. Ein entscheidender Faktor für das neue Interesse ist zudem das Vordringen Chinas, das in jüngster Zeit stark in Afrika investiert hat, mit einem Fokus auf dem Ausbau der Infrastruktur, aber nicht nur. Es geht auch um den geopolitischen Einfluss der EU und eine Antwort auf die Seidenstraßeninitiative Pekings.

Nun wäre es nicht das erste Mal gewesen, dass ein europäischer Politiker die große Bedeutung Afrikas hervorgehoben und sich anschließend vermeintlich wichtigeren Dingen zugewandt hätte. 2000 trafen sich zum ersten Mal Topvertreter der EU und der Vorgängerorganisation der AU. Auch von der Leyens Vorgänger Jean-Claude Juncker hatte Afrika zur Priorität erklärt. Tatsächlich hat es in der EU eine lange Tradition, dass die Anrainer des afrikanischen Kontinents oder ihnen als ehemalige Kolonialmächte eng verbundene Staaten wie Frankreich während der wechselnden halbjährigen EU-Ratspräsidentschaften immer wieder an der Neuausrichtung des Verhältnisses arbeiten. So wie die Osteuropäer ihrerseits dann den Fokus auf die östliche Nachbarschaft legen.

Von einer kontinuierlichen oder stringenten Zusammenarbeit konnte bisher nie die Rede sein. Von der Leyen aber war zweieinhalb Monate später zurück in Addis Abeba – und dieses Mal brachte sie 22 EU-Kommissare für eine gemeinsame Sitzung mit dem Partnerkollegium der AU mit. Eine Woche zuvor war EU-Ratspräsident Charles Michel zum AU-Sitz gereist. Die Botschaft war unmissverständlich: Dieses Mal meint es die EU ernst. Nach Jahrzehnten der Apathie hat Afrika Priorität.

2020 sollte die Grundlage legen. Im März legte die Europäische Kommission eine neue Afrika-Strategie vor, welche die bestehende EU-Afrika-Strategie von 2007 ersetzen soll. Fünf Partnerschaften rief sie aus: für eine grüne Wende, für den digitalen Wandel, für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung sowie für Frieden und für Migration. Inhaltlich war das alles nicht überraschend. Aber ein gemeinsamer EU-Afrika-Gipfel später im Jahr sollte das neue Verhältnis besiegeln und auf eine andere Ebene heben. Dann aber traf die Coronapandemie Europa und Afrika mit voller Wucht und die Prioritäten der EU verschoben sich schnell in eine andere Richtung. Darüber konnten auch die Bemühungen der Kommission um Coronahilfen für den Rest der Welt nicht hinwegtäuschen. Der EU-Afrika-Gipfel wurde erst auf das Frühjahr 2021 verschoben – und später abermals abgesagt. Die deutsche Ratspräsidentschaft stellte die EU-Afrika-Strategie während ihrer bis Ende 2020 laufenden Amtszeit hinten an. Zwar brach die Arbeit an der Strategie nicht völlig ab. Der Fokus der EU aber lag erst einmal darauf, den „Wiederaufbau“ der eigenen Länder vorzubereiten und die Versorgung mit Impfstoffen sicherzustellen.

Nur an einer Front ging es voran: den Verhandlungen über den Nachfolger für das Cotonou-Abkommen, in dem die EU ihr Verhältnis zu den ehemaligen Kolonien ihrer Mitgliedstaaten und des Vereinigten Königreiches regelt. Anfang Dezember 2020 einigten sich die EU und die 79 AKP-Staaten – was für Afrika, Karibik und Pazifik steht – im Grundsatz auf ein neues Post-Cotonou-Abkommen. Zu den AKP-Staaten gehören immerhin 48 afrikanische Staaten südlich der Sahara. Wichtig an der Einigung ist vor allem eines: An den viel kritisierten Handelsbeziehungen hat sich nichts geändert.

Letztlich wurde der Rahmen, in dem sich die in den vergangenen zwanzig Jahren bewegt haben, für die nächsten zwanzig Jahre fortgeschrieben. Die dringend benötigten Voraussetzungen für den Aufbau einer heimischen, regionalen Produktion von Industriegütern in afrikanischen Staaten werden nicht geschaffen. So bleibt das Verhältnis ungleich. Afrika führt Rohstoffe aus und aus der EU hochwertige Industrieprodukte ein. Auch kann die EU Afrika weiter nutzen, um die „Abfallprodukte“ ihrer hochsubventionierten Agrarpolitik abzustoßen – zum Schaden der Produktion dort. Hinzu kommt, dass mit dem Post-Cotonou-Abkommen die Zweiteilung der EU-Afrika-Beziehung festgeschrieben wird. Es betrifft nur die Beziehungen zu den Staaten südlich der Sahara. Die nordafrikanischen Staaten gehören ebenso wenig dazu wie die AU. Der ehemalige Kommissionspräsident Juncker hatte sich deshalb 2018 für einen ganzen anderen Ansatz ausgesprochen: ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem afrikanischen Kontinent – auch er warb damals übrigens für eine „Partnerschaft auf Augen-

höhe“. Dieser Ansatz hätte ermöglicht, die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone einzubinden und gezielt zu fördern. „Schade, dass die EU diese Möglichkeit verpasst hat“, urteilt die CDU-Europaabgeordnete und Afrika-Expertin ihre Fraktion Hildegard Bentele.

Für die afrikanischen Staaten war der Begriff „Schade“ für das Ergebnis der Verhandlungen über das Post-Cotonou-Abkommen offenkundig noch zu milde gewählt. Der Frust war groß. Das Verhältnis zwischen der EU und Afrika bleibe ungleich, Europa Mentor, Afrika Schüler, urteilte die nigerianische Forscherin Lynda Iroulo vom GIGA Institut für Afrika-Studien. Geber – Nehmer. Wie in Brüssel zu hören ist, war die Enttäuschung darüber ein Grund dafür, dass die AU auch den für den 9. Dezember von der deutschen Ratspräsidentschaft geplanten virtuellen Minigipfel – die Rede war von einem „kleineren Zwischentreffen“ – zwischen den Spitzen von EU und AU kurzfristig absagte. Die offizielle Begründung war „die geringe Beteiligung auf Ebene der Staatschefs“. Der andere, in Brüssel hinter vorgehaltener Hand genannte Grund für die Absage war, dass die Afrikaner sich von der EU trotz aller Reden von einer Partnerschaft auf Augenhöhe nicht ernstgenommen fühlen. Die EU diktiert Format und Agenda, hieß es. Die Afrikaner seien zu wenig konsultiert worden.

Schon zuvor hatte die Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Iratxe Garcia Pérez gewarnt: „Wir müssen mehr zuhören, eine Partnerschaft ist keine Einbahnstraße.“ Die mangelnde Kommunikation hat strukturelle Gründe. Es fehlt nach wie vor der so oft geforderte Afrika-Kommissar, die berühmt-berühmte euro-



päische Telefonnummer für die afrikanischen Staaten. Zuständig sind zunächst einmal der Außenbeauftragte Josep Borrell und die Finnin Jutta Urpilainen, die als Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit für die Länder südlich der Sahara verantwortlich ist. Je nach Fachthema aber sind es die jeweiligen Kommissare für Handel, Wirtschaft, Landwirtschaft, Energie oder Digitalisierung. Für den Green Deal ist es Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans, der allerdings so stark mit der europäischen Klimapolitik beschäftigt ist, dass Afrika für ihn bestenfalls in Onlineforen stattfindet.

Von einem verlorenen Jahr 2020 will die Kommission dennoch nicht sprechen. Die Coronapandemie habe die Kontaktaufnahme nur verlangsamt, sagt Borrell. Deshalb soll nun 2021 den Wandel bringen. Die Papierform stimmt. Seit Jahresbeginn ist wieder Bewegung in die Beziehungen gekommen. Michel reiste in den Kongo und nach Angola. Im März hat das Europaparlament mit großer Mehrheit die EU-Afrika-Strategie angenommen. „Mit dem Willen, sein Potenzial zu nutzen, wird Afrika die Zukunft der Welt entscheidend beeinflussen“, urteilte die federführend zuständige französische Liberale Chrysoula Zacharopoulou. Und: Die Beziehungen müssten über die „Geber-Empfänger-Beziehung“ hinausgehen – da war es wieder.

Dass dabei der Green Deal im Mittelpunkt steht, ist kein Wunder. Schließlich stehen im Herbst gleich zwei wichtige Treffen an: die COP 15 in Kunming zur Biodiversität und der COP 25 zum Klimaschutz in Glasgow. „Wir müssen groß denken“, sagte Timmermans beim EU-Afrika-Wirtschaftsforum im April,

das immerhin 3.000 Teilnehmer hatte. Der Bedarf ist riesig. 600 Millionen Menschen in Afrika haben keinen Zugang zu Strom. Angesichts des Reichtums an erneuerbaren Energiequellen sei das geradezu paradox, sagt Timmermans. Mit der Initiative „Africa-EU-Green Energy“ will Timmermans deshalb Investitionen in erneuerbare Energie fördern und Menschen wie Unternehmen Zugang zu bezahlbarer Energie verschaffen.

Neu ist der Fokus auf Energieeffizienz. Mindeststandards sollen sicherstellen, dass Afrika nicht mehr zum Ziel von Geräten mit bestenfalls zweitklassiger Energiebilanz wird. Zugleich will sich die EU nicht mehr vor allem auf Projekte wie den Bau von Solarfarmen konzentrieren, sondern den Afrikanern dabei helfen, die Energiesysteme neu auszurichten, und sie etwa überzeugen, mehr auf Wettbewerb in der Energieerzeugung zu setzen statt auf Staatskonzerne. Ein Musterbeispiel für die Hilfe der EU auf regulatorischer Ebene ist der Afrikanische Strombinnenmarkt, der sich stark an dem Vorbild des EU-Strombinnenmarkts orientiert.

Auch das nötige Geld ist da. Beinahe 80 Milliarden Euro stehen in dem mehrjährige EU-Budget 2021 bis 2027 für die internationale Zusammenarbeit unter dem Dach von „Global Europe“ bereit. Allein 29 Milliarden Euro davon soll in die afrikanischen Länder südlich der Sahara fließen und davon wiederum 30 Prozent in den Klimaschutz. Die Arbeit an den neuen Mehrjahresplänen dafür will die Kommission im Herbst abschließen. „Neu ist, dass wir dabei auch die EU-Staaten eng eingebunden haben, um gemeinsame Leuchtturmprojekte zu identifizieren“, hebt Urpilainen hervor. „Mein Lieblingsbeispiel dafür ist

der Bau einer Solarfabrik in Burkina Faso, die wir gemeinsam mit der französischen Regierung gefördert haben“, sagt sie. „Sie liefert heute Strom für 660.000 Menschen, spart 26 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr und schafft vor allem Arbeitsplätze.“ Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) finanziert in Afrika diverse Klimaschutzprojekte. 3,4 Milliarden Euro stellte sie 2020 dafür bereit. Zudem organisiert sie Foren, auf denen die Empfänger Erfahrungen austauschen sollen (Stichwort: „Best Practices“). Bald könnte ihr noch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) Konkurrenz machen, die eine Ausweitung der Tätigkeit auf das subsaharische Afrika prüft. Sie will sich 2022 wieder damit befassen.

Die EU muss ihre Projekte jetzt „nur“ noch auf den Boden bekommen. Die große offene Frage ist aber, wie groß der „Appetit“ der afrikanischen Staaten überhaupt ist, in erneuerbare Energie zu investieren. Schließlich bieten Konkurrenten wie China Alternativen. Für die Afrikaner dürfte die Entscheidung darüber, mit welchem Partner sie arbeiten, vor allem an einer Frage hängen: Wer hat die besseren Bedingungen? Das gilt erst recht nach der Coronakrise, die sie wirtschaftlich stark getroffen und die Schuldenlast nach oben getrieben hat. Wenn aber die 600 Millionen Menschen ohne Strom in Afrika künftig mit Kohlekraft versorgt werden, rückt das Erreichen der Pariser Klimaziele in weite Ferne. „Wir müssen den Afrikanern deshalb jetzt eine umfassende Exit-Strategie aus der Krise bieten“, sagt Urpilainen. Dazu gehörten Impfstoffe ebenso wie eine Debatte über finanzielle Hilfen. Es gehe aber – ganz wie in der EU – auch um die Frage, wie der Wiederaufbau gestaltet wird.

„Ich gebe gern zu, dass die AU-Vertreter etwas zurückhaltend reagiert haben, als wir das Thema Green Deal bei unseren ersten Besuchen in Addis Abeba auf die Agenda gesetzt haben“, gesteht Urpilainen zu. Der Schlüssel liege darin, klar zu machen, dass der Green Deal eine Win-win-Situation für Klima und Wirtschaft sei. „Der grüne Wandel ist nicht nur nötig, um den Klimawandel zu bekämpfen, sondern auch die größte wirtschaftliche Chance unserer Zeit“, sagt von der Leyen. Die Botschaft verfängt allerdings auch in der EU nur bedingt. Und noch etwas ist wichtig: Die Afrikaner zu überzeugen, dass hinter dem Konzept nicht versteckter Protektionismus steckt. Genau die Sorge dürften Pläne der Europäischen Kommission wie die CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe auf Grundstoffe wecken. Afrika in einen globalen Klimaclub von Staaten mit CO<sub>2</sub>-Preisen einzubinden, die entsprechend keine Grenzabgabe zahlen müssen, dürfte illusorisch sein. So schön Ideen wie ein EU-Afrika-Emissionshandel auch klingen. Das ist Zukunftsmusik.

Vor allem eines ist für all das von zentraler Bedeutung: Die EU muss wieder mehr mit den Afrikanern als über sie reden. Deshalb ist es beunruhigend, dass monatelang noch nicht einmal die Rede von einem Ersatztermin für den mehrfach abgesagten EU-Afrika-Gipfel war. So droht letztlich auch 2021 zu einem verlorenen Jahr zu werden. Viele hoffen, dass es die Franzosen mit ihren Verbindungen nach Afrika richten können – während ihrer EU-Ratspräsidentschaft. Die aber beginnt erst Anfang 2022.



Foto: Jonathan Erasmus – iStock



## ***DIE BEDEUTUNG DES GREEN DEALS FÜR DIE EU-AFRIKA-BEZIEHUNG***



**DR. GERD MÜLLER**  
*Bundesminister für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung*

Gerhard „Gerd“ Müller ist seit Dezember 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in den Kabinetten Merkel III und Merkel IV. Seit 1994 ist Müller Mitglied des Deutschen Bundestages.

*Foto: BMZPool/Janine Schmitz/photothek.net*

# „AFRIKA BRAUCHT AFRIKANISCHE LÖSUNGEN“

*VAA: Was muss Europa tun, um Afrika in den European Green Deal einzubeziehen?*

**Müller:** Der Klimawandel macht an keiner Grenze halt. Wir müssen uns klar machen: Die Hälfte der Bevölkerung Afrikas lebt heute ohne einen Stromzugang. Dort, wo Zugang besteht, ist er oft unzuverlässig und teuer. Würden all diese Menschen zukünftig mit Kohlestrom versorgt, wären unsere eigenen Klimaschutzanstrengungen so gut wie wirkungslos.

Darum darf der Green Deal nicht nur nach innen, auf Europa, gerichtet sein. Wir brauchen auch eine kraftvolle Klima- und Energiepartnerschaft mit unserem Nachbarkontinent Afrika. Im Rahmen des Green Deals sollte die EU ein ambitioniertes Investitions- und Innovationspaket für den Ausbau erneuerbarer Energie in Afrika auflegen.

*Ist nicht Afrika der ideale Kontinent für Erneuerbare Energie?*

Afrika hat das Potenzial, in wenigen Jahren zum grünen Kontinent für erneuerbare Energien zu werden. In vielen Ländern gibt es viel Sonne, viel Wind und viel Platz. Ideale Bedingungen für die Erzeugung von klimaneutraler Energie, wie kostengünstigen Solarstrom oder grünen Wasserstoff – verlässlich und nachhaltig; für die Energiewende in Afrika und Europa.

*Wie kann Afrika zum grünen Kontinent werden? Wo liegen die größten Herausforderungen?*

Für eine grüne und nachhaltige Entwicklung Afrikas braucht es partnerschaftliches Handeln, technologischen Austausch zwischen Europa und Afrika und viel mehr Investitionen. Zentral dafür sind gute Regierungsführung, effektive Verwaltungsstrukturen und attraktive Investitionsbedingungen vor Ort.

Genauso wichtig sind die Angebote, welche die Europäische Union Afrika macht. Die EU sollte den Aufbau einer afrikanischen

Freihandelszone und Kreislaufwirtschaft nicht nur unterstützen, sondern gleichzeitig auch ein „Fairhandels-Abkommen“ mit der Afrikanischen Union vorantreiben. Und wir müssen die Leistungsfähigkeit und Klimaresilienz der Landwirtschaft in Afrika dringend verbessern. Nur so kann die Nahrungsmittelproduktion mit den Geburtenraten mithalten. Denn Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 auf rund 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln.

### *Wie funktioniert die „Allianz für Entwicklung und Klima?“*

Der Klimawandel bleibt die zentrale Überlebensfrage der Menschheit. Aber leider kommen wir weltweit beim Klimaschutz zu langsam voran. Wir brauchen zusätzliche Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Bundesentwicklungsministerium haben wir dazu 2018 die „Allianz für Entwicklung und Klima“ ins Leben gerufen. Schon jetzt, drei Jahre später, sind dort 1.000 Unternehmen, Kommunen, Vereine und Privatpersonen engagiert. Mithilfe der Allianz vermeiden und reduzieren sie eigene CO<sub>2</sub>-Emissionen. Unvermeidbare Treibhausgasemissionen kompensieren sie, zum Beispiel durch Aufforstungsprojekte oder den Aufbau von Solaranlagen in Entwicklungsländern. Die Unterstützerinnen und Unterstützer fördern dadurch nicht nur den Klimaschutz, sondern auch nachhaltige Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern. 2020 wurden so mehr als 3,6 Millionen Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub> kompensiert. Das entspricht den jährlichen Klimaemissionen von über 400.000 Menschen in Deutschland.

### *Wie funktioniert der „Marshallplan mit Afrika“? Was kann Deutschland neben oder mit der EU tun?*

Afrika braucht afrikanische Lösungen. Darum haben wir unsere Zusammenarbeit neu ausgerichtet und begegnen unseren Partnern auf Augenhöhe. Ziel des Marshallplans mit Afrika ist es, die Rahmenbedingungen für private Investoren in unseren Partnerländern zu verbessern. Der Plan wird von bilateralen und partnerschaftlichen Maßnahmen in drei Säulen gestützt: erstens Wirtschaft, Handel und Beschäftigung; zweitens Frieden und Sicherheit sowie drittens Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Beispielsweise helfen wir mit der 2017 gegründeten Initiative „Grüne Bürgerenergie für Afrika“ beim Aufbau dezentraler erneuerbarer

Energiesysteme in ländlichen Regionen Afrikas und binden dabei lokale Akteure und private Investoren ein. Dabei geht es um die Teilhabe von Kommunen, Genossenschaften und lokalen Unternehmen, um die Wertschöpfung vor Ort zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Marshallplan verpflichtet uns auch, unsere afrikanischen Partner auf europäischer und internationaler Ebene zu unterstützen: unter anderem für faire Handelsbeziehungen, Mindeststandards für nachhaltige Lieferketten oder beim Kampf gegen illegale Finanzströme. Es freut mich, dass die EU einige Ideen unseres Marshallplans mit Afrika in ihrer neuen Afrikastrategie aufgegriffen hat. Jetzt gilt es aktiv zu werden und den Dialog zwischen Europa und Afrika weiter zu fördern.

*Wer muss mehr helfen bei der nachhaltigen Entwicklung Afrikas: Staat oder Privatwirtschaft?*

Pro Jahr werden zusätzliche 35 Milliarden US-Dollar in Afrika gebraucht, um die Energieinfrastruktur auszubauen und den steigenden Energiebedarf des Kontinents klimaneutral zu decken. Mit dem Team-Europe-Ansatz bietet sich nun eine gute Gelegenheit, um im Rahmen der „Africa-EU Green Energy Initiative“ größere europäische Beiträge in Afrika zu bündeln. Aber die notwendigen Investitionen können nicht nur von staatlicher Seite kommen, auch die Privatwirtschaft muss sich stärker engagieren.

*Wieso ist es in Europa so schwer, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Entwicklung Afrikas auch eine Investition in die eigene Zukunft ist?*

Heute liegt der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung bei circa 16 Prozent – laut UN werden 2050 zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben, dann wird jeder Vierte auf der Welt in Afrika wohnen. Mit der Bevölkerungszahl steigt der Bedarf an Nahrung, Energie und Infrastruktur rasant an und überfordert schon heute die Möglichkeiten vieler Länder. Es ist in unserem eigenen Interesse, Afrika zu unterstützen, nachhaltige klimaschonende Entwicklungswege einzuschlagen und das riesige Marktpotenzial des Kontinents abzurufen. Wenn Afrika den Hebel nicht auf grüne und nachhaltige Entwicklung legt, wird die Erderwärmung nicht zu aufzuhalten sein.





**DR. URSULA VON DER LEYEN**  
*Präsidentin der Europäischen Kommission*

Dr. Ursula Gertrud von der Leyen ist seit dem 1. Dezember 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission. Sie wurde am 16. Juli 2019 auf Vorschlag des Europäischen Rates durch das Europäische Parlament gewählt. Zuvor war von der Leyen von 2003 bis 2005 niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, von 2005 bis 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Arbeit und Soziales und von 2013 bis 2019 Bundesministerin der Verteidigung. Von November 2010 bis November 2019 war sie zudem Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU.

Foto: © European Union 2019 – Source: EP

# VON DER LEYEN WÜNSCHT SICH AFRIKANISCHEN GREEN DEAL

**Mitte Juni 2021 hat die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen die Schaffung eines afrikanischen „Green Deals“ angeregt. Dieser solle ebenso wie sein EU-Pendant das „Herzstück“ für die wirtschaftliche Erholung Afrikas nach der Pandemie werden.**

In einer Videobotschaft für die Eröffnungssitzung des EU-Afrika-Forums zu grünen Investitionen in Afrika bezeichnete von der Leyen den Green Deal als „neue Energie für Wachstum und das Herzstück des Wiederaufbaus“ in der Europäischen Union. Daher glaube sie, dass „das Gleiche für Afrika gelten kann“ und durch die Schaffung „eines afrikanischen Green Deals auf ein stärkeres und wohlhabenderes Afrika hingearbeitet“ werden könne.

„Der grüne Übergang ist nicht nur eine Notwendigkeit, um den Klimawandel zu bekämpfen“, so die Kommissionschefin weiter. „Der grüne Übergang ist tatsächlich die größte wirtschaftliche Chance unserer Zeit und kann der Motor unseres Aufschwungs sein, in Europa ebenso wie in Afrika.“ Von der Leyen verwies auf die erneuerbaren Energien, die „im Moment billiger sind als die meisten anderen Energiequellen und mehr Arbeitsplätze schaffen“, und merkte an, dass mit den „richtigen Investitionen“ in diesem Bereich die „wachsende Industrie Afrikas“ zukünftig angetrieben werden könne. Das Potenzial der grünen Wirtschaft in Afrika sei insgesamt „riesig: Von der Abfallwirtschaft bis zur klimafreundlichen Landwirtschaft können grüne Investitionen Afrikas Aufschwung vorantreiben.“

## ZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA

Von der Leyen sprach auch die Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank an, die darauf abzielen solle, „das Risiko grüner Investitionen in Afrika zu decken, entweder über private Investoren oder über die Regierungen der afrikanischen Länder“. Sie schloss ihren Beitrag, indem sie betonte, dass „grüne Investitionen ein gemeinsames europäisches und afrikanisches Interesse sind“ und es nun an der Zeit sei, „zu diskutieren, wie man sie weiter mobilisieren kann, insbesondere im Vorfeld der COP 26 und des EU-Afrika-Gipfels“.

Die COP 26 wird zwischen dem 1. und 12. November 2021 im schottischen Glasgow stattfinden. Das Datum des nächsten groß angelegten Gipfels zwischen der Afrikanischen Union und der EU bleibt indes unklar. Im vergangenen Jahr war ein geplantes Treffen aufgrund der Pandemie verschoben worden. Aktuell sprechen sich insbesondere die afrikanischen Staaten für ein persönliches Treffen statt lediglich Videokonferenzen aus.

Quelle: Euractiv



***PROFESSOR DR. ANNA-KATHARINA HORNIDGE***  
***Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik***  
***(DIE)***

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge ist Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik und Professorin für Globale Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bonn. Sie arbeitet zu Fragen von Wissen(-schaft) für Entwicklung und natürliche Ressourcen-Governance in den Landwirtschaften, der Fischerei Asiens und Afrikas. Sie berät die Bundesregierung sowie auf EU- und UN-Ebene.

*Foto: DIE*

# „STÄRKUNG DER WISSENSCHAFT SPIELT EINE ZENTRALE ROLLE“

*Deutschland soll sich für die Finanzierung von Wissenschaft in Partnerschaft mit wissenschaftlichen Institutionen und Partnern in Afrika aussprechen, sagt Anna-Katharina Hornidge im Interview mit Klaus Bernhard Hofmann. Sie betont auch, dass ein Erfolg der Energiewende nur möglich ist, wenn ein Teil der erneuerbaren Energien importiert werde. (Grüner Wasserstoff könne eine wichtige Rolle spielen.)*

*Was muss, was kann Europa tun, um Afrika in den Green Deal einzubeziehen?*

**Professor Hornidge:** Der Green Deal wird häufig viel zu einseitig als rein europäisches Projekt diskutiert. Diese Perspektive vernachlässigt die internationalen Verflechtungen der europäischen Wirtschaften und Gesellschaften. In der Kooperation mit Afrika sollte der Green Deal besonders in den folgenden Schlüsselsektoren Impulse für die nachhaltige Transformation der Beziehungen setzen: Ausgestaltung der Energiewende, Ausbau und Zugang zu erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff, Dekarbonisierung der Handelsbeziehungen – bisher bestehen 46,5 Prozent afrikanischer Exporte in die Europäische Union aus fossilen Brennstoffen –, Klimaresilienz der afrikanischen Landwirtschaft.

*Warum hat Afrika eine Schlüsselrolle inne?*

Als direkter Nachbarkontinent bestimmt Afrikas Zukunft auch maßgeblich die Zukunft Europas. Die Schnittmenge an globalen Herausforderungen, die Europa nur gemeinsam mit Afrika und anderen bearbeiten kann, ist groß. Herkömmliche Entwicklungsmodelle, die einseitig auf Wirtschaftswachstum setzen, sind ebenso veraltet wie alte Muster einseitiger Kooperation. Fragen nach Verteilung, ge-

sellschaftlichem Zusammenhalt und ökologischer Verträglichkeit stehen im Vordergrund. Das ambitionierte Ziel der Europäischen Union, 2050 klimaneutral zu wirtschaften, ist ein Beispiel. Transregionale Wertschöpfungsketten müssen umstrukturiert werden. Dieser Suchprozess kann nur gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern begangen werden.

Um die Energiewende zu schaffen, die im Europäischen Klima- und Energierahmen 2030 verankert ist, muss künftig ein Teil der erneuerbaren Energien importiert werden. Grüner Wasserstoff aus afrikanischen Ländern könnte hier langfristig gesehen eine wichtige Rolle spielen. Ähnlich sieht es im Bereich der Elektromobilität in Europa aus: Sie ist abhängig von Kobaltimporten, weitestgehend im Rohzustand, aus der Demokratischen Republik Kongo. Bereits 2017 stammten 64 Prozent des weltweit geförderten Kobalts aus dem Kongo. Mit dem Ausbau von Elektromobilität könnte auch die Nachfrage an Kobaltimporten stark zunehmen. Um diese langfristig und zuverlässig bedienen zu können, gilt es jedoch, Wertschöpfung vor Ort sicherzustellen und die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards beim Abbau der Ressourcen zu garantieren.

*Wenn die EU mit dem Green Deal eine globale Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen will, müsste die Partnerschaft mit Afrika nicht über eine klassische Klimapolitik hinausgehen und neue Formen der Zusammenarbeit anstreben?*

Die klimapolitischen Verhandlungen in Glasgow 2021 müssen die Formulierung von nationalen und regionalen Langfriststrategien auf dem Pfad zur Dekarbonisierung und zirkularen Umgestaltung unserer Wertschöpfungsketten berücksichtigen. Hierbei blickt die Welt auf Europa, die USA und China. Innerhalb der EU und im Binnenverhältnis mit Afrika ist es die Rolle Deutschlands, Führung zu übernehmen. Über die klassische Klimapolitik hinauszugehen, bedeutet, gemeinsam den transregionalen Umbau unserer Produktionssysteme und Konsummuster hin zu zirkularer Wertschöpfung und dem Wirtschaften in CO<sub>2</sub>-neutralen Kreisläufen zu gestalten.

*Streben wir Europäer Klimaschutz nicht von der Wurzel aus, während Afrika möglicherweise eher auf Anpassung an den Klimawandel zu setzen scheint und stärker sozioökonomischen Fragen wie der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang einräumt? Die*

*Voraussetzungen auf den beiden Kontinenten sind unterschiedlich. Wie kann man sich annähern?*

Die langfristigen Strategien zur Klimastabilisierung müssen die national sehr unterschiedlichen Voraussetzungen genauso respektieren, wie auch die unterschiedlichen Beiträge zum Klimawandel nicht ignoriert werden können. Dies bedeutet auch, dass Niedrigeinkommensländer, die gezielt beitragen zur Dekarbonisierung ihrer Wirtschaftssysteme und somit zur Stabilisierung des globalen Klimas, mittels multilateraler Ebenen und Instrumente darin unterstützt werden sollten, ihre sozialen Absicherungssysteme, Katastrophenschutz, Bildungs- und Gesundheitssysteme essenziell für gesellschaftlichen Zusammenhalt auf- und auszubauen. Dieser stellt wiederum eine zentrale Grundlage für gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit und Krisenresilienz dar.

*Wo liegen die größten Herausforderungen, auf welchen Gebieten liegen die größten Hebel: Energie? Handel? Kreislaufwirtschaft? Nachhaltige Landwirtschaft?*

Die großen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ergeben sich aus dem Zusammenspiel der folgenden acht Megatrends: Klimawandel und Ressourcenknappheit, demografischer Wandel, geopolitische Machtverschiebungen, Globalisierung und Regionalisierung, Digitalisierung und Wissensgesellschaften, Verstädterung, soziale Ungleichheit und neue Mittelschichten sowie Migration und Wanderungsbewegungen. Um einen Umgang mit diesen sicherzustellen, der globales Gemeinwohl ermöglicht, bedarf es eines planetaren Blicks sowie des Dialogs mit lokalen Lebenswelten weltweit. Ziel ist der Schutz der globalen Gemeingüter: soziale Gleichheit und Armutsbekämpfung, gesellschaftlicher Frieden und politische Teilhabe, ein klimaneutrales und wohlstandsicherndes Wirtschaftssystem, gesunde Ökosysteme, ein stabiles Klima, Biodiversität und kulturelle Vielfalt.

Die zentralen politischen Hebel wurden durch die COVID-19-Pandemie erneut deutlich: eine nachhaltige Gestaltung der Finanzmärkte, der Digitalisierung und der Wirtschaft, robuste soziale Sicherungs-, Ernährungs- und Gesundheitssysteme, eine Stärkung von Bildung, Wissenschaft und Innovationsentwicklung, inklusive Institutionen für den globalgesellschaftlichen Zusammenhalt und

die Förderung der regionalen und multilateralen, regelbasierten Kooperation.

*Können die afrikanischen Länder die Entwicklung Europas, also 70 Jahre technologisch überspringen und ihre Wirtschaft mit grüner Energie antreiben?*

Große Impulse für den Strukturwandel werden zweifellos von den großen Megatrends kommen, beispielsweise von Prozessen der Verstädterung. Subsahara-Afrika ist noch ländlich strukturiert, verzeichnet aber die höchsten Verstädterungsraten der Welt. In den Städten steigen oft Produktivität, Kaufkraft und die Abfallproduktion an. Zeitgleich werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft in Afrika digitalisiert. Auch tiefgreifende externe Impulse tragen substantiell zu Veränderungsprozessen bei, insbesondere von China. Dessen Übergang zu einer reichen Industrienation schafft dauerhaft Nachfrage nach afrikanischen Rohstoffen, während zugleich arbeitsintensive Leichtindustrien abwandern – möglicherweise auch nach Afrika. Und schließlich erleben wir in der Weltwirtschaft eine neue Welle von Protektionismus und Handelskonflikten, während in Afrika Fortschritte in Richtung einer kontinentalen Freihandelszone erzielt werden.

*Auf dem afrikanischen Kontinent entstehen gerade 450 neue Kohlekraftwerke. Geht das nicht in die völlig falsche Richtung?*

Ja, das geht in die falsche Richtung. Die Umstellung der Weltwirtschaft von fossilen auf erneuerbare Rohstoffe, von Biotreibstoff bis Bioplastik, erschließt auch für Afrikas Agrarländer neue Perspektiven. Fallende Preise für Solarpaneele und andere Technologien für erneuerbare Energien ermöglichen es, ländliche Gegenden kostengünstig mit Strom zu versorgen. Mit dem Klimawandel wächst die Nachfrage nach Solar- und Windstrom aus Afrika und dessen Nutzung vor Ort durch Ansiedlung energieintensiver Betriebe oder Umwandlung in transportfähigen grünen Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe und Chemieprodukte.

*Und wie will man die Bevölkerung Afrikas überzeugen?*

Es geht nicht darum, zu überzeugen, sondern gemeinsam globale Herausforderungen anzugehen – mit für uns alle im Alltag zu-

nehmend spürbaren Folgen. Um dies zu ermöglichen, ist eine gemeinsame, transregionale Sprechfähigkeit notwendig. Die Stärkung der Wissenschaft und die Investition in Wissenschaftssysteme weltweit spielt dabei eine zentrale Rolle. In vielen Ländern Afrikas und Asiens umfasst die Förderung der Wissenschaftssysteme allerdings weniger als ein Prozent. Doch gerade für globale Dialog-, Verhandlungs- und Entwicklungsprozesse ist es wichtig, gesellschaftlich sprechfähig zu globalen Herausforderungen zu sein. Deutschland sollte sich daher für die Finanzierung von Wissenschaft in Partnerschaft mit wissenschaftlichen Institutionen und Partnern in Afrika aussprechen. Der Auf- und Ausbau der Wissenschaftssysteme vor Ort in den Partnerländern ist zentral – auch für einen partnerschaftlichen Dialog und die Zusammenarbeit für die Entwicklung technologischer und institutioneller Innovationen für Energieproduktion, -speicherung, -vermarktung und den entsprechenden Infrastrukturen.

### *Wer muss mehr helfen bei der nachhaltigen Entwicklung Afrikas: Staat oder Privatwirtschaft?*

Privatwirtschaftliche Investitionen und eine bessere Verknüpfung von Privatsektor und entwicklungsorientierter Politik sind zwingend notwendig, um Arbeitsplätze und nachhaltigen Wohlstand zu schaffen. Angesichts der sozioökonomischen Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie, der Folgen von Klimawandel und Ressourcendegradation sowie dem demografischen Wandel in Europa und Afrika reicht mehr Markt in der Entwicklungspolitik nicht aus für ein zukunftsfähiges Kooperationsmodell. Stattdessen muss die Kooperation mit Afrika zu einer transformativen Partnerschaft weiterentwickelt werden. Gegenseitige Verflechtungen und Abhängigkeiten gehen uns in einer direkten Nachbarschaft gemeinsam etwas an. Diese Partnerschaft sollte je nach Ländern und örtlichen Gegebenheiten unterschiedlich ausgestaltet werden. Dafür benötigen wir einen Perspektivwechsel – Altbundespräsident Horst Köhler spricht von „Haltung“ – und Kooperationsstrukturen, die nicht auf althergebrachten Machtungleichgewichten beruhen.





**CHRISTINE HACKENESCH**  
*Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik (DIE)*



**MAXIMILIAN HÖGL**  
*Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik (DIE)*




**HANNE KNAEPEN**  
*ECDPM*



**GABRIELA IACOBUTA**  
*Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik (DIE)*



**JOHN ASAFU-ADJAYE**  
*African Center for Economic  
Transformation (ACET)*



# GRÜNE TRANSITIONEN IN AFRIKA-EUROPA-BEZIEHUNGEN: WELCHE ROLLE SPIELT DER EUROPÄISCHE GREEN DEAL?

*Die European Think Tanks Group (ETTG) ist ein Netzwerk unabhängiger europäischer Think Tanks, die sich mit der internationalen Zusammenarbeit der EU für die globale nachhaltige Entwicklung beschäftigen. Dieses im April 2021 veröffentlichte Dokument ist Teil einer Sonderreihe zu den Afrika-EU-Beziehungen und wurde von den ETTG-Mitgliedern DIE und ECDPM in Zusammenarbeit mit ACET erstellt.*

## KERNBOTSCHAFTEN

- Grüne Transitionen verbinden die Klima-Agenda mit einem innovativen sozioökonomischen Projekt zur Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum und haben daher das Potenzial, die afrikanisch-europäische Zusammenarbeit zu unterstützen. Da die gemeinsamen Interessen und Interdependenzen zwischen beiden Kontinenten hoch sind, sind sie ein vielversprechender Bereich für die Zusammenarbeit.
- Grüne Transitionen sind Schlüsselthemen in der Afrikanischen Union (AU) und der Europäischen Union (EU). Denn beide haben sich zur Umsetzung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, deren zentrales Element grüne Transitionen sind. Die EU hat zudem den europäischen Green Deal mit einer ehrgeizigen Agenda initiiert: Bis 2050 soll Europa klimaneutral werden. Auf beiden Kontinenten spielen grüne Transitionen zudem eine prominente Rolle in den Diskussionen über sozioökonomische COVID-19-Konjunkturprogramme.
- Ungeachtet dieser Gemeinsamkeiten gehen die EU und die AU aus sehr unterschiedlichen Perspektiven an grüne Transitionen heran. Die EU trägt eine große historische Verantwortung und hat nach wie vor sehr hohe Pro-Kopf-Emissionen. Die afrikanischen Länder hingegen haben wenig zum Klimawandel beigetragen, sind jedoch von seinen Folgen stark betroffen. Die Agenda 2063 der AU räumt der Armutsbekämpfung und der Klimaanpassung eine hohe Priorität ein, während die soziale Dimension des

europäischen Green Deals begrenzt ist. Ausgangspunkt für die Identifizierung der Schwerpunkte der AU-EU-Kooperation bei der Entwicklung grüner Transitionen muss sein, diese Unterschiede anzuerkennen.

- Damit die Zusammenarbeit beim Green Deal und bei grünen Transitionen die AU-EU-Beziehungen Früchte tragen kann, müssen sich die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten mit den strategischen Zielen und Interessen der afrikanischen Länder auseinandersetzen. Um das Vertrauen der afrikanischen Partner zu gewinnen und gemeinsame Interessen mit ihnen zu identifizieren, ist es notwendig, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen. Gefordert ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe im Hinblick auf die Kommunikation und die Konzepte der Zusammenarbeit. Die AU und ihre Mitgliedstaaten wiederum werden mehr in die Definition ihrer strategischen Ziele, in die Förderung sozial inklusiver grüner Transitionen auf dem gesamten Kontinent und in die Zusammenarbeit mit der EU bei grünen Themen investieren müssen.
- Weder Europa noch Afrika haben eine Blaupause dafür, wie klimaneutrale Gesellschaften und Volkswirtschaften aussehen sollten. Die Zusammenarbeit bei grünen Transitionen bietet daher Chancen für gemeinsames Lernen und gemeinsame Wissensbildung der europäischen und afrikanischen Akteure und für die Überwindung einiger der zugrunde liegenden strukturellen Asymmetrien.

## **1. AFRIKA-EUROPA-KOOPERATION BEI DER NACHHALTIGEN ENERGIEWENDE**

Die Zusammenarbeit für eine nachhaltige Energiewende sowohl in der EU als auch in afrikanischen Ländern ist ein zentraler Baustein für die Umsetzung des Green Deals. Wir haben drei Wege für die Zusammenarbeit im Energiesektor identifiziert: die Verbesserung des Stromzugangs in Afrika durch erneuerbare Energien, die Unterstützung grüner Transitionen, insbesondere in Ländern, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind, und den grünen Energiehandel. Die Ressourcen und Bedürfnisse auf dem afrikanischen Kontinent sind unterschiedlich und jeder dieser Wege müsste länderspezifisch zugeschnitten werden.

### **1.1. VERBESSERUNG DES STROMZUGANGS IN AFRIKA DURCH ERNEUERBARE ENERGIEN**

Die Bevölkerung Afrikas ist die jüngste der Welt, und das Wachstum der städtischen Bevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten voraussichtlich sogar schneller voranschreiten als in China. Dies bedeutet, dass die afrikanischen Länder mit einem massiven Anstieg des Energiebedarfs konfrontiert sein werden – nicht nur für eine bessere Versorgung der Bevölkerung, sondern auch für die industrielle Produktion und Mobilität. Der Kontinent insgesamt verzeichnet derzeit ein hohes Energiedefizit: 600 Millionen Menschen (etwa 60 Prozent der Gesamtbevölkerung) haben keinen Zugang zu Elektrizität und etwa 900 Millionen keine Möglichkeit, „sauber“ zu kochen.

Wenn die Entwicklung Afrikas nicht von einem Umstieg auf erneuerbare Energien begleitet wird, könnte die Nachfrage der afrikanischen Länder nach Öl in den nächsten zwei Jahrzehnten sogar die Chinas übertreffen.

Allerdings behindern der anhaltende Mangel an Zugang zu Elektrizität und die Unzuverlässigkeit der Stromversorgung und der damit verbundenen Infrastruktur weiterhin die Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent. Schätzungen zufolge kosten Stromengpässe den Kontinent etwa zwei Prozent bis vier Prozent des BIP pro Jahr. Zudem sind die Strompreise im Durchschnitt fast doppelt so hoch wie in anderen Teilen der Welt. Im Hinblick auf diese Herausforderungen hat die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) den Zugang zu Elektrizität zu einer ihrer „High-5-Prioritäten“ gemacht und einen „New Deal on Energy for Africa“ ins Leben gerufen.

Nach Hochrechnungen von IRENA könnten die afrikanischen Länder bis 2030 67 Prozent ihrer Stromerzeugung durch lokale und saubere erneuerbare Energien decken und damit nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze schaffen, sondern auch gesundheitliche Verbesserungen erzielen. Die erneuerbaren Energien könnten bis zu 310 Gigawatt liefern, womit die afrikanischen Länder weltweit führend in der Erzeugung erneuerbarer Energien wären. Solarenergieprojekte in Nordafrika (zum Beispiel in Marokko) zeigen, dass erneuerbare Energien das Potenzial haben, bezahlbare und saubere Energie in großem Maßstab bereitzustellen. Dezentrale erneuerbare Energieerzeugung ist besonders geeignet, die Elektrifizierung in

entlegenen Gebieten voranzutreiben. Um das grüne Energiepotenzial zu erschließen, sollte die EU Energiepartnerschaften mit afrikanischen Ländern eingehen. Diese sollten die Entwicklung erneuerbarer Energien durch Technologietransfer, Kapazitätsaufbau und dringend benötigte Investitionen in einen angemessenen Infrastrukturausbau (zum Beispiel Stromnetze) erleichtern. In diesem Sinne müssen Kooperationsprogramme wie die 2015 ins Leben gerufene „African Renewable Energy Initiative“ deutlich ausgeweitet werden. Die vorgeschlagene „Partnerschaft für eine grüne Transformation und Energiezugang“ im Rahmen der umfassenden Strategie mit Afrika ist ein Schritt in diese Richtung.

### **KONKRETE EMPFEHLUNGEN:**

- Investitionen in eine grüne Energieinfrastruktur, auch für die erforderliche Speicherung und den Netzausbau, sollten erhöht und Investitionen in regionale Energiepools unterstützt werden.
- Die Teile der grünen Energiewende, die arbeitsintensiv sind und Arbeitsplätze schaffen, sollten gefördert werden. So könnten Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäude- und Bau-sektor eine Option sein, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu erhöhen und gleichzeitig die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern.
- Investitionen in Bildung und Ausbildung sollten junge Afrikaner in die Lage versetzen, hochqualifizierte Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien zu übernehmen.
- Staatliche Einnahmen aus reduzierten Subventionen für fossile Brennstoffe oder

aus einer ökologischen Steuerreform sollten für die Senkung der Lohnsteuer auf grüne Industrien verwendet werden, um unerwünschte Verteilungsfolgen der Energiewende abzumildern und aktuelle Bildungs- und Ausbildungsprogramme zu finanzieren.

- Die Problematik der „Stranded Assets“ sollte durch die Unterstützung der wirtschaftlichen Diversifizierung und das schrittweise Setzen angemessener Signale des Wechsels angegangen werden, unter anderem durch partielle Steuerbefreiungen, eine schrittweise Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Steuer, Rabatte für Eigentümer von Stranded Assets und durch Umschulungsmaßnahmen und Einkommensunterstützung für den Übergang.

## **2. ENTWICKLUNG EINER EUROPÄISCH-AFRIKANISCHEN KREISLAUFWIRTSCHAFT**

Die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft ist zentral für den Plan der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Die Europäische Kommission kam zu der Schlussfolgerung, dass der „Übergang zur Kreislaufwirtschaft innerhalb und außerhalb der EU systemisch, tief greifend und transformativ sein“ wird. Insbesondere in ressourcenintensiven Sektoren wie Textilien, Bau, Elektronik und Kunststoffen soll eine Kreislaufwirtschaft gefördert werden. In ihrem Vorschlag für eine „Umfassende Strategie mit Afrika“ stellt die Kommission fest, dass „eine saubere Kreislaufwirtschaft [...] eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika in Bezug auf einen verantwortungsvollen Rohstoffsektor, sichere und saubere industrielle Wertschöpfungsketten und die

Einhaltung ehrgeiziger Umwelt- und Klimastandards erfordert.“

Die Agenda 2063 hingegen zielt auf den Aufbau „ökologisch nachhaltiger und klimaresistenter Volkswirtschaften und Gemeinschaften“. Dies umfasst unter anderem ein nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sowie erneuerbare Energien. Länder wie Kenia, Mauritius, Nigeria und Südafrika haben begonnen, Kreislaufwirtschaften zu etablieren.

Die Kommission sieht die Kreislaufwirtschaft als das neue Wachstumsmodell Europas. Die Attraktivität des Konzepts ergibt sich aus seinem Potenzial, scheinbar widersprüchliche Ziele der ökologischen Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung miteinander zu vereinbaren. Die potenziellen wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus einem geringeren Energie- und Materialeinsatz ergeben, in Kombination mit den kommerziellen Möglichkeiten, die sich durch neue Technologien und Geschäftsmodelle ergeben, haben weltweit das Interesse am Kreislaufwirtschaftsmodell geweckt.

Die Debatten in der EU konzentrieren sich jedoch darauf, eine Kreislaufwirtschaft innerhalb Europas zu etablieren und dann, in einem zweiten Schritt, mit afrikanischen Ländern zu kooperieren, um ähnliche Modelle zu schaffen. Wir sind hingegen der Meinung: Das größte wirtschaftliche Potenzial für die Schaffung von grünen Arbeitsplätzen und Wachstum in Afrika und Europa liegt in einer umfassenden Kreislaufwirtschaft, die Wertschöpfungsketten

über beide Kontinente hinweg, eine enge Zusammenarbeit und gemeinsames Lernen von Anfang an umfasst. Dieser Ansatz bietet die Möglichkeit, Hindernisse für eine nachhaltige Entwicklung in afrikanischen Ländern zu überwinden und gleichzeitig nachhaltige Handelsbeziehungen für Europa zu schaffen. Elektronikschrott und Digitalisierung könnten in diesem Zusammenhang ein großes Potenzial bergen.

### **KONKRETE EMPFEHLUNGEN:**

- Europäische und afrikanische Regierungsvertreter sollten eine gemeinsame Vision formulieren und gemeinsames Know-how zur Unterstützung einer umfassenden Kreislaufwirtschaft aufbauen, die Wertschöpfungsketten auf beiden Kontinenten umfasst.
- Vorschriften sollten überarbeitet und neue Kooperationen zum nachhaltigen Handel mit Elektroschrott zwischen der EU und Afrika gefördert werden.
- Investitionen in Wiederaufbereitungs- und Recyclinganlagen in afrikanischen Ländern sind erforderlich, die eine Verarbeitung von Elektroschrott unter Einhaltung von Gesundheits- und Umweltstandards ermöglichen.
- Der Export von Kunststoffen und Verpackungsmaterialien aus der EU in Entwicklungsländer muss reduziert werden.
- Die Digitalisierung kann dazu beitragen, den Informationsaustausch zwischen Herstellern, Verbrauchern und Recyclingunternehmen zu verbessern, die Energieeffizienz zu steigern und Überproduktion in den Wertschöpfungsketten innerhalb und zwischen Europa und Afrika zu reduzieren

## **3. FÖRDERUNG NACHHALTIGER AFRIKANISCH-EUROPÄISCHER HANDELSBEZIEHUNGEN**

Als weltweit größter Markt kann die EU globale Standards in Produktion und Handel beeinflussen. Im Green Deal heißt es, dass „die EU als weltweit größter Binnenmarkt Standards festlegen kann, die für globale Wertschöpfungsketten in ihrer Gesamtheit gelten“. Tatsächlich ist der europäische Binnenmarkt der größte Exportmarkt für rund 80 Länder weltweit, darunter viele afrikanische Länder. 31 Prozent der afrikanischen Exporte gingen 2019 in die EU-27. Die EU ist auch der größte Handelspartner für die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs).

Änderungen in der EU-Handelspolitik können daher enorme Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben. Die EU sollte ihre wirtschaftliche Macht nutzen, um nachhaltige Handelsbeziehungen und Wertschöpfungsketten zu fördern, aber gleichzeitig versuchen, neue Handelshemmnisse zu vermeiden und Flexibilität für Länder zuzulassen, die Schwierigkeiten haben, diese Standards sofort zu erfüllen.

Wenn die EU die Umsetzung des Green Deals vorantreibt, wird dies große Auswirkungen auf ihre Handelsbeziehungen mit afrikanischen Ländern haben. Der Handel in ressourcen- und CO<sub>2</sub>-intensiven Sektoren könnte zurückgehen, während sich neue Handelsmöglichkeiten in Sektoren eröffnen könnten, die für grüne Transitionen und Kreislaufwirtschaften wichtig sind. Ein Schlüsselaspekt ist der europäische Kohlen-

stoff-Grenzausgleichsmechanismus. Je nachdem, welche Sektoren darunterfallen, könnte dies afrikanische Exporte von fossilen Energieträgern (46,5 Prozent), Maschinen (14,5 Prozent) oder Chemikalien (3,1 Prozent) betreffen. Darüber hinaus könnten sich höhere Umweltstandards auf den Agrarhandel auswirken. Die EU sollte darauf hinarbeiten, das Risiko zu minimieren, dass die angestrebte Förderung nachhaltiger Handelsbeziehungen neue Handelsbarrieren für afrikanische Länder mit sich bringt.

### **3.1. VERMEIDUNG NEUER HANDELSBARRIEREN**

Es besteht das Risiko, dass der Green Deal zusätzliche nichttarifäre Handelshemmnisse über eine Kohlenstoffgrenzsteuer oder hohe Umweltstandards einführt – und das zu einer Zeit, in der die Schaffung einer Panafrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) die Handelsbeziehungen ankurbeln soll. Mit dem Kohlenstoff-Grenzausgleichsmechanismus will die Europäische Kommission das Risiko einer Kohlenstoffverlagerung bei regional unterschiedlichen Zielsetzungen hinsichtlich der Klimastandards verringern. Darüber hinaus können höhere Umweltstandards in den Bereichen Lebensmittel, Textilien, Stahl und Elektronik zusätzliche Handelsbarrieren schaffen.

### **3.2. GEWÄHRLEISTUNG DER VEREINBARKEIT VON WERTSCHÖPFUNGSKETTEN IM ROHSTOFFABBAU MIT DEN MENSCHENRECHTEN**

Der Green Deal eröffnet Möglichkeiten zur Förderung nachhaltiger Wertschöpfungs-

ketten. Zwei Sektoren sind besonders wichtig: Bergbau und Rohstoffgewinnung, die für die EU von strategischer Bedeutung sind, und landwirtschaftliche Produktion und Handel, da etwa 60 Prozent der Afrikaner in diesem Sektor arbeiten.

Im Rahmen des Green Deals will die EU die „Versorgung mit nachhaltigen Rohstoffen, insbesondere kritischen Rohstoffen, die für saubere Technologien sowie für digitale, Raumfahrt- und Verteidigungsanwendungen benötigt werden“ sicherstellen. Viele dieser strategischen Ressourcen sind in afrikanischen Ländern verfügbar, zum Beispiel Lithium in Simbabwe oder Kobalt in der DR Kongo und Madagaskar, die beide für die E-Mobilität unerlässlich sind. Durch den Green Deal wird die Nachfrage der EU nach diesen Materialien steigen, was neue Handelsmöglichkeiten eröffnet. Der Rohstoffabbau etwa in der DR Kongo oder Simbabwe ging jedoch oft mit schwerwiegenden Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards einher. Die EU ist gefordert, die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Rohstoffabbaus sicherzustellen.

### **3.3. LANDWIRTSCHAFTLICHER HANDEL**

Mit der Farm-to-Fork-Strategie (F2F), hat die EU eine ehrgeizige Agenda für eine nachhaltigere Landwirtschaft in Europa eingeführt. Die F2F-Strategie hat auch eine explizite externe Dimension: Einerseits will die EU in Krisenzeiten unabhängiger von der Versorgung aus Drittländern werden und angesichts der COVID-19-Pandemie die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln

erhöhen. Andererseits will sie einen neuen globalen Nachhaltigkeitsstandard im Agrarbereich setzen, der Drittländer zur Nachahmung anregen soll.

Das Ziel der Europäischen Kommission ist es, durch Handelsabkommen und Grüne Allianzen mit Afrika einen globalen Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu fördern. Ein Schwerpunkt auf Forschung und Innovation im Lebensmittelbereich im Bereich der internationalen Zusammenarbeit, eine integrierte Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung in ihren humanitären und entwicklungspolitischen Interventionen sowie Maßnahmen gegen Entwaldung und illegale Fischerei sind expliziter Bestandteil der F2F-Strategie. Im Bereich des Handels legt die Kommission als Kriterium für Agrarimporte fest, dass „importierte Lebensmittel weiterhin den einschlägigen EU-Vorschriften und -Normen entsprechen müssen“. Während diese Initiativen aus ökologischer und gesundheitlicher Sicht positiv sind, werden die sozioökonomischen Auswirkungen stark davon abhängen, ob und wie die EU ihre Zusage umsetzt, auch Kleinbetriebe beim Marktzugang zu unterstützen und Störungen im Handel zu vermeiden. Im Jahr 2019 bestanden 12,7 Prozent der afrikanischen Exporte in die EU aus Agrarprodukten.

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass die Hauptbeschränkung für den Zugang Afrikas zum europäischen Markt nichttarifäre Hemmnisse sind, insbesondere Produktvorschriften und Standards. Die neuen europäischen Nachhaltigkeitsvorschriften für Lebensmittel könnten für afrikanische Länder eine schwer zu erreichende Hürde

darstellen, wenn die EU nicht ausreichend Unterstützung in Form von Forschung, Innovation und Investitionen im Agrarsektor leistet. Die in der F2F-Strategie dargelegten Pläne gehen in die richtige Richtung. Jedoch behindert das begrenzte Budget für das „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI)“ im Kontext des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 die Umsetzung dieser Pläne.

Über Maßnahmen zur Handelserleichterung hinaus sollte die Ernährungssicherheit die erste Priorität in der europäisch-afrikanischen Agrarkooperation sein. Der Anteil der Bevölkerung, der an Unterernährung leidet, steigt derzeit wieder und erreichte 2019 250 Millionen (19,1 Prozent – im Vergleich zu 17,6 Prozent im Jahr 2014).

### **KONKRETE EMPFEHLUNGEN:**

- Es sollte sichergestellt werden, dass afrikanische Interessenvertreter aktiv einbezogen werden, wenn Entscheidungen über neue Regelungen getroffen werden, die sich auf die Handelsbeziehungen zwischen Afrika und Europa auswirken, zum Beispiel über den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus.
- Exporte der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) sollten vom Kohlenstoff-Grenzausgleichsmechanismus ausgenommen werden, und die Erlöse aus den Grenzausgleichsmaßnahmen sollten dazu verwendet werden, die betroffenen Länder mit niedrigem Einkommen dabei zu unterstützen, die CO<sub>2</sub>-Intensität ihrer Volkswirtschaften zu verringern.



- Neue Handelsmöglichkeiten mit wichtigen Rohstoffen für saubere Technologien sollten genutzt werden, aber mit mehr Transparenz und Überwachung, um Menschenrechte und Nachhaltigkeitsstandards bei der Rohstoffgewinnung sowie eine faire lokale Wertschöpfung sicherzustellen.
- Nicht nur europäische, sondern auch afrikanische Bauernvertreter sollten in die Entscheidungsfindung über EU-Regelungen einbezogen werden, die sich auf den afrikanisch-europäischen Agrarhandel auswirken. Objektive wissenschaftliche Regelungsparameter sollten angestrebt werden.
- Forschung, Innovation und Investitionen in den Agrarsektor der Entwicklungsländer sollten erhöht werden, um den Marktzugang trotz höherer Umweltstandards, insbesondere für Kleinbauern, zu erleichtern.

#### **4. ZUSAMMENARBEIT BEI DER ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL IM AFRIKANISCHEN AGRARSEKTOR**

Die Vorschläge für eine „Umfassende Strategie mit Afrika“ des Europäischen Parlaments legen offensichtlich mehr Gewicht auf die wirtschaftlichen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung als auf soziale und ökologische Belange. Genauer gesagt, priorisiert die EU in der Strategie den formellen, produktiven und technologischen Sektor sowie den Klimaschutz auf Kosten des informellen Sektors, der Entwicklung der Menschen, der Landwirtschaft und der Klimaanpassung. Auch der

Green Deal selbst bezieht sich nicht explizit auf die Anpassung im Hinblick auf die Außenbeziehungen der EU. Die neue EU-Anpassungsstrategie, die im Februar 2021 vorgestellt wurde, verweist jedoch auf die Anpassung als Querschnittselement in den Bereichen des auswärtigen Handelns der EU und der Mitgliedstaaten, einschließlich der Landwirtschaft. Die EU ist sich darüber im Klaren, dass zum Beispiel landwirtschaftliche Rohstoffe, die aus Drittländern in die EU exportiert werden, von den Auswirkungen des Klimawandels bedroht sind. Daher sind Anpassung und Handelsdiversifizierung notwendig, um die Bevölkerung zu unterstützen, die von diesen Exporten abhängig ist.

Die AU-Kommission ist derzeit dabei, eine umfassende afrikanische Strategie zum Klimawandel zu erarbeiten. Ziel der Strategie ist es, einen Rahmen für koordinierte Mechanismen zu schaffen, die von den Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (Regional Economic Communities, RECs), den Mitgliedstaaten und anderen Akteuren genutzt werden können, und die Umsetzung verschiedener Programme zum Klimawandel zu erleichtern. Im Entwurf des Dokuments werden „Anpassung und Risikomanagement“ als vorrangiger Handlungsbereich genannt, gefolgt von „Abschwächung“ und einem besonderen Fokus auf kleine Inselentwicklungsländer (Small Island Development States, SIDS). Darüber hinaus ergab eine Analyse der afrikanischen NDCs durch die Afrikanische Entwicklungsbank (2019), dass es in allen 48 afrikanischen NDCs ein starkes Bekenntnis zur Anpassung gibt. Insgesamt beziehen sich 79 Prozent dieser NDCs

auf die Notwendigkeit der Anpassung im Agrarsektor.

Eines der strittigsten Themen zwischen Europa und Afrika ist jedoch seit vielen Jahren, eine gemeinsame Basis zwischen den beiden zentralen Klimamaßnahmen – Anpassung und Abschwächung – zu finden und sicherzustellen, dass die Anpassungsfinanzierung dem gefährdeten Agrarsektor insbesondere in den LDCs Priorität einräumt. Die Kosten für die Anpassung in Afrika sind enorm: Wenn die globale Erwärmung unter zwei Grad Celsius bleiben soll, könnten sie bis 2050 auf 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr steigen. Das derzeitige Niveau der globalen Klimafinanzierung für Afrika wird jedoch nicht ausreichen, um den Anpassungsbedarf zu decken.

### **WIE KANN MAN ALSO EINE GEMEINSAME AGENDA ZUR ANPASSUNG IM AGRARSEKTOR VORANTREIBEN?**

Erstens sollten vorrangig Investitionen in die wissenschaftliche Forschung getätigt werden, um Wissen über Klimaanpassung im Agrarsektor zu schaffen. Dort, wo heute eine klimaangepasste Landwirtschaft praktiziert wird, verzeichnen die Landwirte eine erhöhte Ernährungssicherheit und Resilienz. So zeigt sich beispielsweise, dass neue ertragreiche, dürreresistente Sorten von Nutzpflanzen wie Mais oder Reis die Erträge auch bei weniger und unregelmäßigeren Regenfällen deutlich steigern können. Zweitens sollten die beiden Kontinente auf mehr politische Kohärenz zwischen verschiedenen Anpassungs- und agrarbezogenen Politiken hinarbeiten. Drit-

tens sollte die EU mehr Mittel für die Anpassung im Agrarsektor bereitstellen, auch durch die Hebelwirkung von Investitionen des Privatsektors.

In der Tat gibt es in Afrika einen großen Spielraum für privatwirtschaftliche Investitionen in die Klimaanpassung in Bereichen wie Hochwasserschutz, Bewässerung und Klimaversicherung.

### **ZUSAMMENFASSUNG**

Die COVID-19-Pandemie wirft grundlegende Fragen zu nachhaltigen Entwicklungspfaden, Globalisierung und transkontinentalen Wertschöpfungsketten auf. In diesem Zusammenhang sind grüne Transitionen in den politischen Debatten in Europa und Afrika weiter nach oben gerückt, auch wenn die Ausgangspositionen und Sichtweisen darüber, wo bei der Förderung grüner Transitionen Prioritäten gesetzt werden sollen, sehr unterschiedlich sind. Dieses Dokument hat sechs Schwerpunktbereiche herausgearbeitet, in denen die AU-EU-Kooperation etwas für eine klimaneutrale und sozial integrative Entwicklung bewirken kann: Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Handel, Anpassung an den Klimawandel im Agrarsektor, Klimadiplomatie und Klimafinanzierung, um die Zusammenarbeit voranzutreiben.

Ein Vorteil des Green Deals ist, dass er die Bündelung verschiedener politischer Reformen ermöglicht, wie zum Beispiel derjenigen zu Energie, Kreislaufwirtschaft und Landwirtschaft, die in der EU separat stattfanden. Auch in den AU-EU-Beziehungen fanden die Debatten zu Energie, Transport,

Klima, Digitalisierung oder Landwirtschaft bisher in separaten Arbeitsgruppen und Partnerschaften statt. Die Konzeption einer AU-EU-Partnerschaft für grüne Transitionen ermöglicht nun die Entwicklung kohärenterer Entscheidungsprozesse, die die Verflechtungen zwischen den verschiedenen Partnerschaften und Arbeitsgruppen hervorheben – mit dem übergeordneten Ziel, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Dies müsste sich in den Governance-Strukturen der AU-EU-Beziehungen widerspiegeln, in denen Multi-Stakeholder-Partnerschaften mit Vertretern aus AU- und EU-Mitgliedstaaten, AU- und EU-Institutionen, dem Privatsektor und zivilgesellschaftlichen Organisationen rund um die wichtigsten Übergangsprozesse und Themen organisiert werden könnten. Die neu gegründete Afrika-Europa-Stiftung mit ihren fünf Strategieguppen zu den Themen Gesundheit, Digitales, Landwirtschaft und nachhaltige Ernährungssysteme, Energie sowie Transport und Konnektivität ist ein Schritt in diese Richtung.

Beim Aufbau der Zusammenarbeit bei grünen Transitionen und dem Green Deal in Vorbereitung des AU-EU-Gipfels sollte die EU aus den bisherigen Erfahrungen mit Migrationspartnerschaften, dem EU Emergency Trust Fund for Africa oder der Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze lernen. Diese Initiativen wurden kritisiert, weil sich die afrikanischen Staaten und die AU nicht ausreichend informiert und in die Etablierung der Initiativen eingebunden fühlten. Ob die Zusammenarbeit bei grünen Transitionen und dem Green Deal eine Kraft für positive Veränderungen in den europäisch-afrikanischen

Beziehungen sein kann, wird daher sehr stark davon abhängen, wie die Zusammenarbeit aufgebaut ist und wie die EU auf die afrikanischen Partner zugeht und den Green Deal kommuniziert.

Die Zusammenarbeit bei grünen Transitionen und dem Green Deal wird erhebliche politische und technische Ressourcen und Investitionen seitens der EU und der Mitgliedsstaaten erfordern. Die EU sollte den Eindruck vermeiden, dass der Green Deal die politische Aufmerksamkeit von bereits bestehenden Verpflichtungen ablenkt, die an anderer Stelle auf internationaler Ebene (zum Beispiel im Rahmen des Green Climate Funds) und in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern eingegangen wurden. Bestehende afrikanische Initiativen unter der Agenda 2063 und international vereinbarte Rahmenwerke wie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sollten ein wichtiger Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit sein. Darüber hinaus wird eine erfolgreiche Zusammenarbeit bei grünen Transitionen und dem Green Deal davon abhängen, ob und wie die afrikanischen Länder ihre eigenen strategischen Ziele in der Partnerschaft definieren und klare Erwartungen gegenüber den europäischen Partnern formulieren, wie die gemeinsame Wissensproduktion und Formate für eine horizontale Zusammenarbeit auf Augenhöhe zum Abbau struktureller Asymmetrien gestaltet werden sollen.

© Dieses gekürzt wiedergegebene Dokument wurde erstmals von der European Think Tanks Group (ETTG) veröffentlicht und von den Think Tank Mitgliedern des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), dem European Centre for Development Policy Management (ECDPM) in Zusammenarbeit mit ACET (African Center for Economic Transformation) erstellt, eine gemeinnützige Denkfabrik aus Accra, Ghana. Er wurde mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) veröffentlicht.



**GÜNTER NOOKE**  
***Afrikbeauftragter des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung***

Günter Nooke ist ein ehemaliger DDR-Bürgerrechtler und ein deutscher Politiker (Bündnis 90, CDU). Nooke ist seit 2010 Persönlicher Afrikbeauftragter der Bundeskanzlerin und zusätzlich seit 2014 Afrikbeauftragter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Von 2006 bis März 2010 war er Beauftragter für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe der Bundesregierung.

*Foto: © Guido Bergmann/Presse- und  
Informationsamt der Bundesregierung*

# „ICH WILL NICHT, DASS AMERIKA UND CHINA AFRIKA UNTER SICH AUFTEILEN“

*Für Günter Nooke, den Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin, ist jeder Arbeitsplatz in Afrika eine Familie weniger, die migrieren muss. Die Produktion von grünem Wasserstoff in Kongo liege daher im europäischen Interesse..*

*F.A.Z.: Herr Nooke, grüner Wasserstoff gilt als großer Hoffnungsträger für die Energiewende. Sie selbst kämpfen für eine Partnerschaft mit der Demokratischen Republik Kongo. Warum sollte hier verbrauchter Wasserstoff künftig ausgerechnet in Afrika produziert werden?*

**Nooke:** Es muss darum gehen, Afrika im 21. Jahrhundert in internationale Wertschöpfungsketten einzubinden und eine nachholende Industrialisierung anzustoßen. T-Shirts werden in Laos und Bangladesch so preiswert hergestellt, das wird Afrika nicht toppen – dafür ist die Produktivität viel zu gering und ist die Infrastruktur zu wenig ausgebaut. Für die CO<sub>2</sub>-freie Wirtschaft, die wir alle proklamieren, hat Afrika hingegen eine ganze Menge zu bieten.

*Was genau?*

Es gibt Wüsten für die Photovoltaik, gute Windstandorte und für Wasserkraft einen geradezu idealen Standort am Kongo. Die Elektrolyse kann vor Ort geschehen. Wenn der Transport bezahlbar wird, dann ist Afrika in einer Position, weltmarktfähig Wasserstoff anzubieten. Ich glaube nicht, dass Leitungen für den grünen Wasserstoff die Lösung sind. Dezentrale Verschiffung ist besser, da sind die Abhängigkeiten geringer. Denken Sie nur an Nord Stream 2. Davon hätten alle was.

*Afrika wird also unser großer Energielieferant?*

Afrika sollte den Wasserstoff dort verkaufen, wo er gebraucht wird.

Aber wenn man ernst nimmt, was in unseren Strategien angekündigt wird, dann müssen wir grünen Wasserstoff aus dem Ausland importieren. Dafür braucht es einen verlässlichen Abnehmerahmen. Auf jeden Fall darf man nicht den Fehler machen, das Ganze mit Desertec zu vergleichen. Desertec war eine Idee der großen europäischen Stromkonzerne, um mit dicken Leitungen Monopolrenditen zu sichern. Jetzt geht es um dezentrale Produktion.

*Grüner Wasserstoff kostet ein Vielfaches mehr als grauer Wasserstoff, der auf Erdgas basiert und in der Industrie bislang verwendet wird. Die Frage der Wirtschaftlichkeit stellt sich für Sie nicht?*

Diese Frage müssen Sie der Bundesumweltministerin stellen. Ich habe auch mal Physik studiert, denke aber von Afrika her und nehme die Verantwortlichen ernst mit dem, was sie sagen: Wir brauchen grünen Wasserstoff und müssen folglich schauen, dass er nicht noch teurer ist als aufgrund von Umwandlungsverlusten ohnehin. Und da ist vor allem Wasserkraft hochinteressant, da man anders als bei Photovoltaik und Windkraft 24 Stunden grünen Strom zur Produktion von Wasserstoff zur Verfügung hat.

*Sie gelten als Befürworter des großen Wasserkraftwerks Inga 3 in Kongo. Ist das Land stabil genug für dieses Projekt?*

Wir sollten als Europäer ein existenzielles Interesse daran haben, die afrikanischen Länder zu stabilisieren. Das muss der Grundgedanke sein. Jeder Arbeitsplatz in Afrika ist eine Familie weniger, die migrieren muss. Und ich höre Wirtschaftsminister Peter Altmaier sagen: Wir wollen Weltmarktführer bei der Wasserstofftechnologie sein. Ja, dann muss man sich auch mal an ein großes Projekt wagen. Das setzt voraus, dass man Verpflichtungen zu Produktion und Abnahme eingeht. Wenn unsere Reden zur klimapolitischen Verantwortung und dem Chancenkontinent Afrika ernst gemeint sind, sollte das versucht werden.

*Welche Größenordnung halten Sie bei Inga 3 für realistisch?*

Beim geplanten Wasserkraftwerk Inga 3 in Kongo soll es in der ersten Ausbaustufe um 11.000 Megawatt gehen. Damit kommen Sie auf zwei Millionen Tonnen Wasserstoff. Das ist ungefähr das,

was heute die deutsche Stahlindustrie braucht. Es ist also nicht so, dass man mit Inga 3 alle Probleme in Deutschland und Europa löst. Aber der Kongo ist nach dem Amazonas der wasserreichste Fluss der Erde, sodass das Projekt einen signifikanten Beitrag zu CO<sub>2</sub>-Neutralität leistet – im Gegensatz zu Hunderten oder gar Tausenden Kilometern Photovoltaik-Panels in der Wüste, die mit ihren Betriebskosten in Afrika wahrscheinlich viel teurer sind.

*Aber ein Selbstläufer ist so ein Wasserkraftwerk wohl auch nicht.*

Bei einer Wasserturbine wissen Sie, dass sie 50 Jahre läuft, wenn diese einmal installiert ist. Da gibt es große wirtschaftliche Interessen aus vielen Ländern. Der Präsident in Kongo sagt: Wer als Erster das Geld mitbringt, darf bauen.

*Wie genau stellen Sie sich die Arbeitsteilung vor?*

Grundsätzlich sollten die Europäer weniger den Afrikanern sagen, was sie tun sollten, sondern viel genauer hinhören, wo die Afrikaner selbst hinwollen – mit uns oder ohne uns. Natürlich braucht es für solche Großinvestitionen auch Garantien. Aber das Geld dafür muss am Markt besorgt werden, nicht von Deutschland. Für das Wasserkraftwerk können Sie eine Milliarde Euro je Gigawatt rechnen. Es geht dabei vor allem um privates Kapital, das fließt, wenn die Rendite stimmt. Allerdings sind die politischen Instabilitäten in Afrika größer als in anderen Regionen. Das erfordert eine Absicherung. Und dafür sollte Deutschland nicht allein sorgen, das sollte über die EU, die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank laufen.

*Deutsche Unternehmen sollten also investieren, das Risiko sollte aber beim Steuerzahler verbleiben?*

Also, derzeit kosten Hermes-Bürgschaften den deutschen Steuerzahler kein Geld. Wenn der Kontinent so instabil ist wie behauptet, dann ist mit Arbeitsmigration von einigen hundert Millionen Menschen in den nächsten 30 Jahren zu rechnen. Die Zahlen stammen nicht von mir. Das haben viele bei uns noch nicht voll realisiert.

*Wann könnte Inga 3 grünen Wasserstoff produzieren?*

Wenn wir uns anstrengen, sind acht oder zehn Jahre eine realisti-



sche Größe. Schon vorher kann hier Industrialisierung starten und eine Prosperitätszone entstehen.

*Braucht Kongo die Energie dann nicht selbst, wenn es zu der von Ihnen geforderten Industrialisierung kommt?*

Das lässt sich doch in Verträgen gestalten. Entscheidend ist, dass wir Stand jetzt ein großes Potenzial, aber eben keine gesicherte Stromabnahme haben und damit das Projekt am Markt nicht finanzierbar ist. Die Argumentation, wir würden der Bevölkerung Strom wegnehmen, ist Unfug. Auch für den Export nach Südafrika braucht es mehrere tausend Kilometer Stromleitungen. Das würde ein Vielfaches kosten.

Gerade große Entwicklungsprojekte waren aber doch in der Vergangenheit diejenigen, die gescheitert sind, wie etwa das Stahlwerk Rourkela in Indien.

Das ist sicher ein berechtigter Einwand. Aber es gibt keine lineare Verlängerung von der Vergangenheit in die Zukunft. Und der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Romer hat mal gesagt: Wenn man ein Problem hat mit hundert Millionen Menschen, dann muss man aufhören mit einer Entwicklungspolitik, die nur für hunderttausend funktioniert.

*Wie groß ist die Konkurrenz aus China?*

Die Chinesen wollen das Wasserkraftwerk bauen. Aber mit der Elektrolyse und der Produktion von grünem Wasserstoff in dieser Dimension hat keiner Erfahrung. Wenn wir unseren eigenen Ehrgeiz ernst nehmen, sollten wir das anpacken. Ich bin sicher, Inga 3 wird keine Nichtregierungsorganisation verhindern. Wir müssen entscheiden, was uns wichtiger ist: das Klima oder dieser relativ geringe Eingriff in die Natur, der sogar helfen kann, den Kongowald als Wasserreservoir zu erhalten. Bei Inga 3 entsteht auch kein großer Stausee, das, glaube ich, wissen viele Naturschützer auch nicht.

*Aber die Bedenken der Naturschützer dürften Ihnen wohl kaum egal sein?*

Natürlich nicht. Wir stehen im Kontakt mit dem WWF, der eigentlich gegen Wasserkraftwerke ist, aber in dem Fall kann selbst er

sich vorstellen, dass das sinnvoll ist. Und wenn Deutschland sich da engagiert, ist es bestimmt besser, als wenn es China allein macht. Natürlich brauchen wir noch Studien zu den ökologischen und sozialen Auswirkungen. Aber gemessen an der Menge Strom, die da in Kongo entstehen kann, müssen relativ wenig Menschen umgesiedelt werden. Für mich ist Inga 3 auch ein Indikator dafür, ob Europa wirklich mehr geopolitische Verantwortung übernehmen will. Wenn das ernst gemeint ist, sollte man in Afrika anfangen. Ich will nicht, dass Amerika und China Afrika unter sich aufteilen, die Menschen dort unter die Räder kommen und die EU nur zuschaut.

*Es gibt schon ein Vorhaben zur Produktion von grünem Wasserstoff in Marokko. Ist das nichts?*

Darüber wird vor allem geschrieben und gesprochen.

*Das stimmt also nicht?*

Marokko hat eine Strategie zum Ausbau erneuerbarer Energien. Das Projekt wird aber von uns bezahlt. Es kommt öfter vor, dass eine Regierung in Afrika etwas aufschreibt, um Steuerzahlergeld aus den Industrieländern zu erhalten. Länder wie Südafrika, Namibia oder Togo sind auch auf einer Potenzielliste, haben vielleicht eine bessere Infrastruktur, aber wenn Sie es genauer untersuchen, stellen Sie fest, dass dort die Bedingungen für grünen Wasserstoff nicht besser sind als in Kongo. Die Regierung in Kinshasa und die Afrikanische Union sind an Inga 3 sehr interessiert, und sie wollen es nicht mit Schulden finanzieren. Die nackten Zahlen sprechen für sich. In Marokko geht es um 100 Megawatt, und in Kongo reden wir in der ersten Ausbaustufe über mehr als 10.000 Megawatt – Faktor 100.

*Wie die Baustoffe für den Staudamm Inga 3 gewonnen werden, kann niemand überprüfen. Wäre mit dem Sorgfaltspflichtengesetz eine Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Wasserstoffproduktion in Kongo möglich?*

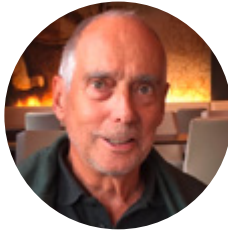
Ja, das Projekt muss nach internationalen Standards aufgesetzt werden. Unsicherheiten mit Lieferketten gibt es nicht nur in Afrika. Klar, in Australien hat man damit weniger Probleme. Aber schon heute müssen Manager die Regeln guter Unternehmensführung einhalten.

Das Gespräch führten Manfred Schäfers und Niklas Záboji von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.  
11.02.2021, Wirtschaft (Wirtschaft).







**PROF. EM. DR. BERNARD WAGEMANN**  
*Hochschule für angewandte Wissenschaften in Neu-Ulm*

Nach 15 Jahren Industriepraxis wurde Bernard Wagemann 1997 als Professor für Unternehmensführung an die Hochschule Neu-Ulm berufen. Seit 2010 ist er Themenbetreuer für „Entrepreneurship, Incubation & Frugale Innovation in Subsahara-Afrika“ im heutigen Afrika-Institut der Hochschule. Angestoßen durch Projekterfahrungen in Afrika beschäftigt er sich intensiv mit Fragen zum Machtdreieck Europa – Afrika – China.

*Foto: privat*

**“WHEN THE MUSIC CHANGES, SO MUST THE DANCE!”  
– HAUSA SPRICHWORT (WEST-AFRIKA)**

# **AFRIKA – SCHICKSALS KONTINENT FÜR EUROPA?**

**WARUM EUROPA OHNE EINE ENGE VERZÄHNUNG MIT AFRIKA DER MACHTPOLITIK CHINAS AUSGELIEFERT SEIN WIRD**

*Nachfolgend wird ein brisantes Thema reflektiert: das Machtdreieck Europa/Afrika/China. Die dabei dargestellten Positionen mögen manchen Lesern vielleicht übertrieben erscheinen, aber sie beruhen auf einer umfangreichen Analyse der Aktivitäten von China in Afrika und Asien sowie dem Engagement der europäischen Länder auf unserem Nachbarkontinent.*

## **I. AUSGANGSTHESEN**

**(1) Europa** ist politisch, wirtschaftlich und auch militärisch zu schwach, einem expansiven China auf Dauer paroli bieten zu können. Dies betrifft sowohl den quantitativen Vergleich der Kräfte, als auch die Effizienz der Systeme. Europäische Politiker, die neue Projekte nach vorne bringen wollen, verzweifeln oft an der Uneinigkeit der Entscheidungsträger. Und wie oft sehen Führungskräfte der Wirtschaft ihre Arbeit gehemmt durch mangelnde Flexibilität öffentlicher Apparate sowie durch wuchernde bürokratische Vorschriften.

**(2) Afrika** ist ein an Ressourcen überaus reicher Kontinent, der trotzdem darum kämpfen muss, Wohlstand für seine Be-

völkerung aufzubauen und den Anschluss an die Weltwirtschaft zu gewinnen. Und das, obwohl Afrika über schätzungsweise zwei Drittel der weltweiten Reserven an mineralischen Rohstoffen (Bauxit, Kobalt, Diamanten, Gold, Platin, Titan) und über sonstige anorganische Rohstoffe wie Öl, Diamanten, Erze in großen Mengen verfügt. Außerdem befinden sich in Afrika über 60 Prozent der bislang ungenutzten landwirtschaftlich relevanten Flächen der Welt, die für die zukünftige Versorgung der Welt von enormer Bedeutung sind.

**(3) Machtdreieck Europa/Afrika/China:** Eine umfassende politische und wirtschaftliche Verzahnung von Europa und Afrika würde die Position beider Kontinente gegenüber China als Weltmacht ent-

scheidend stärken, dies neben der Synergie der Potenziale auch aufgrund der bedeutenden Größe der Märkte.

## **II. ZWEI MÖGLICHE ZUKUNFTSBILDER**

Eine Schicksalsfrage: Wäre ein Europa trotz der oben beschriebenen Schwächen willens und in der Lage ein Mega-Projekt wie ‚Europa-Afrika-Allianz‘ zu bewältigen? Ja oder Nein? Je nach Antwort, ergeben sich zwei einander diametral entgegengesetzte Szenarien.

### **Szenario A: Europa/Afrika-Allianz („Eurafrika“)**

Eine enge Verzahnung von Europa und Afrika käme einer Jahrhundertaufgabe gleich: Die Hauptressourcen Europas (Sachkapital und Know-how fortgeschrittener Industriebranchen) und die Hauptressourcen Afrikas (Reichtum an Rohstoffen und an landwirtschaftlich nutzbaren Flächen) müssten in einer für beide Seiten vorteilhaften Weise synergetisch verzahnt werden.

Für Afrika wäre eine schnellere Entwicklung erreichbar, für Europa die Abschwächung eines anhaltenden, schwer einschätzbaren Migrationsdrucks. Für beide Seiten wäre ein verstärktes Wirtschaftswachstum auf einem riesigen Gesamtmarkt von in Zukunft nahezu 2 Mrd. Menschen möglich.

Außerdem wäre eine wirksame Klimapolitik realisierbar, sogar zu deutlich geringeren Kosten als in Europa. Grüner Wasserstoff – mit europäischer Technologie in Afrika

erzeugt – könnte den Energiebedarf beider Kontinente zu einem beachtlichen Teil decken. – Andernfalls, ohne den Einbezug von Afrika in eine aktive Klimapolitik, würden europäische Anstrengungen in summa fragwürdig werden. Man denke an die zunehmende Industrialisierung Afrikas und die energiefressenden Bedürfnisse einer an Zahl und Kaufkraft wachsenden Bevölkerung.

### **Szenario Z: Europa eingegliedert in das chinesische Machtssystem („Chinopa“)**

Entsprechend der chinesischen Expansionspolitik ergäbe sich – wohlgemerkt in der Extremversion – eine Eingliederung Europas und Afrikas in das chinesische Machtssystem. Den einzelnen Ländern käme der Charakter teilautonomer, tributpflichtiger Randprovinzen zu, effizient kontrollierte Bestandteile eines chinesischen Großreiches. – Das mag zunächst äußerst unwahrscheinlich anmuten, doch ein Blick in mehrere tausend Jahre Weltgeschichte zeigt, wie oft und schnell Länder ihren Wohlstand und Bündnisse ihre Bedeutung verloren haben.

Im Gegensatz zu Szenario A, stellt die Realisierung von Szenario Z keine aufwendigen Anforderungen an Europa, lediglich eine Politik des ‚weiter so‘. Entsprechend der chinesischen Ambitionen nach Bedeutung und Überlegenheit könnte die Realisierung Schritt für Schritt erfolgen – gut getaktet in der Systematik von 5-Jahresplänen, ausgerichtet auf die definierten Ziele der KPCh, die zum 100sten Jahrestag der Volksrepublik im Jahre 2049 erreicht sein sollen.

### **WÜRDEN DIE USA DENN NICHT SZENARIO Z VERHINDERN?**

Unter den heute gegebenen Bedingungen würden die USA, schon aus Eigeninteresse, die Realisierung eines Szenario Z sicher verhindern. Erst gerade jetzt im Juni hat Präsident Biden auf der G7-Tagung die Wichtigkeit der NATO betont und die Zuverlässigkeit im Bündnisfall beschworen. Doch keiner weiß, was in 15 oder 20 Jahren sein wird.

Die Welt befindet sich in schnellem Wandel und die USA werden zunehmend – zusammen mit Kanada, Australien und Japan und anderen ostasiatischen Staaten – genug zu tun haben, ihre Position im indopazifischen Raum gegenüber China zu behaupten.

Zur Sicherung seiner Unabhängigkeit sollte sich Europa deshalb nicht allein auf die Machtbasis der USA verlassen, sondern eine eigene geostrategische Position der Stärke aufbauen.

### **GIBT ES DENN NICHT SZENARIEN ZWISCHEN DEN EXTREMEN VON A UND Z?**

Sicher sind die Szenarien A und Z Extremformen. Auch sind sie nicht die einzigen darstellbaren Zukunftsbilder. Zwischen beiden Extremen sind, je nach Art und Umfang europäischer Maßnahmen, andere ‚Mittelszenarien‘ möglich: weniger anspruchsvoll als Szenario A und weniger drastisch als Szenario Z.

### **III. WIE EXPANSIV IST DIE POLITIK DER VOLKSREPUBLIK CHINA?**

Warum eigentlich geht dieser Text zum Thema Europa/Afrika so explizit auf die chinesische Machtpolitik ein? Der Grund ist einfach nachzuvollziehen: Umso mehr China als expansiv zu einzustufen ist, umso dringlicher wird es für Europa sein, schnellst möglich Anstrengungen in Richtung Szenario A aufzunehmen. Die entscheidende Frage lautet deshalb: Wie expansiv ist die Politik Chinas ausgerichtet?

#### **WIE SIEHT CHINA SICH UND DIE WELT?**

Chinas Sicht der Welt und sein langfristiger Anspruch wird anhand einer Rede von Präsident Xi Jinping auf dem Parteikongress der KPCh in 2017 deutlich:

*„Chinas politisches System ist eine große Schöpfung, es zeigt einen neuen Weg zur Modernisierung auf, eine Option für andere Länder und Nationen.“ ... „Die Welt geht auf eine Ära zu, in der China ins Zentrum vorrücken und einen großen Beitrag für die Menschheit leisten wird.“*

Diese Position untermauerte Xi etwa vier Jahre, im Januar 2021, nochmals vor dem Politbüro der KPCh:

*„Die Welt ist in einer turbulenten Zeit, wie seit hundert Jahren nicht mehr. Aber die Zeit und das Momentum sind auf unserer Seite. Unser Land befindet sich in einer Phase strategischer Gelegenheit.“*

Chinas Ressourcen reichen langfristig aus, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mi-



litärisch, die USA in absehbarer Zeit zu überholen. Immerhin hat sich der Militäretat der Volksrepublik seit 1992 verzehnfacht. Und gemessen an der Anzahl der Schiffe haben die chinesischen Seestreitkräfte die USA schon jetzt überholt. Und gerade eine starke Marine – einschließlich einer ausreichenden Zahl an Flugzeugträgern – ist wichtige Grundlage dafür, Macht weit über die Landesgrenzen hinaus auszudehnen. Außerdem sollte berücksichtigt werden, dass China mit anderen Ländern eine Anti-Westliche-Allianz bilden könnte. Eine militärische Allianz mit Russland sowie ggf. auch mit Pakistan und Iran würde die Macht Chinas bedrohlich erweitern – inklusive des nuklearen Gewichts.

#### **IV. KAMPF UM MÄRKTE?**

Der Westen hat unseren Nachbarkontinent Afrika über viele Jahrzehnte – mit Ausnahme von Entwicklungsunterstützung – politisch eher vernachlässigt. Doch China, Potenzial und Bedeutung von Afrika erkennend, begann spätestens um die Jahrtausendwende mit einer äußerst aktiven Afrikapolitik und konnte in den letzten 20 Jahren wichtige Einflussfelder abstecken.

##### **EUROPA/CHINA AUF DEN BESCHAFFUNGSMÄRKTEN IN AFRIKA**

Etliche europäische und auch US-amerikanische Unternehmen haben zeitlich weit zurückreichende Verbindungen zu afrikanischen Rohstoffmärkten oder sind sogar selbst dort als Produzenten aktiv. Dies bezieht sich vor allem auf die klassischen Rohstoffe wie Erdöl, Gold, Diamanten, Erze etc.

sowie auf landwirtschaftliche Produkte, mit denen afrikanische Regierungen größere Mengen an Devisen erwirtschaften können, bedauernswerter Weise jedoch oft genug ohne Entwicklungsschub für Land und Bevölkerung. Trotz diesen traditionellen Verbindungen sehen insbesondere westliche High-Tech-Industrien – mit ihrem speziellen Ressourcenbedarf – China inzwischen als heimliche Rohstoffmacht. Denn China hat durch ein starkes und geschicktes wirtschaftspolitisches Engagement nicht nur einen gehörigen Einfluss auf die Rohstoffmärkte Afrikas gewonnen, sondern ist zusätzlich auch einer der größten Anbieter der immer unentbehrlicheren Metalle der ‚Seltenen Erden‘.

Eine Kontrolle der Rohstoffmärkte – bspw. durch Beteiligung an Minen bzw. durch Vorkaufsrechte oder langfristige Lieferverträge – würde es der Volksrepublik ermöglichen, Rohstoffe in großen Mengen zu kaufen und nach China zu importieren. Die selbst nicht benötigten Mengen könnte China dann je nach Marktlage mit erheblichem Preisaufschlag exportieren, zuerst natürlich an Abnehmer in verbündeten oder sich wohlverhaltenden Ländern. Die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der benachteiligten Länder und deren Industrien wären gravierend.

##### **EUROPA/CHINA AUF DEN AFRIKANISCHEN ABSATZMÄRKTEN**

Auch für Europa gewinnt Afrika als riesiger Absatzmarkt an Bedeutung. Oftmals verlieren jedoch europäische Unternehmen gegenüber chinesischen Wettbewerbern schon deshalb Aufträge, weil deren Pro-

dukte besser an die Anforderungen in Afrika angepasst sind. Modernste High-Tech-Produkte mit ‚Überfunktionalitäten‘ sind dort nicht unbedingt die ultima ratio. Oft sind vereinfachte Produkte mit wenigen Kernfunktionen, Robustheit, simple Bedienbarkeit/Wartung sowie die Möglichkeit, kleine Reparaturen selbst durchführen zu können, und ein angemessener Preis deutlich wichtiger. Anstatt wie China Produkte nach den Gesichtspunkten einer solchen ‚frugalen Innovation‘ an die Marktanforderungen anzupassen, blieben europäische Unternehmen gern bei der sie schmeichelnden Überzeugung, dass afrikanische Märkte für ihre Spitzenprodukte eben noch nicht reif seien. Diese Denkweise überließ tausenden chinesischen Unternehmen die Vorteile, ‚first rider‘ zu sein und wichtige Kundenbeziehungen früh – und vielleicht dauerhaft – aufbauen zu können.

Über zehntausend chinesische Unternehmen sind inzwischen in Afrika gut mit der dortigen Wirtschaft vernetzt. Schon allein über große chinesische Konzerne wie KEDA und SUNDA INTERNATIONAL, die in Afrika inzwischen wichtige Handelsketten aufgebaut haben, hat China einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf afrikanischen Absatzkanäle. Auf dieser Grundlage ist es für China möglich, auch mittels Abschluss von Exklusivverträgen mit nicht-chinesischen Handelsketten, eine schwer einzuschätzende Zahl von Absatzkanälen wirkungsvoll zu dominieren. Im Schlimmstfall kann dies für Europa den Verlust eines Absatzmarktes von zukünftig bis zu 2 Mrd. Menschen bedeuten.

## V. CHINAS UND EUROPAS AFRIKA-ENGAGEMENT – EIN VERGLEICH

### INVESTITIONEN UND UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN

Ein Vergleich von europäischer und chinesischer Wirtschaftstätigkeit in Afrika stößt leider mangels wirklich verlässlicher Angaben auf Schwierigkeiten. Hinsichtlich der Direktinvestitionen schneidet das Afrika-Engagement der EU sehr positiv ab. Laut Eurostat, dem ‚Statistischen Amt der Europäischen Union‘, betrug im Jahr 2017 die Direktinvestitionen von EU-Unternehmen in Afrika insg. 222 Mrd. €, deutlich mehr als aus USA mit 42 Mrd. € und aus China mit 38 Mrd. €.

Umgekehrt zeichnete bereits in 2017 eine Studie der McKinsey Group (Kurztitel: The Dance of the Lions and Dragons) ein für China recht günstiges Bild, das inzwischen wahrscheinlich noch deutlicher ausfallen würde:

- In Afrika seien mehr als 10.000 chinesische Unternehmen aktiv, davon ca. 90 % kleinere und mittelgroße in Privatbesitz.
- Chinesische Unternehmen kämen bereits für 12 % der industriellen Produktion Afrikas auf und das mit enorm wachsender Tendenz.
- Befragte Senior-Führungskräfte hätten nahezu alle dem Afrika-China-Geschäft eine deutlich höhere Priorität eingeräumt als Möglichkeiten mit EU, USA und anderen.

Die Existenz vieler dieser kleineren und mittelgroßen chinesischen Unternehmen

geht auf Chinas ‚Going out Policy‘ zurück. Unter diesem Wahlspruch ermunterten die staatlichen Organe der Volksrepublik ab 1990 – insbesondere auch kleine und große Unternehmen – zu weltweiten Direktinvestitionen. Das erklärte Ziel der KPCh war u.a. das verstärkte Sammeln von Erfahrungen auf internationalen Märkten.

### **CHINESISCHE UND EUROPÄISCHE ENTWICKLUNGSKOOPERATIONEN**

Die staatlichen Engagements der EU und der Volksrepublik unterscheiden erheblich. Die Volksrepublik bietet überwiegend Infrastrukturaufbau großen Kalibers gegen Kreditaufnahme an, während die Länder der EU vor allem eine Vielzahl von Einzelprojekten der Entwicklungskooperation auf Basis von Zuwendungen selbst finanzieren. Der Infrastrukturaufbau überzeugt durch beeindruckende Aufbauleistungen. Die europäische Entwicklungskooperation zeichnet sich dagegen im Vergleich meist durch eine Kleinteiligkeit aus. Unterschiedlichste Projekte werden von unterschiedlichsten Organisationen finanziert und dies aus der Vielzahl der europäischen Länder, so dass sogar Insider den Überblick verlieren. Schon alleine durch eine besser abgestimmte strategische Ausrichtung der Aktivitäten könnte wesentlich mehr erreicht werden. Hierzu bedarf es auch einer Ausrichtung der Entwicklungskooperation auf jene Engpässe, die aus Sicht des betreffenden Landes besonders hemmend sind. Über China ist bekannt, dass es in diesem Sinne eng mit den einzelnen Regierungen zusammenarbeitet.

## **VI. CHINAS STÄRKE IN AFRIKA – WAS IST DIE BASIS DAVON?**

Die Position der **Volksrepublik China (VCR)** beruht in Afrika auf einer Fülle von Einzelfaktoren, von denen besonders wichtige kurz erläutert werden sollen.

### **AUFBAUMASSNAHMEN**

- **Infrastrukturaufbau:** Seit 2003 stellt die VCR den afrikanischen Kooperationsstaaten überwiegend als Kredite jährlich ca. 20 Mrd. US\$ zur Verfügung.
- **Kreditkonditionen:** Die Kredite werden i.d.R. mit langfristiger Laufzeit und zu einem recht günstigen Zinssatz vergeben. Trotz der von China gewünschten Geheimhaltung der Kreditverträge sicherte inzwischen durch, dass die Kreditnehmer sehr eng an die VCR als Gläubiger gebunden werden.
- **Schuldenmanagement:** Die daraus resultierende Machtposition der VCR wird dann relevant, wenn ein afrikanischer Staat zum säumigen Schuldner wird. Nach Verhandlungen können dann ggf. ersatzweise Eigentum oder Nutzungsrechte an Minen und Agrarflächen übertragen werden.
- **Objektkontrolle:** Bei technologischen Infrastrukturprojekten behält China in vielen Fällen auch nach Fertigstellung weiterhin den operativen Betrieb dauerhaft oder zumindest für etliche Jahre unter seiner Betriebsführung, womit jeweils ein Stück an Kontrollmacht an China übergeht. [Beispiele: Eisenbahnlinien (z.B. die neue Verbindung Mombasa-Nairobi), Hafenanlagen (z.B. Djibuti), Elektrizitätswerke, Mobilfunkeinrichtungen etc.]

- **Meta-Planung:** Über das chinesische Projekt ‚Neue Seidenstraße‘ (BRI = Belt & Road Initiative) steht der VCR ein wichtiger Abstimmungsmechanismus zur Verfügung: Hier werden die lokalen industriellen bzw. landwirtschaftlichen Investitionen gemeinsam von China und den Partnerländern mit der übergeordneten Planung der globalen Handelswege in Einklang gebracht.

## VORBILD-EINFLÜSSE/SOFT POWER

- **Medien:** Die VCR vermittelt mit kostenfreien Medien und einem nahezu flächendeckenden TV-Netz (CGTN) wirkungsvoll ihren Entwicklungsweg als Erfolgsbeispiel für Afrika und sorgt für eine positive Berichterstattung zu den chinesischen Aktivitäten. Im Ergebnis bewerten rund 2/3 der in 36 afrikanischen Ländern befragten Personen den Einfluss von China positiv, obwohl sie mehrheitlich das westliche Entwicklungsmodell bevorzugen.
- **Stipendien:** Die VCR vergibt einer großen Zahl von Afrikanern recht großzügig bemessene Stipendien für einen Studienaufenthalt oder Abschluss in China (Größenordnung: 50.000 Studienplätze). Zusätzlich sind jeweils ca. 30.000 weitere Studierende als Selbstzahler an chinesischen Universitäten eingeschrieben.

## VERNETZUNG

- **Gipfeltreffen:** China lädt alle drei Jahre die Staats- und Regierungschefs der afrikanischen Staaten zu einem beeindruckenden China-Afrika-Gipfel (FOCAC) nach Peking ein. Mit FOCAC verfügt Peking über einen wirkungsvollen

Mechanismus zur Koordination der weiteren Zusammenarbeit.

- **Strategische Partnerschaft:** Im Jahr 2018 wurde auf dem 7. FOCAC (Forum On China Africa Cooperation) die Bildung einer ‚Strategischen Partnerschaft von China und Afrika‘ beschlossen (Leitpruch: „We are one family!“) Damit konnte China den Prozess einer weiteren entscheidenden Vernetzung initiieren.

Insgesamt ergeben diese Faktoren ein heterogenes Bild, in dem sich nicht (oder noch nicht?) ein imperiales Verhalten Chinas im ursprünglichen Wortsinn zeigt. Offenkundig ist jedoch das Bemühen um eine immer engere Verflechtung mit Afrika. In dem so wachsenden Beziehungsnetz kommt der VCR aufgrund ihrer Stärke eine deutlich dominierende Rolle zu. Auch wenn in einem solchen Verbund wechselseitige Abhängigkeiten entstehen, werden diese in ihrer Stärke sicherlich nicht symmetrisch sein.

Der G7-Beschluss im Juni 2021 für einen globalen Infrastrukturaufbau in den Schwellenländern (‘Build Back Better World’) ist sicherlich als eine geeignete Maßnahme zu sehen, dem chinesischen BRI-Projekt schrittweise eine westliche Alternative gegenüberzustellen. Dieses Vorhaben darf sich allerdings nicht zu einer ‚Allianz gegen China‘ entwickeln. Das würde mit zunehmender Sicherheit auch in den afrikanischen Ländern Unwillen erzeugen. Außerdem wird das ‚Better-World-Projekt‘ alleine nicht ausreichen, um in überschaubarer Zeit in Afrika eine Position ähnlich der von China aufzubauen. Dafür ist in Afrika der Vorsprung Chinas (noch) zu groß.

## **VII. WELCHE KONSEQUENZEN SOLLTE EUROPA ZIEHEN?**

Kann und will Europa es sich leisten, gegenüber der strategischen Herausforderung durch China auf eine Gegenposition zu verzichten? Dann könnte Europa seine heutige Position als große Wirtschaftsmacht schneller als gedacht verlieren.

Sicherlich käme das Ziel einer engen Verzahnung mit Afrika einer Herkulesaufgabe gleich. Aber will Europa ausweichen und Afrika mit den aufgezeigten Konsequenzen einer chinesischen Dominanz überlassen? Zumindest sollte der Mut gefunden werden, den chinesischen Einfluss in Afrika entscheidend zu begrenzen.

Eines sollte diesbezüglich jedoch klar betont werden: Eine stärkere Verzahnung mit Afrika sollte auf keinen Fall in eine prinzipielle Konfrontation mit China ausarten. Eine westliche ‚Allianz gegen China‘ – wie von den USA auf dem G7-Treffen Juni 2021 angemahnt – würde zu einer feindlichen Blockbildung ausarten. Eine solche Entwicklung dürfte gerade von den afrikanischen Staaten vehement abgelehnt werden, da diese in der Zeit des kalten Krieges mehr als genug desaströse Erfahrungen mit offenen oder versteckten Stellvertreterkriegen gesammelt haben.

China ist gegenwärtig für den Westen nicht nur Konkurrent, sondern weiterhin auch Partner. Das gilt ebenso für Aktivitäten in Afrika. Gegenüber China bedarf es zwar sicherlich der klaren Abgrenzung, aber ohne konfrontativ zu blockieren. Und je nach Sachlage bedarf es auch der sinnvollen Ko-

operation, aber zu klaren Konditionen und mit Transparenz nach außen.

Es geht darum, die afrikanischen Partner für die Zusammenarbeit mit Europa und für einen Weg ohne Dominanz und Kontrolle zu gewinnen. Was für die Entwicklung der Länder besonders wichtig ist, sind umfangreiche Direktinvestitionen in Unternehmensgründungen: (1.) zum Ausbau einer effizienten Landwirtschaft, (2.) zur Verarbeitung der Agrarprodukte sowie (3.) zum Aufbau der dringend benötigten Arbeitsplätze in einer sich entwickelnden Industrie. Neben vielen europäischen Unternehmen zeigen zigtausend chinesische Erfolgsbeispiele, dass dies mit guter Rentabilität möglich ist und mit Margen, die das Investitionsrisiko gut kompensieren. Auf den riesigen ungesättigten Märkten ist das für beide Seiten von Nutzen, für die Hersteller sowie ebenso für die Käufer der Produkte, die nun nicht mehr teuer importiert werden müssen.





### **ANNE LAUENROTH**

***stellvertretende Abteilungsleiterin Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)***

Anne Lauenroth ist seit 2016 im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), aktuell als stellvertretende Abteilungsleiterin Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt und zuständig für Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungspolitik. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaft in Berlin und Straßburg mit Stationen im Bundestag und Europäischen Parlament, arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und baute maßgeblich das Büro der SWP in Brüssel mit auf. Im BDI hat Frau Lauenroth zunächst während der deutschen G20-Präsidentschaft im Team der Business 20 (B20)-Präsidentschaft des BDI mitgearbeitet bevor sie als verantwortliche nationale Koordinatorin das Projekt ‚Perspektiven schaffen‘ von BDI und GIZ in Ostafrika betreute. Der BDI ist Mitglied im nationalen CSR-Forum der Bundesregierung und in der dortigen Arbeitsgruppe Wirtschaft und Menschenrechte.

*Foto: Christian Kruppa*

# AFRIKA IST EIN KONTINENT DER CHANCEN

*Mit der Gründung einer neuen Freihandelszone, der größten der Welt, wollen 54 der 55 afrikanischen Staaten einen gesamtkontinentalen Binnenmarkt schaffen und so vor allem den innerafrikanischen Handel fördern. Was das – auch für die deutschen Unternehmen – bedeutet, darüber sprach der iwd mit Anne Lauenroth, stellvertretende Abteilungsleiterin Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).*

*iwd: Die Ziele der panafrikanischen Freihandelszone AfCFTA sollen bis 2063 umgesetzt sein. Ist das in unserer schnelllebigen und globalisierten Wirtschaft nicht ein sehr langer Zeitraum?*

**Lauenroth:** Die neue Freihandelszone ist ein Teil der Agenda der Afrikanischen Union und dazu ein besonders wichtiger. Ich denke auch nicht, dass es so lange dauern wird. Viele der 54 teilnehmenden Länder haben bereits erste Vorschläge für die Zollunion eingereicht, man ist also schon im Umsetzungsprozess.

Die deutsche Industrie geht zwar davon aus, dass dieser Prozess dauern wird, allerdings nicht bis zum Jahr 2063. Bei der Agenda 2063 geht es um die generelle Vision der Afrikanischen Union.

*Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in Afrika in den vergangenen Jahren? Geht es – beispielsweise mit Blick auf internationale Handelsbeziehungen – voran?*

Der BDI sieht Afrika als Kontinent der Chancen, mit viel Potenzial für Wirtschaftswachstum, Handel und nachhaltige Entwicklung. Das Bild von Afrika in der Welt ist oft zu einseitig, verbunden mit Armut, Kriegen und Konflikten. Vor Corona gab es bereits hohe Wachstumsraten, in Ostafrika sogar durchschnittlich um die fünf bis sechs Prozent.



*Corona aber hat den Kontinent hart getroffen. Afrika leidet sehr unter den Handelshemmnissen und der gesunkenen globalen Nachfrage, der Tourismus liegt brach. Vor allem die Länder südlich der Sahara, in denen Millionen Menschen im informellen Sektor arbeiten, dürften bei der Bekämpfung der Armut um Jahre oder gar Jahrzehnte zurückgeworfen werden.*

Corona aber hat den Kontinent hart getroffen. Afrika leidet sehr unter den Handelshemmnissen und der gesunkenen globalen Nachfrage, der Tourismus liegt brach. Vor allem die Länder südlich der Sahara, in denen Millionen Menschen im informellen Sektor arbeiten, dürften bei der Bekämpfung der Armut um Jahre oder gar Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

Corona macht allen zu schaffen, insbesondere auch dem afrikanischen Kontinent. Außer in China ist die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr überall auf der Welt geschrumpft. Ich bin überzeugt, dass sich die Lage auch in den afrikanischen Staaten langfristig wieder stabilisiert. Dazu braucht es Unterstützung, auch durch international koordinierte Maßnahmen.

Denn die Herausforderungen für die nächsten Jahre sind groß. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Länder wieder auf die Beine kommen. Wie vor der Pandemie sind dafür mehr innerafrikanischer Handel, mehr Investitionen in die Digitalisierung und die Infrastruktur, höhere Bildungsausgaben und nicht zuletzt die Ankurbelung der Privatwirtschaft notwendig.

*Welche Rolle spielt Afrika generell für die deutsche Industrie und was haben deutsche Unternehmen davon, wenn in Afrika ein gesamtkontinentaler Binnenmarkt entsteht?*

*„Deutschland sollte die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft innerhalb der Entwicklungspolitik stärken, beispielsweise um den Know-how-Transfer zu fördern.“*

Die meisten einzelnen afrikanischen Märkte – mit Ausnahme von Südafrika, Nigeria und Ägypten – sind zu klein für deutsche Unternehmen. Für deutsche Unternehmen lohnt es sich zum Beispiel nur, Autos in Kenia zu produzieren, wenn sie von dort ohne hohe Zölle

auch in Kenias Nachbarstaaten zu verkaufen sind. Es geht also um regionale Integration. Sie ist die Grundlage dafür, dass sich mehr Unternehmen ansiedeln. Größere Märkte sind für die deutschen Unternehmen auch deshalb besonders wichtig, weil sie eher gehobene, technologisch komplexe Produkte herstellen.

Afrika exportiert derzeit in erster Linie Rohstoffe und Agrarprodukte. Um mehr Wachstum zu erzielen, muss die industrielle Basis gestärkt werden. Sollte Deutschland etwas tun, um die afrikanischen Länder dabei zu unterstützen?

Es ist wichtig, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft innerhalb der Entwicklungspolitik zu stärken, beispielsweise um den Know-how-Transfer zu fördern. Der BDI hat dazu schon vor drei Jahren in Ostafrika das Projekt „Perspektiven schaffen“ ins Leben gerufen, das deutsche mit afrikanischen Unternehmen vernetzt. So haben Unternehmen vor Ort die Chance, ihre Wertschöpfungsketten zu integrieren, sich als Zulieferer zu qualifizieren oder auch gemeinsam neue Produkte entwickeln zu können. Das sind typische Win-win-Situationen.

Der Dialog in Sachen Industrialisierung geschieht aber nicht nur zwischen den Unternehmen, sondern auch auf der Ebene der Verbände. Die Politik kann dabei helfen, indem sie bessere Rahmenbedingungen schafft. Außerdem sollte die Bundesregierung zum Beispiel dafür sorgen, unser Modell der dualen Ausbildung in afrikanischen Ländern stärker zu verankern, das Interesse daran ist groß.

Auch davon profitieren beide Seiten: die einheimischen Unternehmen und die deutschen Unternehmen in Afrika, die stets auf der Suche nach ausreichend qualifizierten Fachkräften sind. In Afrika ist die Ausbildung häufig sehr akademisch, mit der dualen Ausbildung kann Deutschland für mehr Praxisnähe sorgen.

Auch Deutschland fehlen Fachkräfte. Lässt sich hier ein gemeinsamer Lösungsansatz finden?

In Afrika gibt es bereits interessante Projekte der Zusammenarbeit. So werden beispielsweise gemeinsam Data-Analysten und andere IT-Experten ausgebildet und dann auch für Aufträge von Unternehmen in Deutschland eingesetzt. Diese Experten arbeiten aber

ebenso für afrikanische Unternehmen, insbesondere für die vielen Start-ups, die vor allem in Ruanda, Kenia und Ghana entstehen.

Ein anderes Programm heißt „Afrika kommt!“, für das Unternehmen in Deutschland afrikanische Absolventen ein Jahr lang in ihrem Betrieb ausbilden und sie dann zum Beispiel in ihrer Niederlassung in Afrika einsetzen.

*„Im Wettbewerb der Systeme punkten die Chinesen mit ihren stark subventionierten Staatsunternehmen und Finanzierungen, die Europäer und die Deutschen können da nicht mithalten.“*

Deutsche Unternehmen entwickeln – meist vermittelt durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit oder die Auslands-handelskammern – die Lehrpläne an den afrikanischen Universitäten oder Fachhochschulen mit. Im Zentrum steht dabei, die Ausbildung so praxisnah wie möglich zu gestalten. Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zu strukturellen Veränderungen.


China sichert sich viele Rohstoffquellen auf dem afrikanischen Kontinent. Verschläft Europa hier wichtige Weichenstellungen?

Der immer stärkere Einfluss Chinas hat inzwischen dazu geführt, dass überall ein Umdenken einsetzt. Die erste Auslandsreise der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ging nach Äthiopien, dem Sitz der Afrikanischen Union – das zeigt schon, dass Europa engere Beziehungen zu Afrika will.

Im Wettbewerb der Systeme punkten die Chinesen mit ihren stark subventionierten Staatsunternehmen und Finanzierungen, die Europäer und die Deutschen können da nicht mithalten und müssen deshalb ihre eigenen Instrumente ausbauen und ihre Stärken einsetzen: Unsere Projekte sind zwar teurer, aber sie bieten auch technisches Know-how und Ausbildungsangebote. Die Chinesen tun das nicht, sie bringen oft ihre eigenen Arbeiter mit und sind nach Ende der Projekte schnell wieder weg. Langfristig und nachhaltig gedacht haben die Europäer und die Deutschen also mehr zu bieten. Diese Stärke müssen sowohl Deutschland als auch die EU klar hervorheben und die richtigen Instrumente bereitstellen – von der Finanzierung bis zur Entwicklung von gemeinsamen Programmen.

© 2021, IW Medien • iwd 10

Quelle: Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (iwd),  
17. Mai 2021





### **MARTIN A. SCHOELLER**

#### ***Unternehmer und Initiator des Afrika-First-Netzwerks***

Martin Alexander Schoeller ist Mitgründer und Co-Chairman der Schoeller Gruppe in Pullach ([www.schoellergroup.com](http://www.schoellergroup.com)). Er engagiert sich im Vorstand des Verbandes „Die Familienunternehmer“ (Bayern) und als Honorarkonsul von Togo. Mit dem Afrika-First-Netzwerk ([www.afrikafirst.org](http://www.afrikafirst.org)) bringt er Investoren, Unternehmer und Experten zusammen, um Brücken zwischen dem europäischen Kapitalmarkt und der afrikanischen Wirtschaft zu bauen und die interkontinentale Zusammenarbeit zu fördern.

*Foto: Schoeller Group*

# GREEN DEAL & AFRIKA

## WO SICH DER KAMPF UMS KLIMA ENTSCHEIDET

*Die größten Herausforderungen der Menschheit bieten zugleich die größten unternehmerischen Chancen. Weitsichtige Entscheider sollten deshalb den Blick nach Afrika richten. Denn dort bahnt sich eine Investitions- und Innovationsoffensive an – und der europäische „Green Deal“ dürfte sie befeuern.*

Wenn ich mit Unternehmern und Entscheidern über Afrika spreche, schlägt mir oft Skepsis entgegen. Hohe Korruption und schlechte Infrastruktur sprächen gegen Investitionen, heißt es immer wieder. Und natürlich sind Probleme nicht von der Hand zu weisen. Aber ich kann Skeptikern nur raten, ihre Bedenken und Vorurteile zu hinterfragen.

Denn wir im globalen Norden neigen erwiesenermaßen dazu, Fortschritte in Entwicklungsländern systematisch zu unterschätzen. Vielen gilt Afrika deshalb pauschal als Kontinent der Krankheiten, Kriege und Katastrophen – auch und gerade angesichts der Coronapandemie. Das liegt nicht zuletzt daran, dass wir negative Ereignisse stärker wahrnehmen als allmähliche Verbesserungen.

Die gibt es jedoch zuhauf: Ob Bruttoinlandsprodukt, Lebenserwartung oder die Zahl der Kinder, die eine Schule besuchen

– seit Beginn des Jahrtausends ist auf dem Kontinent vieles besser geworden, auch südlich der Sahara. Zudem sind die Zahl und Intensität der Konflikte rückläufig. Zahlreiche Länder bieten deshalb längst ein spannendes Umfeld für Unternehmer.

Hinzu kommt, dass sich eine Investitions- und Innovationsoffensive anbahnt. So wächst das Interesse institutioneller Investoren an Afrika – wegen niedriger Zinsen und hoher Aktienbewertungen im globalen Norden, aber auch wegen wirtschaftsfreundlicher Reformen und guter Wachstumsaussichten in etlichen afrikanischen Staaten.

### **DIE „AFRIKA-FIRST-AGENDA“ UND DER GLOBALE KLIMASCHUTZ**

Zudem reift in der Politik die Erkenntnis, dass Afrika ein entscheidender Schauplatz im Kampf ums Klima ist – und dass kluge

Handels- und Entwicklungspolitik somit einen gewaltigen Hebel für globalen Klimaschutz bietet. Denn machen wir uns nichts vor: Europa allein kann das Klima nicht retten. Wir müssen deshalb die größten Treibhausgasemittenten USA und China ins Boot holen – und zugleich grünes Wachstum in aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern fördern. Denn sonst führt deren Aufstieg unweigerlich in den Klimakollaps.

Ein Kernelement des Buches „Afrika First! Die Agenda für unsere gemeinsame Zukunft“, das ich mit dem Wirtschaftsjournalisten Daniel Schönwitz geschrieben habe, sind deshalb innovative Ideen und Konzepte, um Kapital für Investitionen in Infrastruktur und Erneuerbare Energien in Afrika zu mobilisieren. Denn wir sind überzeugt: Die niedrigen Zinsen in Europa sind dafür eine Steilvorlage. Und das Potenzial in Sachen Klimaschutz ist größer als das zahlreicher Maßnahmen und Programme, über die wir derzeit heftig diskutieren.

Der Clou: Dazu müssen wir keineswegs neue Schulden machen oder Entwicklungshilfebudgets erhöhen. Unser Konzept sieht vor, dass wir afrikanischen Reformländern unsere Bonität leihen – etwa in Form von Zinsgarantien für Infrastruktur-Bonds. Eine zentrale Rolle könnte hier die Europäische Investitionsbank (EIB) spielen, die im Zuge des „Green Deals“ der EU ohnehin zur Klimabank aufgewertet wird.

EIB-Präsident Werner Hoyer hat mehrfach auf die Bedeutung der Entwicklungspolitik im Kampf ums Weltklima hingewiesen und erste Projekte angeschoben, zum Teil zu-

sammen mit der African Development Bank. Und auch hierzulande gibt es erste positive Ansätze. So fördert Deutschland im Rahmen von Reformpartnerschaften Solarprojekte in Afrika – nicht zuletzt dank des Engagements des scheidenden Bundesentwicklungsministers Gerd Müller (CSU).

Beispiel Ghana: Unser Reformpartner hat ein Erneuerbare-Energien-Gesetz erarbeitet und erhält Know-how und zinsgünstige Kredite aus Deutschland. Und in Marokko wird mit deutscher Unterstützung das größte Solarkraftwerk der Welt gebaut, das 13 Millionen Menschen mit Strom versorgen soll. Dieses Werk soll auch dazu beitragen, klimaneutrale Kraftstoffe zu produzieren, darunter Methanol aus grünem Wasserstoff. Weitere Projekte im Bereich grüner Wasserstoff sind bereits in der Pipeline.

## ***WIR MÜSSEN DEN „GREEN DEAL“ GRÖßER DENKEN***

Das kann aber allenfalls ein Anfang sein. Denn die Geldbeträge sind überschaubar und stehen in krassem Widerspruch zur Klimaschutzrhetorik der politischen Entscheider. Wir müssen deshalb endlich aufhören, den „Green Deal“ als europäisches Projekt zu sehen. Er darf kein Binnenprojekt bleiben. Denn wie gesagt: Wir Europäer werden das Klima allein nicht retten. Deutschland etwa ist gerade einmal für zwei Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.

Statt vehement über Maßnahmen wie Tempolimits oder SUV-Verbote zu diskutieren, die vergleichsweise wenig bringen, aber Widerstände schüren und Freiheiten

beschränken, müssen wir über den Teller-  
rand schauen. Dann wird schnell klar, dass  
eine der ganz zentralen Fragen für den glo-  
balen Klimaschutz lautet: Was bekommen  
die rund 600 Millionen Afrikaner, die bis-  
lang nicht ans Stromnetz angeschlossen  
sind – Kohle- oder Sonnenstrom?

„Wenn zukünftig jeder afrikanische Haus-  
halt eine Steckdose auf der Basis von Kohle  
bekommt, müssten 1.000 neue Kohlekraft-  
werke gebaut werden“, hat Minister Mül-  
ler bereits vor einiger Zeit gewarnt. „Wir  
können die Afrikaner nur zum Verzicht auf  
Kohle bewegen, wenn wir sie beim Aufbau  
klimafreundlicher Zukunftstechnologien  
unterstützen.“ Gerade der Sonnenkontinent  
Afrika sei prädestiniert für „Green Growth“  
und eine CO<sub>2</sub>-freie Wirtschaft.

Deshalb ist es höchste Zeit, den „Green  
Deal“ zu globalisieren und um eine echte  
Technologie- und Handelspartnerschaft  
mit Afrika zu erweitern. Deren zentraler  
Baustein sollte eine breit angelegte euro-  
päische Infrastrukturinvestitionsoffensive  
in Afrika sein, wie sie Daniel Schönwitz  
und ich in „Afrika First!“ vorschlagen. Ins-  
besondere europäische Zinsgarantien  
könnten zum „Game Changer“ werden, um  
privates Kapital für wichtige Infrastruktur-  
projekte zu mobilisieren – auch und gerade  
in den Bereichen nachhaltige Mobilität und  
grüner Strom.

Zudem müssen wir den internationalen  
Handel an soziale und ökologische Stan-  
dards knüpfen. Denn auf diese Weise kön-  
nen wir die Attraktivität unseres Binnen-  
marktes nutzen, um Klimaschutz zu ex-  
portieren.

## **GRÜNES WIRTSCHAFTSWUNDER UND HÖHERE LÖHNE IN AFRIKA**

Gerd Müller hat in diesem Zusammen-  
hang vorgeschlagen, Einnahmen aus einer  
CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer in den Ausbau Erneuer-  
barer Energien in Afrika zu stecken. Auf  
diese Weise könnten wir zwei Fliegen mit  
einer Klappe schlagen: Wir verhindern un-  
faire Wettbewerbsvorteile für Klimasünder  
gegenüber europäischen Unternehmen  
– und setzen deren Geld dort ein, wo es  
den vermutlich größten Hebel für globalen  
Klimaschutz hat.

Für Afrika birgt diese Strategie die Chance,  
via „Leapfrogging“ einen direkteren Weg  
zu einer ökologisch sozialen Marktwirt-  
schaft zu nehmen. Damit ließe sich der ver-  
meintliche Widerspruch zwischen Armuts-  
bekämpfung und Klimaschutz beziehungs-  
weise zwischen sozialen und ökologischen  
Zielen auflösen. Denn mit umwelt- und  
klimafreundlicher Technologie führt ein  
Wachstumsschub in Afrika eben nicht un-  
weigerlich zu deutlich erhöhten Emissio-  
nen (und damit zum Klimakollaps). Dank  
Green Tech kann die Erde „Wohlstand für  
alle“ verkraften!

Klar ist zudem: Infrastruktur ist die Platt-  
form, auf der eine moderne Volkswirtschaft  
gedeiht. Ihr Aufbau befeuert deshalb unter-  
nehmerisches Engagement und private  
Investitionen, was wiederum eine starke  
Wachstumsdynamik entfacht und damit  
Spielräume für höhere Löhne schafft.

Dieser Spielraum, so er denn genutzt wird,  
ist enorm wichtig. Denn nur dann kommt



das Wachstum auch bei den Armen an, sodass wir die extreme Armut beseitigen können. Und es ist erwiesen, dass mit höheren Pro-Kopf-Einkommen die Geburtenraten sinken, bis irgendwann das Bevölkerungswachstum zum Erliegen kommt. Dieser Effekt, der besonders eindrucksvoll in den asiatischen Tigerstaaten zu beobachten war, führt zu einer „demografischen Dividende“, also einem starken Wachstums- und Wohlstandsschub.

Unabhängig von der Kultur besteht übrigens globaler Konsens, dass jeder Mensch ein Dach über dem Kopf haben und eine Familie ernähren können soll. Das hat etwa der Dalai Lama erklärt, und es entspricht den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen.

Um Armut und Hunger zu besiegen, muss in Afrika eine Soziale Marktwirtschaft entstehen. Und das ist keineswegs eine Erkenntnis besserwisserischer Europäer: In ihrer „Agenda 2016“ hat die Afrikanische Union (AU) die Verknüpfung von marktwirtschaftlicher Dynamik und gesellschaftlicher Solidarität zum Leitbild erklärt.

Wer soziale Standards in Handelsverträgen als Protektionismus oder gar eine Form neokolonialer Bevormundung deutet, hat deshalb nicht verstanden, worum es geht. Und der Vorwurf führt erst recht in die Irre, wenn wir als Handelspartner zugleich dazu beitragen, Wachstumskräfte zu stärken und Spielräume für höhere Löhne zu schaffen – sei es durch Unterstützung bei der Infrastrukturfinanzierung oder durch wahrhaft faire Handelsabkommen. In „Afrika First!“ fordern wir beispielsweise, Handelspartner

nicht zu Rohstofflieferanten zu degradieren und Klauseln zu streichen, die den Aufbau von Wertschöpfungsketten erschweren.

## **GEMEINSAM GEGEN ARMUT, FLUCHT UND „CHINA FIRST“**

Ein grünes Wirtschaftswunder in Afrika wäre nicht nur mit Blick auf den Klimaschutz im ureigensten Interesse aller Europäer. Denn wenn Afrika arm bleibt, droht eine Massenflucht gen Norden, welche die Flüchtlingskrise 2015/2016 in den Schatten stellt. Das würde gesellschaftliche Spannungen erheblich verschärfen und vermutlich Populisten an die Macht bringen.

Vor allem aber birgt ein Aufschwung in Afrika – in Verbindung mit einer vertieften Kooperation – auch für uns große Chancen: Wir können langfristig einen florierenden afrikanisch-europäischen Wirtschaftsraum und den größten Markt der Welt aufbauen – auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft. Das wäre insbesondere für die Exportnation Deutschland eine gute Nachricht wäre.

Außerdem können wir das europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft im globalen Systemwettbewerb gegen die Wladimir Putins, Xi Jinpings und Donald Trumps dieser Welt stärken. Denn machen wir uns nichts vor: Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft verlagert sich langsam, aber sicher nach Fernost. Mit China wächst eine ökonomische und politische Supermacht heran, die nach innen und außen immer aggressiver auftritt – nicht zuletzt in Afrika, wo China vor allem an Rohstoffen und strategisch günstig gelegenen Handelsplätzen interessiert ist.

Zugleich haben uns die Trump-Jahre schmerzhaft vor Augen geführt, dass die USA weniger verlässlich sein können als erhofft. Wer langfristig denkt, weiß deshalb: Das vergleichsweise kleine Europa braucht neue Partner. Allein haben wir mittelfristig keine Chance, globale Standards und Normen im Sinne europäischer Werte mitzugestalten. Nur gemeinsam mit Afrika können wir die Soziale Marktwirtschaft zum globalen Leitbild machen.

Was wir jetzt geben – sei es in Form von Zinsgarantien für Infrastruktur-Bonds, zinsgünstigen Krediten für Solaranlagen oder fairen Handelsverträgen – kann deshalb

mehrfach zurückkommen. Während die Finanzierungen selbst in unseren Schulden nicht erscheinen, werden sie uns einen signifikanten Rückfluss bescheren.

Um das zu erkennen, muss man allerdings über Legislaturperioden und die Laufzeit von Vorstandsverträgen hinausdenken. Und wer jetzt insgeheim denkt, meine Hoffnungen seien allzu rosig oder gar illusionär, sei zum Abschluss zu einem kleinen Gedankenexperiment eingeladen: Hätten Sie vor 30 Jahren gedacht, dass sich die asiatischen Tigerstaaten und China zum Kraftzentrum der Weltwirtschaft entwickeln?



„Afrika First! Die Agenda für unsere gemeinsame Zukunft“

Martin Schoeller, Daniel Schönwitz  
(Vorwort: Bundesentwicklungsminister Gerd Müller)

Berg & Feierabend Verlag  
22,00 Euro inklusive Mehrwertsteuer  
gebundene Ausgabe  
232 Seiten  
Erscheinungsdatum: 27.11.2020  
ISBN 978-3-948272-08-1

„Afrika First!“ ist im Buchhandel und bei Amazon erhältlich (<https://www.amazon.de/Afrika-First-Agenda-gemeinsame-Zukunft/dp/3948272085/>), inzwischen auch in englischer und französischer Sprache.



**DR. JÖRG SCHMID**  
***CAMELOT Management Consultants***

Seit 2009 ist Dr. Jörg Schmid Prinzipal im Bereich Chemie, Leiter Competence Center Operations Strategy bei der Unternehmensberatung Camelot MC. Zuvor war der Chemiker viele Jahre in verantwortlichen Positionen in der chemischen Industrie tätig, unter anderem als Leiter Business Process Reengineering, Leiter Globales SCM, Division Pigmente & Additive bei Clariant. Begonnen hat Schmid seine Laufbahn 1989 bei der Hoechst AG.

*Foto: CAMELOT Management Consultants*

# „DER CO<sub>2</sub>-GRENZAUSGLEICH IST UNUMGÄNGLICH“

*Der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich ist Teil des großen Masterplans „Fit for 55“, mit dem die EU-Kommission Unternehmen, die in Europa klimafreundlich produzieren, vor Wettbewerbsnachteilen schützen will. Günstigere, aber klimaschädlich produzierte Ware aus dem Ausland soll mit einer zusätzlichen Steuer belegt werden. Andersherum sollen Exporte dadurch auch günstiger werden. Dieses „CBAM“ genannte Instrument fände zunächst bei der energieintensiven Produktion Anwendung. Klaus Bernhard Hofmann sprach darüber mit Dr. Jörg Schmid von Camelot MC.*

*VAA: Was bedeutet das Programm „Fit for 55“ der Europäischen Kommission für die Beziehungen zwischen der EU und Afrika?*

**Schmid:** „Fit for 55“ bezieht sich primär auf die beschleunigte Umsetzung der Green-Deal-Ziele in Europa. Die größte direkte Auswirkung dürfte ein verstärkter Rückgang der Nachfrage nach Erdöl sein.

*Ist der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich – Carbon Border Adjustment Mechanism, kurz CBAM – eine Belastung für die Beziehungen? Kann er als protektionistische Maßnahme verstanden werden? Und wenn ja, was kann man dagegen tun?*

Er ist vom Prinzip her protektionistisch, aber unumgänglich, um die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie zu gewährleisten. Insofern sind auch Ausnahmen absolut kontraproduktiv. Ein Ausgleich für Drittländer würde ein globales Konzept erfordern, von dem wir noch meilenweit entfernt sind.

*Welche Auswirkungen hat das auf die Gestaltung der AfCFTA?*

Auch wenn die Exporte veredelter Produkte in die EU nur in be-

grenztem Umfang stattfinden, würde CBAM sie erschweren. Das könnte sich in der Anfangsphase jedoch auch positiv auf den afrikanischen Binnenmarkt auswirken, da er für die eigene Industrie an Bedeutung gewinnen würde.

### *Und in wieweit ist die chemische Industrie davon betroffen?*

Die beschleunigte Umsetzung des Green Deals wird die chemische Industrie noch stärker unter Druck setzen. Andererseits wird dies mit Sicherheit die Entwicklung nachhaltiger Verfahren beschleunigen und die Möglichkeit zur Technologieführerschaft weiter verstärken.

### *Wo und wie kann man das Thema in eine engere Kooperation mit Afrika einbringen?*

Ich sehe hier speziell in den Beschlüssen zu „ReFuelEU Aviation“ und „FuelEU Maritime“ eine große Chance. Während der Import von Wasserstoff aus Afrika noch große technologische Herausforderungen bedeutet und erhebliche Investitionen erfordert, ist der Transport von E-Fuels eine etablierte Technologie. Das sollte bei der Diskussion der geringeren energetischen Effizienz bei der Herstellung unbedingt berücksichtigt werden. Außerdem würde sich die energetische Effizienz mit der Skalierung verbessern.

Hier bietet sich die Megachance für die europäische chemische und petrochemische Industrie, eine politisch geförderte Kooperation mit neuen E-Fuel-Produktionen in Afrika aufzubauen. Damit lassen sich nahezu Zero-Emissionen erzielen, was uns die Natur in ihrem geschlossenen Kreislauf der Erzeugung von Kohlenhydraten in der Photosynthese der Pflanzen und deren Verbrennung in den Lebewesen seit Jahrtausenden vormacht. In Europa wäre eine entsprechende Realisierung vor dem Hintergrund des gesamten Maßnahmenpakets des Green Deals mit Sicherheit nur deutlich verzögert möglich.





### **HILDEGARD MÜLLER**

#### ***Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA)***

Hildegard Müller ist dem 1. Februar 2020 Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA). Nach der Ausbildung zur Bankkauffrau und dem Studium der Betriebswirtschaftslehre arbeitete sie zunächst als Abteilungsdirektorin bei der Dresdner Bank, bevor sie in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Von 2005 bis 2008 war sie Staatsministerin im Bundeskanzleramt, um anschließend der Vorsitz der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft zu übernehmen. Von 2016 bis 2019 war sie Mitglied im Vorstand der innogy SE als Chief Operating Officer Grid & Infrastructure.

*Foto: VDA/Dominik Butzmann*

# E-FUELS UND DER GREEN DEAL – JETZT ENERGIEPARTNERSCHAFTEN MIT AFRIKA AUSBAUEN

*Bis 2050 soll Europa der erste bilanziell klimaneutrale Kontinent der Welt werden. Dieses ambitionierte Projekt wird die europäischen Volkswirtschaften grundlegend verändern: Es geht um Elektromobilität, den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Ausweitung des Emissionshandelssystems, ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem, Hilfen für den Durchbruch bei der Produktion von „grünem Stahl“ und eine entsprechende Umschichtung des EU-Haushalts.*

Im Rahmen des Green Deals verpflichtet sich die EU auch, eine Wasserstoffwirtschaft in Europa aufzubauen. Der Fokus liegt hier klar auf „grünem“ Wasserstoff, und so müssen in Zukunft für die Produktion des Wasserstoffs große Menge erneuerbaren Stroms erzeugt werden – so viel, dass erhebliche Kapazitäten zusätzlich aufgebaut werden müssen. Für die Herstellung von günstigem Wasserstoff müssen Elektrolyseanlagen möglichst viele Stunden im Jahr laufen. Deswegen lässt sich Wasserstoff am günstigsten in Ländern produzieren, in denen überdurchschnittlich viele Sonnentage vorherrschen oder optimale Rahmenbedingungen für die Erzeugung von Windenergie vorhanden sind. Und genau hier bietet sich der afrikanische Kontinent an: Aufgrund der vielen Sonnentage in vielen Gebieten Afrikas kann erneuerbare Energie in großer Menge zu vergleichsweise geringen Kosten erzeugt werden. Die angeschlossenen Elektrolyseanlagen würden fast das ganze Jahr unter Vollast laufen

können. Im aktuell günstigsten Solarpark in Saudi-Arabien wird eine Kilowattstunde Strom für unter einem Eurocent hergestellt. Ähnliches wäre auch in Afrika möglich.

Die gewonnene Energie lässt sich besonders gut in sogenannten E-Fuels binden und nach Europa transportieren: Flüssige Kraftstoffe auf Basis von grünem Wasserstoff und CO<sub>2</sub>, das aus der Umgebungsluft oder direkt aus Industrieanlagen entnommen wird. E-Fuels ähneln fossilen Kraftstoffen, sind aber aufgrund ihrer Herstellung klimaneutral. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor können problemlos klimaneutral mit E-Fuels betrieben werden. Dies ist bei aktuell rund 1,2 Milliarden PKW und zusätzlich rund 300 Millionen Nutzfahrzeugen weltweit mit Verbrennungsmotor eine echte Chance, die globale Mobilität auch dort klimaneutral zu gestalten, wo ein schneller Durchbruch der Elektromobilität auf Hindernisse stößt. Die Produktion und Verwendung von E-Fuels kann hier ein wichtiger Hebel sein, sowohl





Foto: Ivan Balvan – iStock

Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen als auch das steigende Mobilitätsbedürfnis zu befriedigen und die existierende Flotte des afrikanischen Kontinents mit E-Fuels klimaneutral zu betreiben.

In manchen Regionen Afrikas können E-Fuels mittelfristig für rund einen Euro je Liter hergestellt werden. Die Produktion von E-Fuels würde die afrikanischen Länder zu Energieexporteuren werden lassen und eine erhebliche Wertschöpfung, Beschäftigung und damit auch steigenden Wohlstand vor Ort mit sich bringen. Im Sinne einer Win-win-Partnerschaft zwischen Afrika und Europa profitieren die afrikanischen Länder von Technologiepartnerschaften, dem Aufbau von Arbeitsplätzen und einem Beitrag zum Klimaschutz auf dem afrikanischen Konti-

nent. Gleichzeitig ergeben sich für die deutsche und europäische Industrie große Chancen im Energie- und Chemieanlagenbau.

Wir Europäer können unsere Klimaziele nur erreichen, wenn wir neue internationale Partnerschaften aufbauen. In diesem Sinne verstärkt die deutsche Automobilindustrie ihre Verbindungen mit Afrika. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) hat jüngst mit der African Association of Automotive Manufacturers (Afrikanischer Verband der Automobilhersteller, AAAM) im Rahmen des Projektes „PartnerAfrika“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein Kooperationsprojekt gestartet. So konzentriert sich unsere Zusammenarbeit mit Afrika auf die Erschließung neuer Energie-

quellen in Form von E-Fuels. Weitere Themen der Initiative sind die Entwicklung der Automobilindustrie auf dem afrikanischen Kontinent und der Marktzugang für unsere Hersteller und Zulieferer, um zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen beizutragen.

Als VDA stehen wir für eine Partnerschaft zwischen Afrika und Europa auf Augenhöhe. Wir brauchen stabile Rahmenbedingungen für Investitionen, um die Automobilindustrie auf dem Kontinent zu einem Motor für mehr Wachstum, Innovation und klimafreundlicher Mobilität zu machen. Die Europäische Union und die Afrikanische Union sollte die Automobilindustrie darin unterstützen, den Ausbau der klimafreundlichen Mobilität in Afrika zu verstärken. Der European Green Deal bietet uns dazu gute Möglichkeiten, die wir beherzt ergreifen sollten.





Foto: subman – iStock



# *LANDWIRTSCHAFT*



### **UWE FEILER**

#### ***MdB und Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft***

Uwe Wolfgang Werner Feiler, geboren am 2. November 1965 in Luhdorf bei Winsen (Luhe), ist ein deutscher Politiker von der CDU und Finanzwirt. Seit Dezember 2019 ist er Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft. 2013 gewann Feiler das Direktmandat der CDU im Bundestagswahlkreis Oberhavel – Havelland II. Er ist Mitglied der überparteilichen Europa-Union Deutschland, die sich für ein föderales Europa und den europäischen Einigungsprozess einsetzt. Uwe Feiler ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

*Foto: Laurence Chaperon*

# NACHHALTIGE TRANSFORMATION DER LANDWIRTSCHAFT IN AFRIKA: WARUM WIR GEMEINSAM HANDELN MÜSSEN

*Die Landwirtschaft steht derzeit vor einer ihrer größten Herausforderungen – der Anpassung an den Klimawandel. Die Folgen des Klimawandels sind schon jetzt deutlich spürbar. Auch in Deutschland haben die vergangenen drei „Dürresommer“ auf den Feldern und in den Wäldern ihre Spuren hinterlassen – und noch immer ist der Grundwasserspiegel in vielen Gegenden unseres Landes zu niedrig. Das ist aber kein Vergleich zu dem, was viele Länder Afrikas in dieser Hinsicht bereits erleben.*

Schon heute mindern dort Extremwetterereignisse die landwirtschaftliche Produktivität und gefährden so die Ernährungssicherung. Zugleich ist Afrika ein junger Kontinent mit einer stetig wachsenden Bevölkerung, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ernährt werden muss.

Diese Kombination aus fortschreitendem Klimawandel und einer künftig erhöhten Nachfrage nach ausreichenden Lebensmitteln verdeutlicht, warum wir eine umfassende Transformation der Landwirtschaft in Afrika brauchen. Zudem hat die COVID-19-Pandemie deutlich gezeigt, welche strategische Bedeutung die Landwirtschaft für die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Sicherung von Einkommen hat. Die Entwicklung einer standortangepassten, nachhaltigen und zugleich auch ökonomisch tragfähigen Landwirtschaft in Afrika ist wichtig. Deshalb ist die

partnerschaftliche Zusammenarbeit mit unserem Nachbarkontinent schon seit Langem ein Schwerpunkt in der internationalen Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), das die Grundzüge dieser Kooperation erst kürzlich in einem Afrika-Konzept dargelegt hat.<sup>1</sup> Dabei setzt das BMEL bei der Unterstützung des afrikanischen Kontinents auch auf das Engagement der Privatwirtschaft.

## LANDWIRTSCHAFT IN AFRIKA

Afrika steht in den kommenden Jahren vor großen wirtschaftlichen, sozialen und klimatischen Herausforderungen: Bis 2025 werden 330 Millionen junge Frauen und Männer auf den Arbeitsmarkt drängen, unter ihnen 200 Millionen aus ländlichen Gebieten. Für

<sup>1</sup> <https://www.bmel.de/DE/themen/internationales/agenda-2030/afrika-konzept.html>



diese heranwachsende Generation werden sowohl Nahrungsmittel als auch Zukunftsperspektiven benötigt.

Der Agrarsektor ist in vielen afrikanischen Ländern der wichtigste Wirtschaftszweig mit einem großen Entwicklungspotenzial. Er kann deshalb ein starker Motor für das wirtschaftliche Wachstum auf dem gesamten Kontinent sein. Denn eine moderne Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft ist der Schlüssel zur Ernährungssicherung, sie schafft Arbeitsplätze und Einkommensperspektiven. Allerdings braucht Afrika eine höhere Produktivität und einen besseren Zugang zu Land, Bildung, internationalen Märkten und Kapital, damit dringend erforderliche Investitionen in standortangepasste Technologien, Infrastruktur und Know-how getätigt werden können. Durch Wertschöpfungsketten vor Ort und verbesserte Standards in der Lebensmittelproduktion können neue Marktchancen verwirklicht werden.

Zugleich erhöhen das Bevölkerungswachstum, das wirtschaftliche Wachstum und die steigende Kaufkraft von Afrikas Mittelschicht die Nachfrage nach mehr und qualitativ höherwertigen Lebensmitteln und bieten somit neue Chancen für die Entwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in den afrikanischen Ländern. Nicht nur die Bäuerinnen und Bauern, sondern auch der vor- und nachgelagerte Bereich können von dieser Dynamik profitieren – angefangen bei den Betriebsmitteln über die Lagerung, Verarbeitung und den Vertrieb verarbeiteter Agrarprodukte. Damit eröffnen sich Perspektiven nicht nur für den ländlichen Raum, sondern auch für die urbane Bevölkerung.

## **RESILIENZ UND NACHHALTIGE TRANSFORMATION DER LANDWIRTSCHAFT IN AFRIKA**

Der afrikanische Kontinent ist nicht nur von den Auswirkungen des Klimawandels, sondern auch von der Degradierung seiner Böden betroffen. Vor diesem Hintergrund muss die afrikanische Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft künftig nachhaltiger und widerstandsfähiger werden. Dazu können Maßnahmen zum Schutz von Wäldern und Bäumen, ressourcenschonende und angepasste Anbaumethoden sowie gezielte Züchtungs- und Resilienzforschung beitragen.

Diese Widerstandsfähigkeit kann unter anderem durch innovative Technologien gestärkt werden. Durch Vermittlung standortangepasster, ressourcenschonender Produktionsmethoden wird die Modernisierung der afrikanischen Land- und Forstwirtschaft unterstützt. Ein weiteres Ziel ist es, die stoffliche und energetische Nutzung biogener Ressourcen zu stärken, die lokale Biodiversität inklusive der genetischen Ressourcen zu erhalten und nachhaltig zu nutzen. Schließlich sollen degradierte Flächen wieder aktiviert und Afrikas Böden, Wälder und agroforstliche Systeme als wertvolle Kohlenstoffspeicher und Regulatoren von Wasserhaushalt und Klima erhalten und aufgebaut werden.

## **DAS AFRIKA-ENGAGEMENT DES BMEL**

Die wachsende, junge Bevölkerung und das Potenzial zur Ernährungssicherung aus eigener Kraft machen Afrika zu einem Chancenkontinent. Aber bei der Ver-

wirklichung dieser Chancen braucht Afrika Unterstützung. Deshalb hat das BMEL die Zusammenarbeit mit Afrika in den letzten Jahren zu einem Schwerpunkt seiner internationalen Arbeit entwickelt.

Nach einem breit angelegten Outreach-Prozess mit afrikanischen Partnern, internationalen Institutionen sowie Akteuren aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft hat das BMEL im Dezember 2020 sein Afrika-Konzept veröffentlicht. Im engen Schulterschluss mit anderen Ressorts und der Europäischen Union will das BMEL die Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung und die Beschlüsse der Agrarminister der Europäischen Union und der Afrikanischen Union mit Leben füllen und durch ein kohärentes Zusammenwirken aller Akteure zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 beitragen.

Das BMEL bringt sich derzeit in 28 afrikanischen Ländern ein, darunter auch in den Reformpartnerländern.<sup>2</sup>

Besonders intensiv ist die fachliche Zusammenarbeit mit Äthiopien, Côte d'Ivoire,

---

<sup>2</sup> Die Bundesregierung hat mit sechs Ländern Reformpartnerschaften abgeschlossen. Ihnen liegt das Prinzip des „Fördern und Fordern“ zugrunde. Dazu wird gemeinsam eine Reformagenda zur Verbesserung der Investitionsrahmenbedingungen und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung vereinbart. Die Bundesregierung unterstützt deren Umsetzung. Jede Reformpartnerschaft setzt dabei bestimmte Bereiche in den Fokus. In Äthiopien gehört dazu etwa die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Privatsektor und die Landwirtschaft. Die Reformpartnerschaften stehen prinzipiell allen Ländern offen, die sich eigene Reformziele setzen und diese gemeinsam umsetzen wollen.

Kenia, Marokko, Sambia und Südafrika. Seit 2010 hat das BMEL rund 120 Millionen Euro für sein Afrika Engagement eingesetzt. Im Jahr 2020 standen knapp 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Zentrale Ziele der Zusammenarbeit mit Afrika sind die Sicherung einer ausreichenden und ausgewogenen Ernährung durch die Stärkung der Produktivität, Qualität und Nachhaltigkeit der Land- und Agrarwirtschaft sowie die Förderung von Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit als Voraussetzung für die Teilhabe der Länder Afrikas am regionalen und internationalen Handel. Ebenso sollen Potenziale der nachhaltigen Waldentwicklung und -bewirtschaftung genutzt, natürliche Lebensgrundlagen geschützt und die Widerstandsfähigkeit des afrikanischen Agrarsektors gestärkt werden.

Eine wesentliche Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung kommt dem Wissens- und Technologietransfer sowie Forschung und Innovation zu. Das BMEL fördert die internationale Vernetzung von Agrar- und Ernährungsexperten unter Beteiligung von Wissenschaft und Wirtschaft und bringt sich mit der vielfältigen fachlichen Expertise seines Geschäftsbereichs ein. Dies geschieht in Demonstrationsprojekten mit praxisnaher Aus- und Weiterbildung und in Schulungen und Partnerschaften mit Einrichtungen des BMEL Geschäftsbereiches.

## **UNTERSTÜTZUNG BEI CHANCENVERWIRKLICHUNG**

Mit seinem Afrika-Konzept hat das BMEL einen Rahmen für die Zusammenarbeit ge-



legt, um Afrika beim Transformationsprozess seiner Landwirtschaft zu unterstützen. Denn ein moderner, nachhaltiger Agrarsektor ist der Schlüssel zur Ernährungs- und Ernährungssicherung und Motor des wirtschaftlichen Wachstums in Afrika. Dies gemeinsam zu erreichen, sollte das Ziel aller Partner Afrikas sein. Damit ist auch das Engagement der Privatwirtschaft angesprochen, das dringend benötigt wird, um die afrikanischen Staaten bei der Erfüllung ihrer ehrgeizigen Ziele zu unterstützen. Schon heute leistet die deutsche Wirtschaft hier einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und trägt erheblich zur Entwicklung bei, auch durch Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Dieses privatwirtschaftliche Engagement sollte weitergeführt und verstärkt werden, um Afrika mit vereinten Kräften bei der Verwirklichung seiner Chancen zu unterstützen.





**MATTHIAS BERNINGER**  
*Head of Public Affairs & Sustainability*

Matthias Berninger leitet bei der Bayer AG den Bereich „Public Affairs, Science & Sustainability“. In dieser Funktion ist er verantwortlich für die weltweite Public-Affairs-Arbeit von Bayer, die Weiterentwicklung von Nachhaltigkeit als Schwerpunkt der Geschäftsstrategie sowie die grundsätzliche Ausrichtung des Unternehmens entlang der großen Veränderungen, die in der Wissenschaft stattfinden.



**KLAUS ECKSTEIN**  
*CEO Bayer South Africa*

Dr. Klaus Eckstein leitet aus Isando, Johannesburg, bei Bayer die Region Südliches Afrika sowie das Crop Science-Geschäft in Afrika. Er legt großen Wert darauf, den Beitrag von Bayer zu Afrikas nachhaltigem Wachstum und Entwicklung zu fördern und ist leidenschaftlich an Innovationen interessiert. Sie sind für ihn ein wesentlicher Treiber für die Steigerung der Erntequalität, Produktivität und Rentabilität der Landwirte in Afrika.

*Fotos: Bayer AG*

# DER EUROPEAN GREEN DEAL UND DIE GEFahr EINER EUROZENTRISCHEN KLIMA-BRILLE

*Afrika wird unter den Folgen des Klimawandels besonders leiden. Gleichzeitig ist dieser Kontinent für die Herausforderungen des Klimawandels weniger gut gerüstet als die hochindustrialisierten Staaten, die das Phänomen primär verursacht haben. Es sind die ärmsten Menschen, für die der Klimawandel besonders schlimm sein wird. Die Bedeutung des europäischen Green Deals für die Afrika-EU-Beziehungen ist für uns deshalb eindeutig eine Frage von Gerechtigkeit.*

Bei Bayer befürworten wir grundsätzlich die Ausrichtung des Green Deals. Wir müssen dem Klimawandel begegnen, die planetaren Grenzen achten und schonend mit unseren limitierten natürlichen Ressourcen umgehen. Der Green Deal setzt stark auf die Reduzierung von Treibhausgasen. Die geplante Erhöhung des europäischen CO<sub>2</sub>-Einsparziels auf minus 55 Prozent bis 2030 unterstützen wir uneingeschränkt. Wir haben uns bei Bayer ohnehin vorgenommen, bis 2030 klimaneutral zu produzieren. Gleichzeitig appellieren wir an die EU, die Konzeption und Umsetzung global, offen und partnerschaftlich zu denken. Die EU wäre beim Green Deal gut beraten, einen Ansatz zu wählen, der nicht auf Nabelschau setzt, sondern die ganze Welt im Blick hat – insbesondere auch Afrika. Der Klimawandel ist global. Genauso global muss deshalb auch die Strategie der Bekämpfung sein.

## **DIE (MÖGLICHEN) AUSWIRKUNGEN DES GREEN DEALS**

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen für die Welt. Erstmals in der Menschheitsgeschichte sind wir in der Lage, das Klima im globalen Maßstab zu beeinflussen. Im Zeitalter des Anthropozäns bleibt einerseits nicht mehr viel Zeit, andererseits waren nie mehr Ideen vorhanden, wie Treibhausgase reduziert, CO<sub>2</sub> der Atmosphäre entzogen und mehr Widerstandsfähigkeit gegen extreme Wetterereignisse erzeugt werden kann. Entsprechend brauchen wir anspruchsvolle Ziele und Vorfahrt für Innovationen.

Während die konkreten Maßnahmen des Green Deals noch vage bleiben, deuten erste Einblicke auf möglicherweise weitreichende Auswirkungen auf die Entwicklung der land-



Foto: Bayer

wirtschaftlichen Produktion hin. So will die EU den Einsatz von Düngemitteln (minus 20 Prozent) und Pestiziden (minus 50 Prozent) reduzieren und die Bedeutung des ökologischen Landbaus (25 Prozent) erhöhen. Wir sind bei Bayer zum Beispiel überhaupt nicht gegen eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Wir haben uns entschieden, einer Bewertungsmethode der Universität Kopenhagen zu folgen, um die Umweltauswirkungen unseres Pflanzenschutzportfolios verringern zu können. Unser Ziel ist es, diese Auswirkungen bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent zu reduzieren – und das ist mindestens so viel wie einfach 50 Prozent der Volumina zu verringern.

Innerhalb des European Green Deals wird diskutiert, auch beim Import Be-

schränkungen für Lebensmittel aufzustellen, die mit Pflanzenschutzmitteln behandelt wurden. Dies könnte ein Risiko für die Wertschöpfungs-systeme Afrikas bedeuten, die insbesondere mit Kleinbauern verbunden sind. Aufgrund der unterschiedlichen geografischen und klimatischen Bedingungen ist Afrika mit anderen Herausforderungen konfrontiert als die EU. Andere Schädlinge und Krankheiten erfordern den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, die in Afrika zugelassen sind – aber nicht unbedingt in der EU, schlichtweg, weil sie hier nicht nötig sind. Viele der in Diskussion um ein Verbot stehenden Produkte sind für die Versorgung der afrikanischen Bevölkerung systemrelevant. So haben wir gemeinsam mit der Food and Agriculture Organization (FAO) im vorigen Jahr ein Insektizid gegen die

Heuschreckenplage in Afrika geliefert, das in Frankreich hergestellt wurde, aber nicht hier zugelassen ist. Dadurch konnten wir zur Sicherung der Versorgung von mehr als 30 Millionen Menschen beitragen. Frankreich plant, ab dem kommenden Jahr den Export solcher Pflanzenschutzmittel, die nicht in der EU zugelassen sind, zu verbieten. Dann wäre solch eine Hilfe nicht mehr möglich.

Dieses Beispiel macht deutlich, dass die EU die globalen Auswirkungen ihres Green Deals mitbedenken muss. Das bedeutet nicht, dass wir unterschiedliche Standards möchten. Wir haben bei Bayer für den Einsatz der Pflanzenschutzmittel interne Sicherheitsstandards, die sich an den Richtlinien und Standards von internationalen Organisationen wie der FAO, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie von verschiedenen Aufsichtsbehörden weltweit orientieren und die wir weltweit anwenden. So tragen wir zu einem global einheitlichen Fundament für die Produktsicherheit bei. Sie werden auf der Grundlage der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse kontinuierlich weiterentwickelt.

Seit den 1980er Jahren nutzen Wissenschaftler Biotechnologie, um vorteilhafte Gene direkt in das Erbgut einer Pflanze einzubauen. Dies bietet mehr Effizienz und neue Möglichkeiten bei der Verbesserung von Pflanzen. Das Ergebnis eines solchen Eingriffs ist ein gentechnisch veränderter Organismus (GVO) oder gentechnisch verändertes Saatgut (GV-Saatgut). Bananenplantagen in Ruanda beispielsweise sind besonders anfällig für den Klimawandel. Die

Biotechnologie bietet dort eine Möglichkeit, sich gegen Bedrohungen wie Schädlinge, die Panamakrankheit und auch Auswirkungen der globalen Erwärmung zu schützen. Bananen, die mithilfe von gentechnisch verändertem Pflanzgut resistent sind, zeigen einen Weg in eine Zukunft, in dem sie die Ernten und den Lebensunterhalt von Kleinbauern sichern.

Für Kleinbauern wurde die Pflanzenproduktion in Afrika durch neu eingewanderte Schädlinge (zum Beispiel der Herbstheerwurm) zuletzt erheblich beeinträchtigt. In den letzten zwölf Jahren wurde mithilfe der Gentechnologie Baumwolle, Mais und Kuhbohnen für Kleinbauern in Afrika entwickelt. Mithilfe des GV-Saatguts kann so der große Einfluss der eingewanderten Schädlinge auf die Ernährungssicherheit in Afrika ausgeglichen werden. Daher begrüßen wir sehr, dass sich die EU für neuere Techniken wie CRISPR/Cas (Genschere) zu öffnen scheint. Die Herausforderungen, vor die uns der Klimawandel stellt, sind so enorm, dass wir Chancen, die uns die Biorevolution durch die Kombination von Biologie und Künstlicher Intelligenz eröffnet, nicht unbeachtet liegen lassen dürfen.

Ein EU-Verbot des Imports von Produkten mit GVO-Merkmalen oder die fehlende Unterstützung der EU als Partner bei der Förderung des Einsatzes der GVO-Technologie in Afrika hat dem Kontinent in den vergangenen Jahrzehnten geschadet und ist angesichts der bevorstehenden Krise potenziell verheerend. Solche Schritte würden sich auf die Ausbreitung der nachhaltigen Landwirtschaft, die Lebensmittelsicherheit sowie die Produktivität und

Rentabilität von Kleinbauern auswirken. Das spricht nicht gegen eine Kennzeichnungspflicht solcher Lebensmittel. Sie würden dem Verbraucher die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, ohne dass die Innovationen der Biorevolution verteufelt werden.

Afrika ist Heimat der größten Freihandelszone der Welt und steht mit Tansania, Kenia und Uganda für einige der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Sollte der European Green Deal dazu führen, dass Exporte in die EU für Afrika erschwert würden – sei es wegen der stärkeren Beschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder wegen der Förderung regionaler Lieferketten in Europa –, könnte der Green Deal schwerwiegende handelspolitische Folgen für Afrika nach sich ziehen. Da die EU ein wichtiger Importeur bestimmter landwirtschaftlicher Produkte aus Afrika ist, wird der vorgeschlagene Green Deal bestimmte Exporteure beeinflussen, darunter zum Beispiel Kakaoproduzenten in West- und Zentralafrika, Blumenproduzenten in Ostafrika und Obst- und Weinproduzenten in Südafrika – insbesondere Kleinbauern. Wenn man den Handel verbietet, dann verwehrt man dem Kontinent nicht nur die Möglichkeit zu profitieren, sondern untergräbt damit das Ideal des inklusiven Wachstums.

## **KLIMABEGRÜNDETE HANDELSBESCHRÄNKUNGEN**

Derzeit wird in Brüssel heftig darüber diskutiert, die europäische Industrie durch Zölle an der Außengrenze zu schützen. Das kann zu weiteren Handelshemmnissen für die jungen Ökonomien Afrikas führen.

Ist es gerecht, afrikanische Länder zu bestrafen, weil sie mithilfe fossiler Energie Elektrifizierung nachholen, obwohl der weitestgehend größte Teil der menschengemachten Erderwärmung in den Ländern des Nordens verursacht wurde? Heute heizen und kochen fast zwei Milliarden Menschen mit Holz und Holzkohle. Fast eine Milliarde hat keinen verlässlichen Zugang zu Elektrizität. Das ist ein wesentlicher Faktor der weiterhin voranschreitenden Entwaldung in Afrika. Die Entwaldung wiederum trägt zur Erderwärmung und zu Dürren bei. Nur durch Elektrifizierung wird sich dieser Teufelskreis durchbrechen lassen.

Statt Handelshürden brauchen die wachsenden jungen und innovationsfreudigen Bevölkerungen in Afrika Hilfe, um erneuerbare Energien in der Breite einzusetzen. Sie brauchen aber auf absehbare Zeit auch Düngemittel und Beton. Beides geht mit Emissionen einher. Deshalb erscheint es uns angezeigt, Forderungen zu unterstützen, die Klimaschutz weltweit in Handelsverträgen verankern. Vielleicht ergibt es Sinn, dem Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zu folgen, einen Klub derer zu gründen, die sich das Ziel setzen, bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu sein. Ländern Afrikas sollte präferenziell mehr Zeit eingeräumt werden, verbunden mit Technologietransfer, der eine schnelle Erreichung von Klimaneutralität ermöglicht. Wir würden jedenfalls nicht verstehen, wie man Australien und Angola über einen Kamm scheren kann. Neben den erneuerbaren Energien sehen wir weitere Schlüsselbereiche in Wiederaufforstungen (Green Wall for Africa), Bewässerungsinfrastruktur und eben der Landwirtschaft. Es

kann angesichts einer weltweit wachsenden Nachfrage für Agrargüter nicht zielführend sein, dass Länder wie Ghana oder Nigeria steigende Anteile ihrer Devisen für Importe von Nahrung ausgeben und dadurch keine ausreichenden Ressourcen für Investitionen in die Entwicklung ihrer ländlichen Räume haben.

## **DEKARBONISIERUNG OHNE INNOVATION FÜHRT ZUR DEINDUSTRIALISIERUNG**

Schon heute können große Teile des Kontinents aufgrund der klimatischen Bedingungen nicht bewirtschaftet werden, während Millionen Menschen unter Hunger leiden. Die Bevölkerung Afrikas wächst weiter stark an und damit auch die Zahl der unterernährten Menschen. Die EU muss den Green Deal so gestalten, dass seine Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation oder die Lebensmittelsicherheit der Menschen in Afrika haben. Und sie muss den Weg zu innovativen Lösungen ermöglichen.

Wir bei Bayer sind der festen Überzeugung, dass die Ziele des Green Deals nur zu erreichen sind, wenn Europa Innovationen fördert. Davon profitiert sowohl Europa als Wirtschaftsmacht als auch die gesamte Welt. Dekarbonisierung ohne Innovationen wird zur Deindustrialisierung Europas führen und kann Nachteile für die Entwicklung anderer Regionen haben. Ein Beispiel für Innovationen, die wir brauchen, sind beispielsweise die resistenteren Bananen oder auch der Kurzhalmmais, den Bayer entwickelt hat und der dieses Jahr das erste Mal in Afrika gepflanzt wurde. In den

nächsten zwei bis drei Jahren werden wir prüfen, inwieweit wir hier einen Markt für Kleinbauern entwickeln können. Der Kurzhalmmais benötigt für den gleichen Ertrag 20 Prozent weniger Fläche. Die Pflanzen sind deutlich kürzer. Das Wurzelwerk geht tiefer, der Mais kann dadurch mehr CO<sub>2</sub> im Boden binden. Außerdem kann die Pflanze Trockenheit besser vertragen. Wenn wir jetzt noch durch die Biorevolution dem Mais dazu verhelfen könnten, sich den Stickstoff selbst aus der Luft zu holen, bräuchte man gar keinen Dünger beim Anbau mehr.



Foto: Bayer

## **BAYER IN AFRIKA – CHANCEN FÜR DIE AFRIKANISCHE LANDWIRTSCHAFT**

Bayer ist seit mehr als 100 Jahren in Afrika aktiv, ist dort heute in 20 Ländern präsent und beschäftigt über 1.000 Mitarbeiter vor Ort. Afrika ist für Bayer einer der vielversprechendsten Schwellenmärkte mit einem großen Wirkungspotenzial. Der Kontinent bietet immense Chancen für innovationsfördernde Unternehmen wie Bayer, neue Lösungen für bestehende Herausforderungen zu schaffen. Wir wollen auf ökonomisch und



ökologisch nachhaltige Weise ausreichend hochwertige, gesunde und bezahlbare Lebensmittel produzieren, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren.

Bayer hat vor knapp zwei Jahren entschieden, dass Nachhaltigkeit ein zentraler Teil der Geschäftsstrategie ist. Nachhaltigkeit ist für uns kein Zusatz mehr, sondern integraler Bestandteil unseres Geschäfts. Finanzieller Erfolg und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand. Mit unseren Produkten, Dienstleistungen und unserer Innovationsstärke können wir einen substanziellen Beitrag dazu leisten, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Hungers (Ziel 2) und zur Gesundheitsversorgung (Ziel 3) zu erreichen. Unsere Arbeit trägt zur Armutsbekämpfung (Ziel 1) bei. Zudem konzentrieren wir uns noch mehr auf die Stärkung der Rolle der Frauen (Ziel 5), intensivieren weiter unsere Anstrengungen zur Reduzierung von Treibhausgasen entlang unserer Wertschöpfungskette, sorgen für mehr Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels (Ziel 13) und schützen das Leben an Land (Ziel 15).

Für die Erreichung unserer übergreifenden Unternehmensvision – „Health for all, Hunger for none“ – hat Bayer eine inklusive Wachstumsstrategie entwickelt. Afrika bildet dabei einen der Schwerpunkte. Wir haben als Teil unserer Nachhaltigkeitsstrategie drei „100-Millionen-Ziele“ formuliert, die wir bis 2030 erreichen wollen.

1. Um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, wollen wir **100 Millionen Kleinbauern** in Ländern mit

geringem bis mittlerem Einkommensniveau dabei unterstützen, für sich selbst und andere genügend hochwertige Nahrungsmittel zu produzieren. Bayer Crop Science investiert in Afrika derzeit in Schlüsselbereiche wie Saatgut, Pflanzenschutz und digitale Technologien sowie in Partnerschaften, die sich auch an Kleinbauern richten.

2. Bis 2030 wollen wir es schaffen, für **100 Millionen** Menschen in benachteiligten Regionen einen Zugang zu **grundlegender Gesundheitsversorgung** zu ermöglichen. Unsere Division Consumer Health baut derzeit ihr Geschäft in Afrika aus und konzentriert sich darauf, den Zugang zur bezahlbaren Gesundheitsversorgung zu verbessern.

3. Unser drittes Ziel ist es, **100 Millionen Frauen** in Ländern mit geringem bis mittlerem Einkommensniveau bis 2030 den Zugang zu moderner Empfängnisverhütung zu bieten. Damit wollen wir die Gesundheit, die Rechte und den wirtschaftlichen Status von Frauen verbessern – ein großer Schritt zu mehr Gleichberechtigung. Dieses Ziel ist gerade jetzt besonders wichtig. Erst kürzlich hat eine Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank gezeigt, dass die Pandemie die Geschlechterungleichheit nochmals verschärft hat und afrikanische Frauen immer noch unverhältnismäßig stark von Armut betroffen sind.

## **PARTNERSCHAFTLICHER AUSTAUSCH MIT LOKALEN AKTEUREN**

Um diese Ziele zu erreichen, wählen wir einen partnerschaftlichen Ansatz. Dieser bildet die Voraussetzung für den Erfolg und die Daseinsberechtigung unserer Arbeit und gilt für unser Engagement in Afrika genauso wie in Osteuropa, Südamerika oder Asien. Es gilt, die Wahrnehmung Afrikas von einem hilfeempfangenden Kontinent zu einem Kontinent gleichberechtigter Partner zu verändern. Dies erfordert Einblicke in die afrikanische Vielfalt und Kultur sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Grundverständnisses. Partnerschaften zwischen Afrika und der EU sollten auf die nachhaltige Nutzung von Technologien abzielen, den Wissensaustausch fördern und auf lokale Bedürfnisse eingehen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum möglich. Davon bin ich überzeugt. Hier sind einige Beispiele unserer Partnerschaften:

### **a. Better Farms for Better Lives**

Angesichts der immer noch andauernden COVID-19-Pandemie wollten wir einen Beitrag dazu leisten, dass sich diese Gesundheits- und Wirtschaftskrise nicht zu einer Hungerkrise ausbildet. Bayer hat im Juni 2020 die Initiative „Better Farms, Better Lives“ ins Leben gerufen. Damit will Bayer bis zu zwei Millionen Kleinbauern in Afrika, Asien und Südamerika helfen, die Ernährung vieler Millionen Menschen zu sichern.

### **b. AFRIKA KOMMT! – Austauschprogramm für Manager**

Bayer ist Partner von „Afrika kommt!“ – einer Initiative der Deutschen Wirtschaft für den Führungsnachwuchs aus Afrika. Im Rahmen dieses Programms haben wir bisher einige Austausche durchgeführt. Die teilnehmenden Kandidaten kamen bisher vor allem aus der Pharma-Division von Bayer aus West- und Zentralafrika sowie dem südlichen Afrika. Dadurch konnten die Fellows internationalen Erfahrung sammeln, einen Einblick in unser Unternehmen gewinnen und vertiefte Fachkenntnisse erwerben, während wir von ihrer Expertise und ihren einzigartigen Perspektiven lernen konnten.

### **c. Die Bayer Stiftung in Afrika**

Die Bayer Stiftung engagiert sich mit vielen Projekten und Initiativen in Afrika. Mit der Humboldt-Stiftung fördert sie beispielsweise die gemeinsame Forschung in Afrika und stellt hierfür bis 2027 rund drei Millionen Euro zur Verfügung. Damit sollen unter anderem bis zu 18 Forschungsstipendien an Wissenschaftler aus Subsahara-Afrika vergeben werden. Die Zusammenarbeit der beiden Stiftungen soll helfen, Lösungen für dringende Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent zu finden.

## **GEMEINSAM EINEN BALANCEAKT SCHAFFEN**

Auf dem Weg zur europäischen Klimaneutralität kann der European Green Deal nicht hoch genug bewertet werden. Gleichzeitig hoffen wir, dass die EU die möglichen Auswirkungen für Drittländer vorsichtig abwägt. Das ist eine Gerechtigkeitsfrage: Wie können wir globalen Klimaschutz gewähr-

leisten, ohne dabei den afrikanischen Kontinent zu überfordern, zu vernachlässigen oder die Last auf ihn abzuwälzen?

Auch wenn wir schon lange nicht mehr in Europa leben, haben wir nie das Vertrauen in die EU verloren, durch Dialog und Offenheit für Innovationen die richtigen Entscheidungen für die Zukunft unseres Planeten zu treffen. Wir müssen einen Balanceakt schaffen und dürfen unseren europäisch

geprägten Anspruch an den Klimaschutz nicht ungefiltert vor uns hertragen. Daraus erschließt sich die wichtigste Prämisse für die EU-Afrika-Beziehungen: ein beidseitiges Interesse an gegenseitigem Lernen und partnerschaftlichem Austausch. Nur so können die EU-Afrika-Beziehungen dazu führen, dass wir diesen enormen ökonomischen und ökologischen Hebel richtig anwenden.



Foto: Bayer







**SAORI DUBOURG**  
*Mitglied des Vorstands BASF SE*

Saori Dubourg ist seit Mai 2017 Mitglied des Vorstands der BASF SE. Sie ist verantwortlich für die globalen Geschäfte in den Bereichen Agricultural Solutions, Nutrition & Health und Care Chemicals. Weiter verantwortet sie die Region Europa, das Startup trinamiX sowie das BASF Corporate Sustainability Board. Sie ist Mitglied der Industry Policy Group der EU-Kommission. Mit dem Thema ‚Value to Society‘ verfolgt sie seit Jahren eine ganzheitliche Unternehmenssteuerung und Bilanzierung. Seit Januar 2020 ist Saori Dubourg Mitglied des Deutschen Rates für Nachhaltige Entwicklung.



**DR. KATJA SCHARPWINKEL**  
*Präsidentin Europa, Mittlerer Osten, Afrika BASF SE*

Katja Scharpwinkel war in ihrer Laufbahn in verschiedenen Funktionen tätig, vorwiegend im Marketing und Vertrieb bei Ciba und Cognis. Seit Februar 2012 führte sie das Geschäft der europäischen Vertriebsgesellschaft der BASF für Spezialchemikalien, bevor sie 2016 die Leitung der Einheit Automotive Refinish Coatings Solutions Europe in Münster übernahm. Seit 2020 ist sie Präsident der Region EMEA, BASF SE, Ludwigshafen.

*Fotos: BASF SE*

# **DIE GEMEINSAME GRUNDLAGE FÜR EINE NACHHALTIGE AFRIKANISCH-EUROPÄISCHE ZUKUNFT – WIE DER GREEN DEAL EUROPÄISCHE WERTE NEU DEFINIERT**

*Die Beziehungen zwischen Afrika und Europa sind für beide Seiten von langfristiger Bedeutung. Mehr denn je brauchen wir einander für die Entwicklung von tragfähigen Gesellschaften und für einen Konsens über geteilte Werte für die Verwirklichung gemeinsamer Interessen und wirtschaftlicher Ziele.*

Europa hat nun mit der Entscheidung für eine eigene nachhaltige Transformation unter der großen Überschrift „European Green Deal“ nicht nur das ambitionierteste Klimaprogramm weltweit vorgelegt, sondern gleichzeitig eine starke politische Vision.

Es geht beim Green Deal aber nicht nur darum, das europäische Haus klimapolitisch in Ordnung zu bringen. Vielmehr geht es darum, die europäische Wirtschaft so auszurichten, dass sie im globalen Wettbewerb zum starken Player für Nachhaltigkeit wird. Dazu gehört auch der Export nachhaltiger Technologien mit einer umfassenden Transformationsbegleitung.

Die Zukunft der Wirtschaft, ihre Bedeutung und Akzeptanz sowie ihre globale Wettbewerbsfähigkeit sind eng verknüpft mit ihrer Fähigkeit zum ressourcenschonenden Wachstum. Deshalb müssen wir jetzt anfangen, weltweit Maßstäbe zu setzen und in die richtigen Zukunftsmärkte zu investieren.

Der Green Deal ist ambitioniert und bringt viele Anforderungen für die Chemieindustrie mit. Daher braucht es auch ein Verständnis über technologische Notwendigkeiten und Machbarkeiten sowie klare Roadmaps. Sonst wird der Green Deal an der Umsetzung scheitern.

Auf der anderen Seite kann der Green Deal Wachstumsmotor für eine nachhaltige Zukunft sein. So werden nachhaltige Innovationen, die auf den Green Deal einzahlen, massiv beschleunigt. Allein bei der BASF haben wir für Europa 50 bis 100 Innovationsmärkte über unterschiedliche Sektoren ausfindig gemacht. Das sind Märkte mit deutlich höheren Wachstumsraten.

Das macht uns Mut, vor allem in der Zusammenarbeit mit den direkten europäischen Nachbarn wie dem afrikanischen Kontinent in seiner Heterogenität.

Wir sind mit vier Regionalbüros auf dem gesamten Kontinent vertreten und engagieren

uns in bereits laufenden Vorzeigeprojekten für die Entwicklung einer nachhaltigen Chemie für Afrika. Zwei Projekte haben dabei beispielhaften Charakter:

Eine große Herausforderung auf dem afrikanischen Kontinent ist der Kunststoffmüll. In einigen Ländern sind Plastiktüten bereits strikt verboten und es gibt kreative Ideen, um Plastik wiederzuverwenden: Aus Plastikflaschen entstehen Häuser, aus zerkleinertem Müll werden Pflaster- und Ziegelsteine.

Doch Ziel muss es sein, von der Linearität in eine Zirkularität der Wertschöpfung zu kommen. Hier knüpft unser „Waste-2-Chemicals-Projekt“ in Lagos, Nigeria an – gemeinsam mit Partnern wie WeCyclers und Biofabrik übersetzen wir den nachhaltigen Industriefokus des Green Deals: Abfälle werden recycelt und im Kreislauf gehalten, um vor allem Kunststoffmüll, der sonst in Flüsse und ins Meer gelangen würde, deutlich zu reduzieren.

Während wir hierzulande den Umbau und die Komplementarität von mechanischem und chemischen Recycling diskutieren, fehlen in Afrika weiterhin notwendige Infrastrukturen. Auch das verlangt Technologieoffenheit.

Lagos ist mit über 14 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Stadt Afrikas. Die Metropolregion zählt zu den bevölkerungsreichsten weltweit. Jährlich fallen dort mehr als 800 Kilotonnen Plastik an, von denen der größte Teil im Atlantik landet. Nun können wir im Rahmen unseres Projekts Polykohlenwasserstoffe aus Polyethylen, Polypropylen und Polystyrol regenerieren. Wir schaffen so auch Arbeitsplätze durch

die wachsende Zahl von Müllsammlern, die Kunststoffabfälle liefern. Außerdem schaffen wir einen Mehrwert im Chemiesektor, indem wir diese chemischen Bausteine wieder in die lokale Wertschöpfungskette einbringen. Dieser erste Hub, der 1.000 Kilogramm Abfall pro Tag in Pyrolyseöle umwandeln wird, soll mit unseren Partnern bis Ende 2022 um zwei weitere Hubs ergänzt werden, die jeweils zwischen drei bis fünf Megatonnen (MT) Abfall pro Tag verarbeiten können. Mit dem Ziel, bis Ende 2025 zwischen 50 und 60 Hubs rund um Lagos zu errichten, wollen wir pro Jahr 50 Kilotonnen Kunststoffe davon abhalten, im Meer zu landen.



*Pyrolyseöle aus thermochemischen Recyclingverfahren sind Naphtha sehr ähnlich und können ganz am Anfang in die Chemieproduktion eingespeist werden, um fossile Rohstoffe zu ersetzen.*

## **MAROKKANISCHES SOLARWÄRMEKRAFTWERK**

Führende Klimälösungen werden auch morgen noch Vorsprung bedeuten. Die Grundidee des Green Deals – saubere Energie und die Förderung von EU-Energiestandards und -technologien auf globaler Ebene – setzen wir in einem beispielmachenden



Projekt in Marokko um. Das größte Solarwärmekraftwerk (Concentrated Solar Power, CSP) des Landes hat eine Kapazität von 580 Megawatt und verwendet unter anderem Natriumnitrat der BASF für die Wärmespeicherung. Wir sind eines der wenigen Unternehmen weltweit, das Natriumnitrat chemisch herstellt. Diese Form von Natriumnitrat ist rein und enthält nur wenige Magnesium- und Chlorreste, wodurch es sich ideal für CSP-Anwendungen eignet. Damit können wir außerdem die Effizienz der Anlage durch eine effiziente Wärmespeicherung steigern und so zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen.

## **DER MUSTERWECHSEL: KLIMANEUTRALITÄT BIS 2050**

Beide Projekte zeigen, dass wir bereit sind, eine andere und damit neue Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Umbau unserer europäischen Wirtschaft, mit unserem Willen zur Transformation in die Nachhaltigkeit – ein gewaltiger Musterwechsel – gelingt gleichzeitig der Aufbau neuer Kooperationen sowie die Verbindlichkeit eines neues Werteverständnisses.

Eine funktionierende und innovationsfähige chemische Industrie ist der Garant dafür, die Ziele des Green Deals zu erreichen, auch über die europäischen Grenzen hinaus. Ohne Chemie ist, einfach ausgedrückt, ein modernes, nachhaltiges Leben nicht möglich.

Wir haben uns als BASF verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Das ist unser Anspruch. Als globales Unternehmen können wir aus dieser Haltung heraus mit-helfen, nachhaltiger Partner für die Regio-

nen zu werden, die im Begriff sind, eine ökonomische Aufholjagd für ihre Gesellschaften zu starten. Unser beider Anliegen – das von Afrika und Europa – muss sein, die nachhaltige Transformation sozial, ökologisch und wirtschaftlich gleichrangig zu gestalten. Damit schaffen wir die notwendige Balance für den Musterwechsel.

Die BASF blickt auf eine lange Geschichte der Partnerschaft mit Afrika zurück, die wir fortsetzen werden. Unser Bekenntnis zur Klimaneutralität und die Unterstützung des Green Deals bedeuten, dass wir weiterhin in Nachhaltigkeitsprojekte auf dem afrikanischen Kontinent investieren, ständig nach Möglichkeiten suchen, mit Afrika zu wachsen und mit gleichgesinnten Kunden und Lieferanten zusammenzuarbeiten, um weiterhin Chemie für eine nachhaltige Zukunft zu schaffen. Als europäischer Front-Runner für mehr Nachhaltigkeit ist es implizit, möglichst viele Länder und Regionen von der Machbarkeit und Nützlichkeit der grünen Transformation zu überzeugen.



*Mit ihrem neuen Anwendungstechniklabor in Nigeria unterstützt BASF Kunden bei der Entwicklung von Formulierungen, die den Bedürfnissen von Verbrauchern in Subsahara-Afrika entsprechen. Fotos: BASF*





**DR. DONAL BROWN**

***Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)***

Dr. Donal Brown ist ein Entwicklungsprofi mit über 25 Jahren Erfahrung auf der ganzen Welt in technischen und Führungspositionen beim Ministerium für internationale Entwicklung der britischen Regierung. Studium der Tiermedizin und der Betriebswirtschaftslehre. Ehrendoktor der University of Winchester für seine Beiträge zu internationaler Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit. Seit 2018 ist er stellvertretender Vizepräsident für Programmmanagement beim Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in Rome, Italien.

*Foto: Euractiv*

# VOM HOF AUF DEN TISCH STATT VON DER HAND IN DEN MUND

*Afrika brauche eine „Farm-to-Fork-ähnliche“ Strategie, um seine Lebensmittelsysteme nachhaltiger zu gestalten. Dies erklärt Dr. Donal Brown, der stellvertretende Vizepräsident der Abteilung Programmmanagement beim Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung der UN (IFAD). Die EU könne ein Orientierungspunkt sein und im Zentrum dieses Wandels stehen, so der hohe IFAD-Beamte im Interview mit Gerardo Fortuna von EURACTIV.com.*

***EURACTIV:** Mit ihrer Farm-to-Fork-Strategie (F2F) – auf Deutsch auch „Vom Hof auf den Tisch“ – versucht die Europäische Kommission, die europäischen Lebensmittelsysteme zu einem globalen Standard im Bereich Nachhaltigkeit zu machen. Glauben Sie, dass dieses F2F-Modell nach Afrika „exportiert“ werden kann?*

**Brown:** In Afrika hat die COVID-19-Pandemie gezeigt, wie abhängig die Welt von Kleinbauern ist, und gleichzeitig die Verwundbarkeit der Nahrungsmittelsysteme sowie der Leben und der Existenzgrundlage von Kleinproduzenten verdeutlicht. Ein Großteil von ihnen lebt in Armut und hat aktuell kaum Lebensmittel auf dem Tisch.

Es liegt auf der Hand, dass wir in Afrika Ernährungssysteme brauchen, die in gewisser Weise der „Farm-to-Fork-Vision“ folgen, die also nachhaltig und klimaangepasst sind, die ausreichend nahrhafte Lebensmittel für alle bereitstellen – auch für diejenigen, die sie produzieren – sowie Ernährungssysteme bieten, die effizient und widerstandsfähig sind. Um dies zu erreichen, braucht es politischen Willen, Wissen und finanzielle Ressourcen.

Die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten könnten bei der Umgestaltung der Lebensmittelsysteme in Afrika eine zentrale Rolle spielen, indem sie eine Führungsrolle übernehmen, Wissen weitergeben und lokale Lösungen fördern sowie umfangreiche finanzielle Mittel für die landwirtschaftliche Entwicklung bereitstellen. Das würde auch zum Kampf gegen extreme Armut und Hunger sowie zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) beitragen.

*Welche Herausforderungen ergeben sich aus der Pandemie für die Landbevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent?*

Während sich die gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie in den ländlichen Gebieten Afrikas bisher in Grenzen halten, haben die wirtschaftlichen Effekte zweifellos zu einem Anstieg von Armut und Hunger geführt.

Ländliche Kommunen in Afrika und deren Bevölkerung sind besonders gefährdet, da die Menschen ohne wirtschaftliche Sicherheitsnetze von der Hand in den Mund leben. Bewegungseinschränkungen und andere Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben dazu geführt, dass viele Kleinbauern ihre Ernte nicht verkaufen konnten und somit kein Einkommen hatten.

Außerdem haben viele Tagelöhner und andere informell Tätige ihre Arbeit verloren. Frauen und junge Menschen waren dabei in der Regel am stärksten betroffen, da sie am häufigsten informell beschäftigt sind.

*Was müsste getan werden, um Unterstützung für den Wiederaufbau möglichst zielgenau einzusetzen?*

Während Nothilfeorganisationen Hilfe leisten, damit hungernde Menschen jetzt Zugang zu Nahrungsmitteln haben, ist es ebenso wichtig, sicherzustellen, dass es in Zukunft keine hungernden Menschen mehr gibt. Um auf diese Herausforderung zu reagieren, hat der IFAD Kleinbauern in Afrika dabei unterstützt, Zugang zu Betriebsmitteln, Märkten, Informationen und Finanzmitteln zu erhalten, die sie benötigen, um weiterhin Nahrungsmittel anzubauen und zu verkaufen.

Aber es muss noch mehr getan werden. Es ist wichtig, in die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Landbevölkerung in den ärmsten Ländern Afrikas zu investieren, damit sie diese Krise überstehen, ihr Leben schnell wieder aufbauen können und künftige Schocks überstehen.

Ohne Unterstützung droht vielen afrikanischen Ländern ein verlorenes Jahrzehnt: Hunger und Armut könnten weitere Konflikte und Instabilität auslösen sowie Millionen junger Menschen zur Migration zwingen.

*Was sind für Finanzinstitutionen wie Ihre die größten Herausforderungen bei der Koordinierung einer möglichst internationalen Reaktion für den Wiederaufbau nach der Pandemie?*

Es gibt wahrscheinlich zwei besondere Herausforderungen. Die erste besteht darin, schnell, flexibel und effektiv zu reagieren. Dazu haben wir viele unserer internen Abläufe vereinfacht, um unsere bestehenden Investitionsprojekte möglichst schnell umzuwidmen. Außerdem haben wir dank der Unterstützung von Kanada, Deutschland, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz zusätzliche Mittel im Rahmen einer „Fazilität zur Unterstützung der armen Landbevölkerung“ – Rural Poor Stimulus Facility, RPSF – in Höhe von 74 Millionen Euro mobilisiert. Diese soll Aktivitäten finanzieren, die es Kleinerzeugern ermöglichen, ihre Produktions- und Vermarktungskapazitäten zu bewahren.

Eine zweite Herausforderung bestand und besteht darin, die Bedingungen in abgelegenen ländlichen Gebieten genau zu verstehen und sicherzustellen, dass unsere Bemühungen und Lösungsansätze auch den tatsächlichen Problemen der armen Kleinerzeuger entsprechen. Hier haben wir uns weniger auf Daten gestützt – denn die gab es einfach nicht – und mehr auf das lokale Wissen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Partner vor Ort.

Quelle: Euractiv



**JEAN-FRANÇOIS BILLOT, AFRUIBANA**  
**Secretary-General of Afruibana**

Jean-Francois Billot ist Generalsekretär von Afruibana und vertritt die Interessen der afrikanischen Bananen- und Obstproduzenten und -exporteure vor der Europäischen Union und den nationalen europäischen Regierungen. Seine Kernkompetenzen sind internationale Geschäftsentwicklung und Finanzberatung. Beruflich war er schon in vielen Branchen unterwegs: Wealth Management und Financial Services, Business Consulting, Health & Pharma sowie die Luft- und Raumfahrt- und Satellitenbranche. Wissenschaft und Innovation sind die zwei Bereiche, für die sich Billot besonders interessiert.

*Foto: privat*

# „AUF DEM AFRIKANISCHEN KONTINENT GIBT ES EIN ERHEBLICHES POTENZIAL FÜR DIE ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT“

*Die EU muss den Zugang zu privaten Finanzmitteln und die EU-Kooperationsinstrumente für kleine und mittlere Unternehmen in der afrikanischen Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor verbessern, sagt Jean-Francois Billot im Gespräch mit Klaus Bernhard Hofmann. Neue Saatguttechnologien zielen darauf, Pflanzen an den Klimawandel anzupassen und bessere Erträge zu erzielen.*

*VAA: Wie kann der Übergang der afrikanischen Landwirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit aussehen?*

**Billot:** Das Konzept der nachhaltigen Landwirtschaft umfasst viele Themen: gesunde Ökosysteme, nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Ernährungssicherheit, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit ... Es ist in Wirklichkeit ein technischer und intellektueller Übergang in Bezug auf die Anforderungen: ein Gleichgewicht zwischen bäuerlicher Intelligenz zu finden und wissenschaftliche und technische Beiträge zu Produktionssystemen. Während die überwiegende Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung in ländlichen Gebieten lebt, muss der Übergang zu einem nachhaltigeren Agrarsektor eine ausgewogene Entwicklung in einem nachhaltigen Gebiet, einschließlich der Schaffung von Wohlstand in diesen Gebieten, priorisieren.

Aus der Perspektive der Entwicklung des afrikanischen Marktes, Träger von Standards, Innovationen und potenzieller Lösung des Problems der Handelsbilanz, wird sie einerseits an der Entwicklung eines wirtschaftlichen Ökosystems durch die Industrialisierung der Länder partizipieren und dadurch auch die Ernährungssouveränität

des Kontinents sichern. Dazu muss es der afrikanischen Landwirtschaft gelingen, an Produktivität zu gewinnen, denn der Kontinent bleibt die Weltregion, in der die landwirtschaftlichen Erträge zu den niedrigsten gehören.

Die Herausforderung besteht daher darin, ein effizienteres Produktionssystem neu zu erfinden, sowohl in Bezug auf Produktivität als auch auf Nachhaltigkeit, um die Erhaltung einer gesunden Umwelt und eine gerechte Verteilung der Früchte des Wachstums zu gewährleisten. Einige landwirtschaftliche Betriebe, die der Produktivität zu viel Vorrang vor der Nachhaltigkeit eingeräumt haben, sehen sich nun mit großen Umweltzerstörungsproblemen konfrontiert – Bodenerosion, Verschmutzung von Grundwasser und Flüssen und so weiter –, die sich letztendlich auf die Produktivität auswirken werden. In den letzten zehn Jahren haben die Produzenten aus ihren Fehlern gelernt und ihre Produktionssysteme verbessert: Brache, Fruchtfolge, Reduzierung von Fungizidbehandlungen, Reduzierung von Nematiziden, Bekämpfung von Rüsselkäfern dank Fallen und Pheromonen.

In Afrika müssen Produktivität und Nachhaltigkeit zusammenkommen, um langfristig eine wirklich effiziente Landwirtschaft zu ermöglichen, die von der gesamten Branche geleistet wird, insbesondere mit einer besseren Bewertung der nachgelagerten Anstrengungen: Anpassung traditioneller Handelsprozesse, Qualitätskontrollen.

### *Wie sind die Zukunftsaussichten für den Biolandbau in Afrika?*

Historisch gesehen hat sich der ökologische Landbau hauptsächlich in Afrika entwickelt, um sich an die wachsende Nachfrage der Verbraucher in den nördlichen Ländern und damit im Exportsektor anzupassen. Der ökologische Landbau wird heute zunehmend als Mittel zur Gewährleistung der Ernährungs- und Ernährungssicherheit sowie als wirksamer Beitrag zu Klimaschutz- und Anpassungsstrategien gesehen. Auf dem afrikanischen Kontinent gibt es ein erhebliches Potenzial für die ökologische Landwirtschaft.

Die Herausforderung liegt gerade in der Transformation bestehender Systeme zu sogenannten ökologischen Intensivierungssystemen. Dies ist eine interessante Perspektive, aber dafür müssen wir ver-

suchen, das Problem der Landdüngung zu überwinden. Es ist wichtig zu bedenken, dass afrikanische Landwirtschaftssysteme – meist in Familienbesitz und auf kleinen Flächen – Merkmale aufweisen, die auf die Entwicklung des ökologischen Landbaus reagieren können, diese Familienlandwirtschaft jedoch nicht unbedingt gleichbedeutend damit ist. Viele phytosanitäre Produkte werden auch in kleinen Betrieben anarchisch eingesetzt, während große Betriebe im Gegenteil nach Umwelt- und Sozialstandards streben. Trotz geringerer durchschnittlicher Produktivität ist ein produktiver ökologischer Landbau möglich und hat viele Vorteile in Bezug auf die Widerstandsfähigkeit und Stabilität landwirtschaftlicher Systeme. Wir müssen ihn daher weiterhin fördern, um Landwirte und Investoren zu ermutigen, sich dieser Nische in Afrika zuzuwenden.

*Was halten Sie von Grüner Biotechnologie und Gentechnik sowie neuen Saatguttechnologien und der Digitalisierung der Landwirtschaft?*

Neue Saatguttechnologien haben ein doppeltes Interesse: Pflanzen an den Klimawandel anzupassen und bessere Erträge zu erzielen. Die Herausforderung besteht darin, die F&E-Investitionen multinationaler Saatgutunternehmen zu kombinieren und das endogene Wissen zu erweitern, um die bestmöglichen Kombinationen zu finden und sie gleichzeitig zum Nutzen aller möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen. Gleichzeitig ist die Digitalisierung der Landwirtschaft über den Produktivitätsbeitrag der Betriebe hinaus eine echte Bereicherung für junge Menschen. Während die Branche manchmal unter einem archaischen Image leidet, boomt die afrikanische Agrartechnologie und zieht immer mehr junge und qualifizierte Profile an.

*Wie kann die EU die afrikanische Landwirtschaft unterstützen?*

Die Priorität für die EU muss darin bestehen, den Zugang zu privaten Finanzmitteln und EU-Kooperationsinstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen in der afrikanischen Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor zu verbessern. Zu diesem Zweck muss die technische Hilfe verstärkt werden, um den Agrar- und Ernährungssektor bei der Vorbereitung von Investitionen zu unterstützen, die wahrscheinlich von Banken finanziert werden. Da Afrika der am stärksten vom Klimawandel betroffene Kontinent ist, muss auch die



Kofinanzierung von ernährungsbezogenen Plänen im Rahmen von Klimaschutzmaßnahmen in Afrika beschleunigt werden, auch durch internationale Mechanismen.

Europa sollte auch dazu beitragen, die Integration des regionalen Handels und die Harmonisierung der Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit zu verstärken, beispielsweise durch eine Plattform für den Wissensaustausch, durch die Unterstützung der Initiative für eine kontinentale Freihandelszone oder durch die Beteiligung an der Integration des regionalen Handels und der Harmonisierung von Standards.

Ganz allgemein kann der Green Deal der EU zum gemeinsamen Kennzeichen der europäisch-afrikanischen Partnerschaft werden, um politische Unterstützung und Investitionen auf wirklich nachhaltige Projekte im Agrarbereich zwischen den beiden Kontinenten zu lenken. Das Hauptziel dieses Paktes wäre die Anerkennung der Produktionsmethoden und ihrer tatsächlichen Auswirkungen auf die Umwelt auf WTO-Ebene.

Schließlich stellen wir fest, dass zwischen den erklärten Zielen der Entwicklungspolitik der EU und den Praktiken ihrer Handelspolitik Kohärenz und Harmonisierung herrschen müssen, um die Sektoren zu erhalten, die Wohlstand und Arbeitsplätze auf dem afrikanischen Kontinent schaffen. Und der Klimanotstand, der nicht vom afrikanischen Kontinent herbeigeführt wurde, hat den Agrarsektor des Kontinents weiter gestört.

### *Was kann die EU von Afrika lernen?*

Cross-Learning muss stattfinden, es geht nicht einseitig. Know-how und Expertise aus beiden Kontinenten werden benötigt, um die Herausforderung der ökologischen Intensivierung zu meistern – es ist eine afrikanische wie auch eine europäische Frage.

### *Wer muss mehr zu einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika beitragen: der staatliche oder private Sektor?*

Beides spielt eine Rolle, aber Staaten sind unverzichtbar, um echte Impulse für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika zu geben. Der Privatsektor muss hier selbstverständlich seine Mitverantwortung übernehmen und Initiative ergreifen, indem er die Sustainable

Development Goals (SDGs) in seine Entwicklungsstrategie einbindet, wie beispielsweise die IAM Africa Initiative zur Unterstützung der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft und einer durchdachten, vernünftigen konventionellen Agrarökologie in Afrika.

Der Sektor verfügt jedoch weder über die Legitimität noch über die Kapazitäten der Staaten, um Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika zu definieren. Dies erfordert Gesetze und Vorschriften, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte, öffentliche Investitionen, günstige Besteuerung und so weiter. Dies sind wesentliche Instrumente, die jedoch in der alleinigen Verantwortung des Souveräns oder öffentlicher internationaler Organisationen liegen.





Foto: baranozdemir – iStock



## *HANDEL UND ZIRKULÄRE WIRTSCHAFT*



### **MANJA WÜHR**

***Fachredakteurin im Ressort „Management“ der  
Vogel Communications Group***

Manja Wühr hat 2005 an der Technischen Universität Chemnitz ihr Studium der Germanistik, Interkulturellen Kommunikation und Erwachsenenbildung abgeschlossen. 2006 arbeitete sie als Redaktionsassistentin bei der Kommunikationsagentur. Ende 2006 folgte ein Volontariat in der Redaktion PROCESS der Vogel Business Media in Würzburg. Nach zwei Jahren fundierter Ausbildung war sie dann Fachredakteurin in der PROCESS. Seit Anfang 2021 arbeitet sie als Fachredakteurin im Ressort Management für die Vogel Communications Group.

*Foto: Vogel Communications Group*

# GREEN DEAL UND HORIZON EUROPE – DER WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN KREISLAUFWIRTSCHAFT

*Der Green Deal der EU setzt ambitionierte Ziele. Diese sind ohne industrielle Forschung und Innovation nicht zu erreichen. Genau hier setzt das Horizon Europe Förderprogramm an.*

Mit dem Green Deal sagt die Europäische Union dem Klimawandel den Kampf an: Bis 2050 sollen die Mitgliedstaaten keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freisetzen. Die EU hinterlässt dann keinen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck mehr. Als bekanntester Vertreter der Treibhausgase dient Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) hier als Äquivalent, um die Klimawirkung verschiedener Emissionen vergleichen zu können.

Zudem will Europa das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung entkoppeln. Das heißt: Produkte wie Handys oder Plastikverpackungen dürfen nach Ende ihrer Nutzung nicht mehr auf einer Halde oder in der Umwelt landen. Ihre wertvollen Rohstoffe müssen wiedergewonnen und der Herstellung neuer Produkte wiederzugeführt werden – Stichwort Kreislaufwirtschaft.

Doch woher kommen die Ressourcen? Für eine nachhaltige Wirtschaft dürfen weder Energie noch Rohstoffe für die Chemieindustrie aus dem Bohrloch kommen, sondern aus nachhaltigen und erneuerbaren Quellen. Ob Kunststoffe, Grundchemikalien oder Energieträger – ohne Kohlenstoff wird

es nicht gehen. Beim Erschließen neuer Kohlenstoffquellen ist also Kreativität gefragt. Eine besonders elegante Lösung: Das Klimagas CO<sub>2</sub> als Rohstoff nutzen – direkt aus der Luft oder aus den Abgasströmen von Industrieanlagen wie Stahl- oder Zementwerken.

Das Problem: CO<sub>2</sub> geht nur sehr mühsam chemische Verbindungen ein. Schlüssel zum Erfolg sind innovative und maßgeschneiderte Katalysatoren, die dem trägen Gas zur Reaktion verhelfen. Die zentrale Bedeutung dieser wertvollen Helfer greift auch das Forschungs- und Innovationsförderprogramm „Horizon Europe“ auf. Es speist sich aus nationalen und europäischen Fördertöpfen, welche die gleichen politische Ziele verfolgen – nämlich eine nachhaltige, faire und florierende Zukunft für Mensch und Planet. „Industrielle Forschung und Innovation sind absolut wesentlich, um die Ziele des sogenannten Fit for 55 des Green Deals erreichen zu können“, sagt Soren Bowadt, stellvertretender Leiter der von der Europäischen Kommission gegründeten Health and Digital Executive Agency (HaDEA). „Fit for 55“ umschreibt das verschärfte Klimaziel,

bis 2030 den Treibhausgasausstoß um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Neben der Digitalen Transformation will Horizon Europe vor allem den Klimawandel anpacken. 35 Prozent des 100-Milliarden-Programms sollen dafür verwendet werden. Das hat einen großen Einfluss darauf, wie Europa Forschung künftig betreibt und damit auch auf die Industrie. „Horizon Europe konzentriert sich stark auf systemische Veränderungen, die entlang der kompletten Wertschöpfungskette funktionieren“, betont Bowadt.

## **MAMMUTAUFGABE KREISLAUFWIRTSCHAFT**

Der Industrie ebenso wie der Gesellschaft muss es gelingen, Energie und Rohstoffe unabhängig von fossilen Ressourcen zu gewinnen und die Kreisläufe der eingesetzten Rohstoffe zuschließen. Das bedeutet einen fundamentalen Wandel. Was vielen nicht bewusst ist: Katalysatoren kommt dabei eine enorme Bedeutung zu: „Katalysatoren sind entscheidend, um eine Kreislaufwirtschaft zu etablieren“, ist sich Bowadt sicher. „Wenn wir aus Materialien andere Stoffe oder Energieträger machen wollen, brauchen wir neue Katalysatorsysteme.“

Das spiegelt sich auch in den Themen wider, auf die Horizon Europe setzt. So werden aktuell Projekte gefördert, die zum Ziel haben, den industriellen Kohlenstoffkreislauf zu schließen. Dazu sollen stark optimierte und energieeffiziente Katalysatorsysteme entwickelt werden, die CO<sub>2</sub> aus Industrieprozessen in synthetische Treibstoffe oder Chemikalien umwandeln. Die Erwartungen der HaDEA sind hoch: Um 30

Prozent könnten so beispielsweise die aktuellen CO<sub>2</sub>-Emissionen von jährlich rund 665 Millionen Tonnen pro Jahr sinken, die den energieintensiven Industrien zugeschrieben werden. Auch hier gilt: Die Projekte müssen zeigen, dass die Prozesse sowohl im Industriemaßstab als auch unter ökonomischen Gesichtspunkten machbar sind. Ein Scale-up der entwickelten Technologie soll belegen, wie nutzbar und zirkulär sie ist.

## **SAUBERE ENERGIE**

Soll die grüne Transformation gelingen, braucht die Chemie als energieintensive Branche enorme Mengen an grüner Energie – zum Beispiel, um die industriellen Prozesse zu elektrifizieren. Laut einer Studie des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) benötigt allein die deutsche Chemieindustrie mehr als 600 Terawattstunden erneuerbaren Stroms, um bis 2050 Treibhausgasneutralität erreichen zu können. Zum Vergleich: Deutschland hat 2020 laut Umweltbundesamt insgesamt 559 Terawattstunden verbraucht. „Will Europa diesen Bedarf mit erneuerbaren Energien decken, brauchen wir Afrika“, glaubt Bowadt. „Wir haben in Europa schlicht nicht genug Platz, um genügend Photovoltaik- und Windkraftanlagen zu bauen, um den eigenen Bedarf zu decken.“ Das würde in Arbeitsplätze vor Ort schaffen und für Europa Versorgungssicherheit. „So entsteht eine Symbiose zwischen Afrika und Europa“, so Bowadt.

Erneuerbare Energien stellen Europa jedoch nicht nur vor ein Platzproblem. Wie das Wetter sind sie äußerst volatil. Künftige Prozesse müssen also sehr flexibel sein und

das Stromnetz bei Leistungsspitzen entlasten können. Als beispielhaft für zukünftig geförderte Projekte hebt Bowadt, selbst Chemiker, das EU-Projekt MAPSYN (Micro-wave, Ultrasonic and Plasma assisted Syntheses) hervor. Europäische Partner aus Wissenschaft und Industrie gingen hier der Frage nach, ob man überschüssigen Strom von Windkraftanlagen nutzen kann, um den Stickstoff aus der Luft in Düngemittel umzuwandeln.

Vorweg: Die Antwort lautet Ja. Clou des entwickelten Prozesses – er findet in einem Hightechcontainer im Format zwölf mal drei mal drei Meter statt. Dieser enthält die gesamte Infrastruktur für eine Kleinproduktion – unter anderem Wasser- und Stromzuleitungen, Abluftanlage, Prozessleitstelle und Brandschutzvorrichtungen. Ein solches System setzt man bereits in der pharmazeutischen Industrie ein. Soren Bowadt ist sich sicher, dass dieses Konzept auch für die Länder Afrikas funktionieren kann. Schließlich produzieren diese mobilen Einheiten dringend benötigten Dünger direkt dort wo er gebraucht wird. Und das effizient und nachhaltig.

Der Green Deal stellt die Industrie vor die große Aufgabe, ihre Prozesse und Wirtschaften fundamental zu ändern. „Diese Transformation braucht Zeit. Das wird nicht von heute auf morgen passieren.“ Bowadt rechnet mit acht bis zwölf Jahren, um beispielsweise nachwachsende Rohstoffe einzusetzen oder auf erneuerbare Energien umzuschwenken. Die Politik muss also einen realistischen Zeitrahmen setzen. Denn die Industrie braucht Versorgungssicherheit. „Wenn wir das richtig machen

wollen, müssen wir priorisieren“, fordert Bowadt.

Sei es die Erschließung erneuerbarer Rohstoffe oder die Defossilisierung der Energiegewinnung – es braucht den Schulterchluss von Industrie und Wissenschaft bei der Entwicklung neuer Prozesse und Produkte. Mit Zeit und den richtigen Förderschwerpunkten lassen sich nachhaltige und ressourceneffiziente Technologien zur Marktreife führen. Das ist der Weg in ein klimaneutrales Europa.



## ZIELE UND MASSNAHMEN DES EUROPEAN GREEN DEALS

Europa will als erster Kontinent klimaneutral sein. Der Green Deal der Europäischen Union gibt den Fahrplan dafür vor.

### ZIELE

**Klimaneutralität:** Bis 2050 sollen keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden.

**Zero Pollution:** Durch die Eindämmung der Umweltverschmutzung sollen das menschliche Leben sowie die Tier- und Pflanzenwelt geschützt werden.

**Innovation und Wettbewerbsfähigkeit:** Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, im Bereich saubere Produkte und Technologien weltweit führend zu werden.

**Sozial gerechter Wandel:** Der Green Deal soll einen gerechten und inklusiven Übergang gewährleisten.

## MASSNAHMEN NACH SEKTOREN

**Energie:** Mehr als 75 Prozent der EU-Treibhausgasemissionen entstehen bei der Erzeugung und dem Verbrauch von Energie. Was tun? Dekarbonisierung des Energiesektors.

**Gebäude:** 40 Prozent des Energieverbrauchs in der EU entfallen auf Gebäude. Durch Renovierung sollen Energiekosten und -verbrauch gesenkt werden.

**Industrie:** Die europäische Industrie verwendet nur zu zwölf Prozent recycelte Materialien. Auf 100 Tonnen herkömmlicher Kunststoffe kommen aktuell nur eine Tonne New Economy Biokunststoffe. Der Green Deal soll die Industrie dabei unterstützen, nachhaltige Innovationen zu entwickeln.

**Mobilität:** In Europa macht der Verkehr 25 Prozent der Emissionen aus. Daher will die EU umweltfreundlichere, kostengünstigere und gesündere Formen des privaten und öffentlichen Verkehrs einführen.



Solarthermisches Kraftwerk Noor, Ouarzazate in Marokko.  
Foto: Jeronima Alba – Alamy Stock Foto





# *ENERGIE*



**KFW**  
**giz**

 **IRENA**  
International Renewable Energy Agency

**BMZ**   Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

# ENERGIEWENDE AFRIKA

**Die Länder Afrikas können in den kommenden Jahrzehnten grundlegende Herausforderungen in den Bereichen Zugang zu Energie, Energiesicherheit und Klimaschutz angehen. Diejenigen Länder, die derzeit über keine oder keine angemessene Energieversorgung verfügen, können bis 2030 einen flächendeckenden Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energieversorgung schaffen, wie es SDG 7 vorsieht.**

Dies würde die Lebensbedingungen von vielen Millionen Menschen verbessern. Gleichzeitig kann Afrika sein riesiges Potenzial zur Erzeugung erneuerbarer Energien zu immer wettbewerbsfähigeren Preisen nutzen, um seinen wachsenden Energiebedarf zu decken und einer langfristigen Festlegung auf fossile Energieträger entgegenzuwirken. Bis zum Jahr 2040 wird sich Afrikas Energiebedarf aufgrund von Bevölkerungswachstum und steigendem Lebensstandard voraussichtlich fast verdoppeln, selbst wenn Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz umgesetzt werden. Durch den Umstieg von fossilen auf nachhaltige Energieträger kann Afrika zudem Arbeitsplätze schaffen, sein wirtschaftliches Wachstum steigern und positive Effekte für Gesellschaft und Gesundheit erzielen. Nicht zuletzt kann ein solches Umsteuern dabei helfen, die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels zu mindern.

In ihrer „Agenda 2063: The Africa We Want“ haben sich die afrikanischen Staats und Regierungschefs klar zu einem inklusiven und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwi-

cklungs und Wachstumskurs verpflichtet. Flächendeckender Zugang zu Energie ist ein entscheidender Baustein für resiliente und prosperierende Volkswirtschaften und Gesellschaften und hat daher für die afrikanischen Staaten unverändert hohe Priorität. Ob die Energiewende gelingt, wird auch vom politischen Führungs und Gestaltungswillen der Verantwortlichen abhängen. Die internationale Gemeinschaft sollte ihre Unterstützung ausbauen und auf einen beschleunigten Prozess zur Erreichung dieser Ziele hinwirken. Die vorliegende Studie beleuchtet die aktuelle Situation und stellt Möglichkeiten vor, wie eine solche Unterstützung aussehen kann.

Die Studie analysiert die aktuelle Situation im afrikanischen Stromsektor und zeigt auf dieser Grundlage die Voraussetzungen auf, die zur Überwindung diverser Hürden auf dem Weg zu einer grünen und inklusiven Energieversorgung erforderlich sind. Außerdem wirbt die Studie dafür, die Anstrengungen für eine Energiewende besser zu koordinieren und dabei den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

des jeweiligen nationalen Stromsektors Rechnung zu tragen. Sie benennt vier Handlungsfelder, in denen ein breiteres entwicklungspolitisches Instrumentarium eine neue Partnerschaft zwischen den afrikanischen Regierungen und den Entwicklungspartnern begründet werden kann.

Die Studie empfiehlt den afrikanischen Staaten, die Chance zum „Leapfrogging“ zu nutzen und unter Überspringen der fossilen Energieträger direkt zu einer klimafreundlichen und bedarfsgerechten Energiestrategie überzugehen, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht und auf CO<sub>2</sub> neutrales Wachstum ausgerichtet ist. Dabei brauchen die Länder die aktive Unterstützung ihrer Partner und der entsprechend mandatierten afrikaweiten beziehungsweise regionalen Organisationen wie der Afrikanischen Union (AU).

Die Stromgestehungskosten für die Erzeugung von Solarstrom sind zwischen 2010 und 2019 um 82 Prozent gefallen; bei Strom aus OnshoreWindkraftanlagen lag der Rückgang bei 40 Prozent. Damit sind erneuerbare Energien bereits seit 2020 in den meisten Fällen die kostengünstigste Form der Stromerzeugung weltweit. Schon heute gibt es zahlreiche technische Lösungen, um Afrikas steigenden Energiebedarf auf wirtschaftlich tragfähige Weise zu decken und gleichzeitig erhebliche Potenziale für die Schaffung von Arbeitsplätzen und industrieller Entwicklung freizusetzen. Besonders bedeutsam ist hierbei, dass Bevölkerungsgruppen, die derzeit keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Stromversorgung haben, flächendeckend Zugang zur Stromversorgung erhalten könnten. Schätzungen zufolge ist das Potenzial

für die Erzeugung erneuerbarer Energien durch Nutzung bereits vorhandener Technologien in Afrika 1.000-mal größer als der prognostizierte Strombedarf im Jahr 2040. Der Kontinent verfügt also im Bereich der Erneuerbaren über ausreichendes Potenzial zur Deckung des künftigen Bedarfs. Zudem könnten erneuerbare Energien – einschließlich grünem Wasserstoff – an die Stelle der afrikanischen Kohle, Öl und Gasexporte treten. Dieses Potenzial wird bisher nicht annähernd ausgeschöpft. Im Jahr 2019 stammten 72 Prozent der weltweit neu errichteten Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien. Diese 72 Prozent entsprechen einer gesamten installierten Leistung von fast 180.000 Megawatt. Hier von entfielen jedoch nur 2.000 Megawatt auf Afrika. Die übrigen Regionen der Welt stellen zunehmend auf Stromsysteme um, die auf regenerativen Energien basieren – und auch Afrika kann diese Chance nutzen.

Eine Energiewende kann als Teil einer größeren Strategie verstanden werden, die auf saubere Energien und zugleich auf eine zukunftsorientierte industrielle Entwicklung, inklusiven sozialen Fortschritt und menschliches Wohlergehen ausgerichtet ist. Der „Global Renewables Outlook: Energy Transformation 2050“ der IRENA zeigt, dass die Dekarbonisierung der weltweiten Energiesysteme mehr beinhaltet als nur den Umstieg auf andere Energieträger. Dekarbonisierung bedeutet auch die Schaffung von Arbeitsplätzen: So könnten im Jahr 2050 allein durch erneuerbare Energien 45 Millionen Arbeitsplätze entstehen, also mehr als die derzeit 40 Millionen Arbeitsplätze im Energiesektor insgesamt. Eine Energiewende hin zu erneuerbaren



Energien würde das weltweite BIP um 2,4 Prozent steigern und umfassende Möglichkeiten zur industriellen Entwicklung mit sich bringen. Die afrikanischen Länder könnten so ein Entwicklungsstadium überspringen und direkt in eine Zukunft der nachhaltigen und sicheren Energieversorgung starten, die gerechte menschliche Entwicklung fördert, Existenzgrundlagen sichert und gleichzeitig die Umwelt schützt.

## ***DIE ENERGIEWENDE IN AFRIKA BESCHLEUNIGEN***

Neue technologische Entwicklungen, sinkende Kosten für erneuerbare Energien, innovative Konzepte, Vernetzungseffekte und die Digitalisierung eröffnen neue Möglichkeiten und sorgen dafür, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien sich auch wirtschaftlich rechnet. Afrika verfügt über enorme Ressourcen im Bereich der erneuerbaren Energien und ist somit gut aufgestellt. Allerdings reichen dieses Potenzial und die Verfügbarkeit kostengünstiger Technologien allein nicht aus, um diese Chance zu nutzen. Es bedarf zudem eines starken politischen Willens, attraktiver Rahmenbedingungen für Investoren und eines ganzheitlichen politischen Ansatzes, um die Vorteile erneuerbarer Energien voll auszuschöpfen. Darüber hinaus müssen die durchschnittlichen jährlichen Investitionen in das afrikanische Energiesystem bis 2030 verdoppelt werden – auf etwa 40 bis 65 Milliarden USDollar.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die Investitionen zur Bewältigung der schweren wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise in Afrika auch dazu zu nutzen, die Energie- wende voranzutreiben.

Ein Rückfall in nicht nachhaltige Wirtschaftsstrukturen, wie er nach der Finanzkrise von 2007/08 zu beobachten war, muss vermieden werden. Vielmehr zielt die in dieser Studie skizzierte neue Partnerschaft für eine Energie- wende in Afrika darauf ab, die Krise für einen grünen Wiederaufschwung zu nutzen.

### ***DIE VERFASSER DIESER STUDIE SEHEN FÜR DIESE PARTNERSCHAFT VIER ZENTRALE HANDLUNGSFELDER:***

- 1. Zugang zu Energie fördern:** Nach wie vor hat knapp die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung (46 Prozent) im Haushalt keinen Zugang zu Strom. Deshalb sollten die Strategien für eine Energie- wende vor allem das Ziel verfolgen, bis 2030 für alle Menschen in Afrika Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und nachhaltiger Stromversorgung zu schaffen, um wirksam Armut zu bekämpfen, neue wirtschaftliche Chancen zu eröffnen und Gleichberechtigung zu fördern. Damit die Umstellung auf moderne, regenerative Lösungen möglichst zügig gelingt, bedarf es einer ausgewogenen Mischung aus netzgebundenen und netzfernen Ansätzen, kleinen und großen Lösungen sowie Inselsystemen für bisher nicht versorgte und unterver- sorgte Bevölkerungsgruppen. Gleich- zeitig müssen Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Tragfähigkeit und bezahl- barer Zugang gewährleistet sein.
- 2. Risiken verringern und Privat- investitionen fördern:** Der Investitions- bedarf zur Deckung der wachsenden Nachfrage nach erneuerbaren Energien übersteigt die verfügbaren Mittel aus



öffentlichen Quellen deutlich. Diese Investitionslücke können die afrikanischen Regierungen und ihre Entwicklungspartner schließen helfen, indem sie stabile Rahmenbedingungen schaffen, Planungssicherheit herstellen, Pipelines mit tragfähigen Projekten aufbauen und gezielt risikomindernde Instrumente einsetzen („DeRisking“).

3. **Netze stärken und modernisieren:** In vielen afrikanischen Ländern ist die Netzinfrastruktur unzureichend und primär auf konventionelle Energieträger ausgerichtet. Dies führt unter anderem zu hohen Stromverlusten und einer schlechten Versorgungsqualität. Zudem wird hierdurch der Auf und Ausbau kostengünstiger variabler erneuerbarer Energien wie Solar und Windenergie erschwert. Für eine erfolgreiche Energiewende und Stabilisierung der Netze müssen Planung, Betrieb und Wartung der Stromnetze verbessert werden. Parallel sind erhebliche Investitionen in die Modernisierung und den Ausbau der Energieverteilung und Übertragungsnetze sowie in Energiespeicherung und weitere Technologie und Marktlösungen erforderlich, um die Systeme flexibler zu gestalten, Treibhausgasemissionen zu verringern, die nationalen und regionalen Stromsysteme zu stärken und technische sowie wirtschaftliche Verluste zu minimieren.
4. **Systeminnovationen fördern:** Damit Afrika sein Potenzial im Bereich der erneuerbaren Energien voll ausschöpfen kann, bedarf es eines systemischen Ansatzes. Innovative regenerative Anlagen, die zwei oder mehr Techno-

logien miteinander kombinieren (zum Beispiel schwimmende Photovoltaik-solaranlagen und Pumpspeicherkraftwerke) oder netzferne regenerative Energiesysteme in Kombination mit innovativen Technologien (beispielsweise grüner Wasserstoff, InternetofThings-Anwendungen oder Kleinnetze für die Erzeugung erneuerbarer Energien), neue Geschäftsmodelle sowie bessere rechtliche Rahmenbedingungen und Betriebsverfahren müssen umgesetzt und in die Breite getragen werden. Innovative Finanzierungskonzepte – beispielsweise Darlehen in Landeswährung, ergebnisorientierte Finanzierungsansätze oder maßgeschneiderte Challenge Funds – können ebenfalls die Energiewende unterstützen und dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die afrikanischen Länder zu Vorreitern bei der weltweiten Energiewende zu machen (IRENA, 2019b). Und Investitionen in innovative Technologien wie beispielsweise grünen Wasserstoff können neue wirtschaftliche Perspektiven entlang der Wertschöpfungsketten eröffnen.

Um diese Handlungsfelder erfolgreich und nachhaltig zu bearbeiten, müssen zwei entscheidende Querschnittsthemen beachtet werden:

- **Eine gerechte Energiewende:** Die Energiewende kann die sozioökonomische Entwicklung eines Landes breitenwirksam fördern, wenn sie von einer umfassenden Strategie für eine transformative Dekarbonisierung begleitet wird. Ein solcher ganzheitlicher politischer Ansatz müsste die langfristig angelegte Energiewende

mit den jeweiligen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen in Einklang bringen. Für eine gerechte Energiewende – einschließlich einer gerechten Verteilung der damit verbundenen Kosten – müssen die Arbeitspolitik und die Politik der sozialen Sicherung auf die jeweiligen Bedürfnisse der einzelnen Länder und Regionen zugeschnitten werden. Bei der Politik und Programmgestaltung müssen Fragen der sozialen Gerechtigkeit, insbesondere Genderaspekte, berücksichtigt werden, damit das gesellschaftliche Potenzial voll ausgeschöpft und sichergestellt wird, dass niemand zurückgelassen wird. Gezielte und gut koordinierte Bemühungen in diese Richtung dürften für eine größere Nachhaltigkeit der Maßnahmen sorgen – während des Reformprozesses und darüber hinaus.

- **Funktionierende, leistungsfähige Institutionen:** Für die Entwicklung und Umsetzung nationaler Politiken zur Erreichung des flächendeckenden Zugangs zur Stromversorgung und gleichzeitigen Förderung eines kohlenstoffarmen Ausbaus des afrikanischen Stromsektors bedarf es leistungsfähiger Institutionen. Sie zu stärken, ist eine prioritäre Querschnittsaufgabe im gesamten Prozess der Energiewende.

## **AUFRUF ZUM POLITISCHEN HANDELN**

Ein zentrales Anliegen der Agenda 2063 der Afrikanischen Union besteht darin, die Armut innerhalb einer Generation zu beenden und durch eine gesellschaftliche und

wirtschaftliche Transformation des Kontinents gemeinsamen Wohlstand zu schaffen. Dafür ist eine sichere Energieversorgung unverzichtbar. Entwicklungspartner wie die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten unterstützen bereits heute zahlreiche Programme und Initiativen, um allen Menschen in Afrika Zugang zur Stromversorgung zu ermöglichen und den Energiesektor in den afrikanischen Ländern klimafreundlich zu gestalten. Doch der nötige Schwung für eine umfassende Energiewende lässt sich nur durch einen breiteren Ansatz und noch besser aufeinander abgestimmte Maßnahmen erreichen.

## **HERAUSFORDERUNGEN**

Eine neue politische Initiative könnte die Wirkungen bestehender Zusagen verstärken und weitere Mittel mobilisieren, indem sie auf internationaler Ebene Synergien hebt. Dazu müssten die bilateralen Geber, aber auch internationale und regionale Institutionen wie die Afrikanische Union, die Afrikanische Entwicklungsbank und IRENA eingebunden werden. Nur gemeinsam lässt sich das notwendige Maß an Unterstützung erreichen, um die doppelte und dringliche Herausforderung in Afrika – Zugang zu Energie für alle und Dekarbonisierung – zu bewältigen.

**Die politische Initiative muss in den laufenden Maßnahmen der Länder für eine Energiewende verankert sein.** Um erfolgreich zu sein, muss die Initiative von den Ländern eigenverantwortlich vorangetrieben werden und auf die jeweiligen nationalen und lokalen Gegebenheiten

zugeschnitten sein. Zu dem muss sie – in Partnerschaft mit den nationalen und regionalen Institutionen – berücksichtigen, wie gut ein Land für die Energiewende gerüstet ist, welche Kapazitäten vorhanden sind und welchen Bedarf es gibt. In der Vergangenheit sind ambitionierte Reformen im Stromsektor manchmal gescheitert, weil sie die politische Ökonomie des Sektors in Frage gestellt haben. Deshalb müssen die Regierungen den nötigen politischen Willen aufbringen, sich diesen Herausforderungen zu stellen und umfassende Reformen konsequent zu Ende zu führen.

Diese Studie zeigt einen Weg zu einer Energiewende hin zu erneuerbaren Energien in Afrika auf, der die sozioökonomische Entwicklung fördert und zugleich zu Umwelt und Klimaschutz beiträgt.

## **HANDLUNGSFELDER**

Ein erster wichtiger Schritt ist eine integrierte Energieplanung, bei der die positiven Effekte einer Umgestaltung des Stromsektors für das jeweilige Land ermittelt werden. Daraus abgeleitet soll ein zielgerichteter Aktionsplan entstehen, auf dessen Grundlage sinnvolle Investitionsentscheidungen getroffen werden können. Zudem können die afrikanischen Regierungen und ihre Entwicklungspartner auf dieser Basis Partnerschaften für erneuerbare Energien auf den Weg bringen, um die Energiewende voranzutreiben.

## **AUSGANGSSITUATION UND ENTWICKLUNGSPFADE IN DEN EINZELNEN LÄNDERN**

Welche Bedingungen auf nationaler Ebene erfüllt sein müssen, damit die Energiewende gelingt, ist gut erforscht. Der Wandel ist möglich; Lösungen sind vorhanden. Für die erfolgreiche Umsetzung der geplanten Initiative müssen sich Entwicklungspartner klar zu ihr bekennen und sich für die Umsetzung einsetzen. Zu dem sind flexible, bedarfsgesteuerte Maßnahmen und Mechanismen erforderlich, um den konkreten Anforderungen in den einzelnen Ländern in Bezug auf die Energiewende Rechnung zu tragen, was auch sozioökonomische Ziele einschließt.

Gestützt auf die engen Verbindungen zwischen Afrika und Europa muss eine solche politische Initiative dazu beitragen, das Pariser Klimaabkommen und die Agenda 2063 der AU zu verwirklichen und zugleich zur Operationalisierung der „Partnerschaft für die grüne Wende und den Zugang zu Energie“ beitragen, wie sie die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung („Auf dem Weg zu einer umfassenden Strategie mit Afrika“) vorgeschlagen hat. Weitere Orientierungshilfe bei diesem Thema bieten die Empfehlungen der hochrangigen afrikanischeuropäischen Plattform für Investitionen in nachhaltige Energie (Europäische Kommission 2019).

*Quelle: Bundeswirtschaftsministerium, IRENA, GEZ, und KfW*



Im Jahr 2018 feierte die Initiative ihr 10-jähriges Bestehen zusammen mit Unternehmensvertreter und Teilnehmenden. Quelle: GIZ. Foto: Kirsch.





**BAH F. M. SAHO**

*amtierender Executive Director des ECOWAS Centre for Renewable Energy and Energy Efficiency (ECREEE)*

Bah F. M. Saho ist der amtierende Exekutivdirektor des ECOWAS-Zentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (ECREEE). Unter seiner Leitung kam es zur Verabschiedung der ECOWAS-Richtlinien für erneuerbare Energien und Bioenergie. Er ist außerdem Koordinator des BiocharPlus-Projekts bei ECREEE. Von 2000 bis 2010 war Herr Saho seit Dezember 2000 Energiedirektor in Gambia, wo er für die nationale energiepolitische Planung, Formulierung und Umsetzung von Programmen und Projekten verantwortlich war, einschließlich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

*Foto: privat*

# „DIE ECOWAS-REGION MUSS EINEN SELBSTTRAGENDEN REGIONALEN ENERGIEMARKT ENTWICKELN“

*Die Wirtschaftsgemeinschaft von derzeit 15 westafrikanischen Staaten (Economic Community Of West African States, ECOWAS) wurde 1975 mit dem Ziel gegründet, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westafrika zu fördern. Sie ist die älteste und aktivste regionale Organisation auf dem afrikanischen Kontinent. ECREEE ist ihre Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Für Exekutivdirektor Bah F.M. Saho muss die Energiefrage höchste Priorität in der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa haben.*

*VAA: Afrika will seine Agenda 2063 verwirklichen – welche Erwartungen hat das ECREEE in diesem Zusammenhang an Europa?*

**Saho:** Die im Mai 2013 verabschiedete Agenda 2063 verfolgt das Ziel, Afrika in das „globale Powerhouse der Zukunft“ zu verwandeln. Ohne erschwingliche, zuverlässige und saubere nachhaltige Energie wird dies jedoch nicht zu erreichen sein! Die Erwartungen des ECREEE sind daher, dass die Energie höchste Priorität bei den gemeinsamen Interessen und der gemeinsamen Strategie für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen Europa und Afrika genießt. Diese Erwartung hatte das ECREEE bereits bei der Überarbeitung der gemeinsamen Afrika-EU-Strategie – Joint Africa-EU Strategy, JAES – formuliert und angemerkt, dass der Schwerpunkt „Grüner Wandel und Energiezugang“ sehr willkommen ist und dazu beitragen könnte, die erforderlichen Finanzmittel für den Energiesektor nach Westafrika zu lenken.

Des Weiteren möchte das ECREEE als spezialisierte regionale Institution zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der ECOWAS-Region die gegenseitigen Beziehungen mit Europa fortsetzen. Lassen Sie mich zunächst anmerken, dass Europa ein

langjähriger Partner der ECOWAS-Region ist und seit der Gründung des ECREEE zu bedeutenden Fortschritten bei der Verbesserung der Governance, der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Versorgung der ECOWAS-Bürger mit sauberer und nachhaltiger Energie beigetragen hat. An dieser Stelle möchte ich der Europäischen Kommission unseren Dank für ihre Unterstützung bei der Entwicklung unserer wegweisenden regionalen nachhaltigen Energiepolitik aussprechen. Wir hatten zudem bereits großartige Partnerschaften mit Spanien, Österreich und Deutschland, die das Zentrum von Anfang an gefördert und beträchtliche Ressourcen für die Förderung nachhaltiger, sauberer Energie in Westafrika bereitgestellt haben. Wir gehen davon aus, dass die direkte bilaterale Unterstützung für den Ausbau nachhaltiger Energien zur Regel werden wird.

Es bieten sich hier noch erhebliche Chancen: Zum Beispiel sind der Wechsel zu sauberen Energien und die Erholung nach der Coronapandemie sowohl für die ECOWAS-Länder als auch für Europa von Bedeutung. Gemeinsam können die beiden Regionen den für beide Seiten vorteilhaften Weg der Energiewende beschreiten, um den Energiezugang für Millionen von Menschen sicherzustellen, die Effizienz in den Endverbraucherbereichen zu steigern, Innovationen zu fördern und nicht zuletzt neue Geschäftsmöglichkeiten und Märkte zu erschließen und damit europäischen Akteuren und Investoren die Möglichkeit zu geben, an der Seite lokaler Partner zu florieren.

Ich möchte jedoch noch anmerken, dass die Beziehungen zwischen Europa und der ECOWAS-Region über die reine Hilfe hinausgehen sollten. Die ECOWAS-Region muss einen selbsttragenden regionalen Energiemarkt entwickeln. Mit der Unterstützung des ECREEE und seiner Partner wurden hier bereits wichtige Meilensteine erreicht. Wir brauchen jedoch eine glaubwürdige langfristige Finanzierung durch Investoren aus Europa – und nicht nur Hilfe – und sind überzeugt, dass dies ein entscheidender Schritt für die Region wäre.

Nicht zuletzt können regionale Institutionen wie das ECREEE dazu beitragen, die Eigenverantwortung zu fördern und so eine langfristige Wirkung erzielen. Das ECREEE unterhält gute Arbeitsbeziehungen zu vielen europäischen Institutionen wie der Europäischen Union, DEVCO und so weiter und wird auch weiterhin eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Westafrika spielen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die „Go-



to-Institution“ für nachhaltige Energie in der westafrikanischen Region zu werden. Unsere Fortschritte in den letzten zehn Jahren im Hinblick auf erneuerbare und nachhaltige Technologien waren bemerkenswert und haben das ECREEE zur federführenden Einrichtung für die ECOWAS-Region im Bereich Energie gemacht.

*Welche besonderen Vorteile bietet die Freihandelszone Afrika und welche Sektoren haben das höchste nachhaltige Wachstums- und Handelspotenzial in der ECOWAS-Region?*

Derzeit bieten alle Sektoren Chancen für nachhaltiges Wachstum und Handel in der ECOWAS-Region. Das größte Potenzial bietet jedoch möglicherweise die Landwirtschaft. Sie ist der wichtigste Wirtschaftszweig in der ECOWAS-Region, trägt zu etwa 30 Prozent des regionalen BIP bei und beschäftigt 55 Prozent der Bevölkerung. Häufig ist sie die einzige Einkommensquelle von Millionen von Menschen in den ländlichen Gebieten, in denen die meisten Armen in Subsahara-Afrika leben. Das Potenzial für landwirtschaftliches Wachstum ist hier enorm. Allerdings dient die Landwirtschaft trotz ihrer Bedeutung hier nach wie vor weitgehend der Selbstversorgung und ist wenig produktiv. Die afrikanische Freihandelszone könnte den Ländern der Region einen einfachen Zugang zur globalen Wertschöpfungskette ermöglichen, was wiederum die Produktivität, das Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und einen höheren Lebensstandard in der ECOWAS-Region fördern würde.

Voraussetzung dafür wäre allerdings eine Steigerung der Infrastrukturdienstleistungen wie Energie für Herstellung, Verarbeitung und Transport von Waren und Dienstleistungen. Dieser Bereich ist in der ECOWAS-Region nicht gut entwickelt. Es wären daher hohe Investitionen erforderlich, insbesondere in die Energieversorgung in den ländlichen Gebieten, wenn die Freihandelszone den Menschen in den ländlichen Gebieten zugutekommen soll.

*Wo lassen sich Ihren bisherigen Praxiserfahrungen zufolge die besten Synergien zwischen afrikanischen und europäischen Akteuren realisieren, um schnell zu expandieren?*

Im Energiesektor gibt es eine Menge Möglichkeiten für Partnerschaften zwischen afrikanischen und europäischen Akteuren. Das Spielfeld muss jedoch für alle Akteure, ob afrikanisch oder euro-



päisch, vorteilhaft gestaltet werden, wenn es um das richtige regulatorische Umfeld in unserer Region geht. Während europäische Unternehmen Zugang zu Finanzmitteln haben, haben die afrikanischen Unternehmen einen großen Vorteil, wenn es darum geht, Geschäftsmöglichkeiten in einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit zum Nutzen der Unternehmen und der Menschen in Afrika zu ermöglichen.

*Was müssen beide Seiten mitbringen, wenn sie faire Wertschöpfungspartnerschaften eingehen wollen, um risikoangepasste Renditen zu erzielen?*

Erstens, günstige politische und regulatorische Rahmenbedingungen zur Förderung von Investitionen, Innovation und Technologietransfer und -implementierung. Zweitens, gemeinsame Wertschöpfungspartnerschaften mit fairen finanziellen Prinzipien. Drittens, Bottom-up-Ansatz für Maßnahmen.

*Wie können regionale Kooperationen verbessert werden? Gibt es gute Beispiele für den Aufbau von Industrialisierungsclustern, die für neues Geschäftswachstum genutzt werden können?*

Regionale Institutionen sind gute Modelle für eine bessere regionale Zusammenarbeit. Regionale Institutionen dienen den Interessen der Mitglieder der gesamten Region. Regionale Kooperationen wiederum ermöglichen eine harmonisierte Koordination von Maßnahmen, die sonst verstreut wären. Die ECOWAS-Region ist ein gutes Beispiel für eine seit 40 Jahren erfolgreiche regionale Zusammenarbeit, die Handel, Gesundheit und Wirtschaftswachstum für Länder und Sektoren fördert.

*Betrachten wir den Ansatz der Kreislaufwirtschaft mit Blick auf den landwirtschaftlichen Sektor, da in Afrika viel Biomasse, landwirtschaftliche Reststoffe und Abfälle anfallen – seien es landwirtschaftliche oder kommunale Abfälle oder andere. Wie lautet Ihre Empfehlung für die weitere Arbeit?*

Das ECREEE hat bereits ein Programm zur Nutzung von agroindustriellen Abfällen, einschließlich fester und flüssiger kommunaler Abfälle, namens „Cleaner Cities Initiatives“ initiiert. Im Juni 2007 haben die Staats- und Regierungschefs der ECOWAS-Region die

Bioenergie-Richtlinie und den Implementierungsplan verabschiedet. Einige der Aktivitäten zur Umsetzung der Richtlinie umfassen die Förderung der Nutzung von Biogas gemäß ECOWAS Integrated Biogas Program, das als Kreislaufwirtschaft umgesetzt wird. Das Gleiche gilt für das Biochar-System, das ebenfalls vom ECREEE initiiert wurde und den Ansatz der Kreislaufwirtschaft nutzt, um den Zugang zu Nahrungsmitteln und Energie zu verbessern und die Gesundheit und die Umwelt insbesondere für Frauen und Jugendliche zu verbessern.

Darüber hinaus arbeitet das ECREEE mit der GIZ im Rahmen des Programms Water & Energy for Food (WE4F) zusammen. Die Partnerschaft zielt auf die Dekarbonisierung der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette – Produktion und Nachernte –, die Schaffung eines günstigen Umfelds für die Verbreitung innovativer Technologien und Geschäftsmodelle im Landwirtschaftssektor, die Berücksichtigung von Genderaspekten sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite der Wertschöpfungskette sowie den Wissens- und Technologietransfer für einen belastbaren Landwirtschaftssektor in Westafrika. Diese Maßnahmen kommen zu den Programmen hinzu, die das ECREEE bereits in den Bereichen Photovoltaik und Solarthermie, Kleinwasserkraftwerke, Windenergie, Energieeffizienz, Gendergerechtigkeit und Klimawandel durchführt.



**PROF. DR. ELMAR STEURER**  
*Hochschule für angewandte Wissenschaften in Neu-Ulm*

Herr Prof. Dr. Steurer ist seit 2017 Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften. Ausserhalb der Lehre engagiert er sich in der Durchführung von Drittmittelprojekten für das Afrika-Institut der Hochschule. Diese liegen größtenteils im Bereich der Förderung von entrepreneurship in ländlichen Regionen Afrikas durch den Einsatz von dezentraler Elektrifizierung. Vor seiner Berufung an die Hochschule Neu-Ulm in 2011 sammelte er als promovierter Wirtschaftsingenieur der Universität Karlsruhe 15 Jahre Berufserfahrung in den Bereichen Finanzen, Controlling und Risikomanagement in der Automobil- und Versorgerindustrie.

Foto: Bildwerk89

# LÄNDLICHE ELEKTRIFIZIERUNG IN ENTLEGENEN GEBIETEN AFRIKAS – ERKENNTNISSE ANHAND EINES FALLBEISPIELS IN NAMIBIA

*Weltweit besitzen etwa 790 Millionen Menschen keinen gesicherten und stabilen Zugang zu Strom (United Nations Statistics Division, 2020). Vor allem Entwicklungsländer in Afrika und Südostasien haben mit dieser schwierigen Situation zu kämpfen. Hierbei wird von Energiearmut gesprochen, die sich mit immensen Folgen auf das alltägliche Leben der Menschen in diesen Regionen auswirkt (Breyer, et al., 2012). Petroleumlampen oder offene Feuerstellen werden zur Beleuchtung in privaten Haushalten genutzt. Hierdurch sind Kinder und Erwachsene oftmals giftigem Rauch ausgesetzt, der langfristig Gesundheitsschäden auslöst.*

Konsequenzen einer solchen Energiearmut sind unter anderem die Isolierung der Bevölkerung, eine notdürftige medizinische Versorgung sowie mangelhafte Möglichkeiten für Erwerbstätigkeiten und schulische Bildung. Um dieser Beeinträchtigung entgegenzuwirken, werden in den betroffenen Ländern sogenannte Off-Grid-Systeme, auch als Inselssysteme oder Mini-Grids bezeichnet, eingesetzt. (Ileka, et al., 2017) Der Ausbau des nationalen Stromnetzes ist in vielen Fällen unrentabel und führt dazu, dass autarke Off-Grid-Systeme anstelle eines Anschlusses an das nationale Netz eines Landes installiert und ausgebaut werden (Louie, 2018). Vorrangig dienen Dieselmotoren zur Grundversorgung und wurden früher aufgrund des unzureichenden technischen Stands und der hohen Kos-

ten der regenerativen Stromerzeuger als Hauptstromerzeuger eingesetzt (SMA Solar Technology AG, 2020).

Durch die stetige Optimierung der regenerativen Technologien, begleitet von sinkenden Preisen für Solarkomponenten gegenüber den Preisen von Dieseltreibstoff, erhöht sich die Eingliederung von erneuerbaren Energien in Inselnetzsysteme (Breyer, et al., 2012). Durch den Einsatz von Mini-Grids wird ein Zugang zu leistungsfähiger Elektrizität ermöglicht, ohne den eine positive wirtschaftliche Entwicklung nicht realisierbar ist. Bislang haben aber nur wenige Anwendungen von Mini-Grids die Erwartungen aus wirtschaftlicher Sicht erfüllt. Die Hauptgründe für diese Misserfolge sind auf ungeeignete oder unvollständige Geschäftsmodelle zurückzuführen

– nicht unbedingt auf die verwendete Technologie (Manetsgruber, et al., 2014). Mit anderen Worten: Die meisten Mini-Grids funktionieren wegen suboptimalen Managementkonzepten nicht richtig – insbesondere aufgrund folgender Punkte:

- Unzureichende Tarifgestaltung
- Interessenkonflikte durch konträre Ziele und Partikularinteressen der Beteiligten
- Fehlende gewerbliche Nutzung der Elektrizität, um langfristige Einkommen zu generieren

Vor diesem Hintergrund ist ein erweiterter Blick auf das Geschäftsmodell eines bestehenden Mini-Grids lohnenswert. Als Beispiel aus der Praxis dient das größte existierende Mini-Grid in Namibia in Tsumkwe. Dieses Mini-Grid ist ein Beispiel dafür, dass Mini-Grids zwar technisch und funktional perfekt gestaltet sein können, dies aber keineswegs die finanzielle Tragfähigkeit und eine mittelfristige oder gar langfristige wirtschaftliche Nachhaltigkeit gewährleistet. Die technische Effizienz und Funktionalität ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für den kommerziellen Erfolg eines Mini-Grids. Der vorliegende Beitrag stellt das existierende Konzept des Mini-Grids in Tsumkwe vor, mit dem Ziel, Ansatzpunkte für den wirtschaftlichen Erfolg eines Mini-Grids aufzuzeigen.

## **EIN REPRÄSENTATIVER SHOWCASE IN NAMIBIA: DAS MINI-GRID IN TSUMKWE**

Tsumkwe liegt im nordöstlichen Teil von Namibia. Die Entfernung zur nächsten

Stadt Grootfontein, die Zugang zur Grundversorgung bietet, beträgt 304 Kilometer. Aufgrund dieses abgelegenen Charakters und auf Basis des Namibia Rural Electricity Distribution Master Plans wird Tsumkwe als netzfernes Gebiet eingestuft. Insbesondere die hohen Anschlusskosten an das nationale Stromnetz führen dazu, dass Tsumkwe auch zukünftig von der nationalen Stromversorgung isoliert sein wird (United Nations Development Programme, 2013; Zongwe DP, Iлека H, Reuther K 2017).

Die elektrische Infrastruktur in Tsumkwe hat ihren Ursprung in der Zeit vor der Unabhängigkeit Namibias, als Tsumkwe eine Militärbasis für die südafrikanische Armee war. Zur Stromproduktion diente ein 300-Kilovoltampere-Dieselmotorgenerator. Nach der Unabhängigkeit Namibias im Jahr 1990 übernahm die Regierung die grundlegende Infrastruktur. Das System wurde im Allgemeinen schlecht gewartet. Beispielsweise wurden Reparaturarbeiten nur sporadisch ausgeführt. Als Folge davon belasteten Lecks in den Dieseltanks kontinuierlich die Umwelt. Dies wirkte sich negativ auf die Lebensbedingungen aus. Darüber hinaus führten steigende Kosten für Diesel zur Einschränkung der Stromversorgung. Ergebnis war, dass trotz einer starken Subvention des Stromtarifs durch die Regierung die Stromversorgung nur für einen geringen Teil der Bewohner zugänglich war (Tsumkwe Energy Project 2020).

Vor diesem Hintergrund prüfte die Regierung von Namibia im Jahr 2005, inwieweit ein aus Solarenergie und Diesel bestehendes hybrides Mini-Grid-Energieversorgungssystem ein praktikabler lang-

fristiger Elektrifizierungsansatz für Tsumkwe wäre. Die Nutzung von Solarenergie liegt nahe, da Namibia zu den Ländern gehört, die außerordentlich hohe Sonneneinstrahlung erhalten. Die Gemeinde wurde in die Planungsphase einbezogen und engagierte sich bei der Ausführung. Lokale Beschäftigung für den Bau war besonders wichtig, um ein Gefühl der Eigenverantwortung für die Infrastruktur zu schaffen. Darüber hinaus wurden Aufklärungskampagnen organisiert, die sich besonders darauf konzentrierten, die Gemeinde über das Projekt selbst, die Wartung der Diesellgeneratoren, Batterien und Solarmodule sowie über Maßnahmen zur Energieeffizienz zu informieren. Letzteres wurde von mehreren Informationskampagnen begleitet, welche die Bewohner unter anderem darüber aufklärten, wie sie durch energieeffiziente Maßnahmen Geld sparen können (EU Energy Initiative Partnership Dialogue Facility, 2020; Tsumkwe Energy Project 2020).

## ***VIELFÄLTIGE HERAUSFORDERUNGEN BEI DER FINANZIERUNG UND DEM BETRIEB DES MINI-GRIDS IN TSUMKWE***

Das installierte Hybrid-Mini-Netz bestand aus PV-Solarmodulen mit 202 Kilowatt peak Leistung. Die Solarkomponente wird durch den existierenden 300-Kilovoltampere-Diesellgenerator ergänzt. Zur Speicherung der elektrischen Energie diente eine Batteriebank mit einer anfänglichen Energiekapazität von 766 Kilowattstunden. Der Anteil der namibischen Regierung kam dabei vor allem der Einführung von Energieeffizienzgeräten

zugute. So wurden zum Beispiel die Haushalte mit Energiesparlampen ausgestattet (United Nations Development Programme, 2013; EU Energy Initiative Partnership Dialogue Facility, 2020).

Im Jahr 2016 stellte sich bei einer Überprüfung heraus, dass dieses System mangelhaft genutzt wird. Grund waren vorrangig Interessenkonflikte des lokalen Betreibers. Beispielsweise war dieser sowohl für den Vertrieb der Elektrizität als auch für die Durchführung von Schulungen zu Energieeffizienz zuständig. Letzteres Ziel ist tendenziell konträr zum Ziel der Umsatzmaximierung des lokalen Stromversorgers. Daher wurden die Schulungsmaßnahmen zur Energieeffizienz nicht umgesetzt. Häufige Stromausfälle aufgrund Netzüberlastung waren die Folge.

Darüber hinaus kam es zu Energiediebstahl. Daher beschloss das Ministerium für Bergbau und Energie im Jahr 2017, das Eigentum an dem System an den Central North Regional Electricity Distributor (CENORED) zu übertragen. In den folgenden Jahren baute CENORED die PV-Anlage auf 304 Kilowatt peak sowie einer Batteriekapazität auf 3.025 Kilowattstunden aus. Dies führte zu einer besseren Aufteilung der Gesamtstromerzeugung und trug zu einer erhöhten Zuverlässigkeit der Stromversorgung bei. Insbesondere besteht seitdem eine sogenannte 24/7-Elektrizitätsverfügbarkeit rund um die Uhr. Dies ist ein offensichtlicher Nutzen für die Gemeinde.

Die Europäische Kommission (75 Prozent), NamPower (14 Prozent) und der lokale Betreiber OTRC (elf Prozent) finanzierten das

Mini-Grid mit knapp drei Millionen Euro. Das Tarifsystem ist für private Haushalte und institutionelle beziehungsweise gewerbliche Kunden unterschiedlich und liegt im Durchschnitt bei etwa 2,6 NAD/Kilowattstunden (circa 0,15 Euro – Hoeck I, Steuerer E, Dolunay Ö, Iлека H, 2021). Nach dem Eigentumsübergang auf CENORED sanken die gesamten Stromerzeugungskosten auf knapp unter zwei NAD/Kilowattstunden (circa 0,11 Euro). Auf den ersten Blick erscheint der Betrieb des Mini-Grids somit profitabel. Die Einnahmen erlauben jedoch lediglich die Abdeckung der Betriebskosten, die hauptsächlich durch den Einkauf von Diesel entstehen. Die Investitionskosten sind nicht berücksichtigt. Ein wirtschaftlich tragfähiger Betrieb im Sinne einer Vollkostendeckung, das heißt einer Amortisation der Investitionskosten, ist somit nicht möglich. Verzögerungen bei notwendigen Ersatzteilbeschaffungen sind die unmittelbare Folge. Eine Erweiterung der Batteriebank ist derzeit notwendig, kann aber nicht finanziert werden.

Darüber hinaus ist das Verständnis der Gemeinde für Elektrizität und seine mögliche kommerzielle Nutzung nach wie vor gering. Zur Verbesserung der derzeitigen Situation, wird an der Strukturierung eines klaren Geschäftsmodells gearbeitet. Insbesondere kann der Ansatz des Key-Maker-Modells vielversprechend sein. Nach diesem Modell integriert der Betreiber einen Ankerkunden, der von der lokalen Gemeinde bezogene Zulieferprodukte, insbesondere aus dem Agrarbereich, mit Energie aus dem Mini-Grid verarbeitet und schließlich die Endprodukte an Kunden in städtischen Gebieten verkauft. Die Etablierung produktiver Anwendungsfälle wird

sich die Armut lindern lassen. Mit steigendem Einkommen der Gemeinde lässt sich ein besseres kostendeckendes Tarifsystem für den Betreiber des Mini-Grids einrichten. Ein weiterer vernachlässigter Schlüsselaspekt ist die Schulung nicht nur der Bevölkerung, sondern auch des technischen Personals, um das System langfristig richtig warten zu können. Eine systematische Ausbildung für Gemeindeglieder trägt neben der Schulung für das technische Personal dazu bei, vor Ort von Anfang an produktive Anwendungsfälle zu entwickeln.

## **ERKENNTNISSE UND EMPFEHLUNGEN**

Die Entwicklung und Implementierung von mit Solarstrom betriebenen Mini-Grids ist ein schönes Beispiel für das Leapfrogging. Als Leapfrogging wird allgemein das Überspringen von einzelnen Stufen im Laufe eines Entwicklungsprozesses bezeichnet. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit lässt sich das Phänomen des Leapfroggings häufig beobachten – typischerweise bedingt durch die äußeren Umstände. Der positive Effekt besteht darin, dass Innovationen die Lebensqualität in einem Land oder Region erheblich verbessern, wobei ineffiziente sowie umweltschädliche Zwischenstufen der vorhergehenden Entwicklungsschritte ausgelassen werden. Die Errichtung dezentraler Mini-Grids ist ein anschauliches Beispiel, wie der direkte Übergang zur Nutzung von erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung ohne den Zwischenschritt über fossile Brennstoffe erreicht wird.

Die Gestaltung eines Tarifsystems, das sowohl kostendeckend als auch sozialverträglich ist, gehört zu den größten Herausforderungen für den erfolgreichen Betrieb eines Mini-Grids. Die repräsentativen Erfahrungen durch das Mini-Grid in Tsumkwe legen nahe, die Tarife auf nationaler Ebene zu steuern und zu gestalten. Vorbild kann hierbei das Erneuerbare-Energien-Gesetz Deutschlands sein. Analog zur Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien durch eine Umlage der Investitionskosten auf alle Stromverbraucher, ist es denkbar, die Differenz zwischen einem die Investitionskosten berücksichtigenden, betriebswirtschaftlich sinnvollen Strompreis und einem sozialverträglichem Tarif als Umlage auf die Stromkonsumenten in urbanen Gebieten umzulegen. Die sich für urbane Verbraucher ergebende Strompreiserhöhung wird marginal sein – der Nutzen für die ländliche Bevölkerung und den entsprechenden Betreiber\*innen von Mini-Grids ist dagegen sehr hoch.

## Literatur

Breyer, C. et al., 2012. [www.reiner-lemoine-institut.de](http://www.reiner-lemoine-institut.de), PV-basierte Inselnetze zur Elektrifizierung in Entwicklungsländern. [Online] Available at: [https://reiner-lemoine-institut.de/wp-content/publications/0\\_PVbasierte\\_Inselnetze/cdwstiftungsverbund\\_rli\\_abschlussbericht\\_de\\_130528-2.pdf](https://reiner-lemoine-institut.de/wp-content/publications/0_PVbasierte_Inselnetze/cdwstiftungsverbund_rli_abschlussbericht_de_130528-2.pdf) [Zugriff am 12. November 2020].

EU Energy Initiative Partnership Dialogue Facility, 2020.

Hoeck I, Steurer E, Dolunay Ö, Ileka H, 2021. Challenges for off-grid electrification in rural areas. Assessment of the situation in Namibia using the examples of Gam and Tsumkwe (Manuscript submitted for publication)

Ileka, H., Zongwe, D. & Reuther, K., 2017. [www.papers.ssrn.com](http://www.papers.ssrn.com), Rural Electrification with Hybrid Mini-Grids: Finding an Efficient and Durable Ownership Model. [Online] Available at: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=2937402](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2937402) [Zugriff am 28. November 2020].

Louie, H., 2018. Off-Grid Electrical Systems in Developing Countries. s. l.: Springer International Publishing AG. ISBN 978-3-319-91890-7.

Manetsgruber, D./ Steurer, E./Wagemann, B. (2014): Risk Mitigation for Mini-Grids by using the PUMA concept as an appropriate business model, Discussion paper, Alliance for Rural Electrification (ARE), Brussels [http://www.ruralelec.org/fileadmin/DATA/Documents/06\\_Publications/Newsletters/Newsletter\\_mini-grids/Risk\\_Mitigation\\_by\\_PUMA.pdf](http://www.ruralelec.org/fileadmin/DATA/Documents/06_Publications/Newsletters/Newsletter_mini-grids/Risk_Mitigation_by_PUMA.pdf)

SMA Solar Technology AG, 2020. [www.sma.de](http://www.sma.de), Solare Insel- und Backup-Versorgung. [Online] Available at: <https://files.sma.de/downloads/IN-SELVERSOR-ADE103512W.pdf>

United Nations Development Programme, 2013. [https://www.na.undp.org/content/namibia/en/home/library/environment\\_energy/off-grid-energisation-master-plan-for-namibia.html](https://www.na.undp.org/content/namibia/en/home/library/environment_energy/off-grid-energisation-master-plan-for-namibia.html).

Tsumkwe Energy Project 2020. <http://www.tsumkweenergy.org/project-Prozent20reports/flyer-Prozent203/> (online)

Zongwe DP, Ileka H, Reuther K, Rural Electrification with Hybrid Mini-Grids, 2017: Finding an Efficient and Durable Ownership Model





Abbildung 1: Tsumkwe, Namibia, Solarmodule des Mini-Grids



Abbildung 2: Tsumkwe, Namibia, Inverter des Mini-Grids





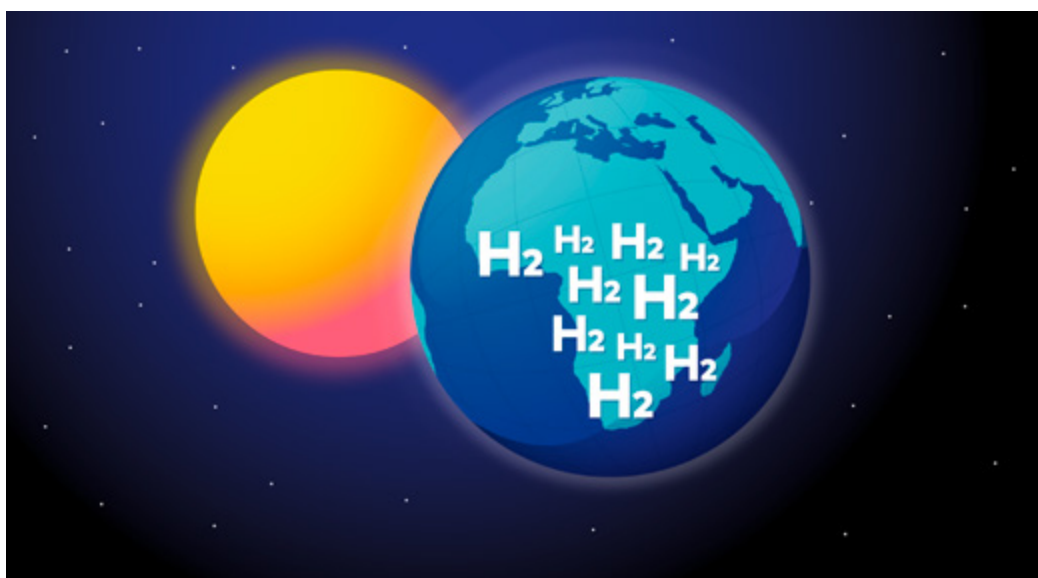
## ***DAS ONLINE-MAGAZIN DES BDEW***

Wie lässt sich die Energiewende gestalten? Welchen Herausforderungen müssen sich die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft stellen? Und welche Schritte geht die Branche auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft? Das BDEW-Magazin „Zweitausend50“ gibt Antworten auf diese Fragen. In Reportagen, Interviews, Portraits und Nachrichtenbeiträgen. Mal analytisch, mal unterhaltsam. Zum Nach- und Mit- und Weiterdenken. Auf dem Weg in das Jahr, in dem Deutschland klimaneutral sein wird: Im Jahr Zweitausend50

*Foto: BDEW*

# GRÜNER WASSERSTOFF AUS AFRIKA MIT TECHNIK AUS DEUTSCHLAND

*Die EU brauche Energieimporte aus Afrika. Dieser Export nach Deutschland dürfe jedoch nicht zulasten der erneuerbaren Energieversorgung vor Ort gehen, sagt der BDEW. Am Rande des Atlasgebirges entsteht nahe Ouarzazate die erste industrielle Anlage für grünen Wasserstoff in Afrika, die ihren Strom von einem der größten Solaranlagen der Welt, dem Noor-Kraftwerk, bezieht.*



*Illustration: Robert Albrecht – BDEW*

Woher soll der ganze grüne Wasserstoff kommen, den Europa bis 2050 braucht? Zum Teil aus Afrika: Ein Potenzialatlas ist in Arbeit. Wenn alles nach Plan läuft, wird Europa bis 2050 riesige Mengen an grünem Wasserstoff brauchen – mehr, als alle Mitglieder zusammen bis dahin produzieren können. Deshalb sucht Deutschland schon heute nach Partnern für die Wasserstoff-

herstellung mit erneuerbarer Energie, unter anderem in Afrika. Die Bedingungen für grünen Strom sind in vielen afrikanischen Ländern günstig: lange Sonnenscheindauer, thermische Winde und genügend Flächen, um Solarparks und Windräder aufzubauen. Außerdem wächst die Bevölkerung dort stetig, die Industrialisierung nimmt weiter zu und damit auch der Energiebedarf. Der

Aufbau einer grünen Energiewirtschaft vor Ort leistet also auch einen wichtigen Beitrag dazu, dass diese Länder ihre Klimaziele erreichen können.

## **EXPORT NUR VON „ZUSÄTZLICHEM“ WASSERSTOFF**

Die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung sieht dafür ausdrücklich vor, dass der Export von grünem Wasserstoff nach Deutschland „zusätzlich“ zu sein hat, also nicht zulasten der häufig unzureichenden erneuerbaren Energieversorgung vor Ort geht. So gut wie alle afrikanischen Länder haben Ökostromquoten, die weit unter der Schwelle liegen, ab der die Produktion von grünem Wasserstoff Treibhausgase einsparen würde. Der Anteil der Haushalte, der überhaupt Zugang zur Stromversorgung hat, ist niedrig.

Eine Ausnahme ist Marokko: Dort ist mit deutscher Unterstützung eines der größten Solarkraftwerke der Welt entstanden. Mit einem Teil des Sonnenstroms soll künftig Wasserstoff produziert werden, dafür wird dort gerade die erste großtechnische Anlage für die Produktion von grünem Wasserstoff in Afrika gebaut.

## **DIE SUCHE NACH KANDIDATEN**

Die Suche nach weiteren Partnern läuft: Südafrika ist ein Kandidat. Das Land am Kap der guten Hoffnung hat seit 2007 eine nationale Plattform für Wasserstofftechnik; im Sommer 2020 wurde eine Roadmap angekündigt, um die Herstellung, Umwandlung und Nutzung von

Wasserstoff voranzutreiben. Südafrika verfügt über erhebliche Steinkohlereserven und auch über das Know-how, daraus kostengünstig Wasserstoff zu extrahieren. Der wäre allerdings alles andere als grün und in Europa kaum verkäuflich. Wind- und Solarenergie wurden bisher eher vernachlässigt, das Potenzial dafür ist aber mit vielen Sonnenstunden und langen Küsten für Offshore-Windanlagen enorm.

Auch in der Demokratischen Republik Kongo hat sich Deutschland schon einmal umgesehen: Dort ist am Fluss Kongo ein gigantisches Wasserkraftwerk mit einem Potenzial von 11.500 Megawatt geplant. Der Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin Günter Nooke nimmt für sich in Anspruch, als erster auf die Idee gekommen zu sein, dort grünen Wasserstoff herzustellen. Die Umwelt- und Sozialverträglichkeit werde als sehr hoch eingeschätzt, müsse aber noch genauer untersucht werden.

## **ORIENTIERUNG FÜR INVESTOREN**

Um Investoren in Zukunft bei solchen Untersuchungen zu unterstützen, hat das Bundesforschungsministerium bereits 2019 den Anstoß für das Projekt „H<sub>2</sub> ATLAS-AFRICA“ gegeben. Das Forschungszentrum Jülich analysiert darin die Machbarkeit von Wasserstoffprojekten in 31 afrikanischen Ländern der Subsahara-Region. Neben der Verfügbarkeit von Sonne, Wind und Wasser geht es für den Atlas auch um die Wirkung von Investitionen auf die nachhaltige Entwicklung vor Ort. Deutsche und afrikanische Unternehmen können mit dem Atlas „Hot-

spots“ erkennen, an denen der Aufbau einer Produktions- und Transportinfrastruktur für grünen Wasserstoff wirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoll ist. Erste Ergebnisse liegen seit dem Frühjahr 2021 vor, der komplette Atlas soll bis Ende 2021 veröffentlicht werden.

## **KLIMASCHUTZ „MADE IN GERMANY“**

Aus deutscher Sicht geht es beim Wasserstoffengagement in Afrika sogar um noch mehr als Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Entwicklung vor Ort. Wie Bundesforschungsministerin Anja Karliczek zum Start des H<sub>2</sub>-ATLAS-AFRICA-Projektes schrieb, wolle man „gemeinsame Vorhaben mit Vorbildcharakter“ umsetzen. So sollen in Afrika „Schaufenster“ entstehen, die Klimaschutztechnologie „made in Germany“ zum neuen Markenzeichen Deutschlands machen.

Quelle: BDEW-Magazin Zweitausend50, 25.01.2021



**TORSTEN SCHREIBER**  
**Gründer und Vorstand der Africa GreenTec AG**

Torsten Schreiber ist Founder und CEO der Africa GreenTec AG.

*Foto: Africa GreenTec AG*

# AFRICA GREENTEC: STROM IST DER ANFANG VON ALLEM

Wir stehen in der heißen Sonne Afrikas, als wir unseren Kunden Nassou Oumar im malischen Dorf Djoliba treffen. Ein fröhlicher, aber auch seriöser Geschäftsmann, der uns stolz von seinen letzten Erfolgen erzählt.

„Ohne Strom sind meine Ideen nicht umsetzbar, Strom ist der Anfang von allem“, meint Nassou. „Durch Strom konnte ich meine Produktivität um 70 Prozent steigern und dann ein Restaurant eröffnen. Allein im Restaurant habe ich sechs Mitarbeiter angestellt. Ich möchte dem Dorf helfen, indem ich Unternehmen gründe und Arbeitsplätze schaffe“, sagt er über seine Motivation.

Nassou Oumar ist aufgrund der Arbeit von Africa GreenTec selbst Unternehmer und weiß, was es heißt, unabhängiger und selbstbestimmter zu leben. Vor zehn Jahren war er bereits in Marokko und wollte nach Europa, um seine Lebensträume zu erfüllen. „Wenn mir heute jemand anbieten würde, nach Paris zu ziehen, würde ich es ablehnen – ich habe ja alles hier!“

Als Pionier für solare Mini-Grids auf dem afrikanischen Kontinent entwickelt, projiziert und baut Africa GreenTec seit 2016 eigene ImpactSites®, nachhaltige und holistische Systemlösungen. Dadurch werden ganze Dorfgemeinschaften mit Strom, Kühlketten, Internet, Wasserpumpen und Trinkwasser

versorgt – alles autark und durch Solarenergie betrieben.

Der Solartainer® ist das Herzstück der ImpactSite und erzeugt Strom, der über ein Mini-Grid an die Kunden im Dorf geliefert wird. Das Prinzip ist ähnlich wie in Deutschland, wo Strom von Kraftwerken und beispielsweise Solaranlagen über das Stromnetz den Verbraucher erreicht. In den autarken Mini-Grids von Afrika GreenTec sind die Dimensionen kleiner, die Technik jedoch intelligenter. Über die Smart Meter können die einzelnen Haushalte Prepaid-Tarife abrechnen und über Fernwartung wird das System gesteuert und überwacht.

Africa GreenTec ist als nachhaltige Marke und zuverlässiger Partner inzwischen in ganz Afrika bekannt. Wir haben in Mali und im Niger gezeigt, was wir insbesondere in Krisenregionen leisten können. Inzwischen kommen Unternehmen und Regierungen selbständig auf uns zu, um ganze Regionen durch nachhaltige Energielösungen mit Strom zu versorgen.

Die Africa GreenTec Gruppe übernimmt die gesamte Wertschöpfungskette für die sogenannten ImpactSites. Lokale Tochtergesellschaften der Africa GreenTec AG betreiben die Anlagen und refinanzieren Investitionen durch den Verkauf von Strom,



Internetkühlung und Maschinen an die Kunden vor Ort.

Die Dörfer, die wir mit ImpactSites ausstatten, haben einen Finanzierungsbedarf von etwa 500.000 Euro. Nach zehn bis 15 Jahren sind die Assets abbezahlt, die Sonne scheint weiter und Einnahmen können langfristig durch qualitativ hochwertige Komponenten erwirtschaftet werden.

Durch die lokalen Mitarbeiter, die mit der Sprache und Kultur vertraut sind, begegnen wir den Menschen auf Augenhöhe. Dies ist ein zentraler Erfolgsfaktor der Arbeit. Zudem setzen wir modernste Technik ein, die oft selbst europäische Standards übertrifft. Durch Smart Meter und Digital-Bil-

ding-Lösungen sind wir in der Lage, einen sicheren und transparenten Zahlungsverkehr abzuwickeln, um so den langfristigen Betrieb und die Instandhaltung sicherzustellen – aus unserer Sicht ein zentraler Vorteil gegenüber vergleichbaren Plug-and-Play-Lösungen.

Nach unserer Erfahrung ist die Friedensförderung in Krisengebieten nur nachhaltig möglich, wenn der Bevölkerung wirkliche Alternativen zum Konflikt angeboten werden. Mit dem innovativen Konzept der ImpactSite, liefern wir diese Alternative und bieten außerdem eine Plattform an, um weitere Produkte und Dienstleistungen zu integrieren.



Foto: Africa GreenTec AG





**NICOLAS ROHRER**

***Gründer und Geschäftsführer von Asantys Systems GmbH***

Nicolas Rohrer ist Geschäftsführer bei Asantys Systems GmbH. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Paris, war er zunächst beim Bundesverband Solarwirtschaft in Berlin und anschließend bei der Solar 23 GmbH als Vertriebsleiter Afrika beschäftigt, bevor er zu Asantys Systems kam.

*Foto: Asantys*

# „DAS INTERESSE INTERNATIONALER INVESTOREN AM MINIGRID-BEREICH IN AFRIKA WÄCHST STETIG.“

*In Afrika leben viele Menschen in abgelegenen Regionen ohne Zugang zu elektrischem Strom und damit auch unter eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten. Solare Dorfstromversorgungen sind eine günstige und nachhaltige Lösung, um einzelne Siedlungen mit sauberem Strom zu versorgen und können so ähnliche Stromversorgungsqualität in puncto Sicherheit und Komfort wie das öffentliche Netz bieten – oder zum Teil bessere. Aber auch in den Städten und Regionen mit existierender Stromversorgung können solare Stromversorgungssysteme für eine saubere, billigere und konstante Energiebereitstellung sorgen.*

So können dreckige Dieselgeneratoren abgeschaltet werden und Versorgungssicherheit über Batteriebackupsysteme gewährleistet werden. Als soziales Unternehmen verfolgen wir nicht nur kommerzielle Ziele, sondern wollen eine Revolution der erneuerbaren Energien in Afrika erreichen, die saubere, sichere und bezahlbare Energie für alle bereitstellt. Nur wenn wir wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedürfnisse ganzheitlich verstehen und lokale Partner einbeziehen, können unsere Aktivitäten die Welt gerechter und zukunftsfähiger gestalten (Umweltverschmutzung, soziale Ungerechtigkeit, Gesundheitsversorgung, Armutsbekämpfung, Bildungschancen, Vermeidung von Landflucht et cetera).

## **HERAUSFORDERUNGEN**

Was wir nach mehr als elf Jahren im Geschäft und Projekten in mehr als 50 Ländern gelernt haben, ist: Jeder Markt ist anders und jedes Projekt hat seine eigenen speziellen Anforderungen. Meist sind Finanzierung, regulatorische oder politische Hürden und die stete Konkurrenz an billigen Produkten aus Asien ein Problem, aber dazu bedarf es oftmals noch aufwendiger Schulungen für Installateure und Betreiber, um die Systeme auch langfristig betreiben zu können und die herausfordernde Logistik von Einfuhr bis zur Installation verlangen gute Nerven. Hinzu kommen die individuellen Bedürfnisse der Kunden und die Vielzahl an komplexen Möglichkeiten, um optimale

Solarsysteme bereitzustellen, was für jedes Projekt eine genaue Betrachtung verlangt.

Asantys hat über die Zeit viel Expertise und gute Partnerschaften mit lokalen Installateuren sowie internationalen Herstellern und Finanzieren aufgebaut, um den Kunden viele dieser Herausforderungen abzunehmen. Generell ist bei diesen Projekten ein langer Atem gefordert und daher ist es umso wichtiger, sich auf seine Partner verlassen zu können.

## **ANWENDUNGEN**

Bei Dorfstromversorgungssystemen sehen wir in den letzten Jahren einen Trend von einzelnen Pilotprojekten zu großen staatlichen Elektrifizierungsprogrammen. So haben wir im Jahr 2019 20 solare Energiecontainer nach Sierra Leone geliefert und sind aktuell in einem Programm im Senegal für die Lieferung und Installation der Energieversorgung von mehr als 120 Dörfern verantwortlich. Auf der anderen Seite gibt es mehr und mehr Bestrebungen von Hotels, Supermärkten, Industrien und anderen Gewerbetreibenden, die eigene Energieversorgung günstiger, sauberer oder sicherer zu machen, um das eigene Geschäft zu stärken.

## **ZUKUNFT**

In den afrikanischen Märkten sehen wir eine energiehungrige Bevölkerung, die aufgrund des Wirtschaftswachstums mit niedrigen Elektrifizierungsraten in ländlichen Gebieten und mit einer unzuverlässigen, teuren und

umweltschädlichen Energieversorgung in netzgebundenen Gebieten kollidieren. Während die Produktionskosten für solar erzeugte Energie in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken sind, wächst das Interesse internationaler Investoren am Minigrid- und C&I-Bereich in Afrika stetig. Der Klimawandel erlaubt kein Wachstum mit nicht nachhaltiger Energieproduktion und wir glauben, dass wir dazu beitragen können, das riesige Potenzial der erneuerbaren Energien in unseren Märkten zu erschließen. Unsere Reise hat gerade erst begonnen!



*Asantys Energie-Container installiert als Dorfstromversorgung von PowerGen in einem Dorf in Sierra Leone. Foto: Michael Duff – InfraCo*



**KARL BENNO NAGY**  
***CEO und Gründer der Kabena GmbH***

Karl Benno Nagy ist CEO und Gründer der Kabena GmbH. Der visionäre Unternehmer aus Leidenschaft verwirklicht mit Kabena seine Ziele einer besseren Welt und zirkulierenden Wirtschaft – stets orientiert an den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen. Mit seinem kleinen Team und einem starken Netzwerk ist Nagy ein erfolgreicher „Werte-Ingenieur“ in den Bereichen Sustainable Infrastructure, Impact Investing, Primary Materials, Digitalization und Start-up-Funding.

*Foto: Kabena Group*

# PLANTBLUE – HOMA BAY BIOGAS

***Aus einer lebensbedrohlichen Gefahr entsteht eine Quelle für endlose, saubere Energie sowie organischen Dünger, während unser Planet dekarbonisiert wird.***

Afrika ist nach wie vor ein herausfordernder Wirtschaftsstandort. Die geografische Komplexität, eine fragmentierte Infrastruktur, sowie schwankende Märkte und politische Unsicherheiten sind nur einige, wenn auch maßgebliche Faktoren dafür. Unternehmen und Investoren jeglicher Größe sollten aber gerade deswegen dem heutigen Afrika einen besonderen Platz in ihrer Wachstumsstrategie und Wertschöpfung geben. Mängel oder Probleme sollten weniger als solche gesehen werden, sondern vielmehr als Chancen zur positiven Veränderung. Bieten Regierungen keine nachhaltigen Lösungen an, kann die internationale Wirtschaft sich der Möglichkeiten annehmen, insbesondere wenn es um die erheblichen infrastrukturellen Lücken Afrikas geht.

In Bezug auf Schlüsselmaßnahmen wie den Pro-Kopf-Stromverbrauch sowie die Schienen- und Straßendichte ist der afrikanische Kontinent vergleichbar mit den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), wobei die Qualität des Stromnetzes besonders ausschlaggebend ist. Es ist die größte Hürde für Unternehmen, sich in solch infrastrukturarmen Regionen überhaupt etablieren zu können. Elektrizität ist im Leben einer Volkswirtschaft eben wie Blut

in unseren Adern. Eigenständig, ohne nationale Unterstützung die Sicherheit einer zuverlässigen Stromzufuhr zu gewährleisten, gestaltet sich sehr kostenintensiv – und das in allen Geschäftsfeldern. Unabhängig von der Unternehmensgröße sind alle betroffen. Deshalb unterhalten viele dieser Unternehmen eigene Generatoren als Backup und müssen die damit einhergehenden, teils immensen Kosten tragen. Solch erzeugter Strom kann drei- bis sechsmal teurer sein als der des nationalen Stromnetzes; und umweltfreundlich ist es allemal nicht.

Es herrscht zudem enorme Asymmetrie zwischen den Regionen Afrikas bezogen auf Stromnetze. Während die Länder Nord- und Südafrikas relativ gut versorgt sind, beträgt der Pro-Kopf-Stromverbrauch Äthiopiens, Nigerias sowie Kenias im Vergleich weniger als ein Zehntel des BRIC-Staaten-Durchschnitts. In Mali verbraucht ein normaler Haushalt weniger Strom pro Jahr als ein Londoner täglich zur Zubereitung seines Tees. Südlich der Sahara haben fast 600 Millionen Menschen überhaupt keinen Zugang zu Elektrizität. Diese Gemeinden sind also keiner anderen Wahl ausgesetzt, als die Hälfte ihres Lebens in Dunkelheit zu verbringen.



## **GANZHEITLICHER ANSATZ GEHT ÜBER SELBSTVERSORGUNG HINAUS**

Nur indem über die alleinige Selbstversorgung hinausgedacht wird, können ganzheitliche Lösungen geschaffen werden, die diesen Menschen eine Basis geben, auf der ihr Lebensstandard stabilisiert und ein nachhaltiges Wachstum ermöglicht wird. Langfristiger Wohlstand bedeutet Fokus auf individuelle Bedürfnisse lokaler Gemeinschaften und Ökosysteme.

Angesichts Afrikas infrastruktureller Bedürfnisse, nutzt das Team Thika Way (Thika Way Investment Ltd.) – zusammengesetzt aus deutschen Ingenieuren (Petschow + Thiel Projektmanagement GmbH), finanziellem Know-how (Kabena GmbH) und sozialer Expertise (Mary Wangui Horst) – die Gelegenheit, in Kenia erneuerbare Energie großflächig zu etablieren. Demzufolge lag der Bau von Solaranlagen sowie Windrädern nahe. Es war ein bedeutender Schritt zur Entlastung der lokalen Infrastruktur, die seit jeher dem enormen Druck einer rapide wachsenden Bevölkerung unterliegt. Während der Entwicklungsphase stieß das Team auf eine einzigartige Entdeckung, faszinierend und fürchterlich zugleich. Es sieht aus wie eine Wiese, ist aber der Viktoriasee – der größte Süßwassersee Afrikas beziehungsweise der zweitgrößte der Welt. Millionen von Wasserhyazinthen, freischwimmend und eng miteinander verflochten, bedecken nahezu den kompletten See. Die Auswirkungen dieser grünen Invasion auf das dortige Leben sind fatal. Der See und seine Biodiversität sterben und damit auch die Lebensgrundlage der

dort lebenden Menschen. In Anbetracht der Größe ist dessen Rettung eine länderübergreifende Mission und Herausforderung zugleich. Was hat es also mit dieser Pflanze auf sich?

Außerhalb ihres natürlichen Habitats im Amazonasbecken gilt diese Pflanze als sehr invasiv und ist mittlerweile zu einer großen Bedrohung für Mensch und Umwelt geworden. Abwasser aus Industrie und Haushalt sowie chemische Düngemittel aus der Agrarwirtschaft werden unbehandelt im See entsorgt und beschleunigen die Ausbreitung der ohnehin schon schnell vermehrenden Superpflanze explosionsartig.

Der Viktoriasee ist ein Paradebeispiel für die weitreichenden, zerstörerischen Folgen einer solchen Invasion. Als definierendes Element wirtschaftlicher und sozioökonomischer Systeme, beeinflusst der See die Lebensbedingungen nicht nur lokal und regional, sondern auch grenzüberschreitend. So hat diese Situation erhebliche Auswirkungen auf das gesamte ostafrikanische Klima.



*Lake Victoria, Kenia. Foto: Kim Siegal*

Erstmals ist die Wasserhyazinthe 1982 im Viktoriasee gesichtet worden und bedeckt derzeit einen Großteil der gesamten Wasseroberfläche. Aufgrund von Gezeitenströmungen, Winden und engen Buchten des Winam-Golfs kommen die meisten Wasserhyazinthenmatten an der kenianischen Küste vor, hauptsächlich in den Landkreisen von Homa Bay und Kisumu. Sie entziehen dem See Sauerstoff beziehungsweise verhindern die Synthese neuen Sauerstoffs dadurch, dass Licht vor der Penetration des Wassers blockiert wird. Zudem werden durch den Zerfall toter Pflanzen die zuvor gebundenen Nähr- und Schadstoffe sowie giftige Gase freigesetzt – mitunter auch Treibhausgase – freigesetzt. Der dadurch entstandene CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird jährlich auf einige Millionen Tonnen geschätzt. Es bedeutet die Eutrophierung des Sees und den Tod jeglicher Artenvielfalt. Der Kaskadeneffekt zieht Lebensmittelknappheit, Verlust von Arbeitsplätzen und Schifffahrtsaktivitäten sowie größere Präsenz tödlicher Krankheiten mit sich, um nur die gravierendsten Effekte zu nennen.



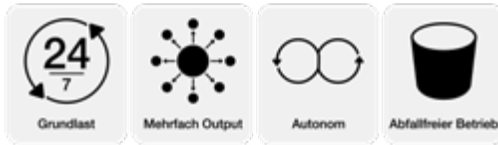
Es ist daher nicht schwierig zu erkennen, dass die Präsenz der Wasserhyazinthe seit mehr als drei Jahrzehnten ein Dorn im

Auge der Region ist. Leider haben jegliche Beseitigungsversuche der vergangenen Jahrzehnte kein nennenswertes Ergebnis bewirkt. Jedoch steckt in jedem Unglück eine mindestens gleich große Chance. Deshalb verließ Thika Way ihr Solar- und Windgeschäft, um anstelle des Schritts den Sprung zu wagen.

## **PERSPEKTIVE WECHSELN, PROBLEM ZUR LÖSUNG MACHEN**

Manchmal muss man nur die Perspektive wechseln, um eine Situation radikal zu verändern. So erkannte Thika Way das wahre Potenzial der Wasserpflanze, und zwar als Quelle für nahezu unerschöpfliche erneuerbare Energie und organischen Düngers. Anstatt die Pflanze auf festem Grund zu entsorgen und verderben zu lassen, ist es möglich, ihr energetisches Potenzial in Form von Biogas zu nutzen. Neben sauberer Energie und organischem Dünger wird Biogas zum Kochen abgefüllt, genügend Trinkwasser für Arbeiter und Gemeinden aufbereitet, CO<sub>2</sub>-Zertifikate zum Ausgleich des Klimawandels werden generiert und viele direkte sowie indirekte Arbeitsplätze geschaffen. Das Biogaskraftwerk ist ein de facto ganzheitliches, nachhaltiges System, das die Lebensqualität bei gleichzeitig hohen wirtschaftlichen Erträgen verbessert. Es ist der Grundbaustein zur Stabilisierung und Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft, sowie des Ökosystems. Homa Bay Biogas wurde geboren.

Entgegen anderen nachhaltigen Energieanlagen wie Solar- und Windkraftwerken,



erzeugt dieses auf Biogas basierende Kraftwerk Grundlastenergie. Es ist daher unabhängig von Wetterbedingungen sowie umweltbelastenden Anlagen zur Speicherung überschüssiger Energie wie Batteriedepots. Saubere Energie ist rund um die Uhr verfügbar und kann bei Bedarf bezogen werden. Zudem ist das System durch die modulare Beschaffenheit in diversen Regionen der Welt einsetzbar.

Zur zeitgemäßen Unterstützung der Regierungsinitiative „Kenya Vision 2030“ sowie den selbst gesetzten Zielen kenianischer Landkreise wird Biomasse rein aus Abfällen verwendet. Gewöhnlich werden Lebensmittel wie Mais mit der Herstellung von Biogas in Verbindung gebracht, was oft zu moralischer Dissonanz führt und gegenüber einer zum Teil hungernden Welt nicht vertretbar ist. Die Wasserhyazinthe ist jedoch eine Pest und kann zusammen mit Bagasse und einigen weiteren biologischen Abfällen Kenia zum regionalen Führungsland in Sachen erneuerbare Energie machen und damit einen ersten Schritt in die Kreislaufwirtschaft bedeuten.

Aus der übriggebliebenen Biomasse und dem Gärrest werden hochwertiger organischer Dünger hergestellt, der lokalen Landwirten zur Verfügung gestellt wird, um die Erträge zu steigern und Ackerböden zu entlasten. Zudem ist organischer Dünger derzeit der einzig effizient wirksame Weg, erodiertes Ackerland zu

heilen und wieder fruchtbar zu machen. Dadurch werden Feuchtgebiete rund um den Viktoriasee wiederhergestellt, die als natürliche Filter zum Schutz vor künstlich verursachter Verschmutzung funktionieren. Es wird geplant Arbeitsfahrzeuge beispielsweise mit den Restbeständen von Biogas zu betreiben und zu guter Letzt vervollständigt die Rückführung von Flüssigkeitsrückständen innerhalb des Fermentationsprozesses den ökologisch nachhaltigen Kreislauf der Anlage.

Der Masterplan lautet, alle 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen mehrfach zu erfüllen. Nachdem Homa Bay Biogas wirtschaftlich gemacht geworden war, dachte Kabena über die Dinge im Leben nach, die am meisten zählen. Um ein solch diverses und dynamisches Thema zu quantifizieren, wurde die geeignetste Messung zu Hand genommen: die 17 SDGs (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen.

Das UNIDO-Büro für Investitions- und Technologieförderung (ITPO – Investment and Technology Promotion Office) in Deutschland unterstützt Investoren und Unternehmen bei der Förderung des Technologietransfers aus Deutschland in Entwicklungs- und Schwellenländer. Agrarwirtschaft und nachhaltige Energieversorgung sind Hauptbereiche ihrer Arbeit. Sie unterstützen Homa Bay Biogas und bestätigen es als integrativen sowie nachhaltig industriellen und landwirtschaftlichen Beitrag zur Entwicklung. Darüber hinaus sieht UNIDO Homa Bay Biogas im Einklang mit allen SDGs und erklärt es als mehrgleisiges Impact Investment in Kenia.

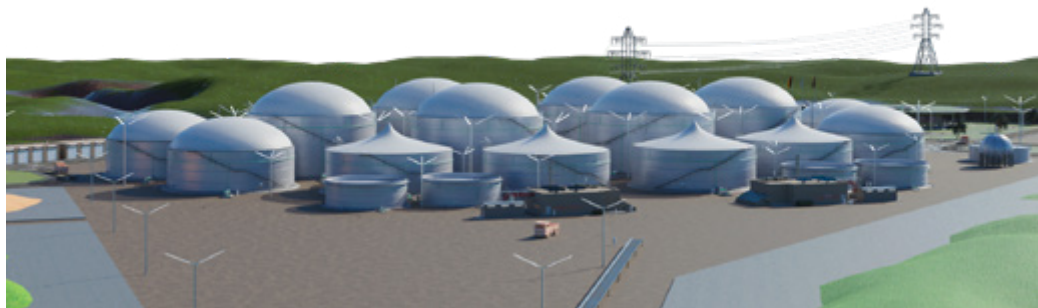


Foto: Kabena

Während die 17 Ziele hauptsächlich in soziale und ökologische Bereiche unterteilt werden können, sind die Umweltauswirkungen von Homa Bay Biogas relativ einfach zu erkennen: Entlastung des Wasserhyazinthenbefalls des Sees, wodurch der Gehalt an gelöstem Sauerstoff erhöht wird und letztendlich Biodiversität und Ökosphäre wiederhergestellt werden. Weniger Wasserhyazinthen im See bedeuten gleichzeitig auch deutlich weniger ausgestoßene Treibhausgase – und das in einer Skala von hunderttausenden von Tonnen CO<sub>2</sub>, um nur ein umweltschädliches Gas als Beispiel zu nennen. Weiterhin wird das Unkraut zur wertvollen Quelle für unter anderem saubere Energie sowie organischen Dünger, während unser Planet dekarbonisiert wird.

## **SOZIALE PERSPEKTIVE IM BLICK BEHALTEN**

Die sozialen Veränderungen sind hingegen etwas schwieriger zu durchblicken, obwohl sie ebenso wichtig sind. Beispielhaft dafür ist die Gleichstellung der Geschlechter, die Förderung qualitativ hochwertiger Bildung, einfach die Verbesserung von Lebensgrundlage und Wohlstand im Allgemeinen.

Das Auftreten und die enorme Ausbreitung der Wasserhyazinthe führten bei vielen Menschen zur Arbeitslosigkeit. Direkte Arbeitsplätze wie Fischer, Reedereien, Transportunternehmen sowie indirekt abhängige Arbeitsplätze verschwanden und ließen Hunderte ohne Einkommen zurück. Doch die diversen Beschäftigungsmöglichkeiten von Homa Bay Biogas fangen diesen Menschen wieder auf.

Die Arbeit im Werk ist sehr vielfältig und bietet deshalb Funktionen und Arbeitsbereiche, die unabhängig von körperlicher Stärke auch für Frauen zugänglich sind. Schlüsselpositionen sowie Vertreter des Unternehmens und des Projekts, wie zum Beispiel Gemeinde-, Verwaltungs- und Beschaffungsmanagement, werden an jedem Projektstandort auch von Frauen besetzt sein, da die Qualifikation dafür durch allgemeine und berufliche Bildung erreicht wird. Sofern die Qualifikation weiblicher Kandidaten die der männlichen gleicht, werden führende Positionen vorrangig an Frauen vergeben. Schließlich verdienen alle in vergleichbaren Arbeitsbereichen den gleichen Lohn und haben gleiches Stimmrecht.

Das Projekt ist das erste seiner Art, welches moderne und erprobte Technologie

allerhöchsten Standards innerhalb der Anwendung im Biogassektor kombiniert. Kernaufgabe ist der Transfer von Technologie aus Deutschland nach Kenia und weitere Länder sowie das Management komplexer biologischer Prozesse unter unterschiedlichen klimatischen Gegebenheiten. Dabei ist die Zusammenarbeit mit lokalen Bildungseinrichtungen wie Hochschulen und Universitäten elementar. Sie ermöglicht den Wissenstransfer von Praxis und Theorie der Anlage, einschließlich der nachhaltigen und ordnungsgemäßen Anwendung von organischem Dünger. Die Qualität des Know-how-Transfers wird durch die Teilnahme des renommierten Deutsche Biomasse Forschungszentrums (DBFZ) getragen. Die Institution ist im Biogassektor besonders erfahren und widmet sich speziell der Förderung von Entwicklungsländern.

Jede dieser Regionen hat somit die Möglichkeit führend in Sachen moderner, nachhaltiger Infrastruktur sowie starker Partnerschaft mit Nachbarländern zu werden, um so globale Exportmärkte wettbewerbsfähig zu betreten. Anderen Unternehmen wird es wiederum ermöglicht, in die Märkte solcher Entwicklungs- und Schwellenländer zu gelangen und weiteren Einsatz neuester Technologie zu fördern.

## **WELTWEITE MÖGLICHKEITEN, LÄNDER IM EINKLANG MIT DER NATUR ZU ENTWICKELN**

Oggleich die Situation am Viktoriasee ein anschauliches Beispiel darstellt, ist die Wasserhyazintheninvasion eine weltweite Angelegenheit aller fünf bewohnten Kontinente. Sämtliche Süßwassergewässer

innerhalb tropischer und subtropischer Klimazonen sind den Wasserhyazinthen schutzlos ausgesetzt, wenn nicht bereits davon befallen. Dank dem modularen System sowie dem praktischen Know-how des Teams Biogas unter diversen klimatischen Bedingungen effektiv zu erzeugen, können solche Anlagen in den verschiedensten Regionen etabliert und auf individuelle Bedürfnisse angepasst werden. So wird die Problematik der Wasserhyazinthe nicht nur gelöst, sondern viele unschätzbare Werte generiert. Als Epizentrum wird bereits vom Viktoriasee aus eine Kettenreaktion der Genesung ausgelöst werden, die weitreichende Auswirkungen auf die Tierwelt und die Wirtschaft Kenias, Tansanias, Ugandas, Ruandas, Burundis und weiteren Länder entlang der Flüsse, des gigantischen Sees, haben wird. Nach sieben Jahren Entwicklung und Investment vor Ort wird der Bau 2021 beginnen. Homa Bay Biogas ist das Pilotprojekt und wird folgend auch bei den Nachbarn Kenias und darauf weltweit mehr natürliche Lebensqualität schaffen können.







*Foto: pkujahe – iStock*



# *CHEMISCHE INDUSTRIE*





### **JÖRG WOJAHN**

#### ***Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland***

Jörg Wojahn ist seit 2019 Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland. Nach der Promotion zum Dr. jur. 1999 arbeitete er bei der Tageszeitung „Der Standard“, zunächst in Wien als Redakteur für Außenpolitik und später in Brüssel als EU-Korrespondent. 2004 wurde Jörg Wojahn Sprecher des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung. Von 2010 bis 2015 war er Botschaftsrat an der EU-Delegation in Riad (Saudi-Arabien) und von 2015 bis 2019 Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich.

*Foto: Jugendpresse Deutschland – Kurt Sauer*

# NACHHALTIGKEIT UND INTERNATIONALE INDUSTRIEFÜHRERSCHAFT – DIE EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE UND DER ZERO-POLLUTION-AKTIONSPLAN

*Der VAA repräsentiert eine wichtige Branche der deutschen und europäischen Wirtschaft, die für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wissenschaftsfortschritt steht und der bei der Umsetzung des Europäischen Green Deals eine entscheidende Rolle zukommt. Dabei ist es die EU-Chemikalienstrategie, die für die Branche aktuell die unmittelbarste Relevanz innerhalb des Green-Deal-Komplexes haben dürfte. Dieser Beitrag stellt die Strategie vor und ordnet sie anschließend in den Kontext des jüngst vorgelegten Zero-Pollution-Aktionsplan ein. Zum Abschluss folgt ein Aufriss der geplanten EU-Bodenstrategie.*

## **DIE EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE: INNOVATION AUF DEM WEG ZUM ZERO-POLLUTION-ZIEL**

Die Chemikalienstrategie war im Herbst 2020 der erste Schritt in Richtung Null-Schadstoff-Ziel, das eines der Kernelemente des europäischen Grünen Deals ist. Sie soll innovative Lösungen für sichere und nachhaltige Chemikalien fördern und gleichzeitig den Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien erhöhen. Die Strategie erkennt die grundlegende Rolle, die Chemikalien sowohl für das menschliche Wohlbefinden als auch für die grüne und die digitale Wende der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft spielen, voll und ganz an. Gleichzeitig zeigt sie auf, dass dringend

auf die gesundheitlichen und ökologischen Herausforderungen durch die schädlichsten Chemikalien eingegangen werden muss.

Vor diesem Hintergrund skizziert sie konkrete Maßnahmen, um Chemikalien inhärent sicher und nachhaltig zu machen und deren Vorteile auszuschöpfen, ohne Mensch oder Umwelt heute oder in Zukunft zu schaden. Es soll also nicht nur sichergestellt werden, dass gerade in Verbraucherprodukten auf die schädlichsten Chemikalien verzichtet wird, sondern auch, dass Chemikalien generell sicherer und nachhaltiger eingesetzt werden. Die Strategie sieht verschiedene Innovations- und Investitionsmaßnahmen vor, um die Chemieindustrie bei diesem Wandel zu begleiten. Ferner zeigt die Strategie auf, wie Europas Mitgliedstaaten im Rahmen

ihrer Investitionsprogramme zum Wiederaufbau nach der Coronakrise (den „Aufbau- und Resilienzabilitäten“) die grüne und digitale Wende auch der Chemieindustrie vorantreiben können.

Der Rechtsrahmen der EU für Chemikalien ist bereits hochentwickelt und hat auch den Aufbau der weltweit fortschrittlichsten Wissensbasis über Chemikalien begünstigt. Auf deren Grundlage wiederum führen unabhängige wissenschaftliche Gremien und die Europäische Chemikalienagentur die Risiko- und Gefahrenbewertungen von Chemikalien durch. Der EU ist es dadurch gelungen, die Gefahr für Mensch und Umwelt, die von gefährlichen Chemikalien wie beispielsweise Karzinogenen ausgeht zu verringern. Schätzungen zufolge wurden so in der EU in den letzten 20 Jahren eine Million Krebserkrankungen verhindert.

Dennoch muss dieser Rechtsrahmen noch weiter gestärkt werden, um jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen (zum Beispiel zur Verweildauer von Chemikalien in Ökosystemen) und auch den Bedenken der europäischen Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen. Die verstärkte Aufmerksamkeit für Gesundheitsschutz im Zuge der Coronakrise lenkt den Fokus von Öffentlichkeit und Politik mehr als zuvor auf das langfristige Schädigungspotenzial mancher Chemikalien für die menschliche Gesundheit. So schwächen gefährliche Chemikalien nicht nur direkt das menschliche Immunsystem, sondern häufig auch dessen Reaktion auf Impfstoffe, was langfristig deren Wirksamkeit zur Eindämmung von Infektionskrankheiten schwächt. Human-Biomonitoring-Studien in der EU deuten darauf hin, dass das Vorkommen

unterschiedlicher gefährlicher Chemikalien im menschlichen Blut und Körpergewebe weiter steigt, darunter bestimmte Pestizide, Biozide, Arzneimittel, Schwermetalle, Weichmacher und Flammschutzmittel. Vor allem die kombinierte Exposition gegenüber mehreren dieser Chemikalien wirkt sich bereits auf ungeborene Kinder im Mutterleib nachteilig aus.

Chemikalien sicherer und nachhaltiger zu machen, ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine große wirtschaftliche Chance. 2018 war Europa der weltweit zweitgrößte Chemikalienhersteller mit 16,9 Prozent des globalen Umsatzes. Die Chemikalienproduktion ist der viertgrößte Industriezweig in der EU, in dem rund 1,2 Millionen Menschen direkt beschäftigt sind. 59 Prozent der Produktion gehen unmittelbar an andere Sektoren, darunter das Gesundheitswesen und das Baugewerbe sowie die Automobil-, Elektronik- und Textilindustrie. Die weltweite Chemikalienproduktion wird sich bis 2030 voraussichtlich verdoppeln; diese Tendenz dürfte für Verbraucherprodukten gelten. Die Chemikalienstrategie zielt darauf ab, diese Chance über die gesamte Wertschöpfungskette der europäischen chemischen Industrie zu nutzen und deren weltweite Wettbewerbsfähigkeit bei der Herstellung und Verwendung sicherer und nachhaltiger Chemikalien weiter auszubauen. Die Europäische Kommission wird dies mit einer Reihe von Maßnahmen unterstützen, die sich in zwei Kategorien einordnen lassen:

- Förderung der Marktreifeentwicklung und Diffusion nachhaltiger und sicherer Chemikalien durch Garantien und weitere Finanzinstrumente und öffent-

lich-private Partnerschaften – auch und insbesondere im Bereich nachhaltiger Baustoffe.

- Vereinfachung und Konsolidierung des EU-Rechtsrahmens, zum Beispiel durch die (Weiter-)Entwicklung einheitlicher Kriterien für Sicherheit und Nachhaltigkeit, der Einführung des Prinzips „one substance, one assessment“ und stringenter Durchsetzung der EU-Vorschriften sowohl an den Außengrenzen als auch im Binnenmarkt.

## **ZERO POLLUTION ALS KERNELEMENT DES GREEN DEALS**

Die Chemikalienstrategie ist Teil des europäischen „Zero-Pollution-Ziels“ für eine schadstofffreie Umwelt im Rahmen des europäischen Grünen Deals. Während weltweit beispiellose Anstrengungen unternommen werden, um die COVID-19-Pandemie zu bekämpfen, erfordern die anhaltenden Bedrohungen für die Gesundheit unseres Planeten ebenfalls dringende Maßnahmen. Klimawandel, Umweltverschmutzung, Verlust der biologischen Vielfalt und eine nicht nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen stellen vielfältige Risiken für die Gesundheit von Mensch, Tier und Ökosystemen dar. Dazu gehören infektiöse und nicht übertragbare Krankheiten, aber auch Herausforderungen wie Antibiotikaresistenz und Wasserknappheit.

Bei der besseren Überwachung und Reduzierung von Luft-, Wasser-, Boden- und Konsumgüterverschmutzung besteht durchaus Dringlichkeit: Umweltverschmutzung begünstigt Krebs, Herzkrankheiten und

obstruktive Erkrankungen und verursacht Lungenerkrankungen, Schlaganfälle, psychische und neurologische Erkrankungen, Diabetes und mehr. Trotz spürbarer Fortschritte führte Umweltverschmutzung im Jahr 2015 immer noch zu geschätzten neun Millionen vorzeitigen Todesfällen weltweit (16 Prozent aller Todesfälle) – dreimal mehr Todesfälle als durch AIDS, Tuberkulose und Malaria zusammen und 15-mal mehr als aus allen Kriegen und anderen Formen von Gewalt. In der EU wird einer von acht Todesfällen durch Umweltverschmutzung verursacht.

Das Zero-Pollution-Ziel ist ein Querschnittsziel, das zur Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung beiträgt und in enger Synergie mit den EU-Zielen zu Kreislaufwirtschaft und Artenvielfalt steht. Das Hauptziel des Aktionsplans besteht darin, einen Kompass bereitzustellen für das Mitdenken von Umweltverschmutzung in allen Politikentscheidungen. Er soll den Präventionsgedanken in allen relevanten EU-Politikbereichen verankern, die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduktion der Umweltverschmutzung beschleunigen und mögliche Lücken füllen sowie Abwägungen erleichtern. Auf dem Weg der EU in Richtung der Vision eines gesunden Planeten für alle im Jahr 2050 legt dieser Aktionsplan die wichtigsten Ziele für 2030 fest. Zu ihrer Erreichung plant die Kommission fünf Leitinitiativen:

- Verringerung regionaler gesundheitlicher Ungleichheit innerhalb der EU: durch systematischere Überwachung und Prognosen im Hinblick auf durch Umweltverschmutzung bedingte Krankheiten (bis 2024)

- Vermeidung von Umweltverschmutzung in Städten und Innenräumen unter anderem im Rahmen der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“
- Anreize für regionale Anstrengungen bei der Erreichung der Ziele des Zero-Pollution-Aktionsplans durch ein regionales Scoreboard als Grundlage für eine Auszeichnung „grüne Region des Jahres“ (in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen)
- Ab 2022 wird die Kommission die Akteure im privaten wie öffentlichen Sektor dazu einladen, „Null-Schadstoff-Zusagen“ abzugeben, um einen Wettbewerb um die besten verfügbaren, „Nahezu-null-Abfall-Optionen“ zu fördern und deren Sichtbarkeit zu erhöhen
- Förderung des Austauschs von Umwelt- und anderen Durchsetzungsbehörden im Hinblick auf Best Practices für sektorübergreifende Maßnahmen zur Einhaltung von Umweltverschmutzungsvorschriften

## **BODENSTRATEGIE – MEHRWERT EINES EU-REGELWERKS**

Zu den für 2021 geplanten Initiativen der Europäischen Kommission im Rahmen des Zero-Pollution-Aktionsplans gehört eine europäische Strategie für gesunde Böden. Der öffentliche Konsultationsprozess für den Einbezug von Stakeholder-Perspektiven wurde vor wenigen Wochen abgeschlossen. Die EU will erreichen, dass bis 2030 75 Prozent der Böden gesund sind. Böden produzieren unsere Nahrungsmittel und Rohstoffe, reinigen unser Trinkwasser, verringern Überschwemmungsrisiken und speichern

riesige Mengen an Kohlenstoff. Die Prozesse der Bodenbildung und Regenerierung der Böden vollziehen sich extrem langsam. Böden zählen daher zu den nicht erneuerbaren Ressourcen.

Es gibt bisher kein EU-weites Regelwerk zu Bodenschutz und -Nutzung (im Gegensatz zur Gewässer- oder Luftreinhaltung). Dabei ist der Schutz von Böden zum Beispiel vor Erosion, Wüstenbildung und Nährstoffverlust eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals wie Klimaneutralität, Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, Null-Schadstoff-Emissionen, gesunde und nachhaltige Lebensmittelsysteme und eine widerstandsfähige Umwelt. Einige Aspekte des Bodenschutzes werden am sinnvollsten auf lokaler und regionaler Ebene geregelt, gemäß dem in der europäischen Rechtsetzung generell gültigen Subsidiaritätsprinzip. Dennoch ist für viele Aspekte aus verschiedenen Gründen eine EU-weite Regelung angezeigt. So tragen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Böden zum Klimawandel in der gesamten EU bei, egal wo sie entstehen, auch Wüstenbildung beeinflusst das europäische Klima weit über die Grenzen der direkt betroffenen Staaten hinaus. Auswaschungen verschmutzen grenzüberschreitende Seen und Flussläufe. Verschmutzung landwirtschaftlicher Flächen beeinträchtigt die gesundheitliche Lebensmittelsicherheit im gesamten EU-Binnenmarkt.

Zudem führt der Rückgang landwirtschaftlicher Produktionskapazitäten durch Verschmutzung, Auslaugung, Versalzung und Biodiversitätsverlust zu Knappheit und Verzerrungen im EU-weiten Lebensmittelhandel und kann entsprechend überall dort zu hö-

heren Verbraucherpreisen führen. Überdies sollten wirtschaftliche Akteure in Lebensmittelproduktion und anderer Landnutzung in einem gemeinsamen Binnenmarkt auch gleiche Wettbewerbsbedingungen haben. Nicht zuletzt ist die EU als Ganzes an multilaterale und internationale Verpflichtungen gebunden, die Bodenschutzmaßnahmen einschließen, zum Beispiel die Sustainable Development Goals, die UN-Klimarahmenkonvention oder die UN-Biodiversitäts- und Wüstenbekämpfungskonventionen.

Zum Abschluss ein Blick über die Grenzen Europas hinaus. Die EU als Ganzes ist in der Lage, ihre Wirtschaft und Gesellschaft umzugestalten, um sie auf einen nachhaltigeren Weg zu bringen. Aber Europa kann die Umweltziele des Grünen Deals nicht allein erreichen. Die Ursachen des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts sind globaler Natur und machen nicht an Landesgrenzen Halt. Die EU kann ihren Einfluss, ihr Fachwissen und ihre finanziellen Ressourcen nutzen, um ihre Nachbarn und Partner zu mobilisieren, damit diese ihr auf einen nachhaltigen Weg folgen. Die EU wird weiterhin eine Führungsrolle bei internationalen und multilateralen Anstrengungen zum Umweltschutz übernehmen und möchte Bündnisse mit gleich gesinnten Partnern schließen. Dies ist nicht nur wichtig für die Sicherstellung eines „Level Playing Fields“ für die europäische Wirtschaft, sondern auch dafür, dass die europäische Umwelt- und Klimapolitik international Wirkung entfalten kann.



**MARCO MENSINK**  
**Generaldirektor CEFIC**

Marco Mensink ist Generaldirektor von Cefic, dem European Chemical Industry Council, der große, mittlere und kleine Chemieunternehmen in ganz Europa vertritt. CEFIC vereint 31 nationale Verbände und 650 Mitglieder und Mitgliedsorganisationen. Außerdem ist er Ratssekretär des International Council of Chemical Industries (ICCA), der 95 % der weltweiten Chemieproduktion vereint und die Branche in globalen UN-Diskussionen, UNFCCC, SAICM, ICCM usw. vertritt. Marco Mensink arbeitet seit seiner Ankunft in Brüssel im Jahr 2006 im Bereich Energiepolitik.

*Foto: David Plas Photography – CEFIC*

# „TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNGEN SIND FÜR DIE EUROPÄISCHE INDUSTRIE ENTSCHEIDEND“

*Um das Ziel der Klimaneutralität Europas bis 2050 zu erreichen, sind die von der chemischen Industrie entwickelten klimaneutralen und kreislaufwirtschaftlichen Lösungen unabdingbar. Die Branche ist innovationsgetrieben, wie Marco Mensink von der Cefic im Gespräch mit dem VAA-Geschäftsführer Kommunikation Klaus Bernhard Hofmann unterstreicht. Die Technologien mit den größten Auswirkungen werden Digitalisierung, Elektrifizierung, erneuerbare Elektrizität, Recycling sowie kohlenstoffarme Syntheseprozesse aus zirkulären Rohstoffen einschließlich CO<sub>2</sub> sein.*

*VAA: Warum ist die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika wichtig für den europäischen Green Deal?*

**Mensink:** Im Rahmen des Green Deals hat sich die Europäische Kommission verpflichtet, ihre „Green-Deal-Diplomatie“ zu stärken. Ziel ist es, andere Regionen dabei zu unterstützen, ihren Teil bei der Förderung einer nachhaltigeren Entwicklung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang sollte die Förderung der Bemühungen um ein angemessenes Chemikalienmanagement in allen afrikanischen Ländern eine große Rolle spielen.

Afrika ist einer der Kontinente, die in den kommenden Jahrzehnten ein starkes Bevölkerungswachstum verzeichnen werden. Das bedeutet, dass damit auch der Konsum in Afrika steigen wird – und entsprechend der Bedarf an Chemikalien, unabhängig davon, ob sie lokal produziert oder importiert werden. Diese steigende Nachfrage nach Chemikalien in Afrika sollte jedoch mit angepassten Vorschriften zur Chemikaliensicherheit Hand in Hand gehen. So könnte



die Europäische Kommission beispielsweise einen Verweis auf die Umsetzung des Global Harmonised System of Classification and Labelling of Chemicals (GHS) und eine strenge Überwachung der Fortschritte in künftigen Handels- und Entwicklungsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern ergänzen.

Die chemische Industrie ist bereit, Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten in Schwellenländern zu unterstützen und Fachwissen zum sicheren Umgang mit Chemikalien weiterzugeben. Wir unterstützen voll und ganz das Ziel der UN, das GHS in allen Teilen der Welt umzusetzen.

*Welche Themenbereiche des Green Deals sind für die chemische Industrie am relevantesten?*

Das European Chemical Industry Council (Cefic) unterstützt den europäischen Green Deal und das Ziel Europas, bis 2050 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die von unserer Branche entwickelten klimaneutralen und kreislaufwirtschaftlichen Lösungen unabdingbar. Da die chemische Industrie mehr als 96 Prozent aller hergestellten Güter direkt tangiert, gibt es kaum Bereiche des Green Deals, die für unsere Branche nicht relevant sind. Und da Chemikalien in fast jeder strategischen Wertschöpfungskette vertreten sind, ist die chemische Industrie unverzichtbar für eine künftige starke und nachhaltige Wirtschaft in Europa.

Einer der wichtigsten Faktoren für den industriellen Wandel ist jedoch der Zugang zu reichlich vorhandener, wettbewerbsfähiger und zuverlässiger erneuerbarer Energie. Angesichts der zunehmenden Beschleunigung der Energiewende in Europa und der wachsenden Zahl von Wirtschaftszweigen, die nach Möglichkeiten zur Elektrifizierung ihres Betriebs suchen – darunter auch die Chemiebranche – steigt die Nachfrage nach Ökostrom unaufhaltsam. Eine drastische Erhöhung des Angebots an Strom aus erneuerbaren Quellen ist daher für unsere Industrie von entscheidender Bedeutung, damit Europa seine Green-Deal-Ziele erreichen kann.

*In welchen Bereichen kann die chemische Industrie im Rahmen des Green Deals der EU Technologieführerschaft zeigen?*

Unsere gesamte Branche ist innovationsgetrieben: Allein im Jahr 2019 hat die chemische Industrie in der EU mehr als 9,3 Milliarden

Euro in Forschung und Entwicklung investiert – der höchste Wert seit 2001. Wir wissen, dass technologische Entwicklungen für die europäische Industrie entscheidend sein werden, um global wettbewerbsfähig zu bleiben. Nur so können neue Möglichkeiten, neue Märkte und neue Geschäftsmodelle entstehen. Unseren Prognosen zufolge werden Digitalisierung, Elektrifizierung, erneuerbare Elektrizität, Recycling sowie kohlenstoffarme Syntheseprozesse aus zirkulären Rohstoffen einschließlich CO<sub>2</sub> und Kohlenstoffspeicher die Technologien mit den größten Auswirkungen sein.

Unabhängig davon, ob es sich um Lösungen für Solarpaneele, Windturbinen, Batterien, Gebäudeisolierung, Medikamente, chemische Recyclingtechnologien oder die große Vielfalt anderer Lösungen handelt, kann die europäische Chemieindustrie mit ihren innovationsgeleiteten Beiträgen zum Green Deal punkten und prosperieren.

Aber diese Möglichkeiten erfordern Unterstützung. Bei einem geschätzten Transformationsvolumen der Industrie von 17 bis 27 Milliarden Euro pro Jahr brauchen wir sowohl die entsprechenden Rahmenbedingungen in Europa als auch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit.

*Wie unterstützt das Cefic verbesserte Regeln zur Chemikaliensicherheit über die eigenen Grenzen hinaus?*

Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des International Council of Chemical Associations (ICCA) setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort den gleichen hohen Standard an Chemikaliensicherheit genießen. Die europäische Chemieindustrie hat sich daher verpflichtet, weltweit zu einem vernünftigen Management von Chemikalien und Abfällen beizutragen und Entwicklungsländer auf ihrem Weg zu unterstützen. Als aktiver Stakeholder im Strategischen Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement (SAICM) spielt das Cefic hier eine führende Rolle eine führende Rolle in der globalen regulatorischen Zusammenarbeit.

Leider hinken einige Regionen, vor allem Südwestasien und Afrika, bei der Umsetzung des GHS noch hinterher. Die afrikanischen Länder benötigen daher dringend ein adäquates Rahmenwerk für das Chemikalienmanagement. Nur so kann sichergestellt werden,

dass Verbraucher und Arbeitnehmer Chemikalien sicher verwenden können. Über internationale Plattformen wie SAICM tauschen wir bewährte Praktiken für ein solides Chemikalienmanagement mit Schwellenländern aus.

Neben der Förderung der globalen Umsetzung des GHS unterstützen wir auch Länder bei der Teilnahme an Responsible Care, einem freiwilligen Industrieprogramm zur Verbesserung der sicheren Produktion, Handhabung und Verwendung von Chemikalien, das über die Einhaltung der grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen hinausgeht. Tunesien, Guinea und die Elfenbeinküste sind hier vor kurzem beigetreten, und auch Südafrika, Kenia, Sambia, die Elfenbeinküste und Ghana sind an einem Beitritt interessiert. Sie wollen ihr Chemikalienmanagement modernisieren, um den Import von Chemikalien zu erhöhen beziehungsweise zusätzliche Investitionen in ihre wachsende lokale Chemieproduktion zu lenken.

### *Wie kann die internationale Zusammenarbeit das Chemikalienmanagement in Afrika stärken?*

Im Rahmen des SAICM haben wir den Aufbau von Kapazitäten und eine bessere GHS-Umsetzung als Schlüsselemente für ein verstärktes Chemikalienmanagement identifiziert. Die Beschleunigung der GHS-Implementierung wird auch vom Global Chemicals Outlook II der UN als einer der wichtigsten Schritte zur Förderung eines soliden Chemikalienmanagements in der Region gesehen.

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission, dem UN-Umweltprogramm (United Nations Environment Programme – UNEP), Regierungen und anderen Organisationen engagieren wir uns in einer globalen Partnerschaft zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Umsetzung des GHS. In diesem Zusammenhang entwickelt die chemische Industrie ein E-Learning-Modul. Die enthaltenen Schulungen sollen Entwicklungsländer dabei unterstützen, die wichtigsten Informationen zu Umwelt, Gesundheit und Sicherheit (EHS) von chemischen Substanzen aus verschiedenen Datenbanken und Portalen zu extrahieren.

Wir plädieren auch für eine Einrichtung, die Schwellenländern einen besseren Zugang zu Fachwissen, Kenntnissen und Informationen über Chemikalien ermöglicht. Daher unterstützen wir den Aufbau

eines „internationalen Navigators“, das heißt eines globalen Archivs mit öffentlich zugänglichen Informationen über Chemikalien auf Basis entsprechender vorhandener Datenbanken wie IUCLID (International Uniform Chemical Information Database) und EUCLEF (EU Chemical Legislation Finder) sowie Datenbanken aus den USA, Kanada und Japan oder dem eChemPortal der OECD.



**DR. WOLFGANG GROSSE ENTRUP**  
*Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des  
Verbandes der Chemischen Industrie*

Seit dem 1. Oktober 2019 ist Dr. Wolfgang Große Entrup Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI).

In früheren Funktionen war Große Entrup persönlicher Referent und Büroleiter eines Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition im Deutschen Bundestag und in der BASF SE in Vertriebs- und Stabsorganisationen in leitenden Funktionen tätig. Nach seinem Wechsel zur Bayer AG im Jahr 2002 und zahlreichen Aufgaben in der Leverkusener Konzernzentrale ist er heute Leiter der Corporate Function Sustainability & Business Stewardship und damit zuständig für die weltweite Steuerung der Konzernaktivitäten in diesen Bereichen.

*Foto: VCI*

# DER GREEN DEAL BRAUCHT UND VERÄNDERT DIE CHEMIE

**Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind Kräfte, die erheblichen Einfluss auf Innovationsprojekte und Investitionen haben sowie Geschäftsmodelle der Unternehmen verändern. Diese Entwicklung hat sich durch die Wünsche der Kunden beschleunigt, die mit ihren Anforderungen wiederum auf politische und gesellschaftliche Prozesse reagieren. Der Trend in der Branche in Richtung Treibhausgasneutralität und zirkuläre Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren so deutlich verstärkt.**

Ohnehin spielt die chemisch-pharmazeutische Industrie beim Wandel unserer Gesellschaft auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle. Ob Wasserstoffwirtschaft, chemisches Recycling, Elektromobilität oder Empowerment erneuerbarer Energien: Die Branche ermöglicht als „Mutter aller Wertschöpfungsketten“ durch neue Werkstoffe und Verfahren mehr Nachhaltigkeit bei ihren Kunden. Gut 80 Prozent ihrer Produktion liefern die Unternehmen an industrielle Geschäftspartner. Leistungsfähigere Solarzellen und Windkraftanlagen für die CO<sub>2</sub>-freie Stromerzeugung, Hochleistungsbatterien, Brennstoffzellen und Leichtbauwerkstoffe für E-Fahrzeuge oder Wärmespeicher für energiesparendes Wohnen benötigen den innovativen Input der Chemie für mehr Klimaschutz. Der Green Deal der Europäischen Kommission wird den Druck auf einen der innovativsten Industriezweige in Deutschland aber noch erhöhen, was bessere oder disruptive Lösungen für die Folgeglieder ihrer Wert-

schöpfungsketten betrifft. Doch damit ist auch eine Chance für die Unternehmen verbunden: Überall auf der Welt ist der Bedarf an nachhaltigen Innovationen groß.

Der Green Deal, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu Beginn ihrer Amtszeit auf den Weg gebracht hat, ist ein gigantisches Projekt. Es hat umwelt- und wirtschaftspolitische Konsequenzen für viele Industriezweige in Europa. Für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland stellt der Green Deal eine besondere große Herausforderung dar: Von fast 80 Prozent der 47 geplanten Maßnahmen in den acht Teilbereichen ist unsere Branche unmittelbar betroffen. Die Tragweite der angestrebten Transformationsprozesse, die zeitlich bis 2050 reichen, ist enorm: Unsere Branche soll nicht nur klimaneutral und biodiversitätsfreundlich werden, sondern auch zirkulär und schadstofffrei. Das kann sie nur leisten, wenn sie während der Transformation wirtschaftlich

stark genug bleibt, um im internationalen Wettbewerb mit Regionen zu bestehen, die ein solches Tempo der Veränderung wirtschaftlich, gesellschaftlich und technologisch nicht mitgehen können oder wollen.

Zentraler Baustein des Green Deals ist das Vorhaben, die EU bis 2050 zur ersten klimaneutralen Region auf unserem Planeten zu machen. Diese Perspektive dient auch unserer Branche als Orientierung. Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland hat sich als Ziel gesetzt, Treibhausgasneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts zu erreichen. Dass dies technologisch möglich ist, hat eine Studie des VCI bestätigt. Energiepolitische Voraussetzung für diese Transformation: An allen Produktionsstandorten im Land muss die Grundlastverfügbarkeit enormer Mengen grünen Stroms zu einem deutlich günstigeren Preis als heute gewährleistet sein. Außerdem spielt Wasserstoff produktionstechnisch eine entscheidende Rolle.

## **WASSERSTOFF – EIN SCHLÜSSELSTOFF BEI DER TRANSFORMATION DER CHEMIE**

In der chemischen Industrie nimmt Wasserstoff eine Schlüsselrolle ein: Über eine Million Tonnen elementarer Wasserstoff werden in der Produktion in Deutschland heute eingesetzt. Davon entfallen 60 Prozent allein auf die Herstellung der Basischemikalien Ammoniak und Methanol. Beide Grundchemikalien sind Ausgangspunkt wichtiger chemischer Wertschöpfungsketten, wobei das heute dafür genutzte Verfahren der

Erzeugung von Wasserstoff durch Erdgasreformierung erhebliche CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht. Für eine Dekarbonisierung der Branche bis 2050 wird sich ihr Bedarf an Wasserstoff nahezu versiebenfachen.

Deshalb ist der Aufbau einer treibhausgasarmen Wasserstoffwirtschaft klima- und industriepolitisch von strategischer Bedeutung für die Zukunft der deutschen Chemie – aber nicht allein für sie. Treibhausgasarm erzeugter Wasserstoff ist für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland relevant: Auch für die Dekarbonisierung anderer Industriezweige wie Stahl und Sektoren wie Verkehr, Gebäudewärme und Energiewirtschaft wird Wasserstoff eine große Rolle spielen.

Die Abdeckung dieses großen Bedarfs erfordert eine technologieoffene Förderung der treibhausgasneutralen oder -armen Wasserstoffherzeugung. Entscheidend sollte der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck und nicht das Herstellungsverfahren sein. Aber auch internationale Kooperationen und Importe von Energieträgern müssen in Betracht gezogen werden, sie dürfen aber nicht zur Abwanderung von Wertschöpfungsstufen aus Deutschland führen.

## **GRÜNER WASSERSTOFF AUS AFRIKA**

Um Wasserstoff klimaneutral herzustellen, braucht es große Fläche, starke Sonneneinstrahlung und stetigen Wind. Südlich des Äquators sind diese Bedingungen für erneuerbare Energien naturgemäß gegeben. Deshalb plant Deutschland, langfristig

Wasserstoff aus Afrika zu importieren. Diese Vision darf nicht als heimlicher Neokolonialismus daherkommen. Daher ist das erklärte Ziel eine Kooperation, die als Partnerschaft auf Augenhöhe geplant werden muss und sich für beide Seiten auszahlen soll. Diesen Win-win-Ansatz verfolgt ein Projekt der Bundesregierung. Es zielt langfristig darauf ab, strategische Partnerschaften mit Ländern im westlichen Afrika und südlich der Sahara aufzubauen. In über 30 Staaten werden gemeinsam die Bedingungen dafür analysiert und geografische, politische und rechtliche Faktoren berücksichtigt. Technisch betrachtet sind für die Elektrolysen außerdem große Wasserressourcen nötig, um H<sub>2</sub> zu gewinnen. Die Bestandsaufnahmen berücksichtigen deshalb auch, ob an einem Ort die Infrastruktur – zum Beispiel für einen großen Windpark – angelegt werden kann, ohne dass es zu Konflikten mit dem Ackerbau kommt oder ob das Projekt Umwelt und Anwohner beeinträchtigen würde.

## **GREEN DEAL ALS WIRTSCHAFTSMOTOR NUTZEN**

Wasserstoff, Biotechnologie und chemisches Recycling sind faszinierende Optionen, um den Green Deal Wirklichkeit werden zu lassen. Um das Ziel zu erreichen, braucht es aber mehr als „nur“ neue Technologien in den Händen von Wissenschaftlern und Ingenieuren. Die richtigen politischen Rahmenbedingungen sind unverzichtbar, damit die Transformation gelingt. Klima-, Umwelt- und Industriepolitik müssen zusammen gedacht und umgesetzt werden.

Die Politik muss sich darauf konzentrieren, fördernde und aufeinander abgestimmte Regelungen zu schaffen. Und vor allem schnelles politisches Handeln ist gefragt. Der Green Deal erfordert eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen Politik, Industrie und Gesellschaft. Nur gemeinsam können wir die richtigen Instrumente auswählen, um ehrgeizige und dennoch machbare Zeitpfade zu verfolgen und unvermeidliche Zielkonflikte zu lösen.

Mit Rückenwind für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit kann der Green Deal zu einem Erfolg für die EU werden. Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland und ganz Europa ist bereit, kraftvoll daran mitzuarbeiten. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass die EU schneller Fortschritte bei Klimaschutz, nachhaltiger Landwirtschaft, umweltfreundlicher Mobilität und zirkulärem Wirtschaften machen kann. Aus gutem Grund: Mehr Nachhaltigkeit geht nur mit der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Wie selten zuvor in ihrer Geschichte steht unserer Branche gleichzeitig vor großartigen Perspektiven und enormen Herausforderungen. Richtig von Brüssel und den EU-Mitgliedstaaten angepackt, kann der Green Deal vieles in Bewegung setzen und die Zukunft positiv verändern.





**DR. JÖRG SCHMID**  
***CAMELOT Management Consultants***

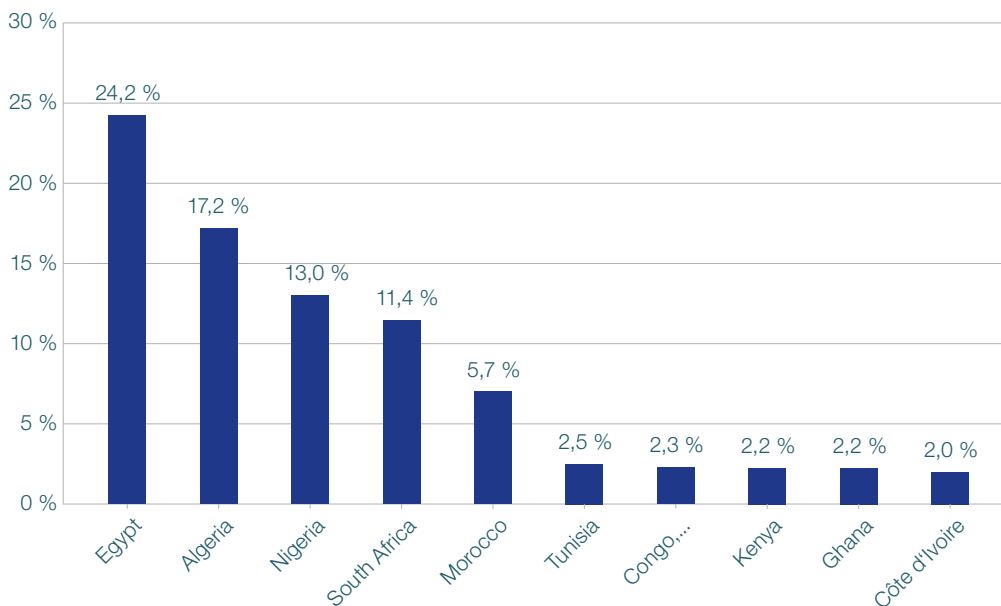
Seit 2009 ist Dr. Jörg Schmid Prinzipal im Bereich Chemie, Leiter Competence Center Operations Strategy bei der Unternehmensberatung Camelot MC. Zuvor war der Chemiker viele Jahre in verantwortlichen Positionen in der chemischen Industrie tätig, unter anderem als Leiter Business Process Reengineering, Leiter Globales SCM, Division Pigmente & Additive bei Clariant. Begonnen hat Schmid seine Laufbahn 1989 bei der Hoechst AG.

*Foto: CAMELOT Management Consultants*

# DER EUROPÄISCHE GREEN DEAL – CHANCE ODER BELASTUNG FÜR DIE AFRIKA-EU-BEZIEHUNGEN?

Ende 2019 stellte die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen den European Green Deal vor. Der Green Deal ist naturgemäß ein europazentriertes Maßnahmenbündel. Wenn er gelingen soll, müssen jedoch Wechselwirkungen mit benachbarten Regionen erkannt und zum beiderseitigen Vorteil gestaltet werden. Andernfalls ergeben sich nicht zu unterschätzende Risiken, die vor allem den afrikanischen Kontinent betreffen. Bei der Entwicklung einer Win-win-Strategie für die Umsetzung des Green Deals im Hinblick auf Afrika kommt der chemischen Industrie eine Schlüsselrolle zu.

## DIE CHEMISCHE INDUSTRIE IN AFRIKA HEUTE



Quelle: World Trade Bank

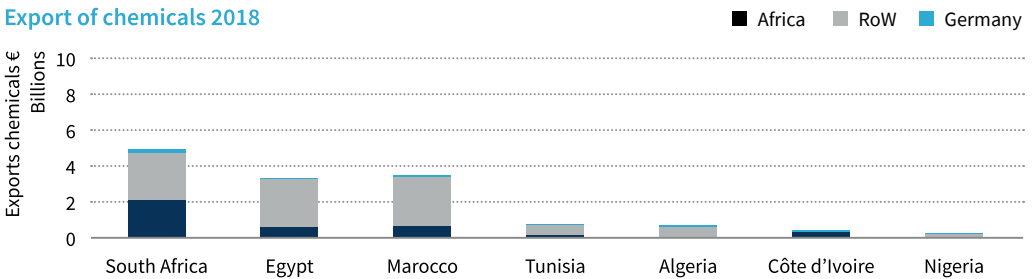
Der Anteil der industriellen Fertigung am BIP ist in den afrikanischen Staaten sehr unterschiedlich und insgesamt mäßig ausgeprägt. Eine nennenswerte chemische Industrie hat sich nur in wenigen Staaten entwickelt. Ein Produktportfolio mit höherer Wertschöpfungstiefe findet sich in Südafrika, primär basierend auf Kohle. Ägypten deckt Petrochemie und Basiskunststoffe sowie Düngemittel auf Ammoniakbasis und Farben ab. In Algerien findet sich eine begrenzte Basischemie im Bereich Kunststoffe und Harnstoff sowie Ammoniak-

auch in diesen Ländern deutlich über dem Exportanteil. Darüber hinaus ist eine chemische Produktion – in weitaus geringerem Maße – nur noch in wenigen weiteren afrikanischen Staaten zu finden.

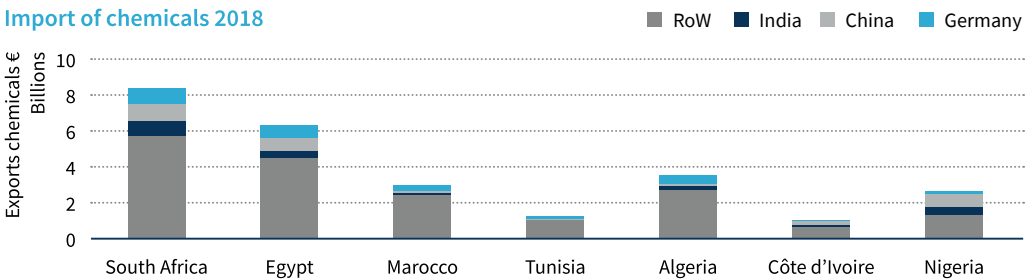
## WARENSTRÖME DER CHEMISCHEN INDUSTRIE IN DER EU MIT AFRIKA

Diese Situation spiegelt sich auch in den Exportvolumina chemischer Produkte aus den afrikanischen Staaten nach Europa

Export of chemicals 2018



Import of chemicals 2018



Quelle: Worldtradebank, open database

produktion. In Nigeria werden ebenfalls Kunststoffe wie Polyethylen produziert. In Marokko liegt der Schwerpunkt auf der Erzeugung von Düngemitteln und Basischemikalien wie Phosphate und Phosphorsäure. Die Exporte erfolgen überwiegend in Industrienationen und Schwellenländer. Der Import an chemischen Produkten liegt

beziehungsweise Deutschland wider, mit einem Anteil von Warenströmen am Importvolumen der EU-27-Staaten von drei Prozent beziehungsweise 0,6 Prozent für Deutschland. Südafrika exportiert in Europa hauptsächlich nach Deutschland und Großbritannien, Marokko vor allem nach Spanien und Frankreich.

Die Exporte aus Europa nach Afrika sind um etwa den Faktor zwei höher, liegen aber mit 6,6 Prozent für Europa sowie 2,6 Prozent für Deutschland immer noch auf einem niedrigen Niveau. Damit sind die Warenströme an chemischen Produkten zwischen Afrika und Deutschland bezogen auf das Volumen von untergeordneter Bedeutung.

## HERAUSFORDERUNGEN DER GREEN-DEAL-UMSETZUNG

Während der Export aus Europa in die afrikanischen Staaten durch den Green Deal mit Ausnahme des Elektroschrotts nicht direkt betroffen sein sollte, werden die Auswirkungen auf die Importe deutlicher sein. Das im Green Deal vorgesehene Aus-

	Mrd €	Importe 2019 total	Importe 2019 ex Afrika	
<b>EU27</b>		132,4	3,9	3%
<b>Deutschland</b>		86,7	0,5	0,6%
		Exporte 2019 total	Exporte 2019 nach Afrika	
<b>EU27</b>		177,5	11,8	6,6%
<b>Deutschland</b>		118,6	2,5	2,1%

Quelle: CEFIC, VCI

Insgesamt exportieren die afrikanischen Staaten überwiegend Rohstoffe und Erze wie Kupfer, Kobalt, Gold und Platin. Mehr als 70 Prozent des durch Bergbau gewonnenen Kobalts kommen mittlerweile aus der Demokratischen Republik Kongo. Diese Rohstoffe sind auch für die chemische Industrie von Bedeutung. Einige Staaten in Afrika sind zudem wichtige Förderländer für Erdöl, angeführt von Nigeria. Für Nigeria stellen die Öl- und Gasexporte 84 Prozent des Exportvolumens dar und sind die Haupteinnahmequelle der Regierung. Aus diesem Grund wird sich der Green Deal auf diese Exportströme stärker auswirken als auf die chemischen Produkte.

phasen der fossilen Brennstoffe wird die Nachfrage nach Erdöl dramatisch sinken lassen. Damit werden einigen afrikanischen Staaten existenzielle Einnahmen entgehen. Da die erfolgreiche Umsetzung des Green Deals und der neuen Zielsetzungen für Deutschland eine grundlegende Wende erfordert, sind Ausnahmeregelungen keine sinnvolle Option. Eine bevorzugte Abnahme des Erdöls von diesen kritischen Staaten in der Übergangszeit beziehungsweise für den Einsatz als Rohstoff könnte diesen Effekt auf Kosten anderer Förderländer abmildern, soweit es die Zusammensetzung des Rohöls erlaubt.

Der Aufbau von in sich geschlossenen Wertstoffketten entsprechend der Kreislaufwirtschaft wird den Bedarf an Roh-

stoffen über die nächsten Dekaden insgesamt verringern (siehe zum Beispiel RE-SCUE-Studie des Umweltbundesamtes). Dies betrifft auch die Importe der deutschen chemischen Industrie.

Weiterhin ist in einigen afrikanischen Staaten wie Ghana oder Angola trotz entsprechender Vorschriften der Import von Elektroschrott im Mix mit noch gebrauchsfähigen Elektroartikeln immer noch im Gange. Auch wenn die Verarbeitung dieses Schrotts unter inakzeptablen Bedingungen stattfindet, hat sich für die Gebrauchsgüter und deren Instandsetzung beziehungsweise Verwertung eine lokale Wirtschaft entwickelt. Durch die Umsetzung der Prinzipien des Green Deals ist auch hier eine signifikante Reduktion zu erwarten, verbunden mit der Rückführung des Schrotts in die Kreislaufwirtschaft.

Isoliert betrachtet, könnte der Green Deal also zu einer verminderten Beschäftigung in den wirtschaftlich enger mit Europa verbundenen Ländern Afrikas führen. In anderen, weniger weit entwickelten Ländern in Afrika werden die direkten Auswirkungen in geringerem Maße bemerkbar sein.

Die negativen Rückwirkungen von Energie- wende beziehungsweise Green Deal, vor allem des CO<sub>2</sub>-Ausstiegs, auf rohstoff- exportierende Staaten werden bis jetzt in der öffentlichen Debatte noch zu wenig thematisiert. In einem Worst-Case-Szenario könnten Migrationsströme zunehmen und afrikanische Länder sich verstärkt anderen Handelspartnern wie zum Beispiel China zuwenden. Auch der positive Effekt des Green Deals auf den globalen Klimawandel

würde teilweise zunichte gemacht, wenn Afrika für die Industrialisierung auf das eigene Erdöl setzt und seine Treibhausmissionen steigert.

## **CHANCEN FÜR DIE VERFLECHTUNG AFRIKAS MIT DER WERTSCHÖPFUNGSKETTE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE IN EUROPA**

Aber der Green Deal bietet auch Chancen, Afrika bei der Entwicklung seiner Wirtschaft zu unterstützen und die Verflechtung mit Europa zu stärken. Sie müssen allerdings erkannt und planvoll umgesetzt werden.

## **ERNEUERBARE ENERGIEN**

Zur Versorgung der deutschen Industrie, insbesondere der energieintensiven Industrien wie der chemischen Industrie, mit erneuerbaren Energien wird der Import „grüner Energie“ in Form von Wasserstoff oder Green Fuels unverzichtbar sein. Aus verschiedenen Betrachtungen (Cefic vision on hydrogen 2019, enervis Wasserstoff-Studie vom März 2021) geht hervor, dass kurz- und mittelfristig der Wasserstoffbedarf in Deutschland und Europa nicht durch eigene Herstellung gedeckt werden kann. Ein Wettbewerbsvorteil von Wasserstoff unter den Industriesektoren ist in diesem Szenario möglich und könnte in dessen Folge wettbewerbs- und strategiegetrieben zu höheren Preisniveaus führen. Dies würde Importe von Wasserstoff oder Green Fuels aus Ländern attraktiv machen, die zu niedrigeren Erzeugungskosten produzieren.

Die Nutzung von Sonnenenergie in den afrikanischen Staaten, speziell in Nordafrika, war bereits mit Solarthermieprojekten wie „Desertec“ in den Fokus der europäischen Staaten gerückt. Aus verschiedenen Gründen hatte sich daraus aber kein entsprechender Durchbruch entwickelt. Mittlerweile werden in Afrika die Weichen für ambitionierte Photovoltaikprojekte gestellt, die primär die Versorgung der eigenen Staaten zum Ziel haben. Hier besteht die Möglichkeit von Synergien, wenn die Projekte mit einer gemeinsam mit Europa aufgebauten Erzeugung von grüner Energie erweitert würden. Das gilt besonders für die nordafrikanischen Staaten, die durch die Kopplung mit Windkraftanlagen eine bessere Nutzung der Elektrolyseurkapazitäten erlauben. Zudem ist die Nähe zu Europa gegeben, was prinzipiell auch eine Anbindung per Pipeline denkbar erscheinen lässt.

Meerwasserentsalzungsanlagen könnten gleichzeitig die Wasserversorgung der Bevölkerung und der Elektrolysen für grünen Wasserstoff übernehmen. Ein kooperativer Ansatz würde die Abhängigkeit Europas von den etablierten Staaten im mittleren Osten reduzieren und die Versorgungswege verkürzen. Parallel könnte dieses Vorgehen Szenarien wie den „Solarize Africa Paradigm Shift“ unterstützen, der ein möglichst ausgeprägtes Überspringen des fossilen Zeitalters für die afrikanischen Staaten zum Ziel hat und damit die Vermeidung zusätzlicher Treibhausgasemissionen.

## **INTEGRATION IN NEUE WERTSCHÖPFUNGSKETTEN DER KREISLAUFWIRTSCHAFT**

Das Konzept der Kreislaufwirtschaft macht die Wiederaufarbeitung gebrauchter Güter zu einer grundlegenden Voraussetzung. Je nach Komplexität der Güter bedeutet dieser Schritt aber noch einen erheblichen Entwicklungsbedarf und erfordert neben der Reduzierung des Materialmix eine weitere Automatisierung der Trennverfahren. Der finanzielle Aufwand wird die gesamte Wirtschaftlichkeit des Kreislaufs erheblich beeinflussen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Aufarbeitung von Elektroschrott bis auf Weiteres nicht ohne manuelle Interaktion realisierbar sein.

Hier bietet sich prinzipiell die Chance, die afrikanischen Staaten in regionenübergreifende Wertschöpfungsketten einzubinden. Dabei kann auf den bereits etablierten Strukturen und günstigen Lohnniveaus aufgebaut und die Weiterverwendung funktionierender Elektroartikel aufrechterhalten werden. Die wesentliche Änderung besteht im Aufbau von Recyclingtechnologien vor Ort, die im Gegensatz zu heute eine umweltfreundliche Aufarbeitung der vorsortierten Einzelteile erlauben. Die erhaltenen Rezyklate würden zum einen in den Kreislauf und zurück in die Industriestaaten eingeschleust, zum anderen können sie auch zum Aufbau einer weiterverarbeitenden Industrie vor Ort eingesetzt werden. Dies könnte auch das Recycling der Lithiumbatterien aus den Elektrogeräten beinhalten. Der Einsatz von Green Fuels für den Schiffstransport würde auch hier die negativen Umwelteinflüsse minimieren.

Dieser Ansatz beseitigt die ethisch und umwelttechnisch nicht akzeptable Praxis der unkoordinierten Entsorgung und Müllverbreitung in den Drittländern und verwandelt die Aufarbeitung von Problemschrott in einen wertschöpfenden Schritt für die unterentwickelte Industrie in Afrika. Prinzipiell lässt sich dieses Prinzip auch auf andere Bereiche des Recyclings übertragen, bei denen die Trennung manuelles Eingreifen erfordert und die Realisierung durch Automatisierung und Robotik zu kompliziert und unwirtschaftlich ist.

Die Industrienationen würden damit ihrer Gesamtverantwortung für einen nachhaltigen Umgang mit den von ihnen erzeugten Gütern gerecht. In den afrikanischen Staaten könnte die wirtschaftliche Bedeutung von „Müll“ ein Denken in Kreisläufen fördern und die Gefahr einer „unreflektierten Vermüllung“ parallel zu einer fortschreitenden Entwicklung von Konsum und Wohlstand deutlich entschärfen.

## **KOLLABORATIVE UND RESILIENTE VERSORGUNGSKETTEN FÜR SMART MATERIALS**

Das Forcieren der Elektromobilität bedeutet einen deutlich erhöhten Bedarf an speziellen Rohstoffen wie Kobalt und Lithium für den Bau der Batterien. Der mittlerweile stark in Gang gekommene Aufbau von Batteriewerken in Deutschland und Europa wird die Versorgung mit diesen Rohstoffen in den Mittelpunkt rücken. Die beteiligte metallurgische und chemische Industrie dürfte hier im Sinn des Green Deals versuchen, partnerschaftliche Vereinbarungen zu tref-

fen, um eine ausgeglichene und sichere Versorgung zu garantieren. Dies schließt eine faire Vergütung für Rohstoffe ein, die zu verbesserten Arbeitsbedingungen und Sicherheitsstandards in den Minen beiträgt. So lässt sich auch die Einkaufsposition der deutschen beziehungsweise europäischen Firmen gegenüber Konkurrenten aus anderen Teilen der Welt stärken.

## **BEURTEILUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN**

So verführerisch diese Chancen erscheinen – ihre Umsetzung ist alles andere als selbstverständlich. Schon viele Bemühungen zur Entwicklung afrikanischer Staaten sind an fehlenden institutionellen Voraussetzungen gescheitert. Dazu gehören stabile politische Verhältnisse, kooperative Regierungen, die Ausbildung von Fachkräften sowie ein handels- und investitionsfreundliches Rechtssystem. Auch die Einwanderung von Fachkräften aus Europa wird bisher weder von dort noch durch afrikanische Länder ermutigt. Diese Voraussetzungen zu schaffen, ist eine herausfordernde Aufgabe, aber der Zusammenschluss zum Green Deal in Europa und die Anstrengungen der Afrikanischen Union geben Anlass zu einem vorsichtigen Optimismus. Sind diese Rahmenbedingungen gegeben, hätte eine stärkere Kollaboration mit den nordafrikanischen Staaten auch eine stärkere Unabhängigkeit von den bisherigen Ölförderstaaten im Nahen Osten sowie den gefährdeten Transportrouten zur Folge.

Im Rahmen der Agenda 2063 hat die Afrikanische Union die afrikanische Freihandelszone AfCFTA als Leuchtturm-

projekt der Agenda beschlossen, um so die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas zu beschleunigen. Ziel der AfCFTA ist es, die innerafrikanischen Zölle um 90 Prozent abzubauen, nichttarifäre Handelshemmnisse zu reduzieren und so den afrikanischen Gesamtmarkt anzukurbeln. Die Entwicklung des afrikanischen Binnenmarktes bietet dabei nicht nur afrikanischen, sondern auch europäischen Unternehmen neue Marktchancen. Erste Schritte zur Förderung des afrikanischen Binnenmarktes sind durch die Unterzeichnung und teilweise Ratifizierung des Abkommens erfolgt. Damit wird letztlich

ne, nachhaltige Konzepte und Technologien können hier parallel einen Wettbewerbsvorteil erzeugen und sicherstellen, dass die afrikanischen Staaten in ihrer Entwicklung umweltbelastende Produktionsweisen überspringen.

## **NEUE CHANCEN FÜR ZUSAMMENARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG**

Die Umsetzung des Green Deals in der chemischen und in anderen rohstoffverarbeitenden Industrien in Europa bedeutet

EU Green Deal, Roadmap	Transformation des EU-Wirtschaftsraums in eine nachhaltige Zukunft und nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen
Herausforderungen für Afrika	Die zunehmende Kreislaufwirtschaft und der Wegfall der Schrottexporte reduzieren Arbeitsplätze und BIP
EU Green Deal, keine Insellösung sondern Leitmotiv	Ohne Unterstützung verschärfen sich Migrationsprobleme, und der EU-Einfluss geht weiter verloren
Chancen für Afrika	Zentrum für erneuerbare Energien und Anschluss an neue, nachhaltige Wertströme der Kreislaufwirtschaft
Chancen für die chemische Industrie	Partnerschaftliche Versorgung mit erneuerbarer Energie und Rohstoffen sowie Integration in die aufstrebende Entwicklung des ´jüngsten´ Kontinents

ein Wirtschaftsraum für 1,2 Milliarden Menschen geschaffen. Auch wenn die reale Umsetzung und der Aufbau einer verbesserten Infrastruktur noch Zeit in Anspruch nehmen wird, sollte Europa die daraus entstehenden Chancen nicht ignorieren. Gerade moder-

unmittelbar eine Reduzierung der Importe an chemischen Produkten, Mineralien und Erdöl. Auf der anderen Seite ergeben sich durch den Bedarf an grünem Wasserstoff, speziellen Rohstoffen und Recyclingkapazitäten in der Kreislaufwirtschaft neue



Chancen für eine Zusammenarbeit und das Schaffen zusätzlicher und höherwertiger Beschäftigung in Afrika:

- Grüner Wasserstoff aus den nordafrikanischen Staaten
- Manuell aufwendige Sortier- und Recyclingschritte mit vor Ort etablierter umweltfreundlicher Wertstoffisolierung
- Partnerschaftliche und resiliente Versorgung für Schlüsselmaterialien wie Kobalt oder Lithium

Der Einsatz moderner und nachhaltiger Technologien erhöht die Attraktivität der deutschen beziehungsweise europäischen Projekte und Investitionen und verbessert damit die Wettbewerbsposition auf dem wachsenden afrikanischen Markt. Die beteiligten afrikanischen Staaten wiederum erhalten damit die Chance, einen Weg der Industrialisierung zu beschreiten, der weniger stark mit fossiler Brennstoffnutzung und dem Anfall nicht verwertbarer Abfälle verbunden ist. Dieser Ansatz steht auch im Einklang mit der jüngst von den G-7-Staaten formulierten Strategie „Build back better world“.







### **ZHENGRONG LIU**

***Mitglied des Vorstandes und Arbeitsdirektor der  
Beiersdorf AG***

Zhengrong Liu verantwortet bei Beiersdorf Personal, Nachhaltigkeit, Services sowie das China- und Nordost-Asien-Geschäft. 2020 stellte Beiersdorf im Rahmen der Konzernstrategie C.A.R.E.+ die neue Nachhaltigkeitsagenda CARE BEYOND SKIN vor, die mit ambitionierten Zielsetzungen das Selbstverständnis des Unternehmens unterstreicht, Verantwortung für Mensch, Gesellschaft und Umwelt – über das Kerngeschäft der Hautpflege hinaus – wahrzunehmen. So war Beiersdorf unter den ersten 111 Unternehmen weltweit, die sich zum 1,5-Grad-Ziel von Klimawissenschaftlerinnen und Klimawissenschaftlern bekannt haben und dessen Klimaziele von der „Science-Based Targets Initiative“ (SBTi) bestätigt und anerkannt wurden.

*Foto: Beiersdorf*

# ES SIND IMMER DIE MENSCHEN, DIE BRÜCKEN BAUEN

***Mit Afrika verbindet uns bei Beiersdorf eine lange Historie: Bereits seit über 100 Jahren sind wir als Unternehmen mit unseren Hautpflegemarken und -produkten in Afrika vertreten. Heute arbeiten mehr als 300 Beiersdorferinnen und Beiersdorfer in unseren mittlerweile acht Tochtergesellschaften in Afrika einschließlich zwei Produktionsstätten.***

Von Zhengrong Liu

Jenseits dieser langjährigen Bindung zu Menschen in Afrika, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Handelspartnern und vor allem als Menschen, die unsere Marken NIVEA oder Eucerin lieben (versuche den Begriff „Verbraucher“ zu vermeiden), haben wir auch enge Beziehungen zu NGOs wie Plan International und CARE aufgebaut, mit denen wir uns über unser Geschäft hinaus in Afrika engagieren.

Unsere sozialen Aktivitäten sind vielseitig. Vor allem in den letzten Jahren bauen wir sie stetig weiter aus: Seit 2013 unterstützen wir in Afrika sozial benachteiligte Menschen in ihren lokalen Gemeinden. Im Rahmen der Coronapandemie haben wir unser Engagement ausgeweitet und uns verstärkt auf Mädchen und junge Frauen fokussiert, da diese besonders unter den Spätfolgen der humanitären Krise leiden. Gemeinsam mit unseren Partnern setzten wir uns für sieben Projekte in sechs afrikanischen Ländern ein – jeweils im Kontext von Bildung, Gesund-

heit, und Schutz vor allen Formen der Gewalt sowie wirtschaftliche Resilienz.

Hinter diesem Engagement als Unternehmen stehen vor allem unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich nicht nur beruflich, sondern oft auch privat für Afrika engagieren. Auf ihrer Leidenschaft beruht zum einen die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Auf der anderen Seite erwachsen daraus völlig neue Engagements – denn am Ende sind es immer die Menschen, die neue Ideen entwickeln, Brücken bauen und besonders wichtig, diese über längere Zeit auch aufrechterhalten.

Deshalb mache ich an dieser Stelle Platz: Statt unsere Überzeugungen weiter zu elaborieren, die wir mit vielen deutschen Unternehmen teilen, möchte ich lieber ein besonderes Beispiel in diesem Rahmen vorstellen. Auf dem alljährlichen Beiersdorf-Mitarbeiter-Weihnachtsmarkt vor einigen Jahren lernte ich die Initiative „We care for Africa“ kennen. Dort sammelten

einige Beiersdorf-Beschäftigte Spenden für ihre Herzensprojekte, mit denen sie sich in Bukina Faso, im Senegal und Uganda im Bereich Bildung und Gesundheit privat engagieren. Rund um eine dieser Kolleginnen, Julia Beier, entstand aus diesem Engagement heraus eine wunderbare, soziale Grassroots-Initiative jenseits etablierter Konzernstrukturen und -prozesse. Mit ihrer Leidenschaft und der Unterstützung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Fachbereichen, setzte sie mit einem kleinen Team 2019 ein außergewöhnliches Projekt um: die NIVEA Limited Edition mit 100 Prozent reiner und sozial-verantwortlich bezogener Sheabutter aus Westafrika. Ich habe Frau Beier gebeten, uns diese Geschichte unten noch einmal zu erzählen.

Inspiriert von der Leidenschaft des Teams, beschlossen wir mehr zu tun: 2019 trat Beiersdorf der Global Shea Alliance (GSA) bei, welche nachhaltige Qualitätspraktiken und -standards in diesem Bereich definiert und sich gemeinsam mit uns und anderen Partnern für die Stärkung von Frauen einsetzt. Ziel eines unserer gemeinsamen Projekte im Zusammenschluss mit unserem Lieferanten AAK ist es, 10.000 Shea-Sammlerinnen über fünf Jahre zu schulen und zu unterstützen und darüber hinaus die CO<sub>2</sub>-Bilanz zu verbessern, indem wir zusätzlich 10.000 Shea-Bäume pflanzen.

Übrigens, die NIVEA Limited Edition 100 Prozent reine Sheabutter erfreute sich großer Beliebtheit in unseren zwei NIVEA-Häusern in Hamburg und Berlin.



Fotos: Beiersdorf



**JULIA BEIER**

***Responsible Sourcing Manager Beiersdorf AG***

Julia Beier ist seit 2015 bei Beiersdorf im Corporate-Sustainability-Team tätig und verantwortet dort seit 2017 das Programm „Responsible Sourcing“ beziehungsweise „Nachhaltigkeit in der Lieferkette“. Gemeinsam mit Kollegen aus der Forschung & Entwicklung hat sie 2019 die NIVEA Limited Edition „NIVEA von Herzen“ mit 100 Prozent reiner Sheabutter im Rahmen des „Freedom-to-Innovate-Programms“ entwickelt. Privat engagiert sie sich ehrenamtlich als Head of Marketing bei der in Burkina Faso tätigen Organisation DEVELOPmed.aid.

*Foto: Beiersdorf*

# DAS GOLD DER FRAUEN AFRIKAS

***Vor zwei Jahren haben wir die NIVEA Limited Edition mit 100 Prozent reiner Sheabutter als echte Herzensangelegenheit entwickelt. Wir, das sind vier junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beiersdorf AG in Hamburg. Gemeinsam haben wir das unternehmenseigene Programm „Freedom to Innovate“ genutzt und zehn Prozent unserer Arbeitszeit für die Umsetzung dieser Produktinnovation verwendet.***

von Julia Beier

Ein Glücksfall war es, dass unser Team aus den Bereichen Forschung & Entwicklung sowie Nachhaltigkeit seit Jahren ehrenamtlich an gemeinnützigen Projekten in Westafrika arbeitet. Wir haben die nachhaltige Sheabutter direkt eingekauft und sichergestellt, dass sie komplett rückverfolgbar ist bis auf die Ebene der Frauenkooperativen in Westafrika. Das Besondere und Innovative an unserer NIVEA Limited Edition ist, dass sie nur aus einem einzigen Rohstoff besteht: 100 Prozent reine Sheabutter.

Unsere gemeinnützigen, ehrenamtlichen Erfahrungen in eigenen Vereinen in Burkina Faso, Westafrika, zur medizinischen Versorgung und Bildung für Kinder, haben uns bei der Produktentwicklung geholfen. Burkina Faso zählt zu den ärmsten Ländern der Welt, ist aber gleichzeitig reich an Rohstoffen wie Sheabutter und Baumwolle. Der natürlich nachwachsende Rohstoff Shea wird hauptsächlich aus Westafrika bezogen. Burkina Faso und Ghana zählen zu den Hauptanbauländern. Die weltweit

einzigste Region, in welcher der Sheanuss- oder Karitébaum wächst, zieht sich quer durch Afrika im Süden der Sahara und wird als „Shea Belt“ bezeichnet. Ein Karitébaum kann über 300 Jahre alt werden und es dauert bis zu 20 Jahre, bis der Baum das erste Mal Früchte trägt. Der Shea-Rohstoff wird in der Kosmetik vor allem in der Lippen- und Körperpflege eingesetzt. Im NIVEA-Sortiment kommt Sheabutter bereits in Bodylotions- und Lippenpflegeprodukten als Inhaltsstoff zum Einsatz.

Neben den pflegenden Eigenschaften ist für uns das Besondere an Shea, dass es repräsentativ für echtes „Women Empowerment“ steht. Die Ernte der Sheanüsse und die Herstellung von Sheabutter liegen traditionell fest in der Hand afrikanischer Frauen. Daher wird Sheabutter auch das „Gold der Frauen Afrikas“ genannt. Schätzungsweise verdienen 16 Millionen Frauen in Afrika ihren Lebensunterhalt in der Shea-Lieferkette.

Die zunehmende Nachfrage von Shea als Rohstoff für die Lebensmittel- und Kosmetikindustrie ermöglicht es den Frauen



in ländlichen, oftmals sehr armen Gebieten, ihre Lebensumstände zu verbessern. Oftmals stellt die Ernte der Sheanüsse das einzige Einkommen der Frauen dar. Durch den Verkauf von Sheanüssen und Sheabutter tragen sie einen wesentlichen Beitrag zum Familienunterhalt bei und können so in die Bildung ihrer Kinder investieren. Unser Ziel war es, mit der NIVEA Limited Edition die Shea-Sammlerinnen in ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit direkt zu fördern. Der Direkteinkauf der Sheanüsse über unseren Lieferanten bei den Frauen vor Ort gewährleistete die Unabhängigkeit von Zwischenhändlern und erlaubte einen fairen und direkten Handel.

Bei unserer 100 Prozent reinen Sheabutter haben wir nicht nur darauf geachtet, dass der Rohstoff nachhaltig bezogen wird. Auch die Verpackung besteht aus einer Aluminiumdose mit Recyclinganteil, die sich wiederum in einer Blisterkarte aus recyceltem Karton befindet.

Mit unserer NIVEA Sheabutter wollten wir die Geschichten der Shea-Sammlerinnen und auch unsere eigene Geschichte mit unseren gemeinnützigen Vereinen in Burkina Faso erzählen. Wir haben vier verschiedene Designs entwickelt, die afrikanische Muster und Farben darstellen. Jedes der vier Designs ist individuell personalisiert mit einem Namen und bildet auf der Rückseite das Porträt einer Shea-Sammlerin ab (Denise, Marie, Kikebou und Bernadette). Jede Frau berichtet in einem kurzen Zitat, wie die Ernte der Sheanüsse ihr Leben verbessert hat, und auch wir berichten über unser ehrenamtliches Engagement in Burkina Faso. NIVEA spendet dafür einen Euro

pro verkauftem Shea-Produkt an unsere gemeinnützigen Vereine.

Die NIVEA Sheabutter wurde in den NIVEA-Flagship-Stores in Hamburg und Berlin sowie im deutschen NIVEA-Online-Shop verkauft. Das Produkt und unser authentisches Storytelling kamen so gut bei unseren Verbraucherinnen und Verbrauchern an, dass die NIVEA Sheabutter innerhalb weniger Wochen ausverkauft war. Dieses Jahr planen wir eine weitere Auflage unserer NIVEA Limited Edition und sind überzeugt davon, dass sie erneut so sehr die Herzen unserer Verbraucherinnen und Verbraucher erobert wie zum Start der nachhaltigen Kampagne.





*Foto: Beiersdorf*



**DR. KAI BECKMANN**

**Mitglied der Geschäftsleitung von Merck und CEO Electronics, Präsident des Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)**

Kai Beckmann ist Mitglied der Geschäftsleitung von Merck und verantwortlich für den Unternehmensbereich Electronics, den er seit September 2017 als CEO leitet. Seit Oktober 2018 übernimmt er die Verantwortung für den Standort Darmstadt und die Interne Unternehmensberatung. Darüber hinaus fungiert er als Landessprecher Deutschland mit Zuständigkeit für Mitbestimmungsangelegenheiten. Beckmann ist außerdem seit 2017 Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC).

*Foto: Merck*

# MERCK UND AFRIKA KOMMT!

*Afrika ist ein Kontinent der Superlative, von seinen Regenwäldern bis hin zu den großen Wüsten. Mehr als 1,3 Milliarden Menschen leben auf dem zweitgrößten Kontinent der Erde. Und Afrika ist bunt. Ob Größe, Bevölkerungsstruktur oder kultureller Hintergrund – jedes Land ist anders. Ein allgemeingültiges Geschäftsmodell für den ganzen Kontinent kann es daher nicht geben. Umso besser für Unternehmen, dass es das Programm AFRIKA KOMMT! gibt, das Weiterbildungsprogramm für junge Führungskräfte aus Afrika. Wir bei Merck können so das Potenzial eines aufstrebenden Kontinents und seiner Talente erschließen und viel dabei lernen..*

Bei AFRIKA KOMMT! treffen hochqualifizierte Nachwuchsführungskräfte aus 24 Ländern Afrikas mit 32 führenden deutschen Unternehmen zusammen. Seit 2008 gibt es dieses Programm, das von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) initiiert wurde und seitdem von ihr unterstützt wird. Merck ist seit 2009 dabei – aus tiefer Überzeugung und mit voller Unterstützung durch die Geschäftsleitung. So wundert es auch nicht, dass unser Unternehmen in den letzten Jahren die meisten AFRIKA-KOMMT!-Teilnehmerinnen und Teilnehmer – auch „Fellows“ genannt – beschäftigt hat. Besonders schön daran: Viele von ihnen sind auch heute noch für Merck tätig.

AFRIKA KOMMT! gibt den Fellows und uns die Möglichkeit, Afrika und Europa näher zusammenzubringen: beruflich, aber auch kulturell. Die afrikanischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden zunächst von der

GIZ drei Monate lang vorbereitet. Sie besuchen bereits in Afrika einen Deutschkurs und vertiefen ihre Sprachkenntnisse nach ihrer Ankunft in Deutschland in einem Intensivkurs. Anschließend werden die Fellows dann von ihrem jeweiligen Unternehmen acht Monate beschäftigt und betreut. In dieser Zeit sollen sich die Fellows fachlich und persönlich voll integrieren und zum Alltagsgeschäft beitragen.



Die Konzernzentrale von Merck in Darmstadt.  
Foto: Merck

AFRIKA KOMMT! hat das Ziel, die Talente aus Afrika konkret in Themen wie Management, deutscher Sprache und Kultur sowie fachlichen als auch überfachlichen Kompetenzen zu entwickeln und zu fördern. Während des achtmonatigen Aufenthalts beim jeweiligen Partnerunternehmen erlangen die Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer die Möglichkeit, spezifisches Fachwissen, Prozesse und Strukturen kennenzulernen. Anschließend können die Fellows eine Rolle im Partnerunternehmen einnehmen – oder sie nehmen das gewonnene Know-how mit zurück nach Afrika. Merck hat im Rahmen des Programms bereits einige afrikanische Talente in ihrer Karriere unterstützt.

AFRIKA KOMMT! hat zahlreiche Vorteile für alle Beteiligten. Uns bei Merck hilft es bei der Erschließung neuer Märkte in Afrika, über die wir wertvolle Informationen erhalten. Das Programm vermittelt differenzierte Einblicke in die jeweiligen Länder und fördert das gegenseitige interkulturelle Verständnis. Das ist nicht nur aus strategischer Sicht interessant. Wir können damit das große Potenzial Afrikas nutzen und gleichzeitig Merck dort stärken. Und wir bilden hochmotivierte Mitarbeiter aus, die anschließend überzeugte Botschafter für unser Unternehmen werden.

Außerdem trägt AFRIKA KOMMT! zu Innovation und Diversität innerhalb von Merck bei. Wir schätzen die Vielfalt, durch die unsere Mitarbeiter uns bereichern. Wir setzen uns für eine inklusive Kultur ein, in der jeder Einzelne sein Potenzial voll entfalten und individuelle Perspektiven einbringen kann. Denn wir sind zutiefst überzeugt davon, dass eine vielfältige Belegschaft

und wertschätzende Unternehmenskultur unverzichtbar für die Innovationskraft unseres Unternehmens sind und wesentlich zu unserem geschäftlichen Erfolg beitragen. Hier können wir viel von den Fellows lernen. Sie gehen anders an Themen heran und verändern oft die ganze Dynamik eines Teams. Die Fellows, welche wir bisher kennenlernen durften, zeigen ein großes Interesse an Merck, unserer Arbeitsweise und an den Menschen bei uns. Dabei hinterfragen sie Prozesse und fordern so auch den Status quo heraus. Wichtig ist für uns dabei immer der Grundsatz, voneinander zu lernen: Die Fellows von uns als führendem Wissenschafts- und Technologieunternehmen und wir von den Fellows mit ihrem breiten Wissen und unterschiedlichen Erfahrungen.

Mittlerweile bewerben sich pro Jahr bis zu 9.000 junge Menschen für das AFRIKA-KOMMT!-Programm. Uns als Unternehmen bietet das die Chance, Top-Kandidatinnen und -Kandidaten für uns gewinnen zu können. Die Ausschreibung steuert die GIZ, den Inhalt des gesuchten Profils liefert das Unternehmen. Die bisherigen Kandidaten für Merck hatten meist einen naturwissenschaftlichen Hintergrund, einige verfügten aber auch über einen MBA oder einen wirtschaftlichen Hintergrund mit Schwerpunkten wie Management, Finance oder HR. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bringen in der Regel auch praktische Berufserfahrung von mindestens zwei Jahren mit. Anfangs hatten sich bei Merck hauptsächlich Abteilungen aus unserem Unternehmensbereich Healthcare, also unserem Pharmageschäft, an AFRIKA KOMMT! beteiligt. Mittlerweile sind jedoch auch unsere Unternehmens-



*Die Merck-Fellows des Jahrgangs 2019 zu Gast in Darmstadt. In den Folgejahren fanden aufgrund der Corona-Pandemie keine Präsenzveranstaltungen im Rahmen von „Afrika kommt!“ statt. Foto: Merck*

bereiche Life Science, der unter anderem Produkte und Dienstleistungen für die gesamte Wertschöpfungskette der Arzneimittelherstellung anbietet, und Electronics, dessen Angebot unter anderem Materialien und Lösungen für die Herstellung von Halbleitern umfasst, vertreten. Und im Jahr 2022 werden dann auch Gruppenfunktionen wie unser Site Management dabei sein.

Wir lernen im Rahmen von AFRIKA KOMMT! immer wieder sehr engagierte Menschen mit einer unglaublichen Energie kennen: Viele engagieren sich nebenberuflich in zahlreichen Programmen in Afrika und haben oft auch ein eigenes Unternehmen. Bei so vielen hervorragenden Kandidaten ist es nicht immer einfach, sich zu entscheiden. Das merken wir immer wieder.

Beispielsweise haben wir 2019/2020 im Assessment-Center den perfekten Kandidaten für die von uns ausgeschriebene Stelle gefunden – und zusätzlich eine Ärztin aus Simbabwe kennengelernt, die uns so beeindruckte, dass wir beschlossen, ein passendes Projekt für sie zu suchen.

Ende Oktober 2020 haben wir die 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des achten Jahrgangs verabschiedet – aber natürlich nicht ganz. Acht dieser Talente arbeiten auch weiterhin für Merck, teils in Deutschland, teils in ihrer Heimat. Und auch mit den anderen Fellows bleiben wir in regem und regelmäßigem Austausch: um auch weiterhin das Wissen, die erlangten Erfahrungen und die Diversität in den Heimatländern in Projekte und unser Unternehmen einfließen zu lassen.



Denn AFRIKA KOMMT! ist für uns bei Merck auch an anderer Stelle eine Bereicherung: Seit Jahren engagieren wir uns in Afrika. Beispielsweise entwickeln wir neue, integrierte Lösungen wie Arzneimittel, Diagnoseverfahren, Technologien und Methoden der Erregerkontrolle sowohl gegen die tropische Wurmkrankheit Schistosomiasis, auch Bilharziose genannt, als auch gegen Malaria. Im vergangenen Jahr spendeten wir außerdem rund 226 Millionen Tabletten zur Behandlung von Bilharziose in 30 Ländern an die Weltgesundheitsorganisation – seit Auflage des Programms 2007 haben wir damit insgesamt mehr als 1,3 Milliarden Tabletten gespendet. Auch bei diesen

Aktivitäten können wir auf unsere Fellows zählen, von denen uns manche in ihren Heimatländern weiterhin aktiv unterstützen. Und seit Anfang Juni arbeitet eine AFRIKA-KOMMT!-Teilnehmerin aus Kenia direkt im Team des „Merck Schistosomiasis Elimination Programs“ mit uns daran, eine Welt frei von Bilharziose zu schaffen.

Die andauernde Coronapandemie hat es den Beteiligten nicht leicht gemacht und neue Herausforderungen mit sich gebracht, unter anderem durch Reisebeschränkungen und einen rein virtuellen Austausch. Doch die gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um weiterhin das Bestmögliche für

*Fester Bestandteil von „Afrika kommt!“: der Empfang durch den Bundespräsidenten. Auch 2019 begrüßte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Fellows in Schloss Bellevue. Foto: Merck*



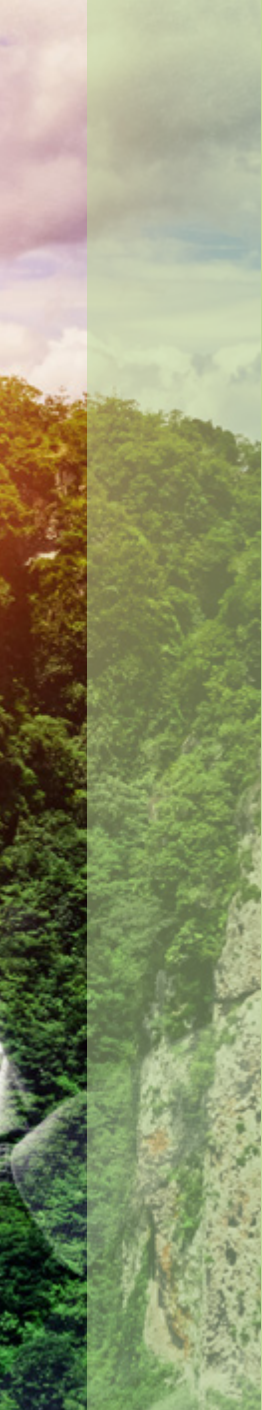
die teilnehmenden Fachbereiche als auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des kommenden Jahrgangs zu gewährleisten. Und so haben wir uns gefreut, auch 2021 wieder zwölf Fellows aus Afrika in Darmstadt begrüßen zu dürfen.

Nach mehr als zehn Jahren kann ich sagen: AFRIKA KOMMT! ist ein Erfolg – und eine echte Win-win-Situation sowohl für die hochqualifizierten afrikanischen Nachwuchsführungskräfte als auch für die teilnehmenden Unternehmen.





Foto: metamorworks – iStock



# ***GESELLSCHAFT UND STAKEHOLDER***



**MIRJAM ZIMMERMANN**

**Projektmanagerin AFRIKA KOMMT!, GIZ GmbH**

Mirjam Zimmermann ist als Projektmanagerin für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH tätig und seit 2016 Teil des AFRIKA KOMMT! Teams. Sie hat einen Masterabschluss des deutsch-französischen Studiengangs „Internationale und Europäische Governance“ der Universität Münster und Sciences Po Lille.

Foto: GIZ

# **AFRIKA KOMMT! BAUT BRÜCKEN: DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT UND JUNGE FÜHRUNGSKRÄFTE AUS AFRIKA SETZEN AUF NACHHALTIGE PARTNERSCHAFTEN**

*AFRIKA KOMMT! ist ein Fellowship-Programm, das visionäre Nachwuchsführungskräfte aus Afrika mit führenden deutschen Unternehmen zusammenbringt. Die Unternehmen profitieren von der Expertise, dem Wissen, den lokalen Netzwerken und der einzigartigen afrikanischen Perspektive der Fellows. Die Fellows erhalten tiefen Einblick in die deutsche Unternehmenswelt und lernen viel über Unternehmertum in Deutschland, die deutsche Gesellschaft und Kultur.*

## **EINE VISION, DIE VERBINDET**

Führende deutsche Unternehmen verwirklichen durch AFRIKA KOMMT! miteinander ihre Vision von nachhaltiger Wirtschaftskooperation mit afrikanischen Staaten. Sie erkennen dabei: Afrika ist ein Kontinent voller Potenzial für wirtschaftliche und sozial nachhaltige Transformation. Herausragende junge Führungskräfte, Frauen und Männer, teilen die Vision eines ökonomischen und sozialen Erfolgs und haben mit AFRIKA KOMMT! die Möglichkeit, ihren Traum zu verwirklichen und zukunftsweisende Wege einer deutsch-afrikanischen Partnerschaft mitzugestalten. Seth Miah, Regional Manager West Africa von thyssenkrupp AG und AFRIKA KOMMT! Alumnus, ist der festen Überzeugung „Die Geschichte beginnt gerade erst!“

Im Jahr 2008 setzen 19 Unternehmen unter der Führung von Tilman Todenhöfer, früherer Geschäftsführer der Robert Bosch Industrietreuhand KG, mit der Unterstützung des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler, ihre Vision in die Tat um und gründeten AFRIKA KOMMT!

Inzwischen umfasst AFRIKA KOMMT! neun Jahrgänge, der zehnte Jahrgang ist in Planung. Das Programm ist seit 2008 um mehr als 100% gewachsen, Tendenz trotz Corona steigend. Die beteiligten Unternehmen sind vom Programm überzeugt, wie Sabine Emmerich, Making More Health bei Boehringer Ingelheim GmbH, unterstreicht: „Das Programm hat großes Potential für alle Beteiligten. Die Fellows sammeln wichtige Erfahrungen, gerade im Hinblick auf interkulturelles Arbeiten mit deutschen, global

agierenden Unternehmen. Für die beteiligten Unternehmen ist AFRIKA KOMMT! eine einzigartige Möglichkeit mit hochmotivierten zukünftigen Führungskräften aus Afrika in Kontakt zu kommen.“

Das Programm erfährt zudem wertvolle Unterstützung durch den Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der die Initiative mit einem jährlichen Empfang der jungen Expert\*innen würdigt. Das Programm wird außerdem durch das Auswärtige Amt und die deutschen Botschaften in Afrika unterstützt. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH setzt das Programm im Auftrag der Partnerunternehmen um.

## **EIN GANZHEITLICHES PROGRAMM**

Zentraler Gedanke des Programms AFRIKA KOMMT! ist es, verschiedenen Perspektiven Raum zu geben, eigene Blickwinkel zu verändern und vielfältigere Sichtweisen zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt des Programms steht daher der einjährige Aufenthalt der afrikanischen Fellows in Deutschland während dessen ein achtmonatige praktische Training im Partnerunternehmen durch erfahrene Mentor\*innen begleitet wird. Darüber hinaus organisiert die GIZ weitere zentrale Elemente des Programms: Deutschkurse,

*Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier unterstützt die Initiative und lädt die Stipendiaten zu einem Empfang ins Schloss Bellevue ein. Foto: GIZ*





Managementtrainings, Studienreisen, Netzwerk- und Alumniveranstaltungen und begleitet die persönlichen und beruflichen Erfahrungen der Fellows.



*Die jungen Experten stellen ihre Expertise zur Verfügung und sind wertvolle Partner für deutsche Unternehmen. Foto: Arne Rechel, Crosspark*

Gestärkt durch die internationale Erfahrung, vertiefte Fachkenntnisse und Deutschkenntnisse, werden die Fellows des Programms zu ‚Change Agents‘ im Interesse aller Seiten: als Mitgestalter\*innen deutscher Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika sowie des wirtschaftlichen und sozialen Wachstums in ihren Heimatländern. Die ehemalige Teilnehmerin Getrude Nandwa aus Kenia beschreibt ihre Erfahrung als sehr bereichernd: „Ich habe so viel gewonnen, weil ich die Abteilungen, den Herzschlag und den Hauptsitz meines Partnerunternehmens, Merck KGaA, kennengelernt habe. Ich hatte die Möglichkeit, mit der obersten Führungsebene zu interagieren, mit globalen Prozessen, mit globalen Werkzeugen und Systemen und auch Teil von sehr wichtigen Gesprächen zu sein, die sich um alle Themen, alle Angelegenheiten, alle Faktoren drehen, die jeden kleinen Teil dieser Welt betreffen.“

## **ERFOLG DURCH PASSGENAUES AUSWAHLWAHLVERFAHREN**

Entscheidend für den gegenseitigen Mehrwert ist die Auswahl geeigneter Kandidat\*innen. Die GIZ organisiert das Auswahlverfahren und kann durch ein breites Netzwerk in beinahe allen Ländern Afrikas die richtigen Interessent\*innen erreichen. Ob die Person letzten Endes zum Unternehmen passt, kann nur durch die Unternehmen selbst entschieden werden. Die teilnehmenden Unternehmen verfassen ein Wunschprofil ihrer Fellows, auf das sich die jungen Fach- und Führungskräfte bewerben können. Auf diese Weise werden die Expert\*innen gesucht, die für die strategische Ausrichtung des Unternehmens wichtig sind. Die Kandidat\*innen durchlaufen ein Assessment Center, an dem im letzten Jahr mehr als 40 Unternehmensvertreter\*innen teilnahmen.

Auf dem afrikanischen Kontinent hat sich das Programm zu einem Renner entwickelt: Auf die ca. 40 Fellowshipplätze in diesem Jahr kommen bis zu ca. 9000 Bewerbungen aus 51 der 54 Länder in Afrika.

## **EIN PROGRAMM, DAS WIRKUNG ZEIGT**

Mehr als 200 Alumni geben ihr Wissen und ihre Erfahrungen in ihren Herkunftsländern weiter. Sie leiten deutsch-afrikanische Projekte, Unternehmen und Initiativen mit hoher transformativer Kraft. Zudem arbeiten mehr als die Hälfte der jungen Expert\*innen weiter für ihr Partnerunternehmen in Deutschland oder auf dem afrikanischen Kontinent. Sie fördern Diversität und Innovation innerhalb



*Die Alumni des Programms sind Teil eines starken Netzwerks in Europa und Afrika. Foto: Martin Potgieter.*

der Unternehmen, entwickeln neue Produkte, eröffnen neue Niederlassungen in Afrika, unterstützen dabei, in bereits bestehenden Märkten zu expandieren und stärken so lokale, afrikanische und globale Netzwerke.

Als Brückenbauer zwischen dem afrikanischen Kontinent und Deutschland sieht sich auch Dominique Gnezele, der im Anschluss an seine Programmteilnahme als „Marketing and Business Coordinator Africa“ bei Robert Bosch Ghana Limited arbeitet: „Ob in Côte d'Ivoire, Ghana oder Afrika, ich baue Brücken für solide Geschäftsbeziehung zwischen Deutschland und Afrika. Brücken bauen heißt dabei, dass Produkte und Dienstleistungen an die lokale Realität angepasst werden. Bei Bosch z.B. haben wir die Idee „Bosch Pay Small Small“ ins Leben gerufen, die genau auf die Bedarfe der Märkte in Afrika passt.“

Das Programm ist Teil der Unternehmensstrategie vieler Partnerunternehmen geworden und wächst so kontinuierlich, wie Ilka Wiskemann, Unternehmenssprecherin AFRIKA KOMMT! bei SAP SE, mit einem

Blick auf die strategische Bedeutung des Programms hervorhebt: „Der afrikanische Markt bietet uns Möglichkeiten, das Cloud-Business der SAP weiter auszubauen und Mitarbeiter mit dem nötigen Handwerkszeug für diese Reise auszustatten. Wir sehen Jahr für Jahr ein steigendes Interesse unserer Manager sich aktiv am Programm zu beteiligen. Neben den wirtschaftlichen Aspekten schaffen wir mit AFRIKA KOMMT! Neugierde und Begeisterung für den kulturellen Austausch mit Afrika, um somit unsere Diversität im Unternehmen noch weiter zu erhöhen.“

## **OFFEN FÜR NEUE UNTERNEHMEN**

AFRIKA KOMMT! steht interessierten neuen Unternehmen offen, die ihr wirtschaftliches Engagement in Afrika ausbauen wollen. Die Initiative ist nicht nur für die ganz großen Unternehmen eine optimale Chance. Auch für den deutschen Mittelstand stellt das Programm eine attraktive Möglichkeit dar, den internationalen Aktionsradius des Unternehmens zu erweitern.

*Die Nachwuchsführungskräfte werden im Auswärtigen Amt offiziell verabschiedet. Foto: Kirsch – GIZ.*



### Zahlen und Fakten

- 243 Fach- und Führungskräfte
- 25 Herkunftsländer in Afrika
- Beteiligung von 32 Partnerunternehmen und 3 Stiftungen seit der Gründung
- 2008 initiiert durch Tilman Todenhöfer und Bundespräsident a.D. Horst Köhler

### Aktuell nehmen folgende Unternehmen und Stiftungen an AFRIKA KOMMT! teil

- ANDREAS STIHL AG & Co. KG
- Boehringer Ingelheim GmbH
- Robert Bosch GmbH
- B. Braun Melsungen AG
- K + S Kali GmbH
- Merck KGaA
- SAP SE
- Siemens Healthineers GmbH
- Voith GmbH
- Volkswagen AG
- WILO SE





**PIERRE NASSER**  
**Senior Vice President – Region Middle East & Africa**  
**B. Braun**

Nach dem dualen Studium im Fachbereich ‚Industrie‘ an der Berufsakademie in Stuttgart, welches er mit dem Diplom-Betriebswirt (BA) abschloss, arbeitete Pierre Nasser als Regional Business Manager für Teleflex Medical. Im Juni 2004 wechselte er zu der B. Braun Melsungen AG. Nach verschiedenen Funktionen innerhalb der Vertriebsregion Middle East & Africa übernahm er im Herbst 2018 die Bereichsleitung.

*Foto: B. Braun*

# **B. BRAUN IN AFRIKA – DIE CHANCEN ÜBERWIEGEN DIE RISIKEN**

*Bereits seit den 1960er Jahren ist Afrika für B. Braun ein besonderes Einsatzgebiet. Viele junge Menschen in der Bevölkerung sind auf der Suche nach guter Qualifikation sowie einer beruflichen Perspektive. Eine entscheidende Rolle bei der Erschließung des afrikanischen Kontinents spielt das Programm „Afrika kommt!“, an dem Sharon Telega aus Kenia teilgenommen hat. Sie kam Ende 2019 nach Deutschland und ihr Weg zeigt beispielhaft, wie Zusammenarbeit gut und erfolgreich sein kann.*

B. Braun ist einer der führenden Hersteller von Medizintechnik- und Pharma-Produkten weltweit. 1839 als Apotheke in Melsungen gegründet, umfasst das Sortiment des Unternehmens heute 5.000 Produkte, die zu 95 Prozent in eigener Fertigung hergestellt werden. Mit diesem umfangreichen Portfolio und zusätzlichen Dienstleistungen und Beratungsangeboten deckt B. Braun als Systemanbieter die medizinische Behandlung in 18 Therapiefeldern ab. Dabei ist es dem Unternehmen wichtig, in enger Partnerschaft mit den Kunden die jeweils beste Lösung für Patientinnen und Patienten zu entwickeln. B. Braun leistet einen wesentlichen Beitrag, um die Gesundheit von Menschen auf der ganzen Welt zu schützen und zu verbessern. 2020 erwirtschaftete der Konzern mit 64.317 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 64 Ländern einen Umsatz von rund 7,42 Milliarden Euro.

Auf dem afrikanischen Kontinent sind derzeit 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für B. Braun tätig. Bereits seit mehr als 25 Jahren hat B. Braun eine eigene Gesellschaft in Südafrika. Weitere Gesellschaften in Kenia, Simbabwe, Ghana und Sambia sind seither gegründet worden. Viele Märkte werden mit Unterstützung von lokalen Partnern bereits seit über 60 Jahren versorgt. An drei verschiedenen Standorten in Südafrika und Kenia werden derzeit medizintechnische und pharmazeutische Produkte gefertigt. Mit allen Aktivitäten in Afrika erwirtschaftete B. Braun im Jahr 2020 einen Umsatz von über 150 Millionen Euro.

## **AFRIKA RÜCKT IN DEN FOKUS**

Bereits seit den 1960er Jahren ist B. Braun auf dem afrikanischen Markt tätig, doch mit der Aufnahme des Geschäfts in Südafrika 1995 wurde der Kontinent erstmals



Ab Oktober 2018 arbeitete Eric Pen-ara Naah bei B. Braun im Bereich Sales Middle East & Africa. Sein Mentor war Pierre Nasser. Foto: B. Braun

in den Fokus gerückt. Dabei wurde deutlich, dass die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Medizinprodukten groß und insbesondere die Weiterbildung des medizinischen Fachpersonals notwendig ist. Dabei versucht B. Braun, seine Philosophie „Sharing Expertise“ zu leben. Dazu zählt das Angebot von hochwertigen Produkten und Trainings, die auf die Bedürfnisse der Kunden dort abgestimmt sind.

Dennoch ist Afrika auch für B. Braun ein besonderes Einsatzgebiet mit Unterschieden zu anderen Märkten. Viele junge Menschen in der Bevölkerung sind auf der Suche nach guter Qualifikation sowie einer beruflichen Perspektive. Doch adäquate Arbeitsplätze sind Mangelware. Somit hat die junge Generation es schwerer, zu lernen, Erfahrungen zu sammeln und sich im Beruf auf einer internationalen Bühne zu behaupten. Ein weiterer Faktor ist, dass Afrika mit seinen 54 verschiedenen Ländern, ein sehr vielfältiger und diverser Kontinent ist. Das hat verschiedene Konsequenzen,

sagt Dr. Martin Demlehner, der bei B. Braun für den Vertrieb in Afrika verantwortlich ist: „Es erfordert hohe interkulturelle Flexibilität, um sich an verschiedene Sprachen und Geschäftspraktiken anzupassen, zudem sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen sehr unterschiedlich.“

## **DIE CHANCEN ÜBERWIEGEN DIE RISIKEN**

Dementsprechend ist das Geschäft in Afrika oft auch ein riskantes. „Dennoch ist B. Braun davon überzeugt, dass die Chancen die Risiken deutlich überwiegen“, sagt Jens Papperitz, Geschäftsführer bei B. Braun Südafrika. Der Gesundheitssektor bietet eine langfristige und attraktive Geschäftsmöglichkeit. Insbesondere durch das Bevölkerungswachstum sowie eine wachsende urbane Mittelschicht, vor allem in Südafrika. Mussten vor zehn Jahren noch viele Patientinnen und Patienten für elektive Eingriffe nach Südafrika reisen, können solche Eingriffe von jungen und gut qualifizierten lokalen Chirurgen auch in Harare oder Lusaka durchgeführt werden.

Seit 2017 baut B. Braun erstklassige Produktionsstandorte für Pharmazeutika und Medizinprodukte in Südafrika auf. „Dabei verfolgen wir das Ziel, durch die Lokalisierung der Wertschöpfung Arbeitsplätze zu schaffen“, sagt Papperitz. Zudem wurde das Netzwerk von Dialysekliniken erweitert: In 40 Zentren kann etwa 1.200 Patientinnen und Patienten eine chronische Dialysebehandlung angeboten werden. Um sich im Süden Afrikas auch strategisch weiterzuentwickeln, wurden B.-Braun-Büros in Sambia und Simbabwe gegründet.

Durch lokale Strukturen, die von jungen Teams geleitet werden, soll das Marktverständnis verbessert werden, um Produkte und Dienstleistungen auf die lokalen Bedürfnisse anzupassen.

Weitere Niederlassungen unterhält B. Braun in Kenia und Ghana. Doch von dort aus wird nicht nur das jeweilige Land bedient, sondern qualifizierte Unterstützung für den Bedarf der Großregion angeboten. Somit helfen Medizintechniker aus Ghana auch in Burkina Faso oder an der Elfenbeinküste bei der Installation von medizinischen Geräten. Durch diese Strategie konnte B. Braun sein Kompetenznetzwerk deutlich ausbauen.

## **AFRIKA KOMMT! EIN GEWINN FÜR TEILNEHMER UND UNTERNEHMEN**

Eine entscheidende Rolle bei der Erschließung des afrikanischen Kontinents spielt das Programm „Afrika kommt!“. Durch die Zusammenarbeit und Förderung junger und ambitionierter Menschen wird die Sichtweise, dass der afrikanische Kontinent eine große Chance bietet, seit Jahren vertieft. Seit 2012 haben elf Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei B. Braun ein Praktikum absolviert. Mehr als die Hälfte arbeitet noch immer im Konzern.

„Afrika kommt!“ stellt eine Win-win-Situation für Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie das Unternehmen dar. B. Braun bietet hat dadurch die Chance, ein Netzwerk mit qualifizierten und motivierten Fachkräften aus ganz Afrika aufzubauen. Das Programm ist damit eine Grundlage für langfristige Beziehungen zu jungen Führungskräften

und bietet Zugang zu kulturellem Wissen aus erster Hand. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können die Kultur in Deutschland erleben und sich mit Geschäftskonzepten vertraut machen. Dies bietet ein nachhaltiges Fundament für eine positive wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent. Vor diesem Hintergrund sucht B. Braun kontinuierlich unternehmerisch denkende Hochschulabsolventinnen und -absolventen für das Programm.

## **SHARON TELEWA BLEIBT BEI B. BRAUN**

Nicht zuletzt das jüngste Beispiel des Programms „Afrika kommt!“ bei B. Braun verdeutlicht die erfolgreiche Zusammenarbeit –



*Foto: B. Braun*

auch in Zeiten der Pandemie. Sharon Telewa aus Kenia kam Ende 2019 nach Deutschland und begann ihr Praktikum am B.-Braun-Standort Melsungen. „Mein Ziel ist, dass das Unternehmen von mir und von meiner Arbeit profitiert“, sagte Telewa zu Beginn ihrer Zeit. Sie hatte sich gezielt auf den Platz bei B. Braun beworben, weil sie das Gefühl hatte, dass sie und das Unternehmen perfekt zusammenpassen. B. Braun erhoffte sich so einen Überblick über die Innovations- und Start-up-Szene in Afrika. Da war Telewa die ideale Besetzung: Sie hatte in Kenia zunächst für eine große Mobilfunkfirma gearbeitet und dabei zusammen mit jungen und innovativen Unternehmen neue Produkte entwickelt. Später wechselte sie selbst in eines der erfolgreichsten Start-ups des Kontinents.

Trotz der besonderen Umstände durch die Coronapandemie haben sowohl Sharon Telewa als auch B. Braun von der Zusammenarbeit profitiert: Nachdem ihr Praktikum eigentlich Ende des vergangenen Jahres enden und sie von Kenia aus weiter an ihren Projekten arbeiten sollte, entstand die Idee, dass sie erst einmal weiter von Deutschland aus unterstützt und die Grundlage für weitere Projekte legt. Konkret arbeitet sie nun als Innovation & Business Development Manager an der Strategieentwicklung für die Regional Roadmap MEA und unterstützt unter anderem die Aktivitäten des „B. Braun Accelerators“: ein Programm, das Start-ups und junge Unternehmen fördert.

Telewa ist mit der Entwicklung sehr zufrieden: „Natürlich hatte ich mich schon auf die Sonne, meine Familie und meine Freunde gefreut. Dennoch ist das eine tolle berufliche Perspektive, die sich hier auf-

getan hat, und ich bin sehr glücklich mit der Entscheidung.“ Neben der guten Jobperspektive ist Telewa besonders glücklich über ihre persönliche Entwicklung. Das Erlernen einer neuen Sprache, die Umsetzung verschiedener Projekte und der persönliche Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen in Melsungen haben ihr viel Selbstvertrauen gegeben. Zudem hofft sie, dass sie ihre Reisepläne noch umsetzen kann. Ein Beispiel, das zeigt, welche Chancen das Programm „Afrika kommt!“ für beide Seiten bietet.



*Prof. Große im Interview.*

*Quelle: 24. Mai 2018. 10 Jahre AFRIKA KOMMT!*



*Teilnehmer AFRIKA KOMMT!.*

*Quelle: 24. Mai 2018. 10 Jahre AFRIKA KOMMT!*



**REBECCA TRIENEKENS-DOMRÖS**  
*Trienekens GmbH*

Rebecca Trienekens-Domrös leitet gemeinsam mit ihrem Mann Joachim Domrös die Trienekens GmbH in Viersen, die Recycling- und Entsorgungsbetriebe in Malaysia und Spanien betreibt. Darüber hinaus ist sie Geschäftsführerin der PAULA Water GmbH, die Systeme zur Wasseraufbereitung vertreibt. Daneben ist Trienekens-Domrös seit vielen Jahren sozial engagiert – in ihrer Heimatstadt Viersen ebenso wie auf anderen Kontinenten. Schon lange liegt dabei ein besonderer Schwerpunkt auf Afrika im Allgemeinen und seit einigen Jahren auf der Gejja Women Foundation im Besonderen.

*Foto: privat*



## GEJJA WOMEN FOUNDATION IN UGANDA UNTERSTÜTZT MÄDCHEN AUF IHREM WEG IN EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

### WER ETWAS ÄNDERN WILL, MUSS ETWAS TUN

*Jungen Frauen in Afrika einen besseren Zugang zu Bildung – und damit mehr Chancen im Leben – zu ermöglichen: Für die Unternehmerin Rebecca Trienekens-Domrös ist das mehr als eine Aufgabe – es ist ihr eine Herzensangelegenheit. Seit einigen Jahren liegt dabei ihr besonderer Fokus auf der Gejja Women Foundation in Uganda. Für diese finanzieren die Viersenerin und ihre Familie derzeit den CO<sub>2</sub>-neutralen Bau eines Frauenzentrums. Bei der Umsetzung half auch der Zufall. Denn der brachte Trienekens-Domrös mit Eckardt Dauck und Roland Hansen zusammen, die zu wichtigen Partnern bei dem ökologischen Bauvorhaben wurden.*

Auch heute passiert es wieder: gerade jetzt, während Sie in diesem Jahrbuch blättern und in diesen Text hineinlesen. Vielerorts in Afrika unterbrechen Mädchen ihren Schulbesuch aus einem simplen Grund: Sie haben ihre Monatsblutung. Manche beenden ihre Schullaufbahn mit dem Einsetzen der ersten Blutung sogar für immer. Aus Scham. Und weil man sich in ihren Familien keine Unterwäsche leisten kann, geschweige denn Monatsbinden. Hinzu kommt, dass sie in einer von Männern dominierten Welt leben. Denn auch das hat seinen Anteil daran, dass junge Afrikanerinnen häufig ohne Schulabschluss bleiben. Stattdessen werden sie – viel zu früh – Mutter.

In Uganda sind Frauen bei ihrer ersten Geburt durchschnittlich noch nicht einmal

19 Jahre alt. Im Schnitt bekommt eine Uganderin mehr als fünf Kinder. Die Folge: Die Bevölkerung wächst unaufhaltsam. Gut alle 20 Jahre verdoppelt sich die Einwohnerzahl. Inzwischen leben knapp 45 Millionen Menschen in dem ostafrikanischen Land, das etwa so groß ist wie Deutschlands alte Bundesländer zusammen. 1950 waren es gerade einmal fünf Millionen. Fast die Hälfte der heutigen Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre, die Hälfte davon wiederum ist weiblich. Das heißt: Es gibt in Uganda über zehn Millionen Mädchen, die noch keine 15 Jahre alt sind. Vielen von ihnen steht ein fremdbestimmtes Leben bevor – wenn sich nichts ändert.

Doch es tut sich etwas. Eine, die sich seit Jahren für mehr Chancen von Frauen in



Uganda einsetzt, ist Angella Majouri, von allen einfach Majo genannt. Sie lebt in Bulyasi Village, einem kleinen Dorf im Distrikt Mpigi, unweit von Ugandas Hauptstadt Kampala und auch nicht weit entfernt vom Victoriasee. Als Majo vor 28 Jahren geboren wurde, war ihre Mutter noch eine Teenagerin. „Das passiert in Uganda häufig“, sagt Majo. Sie selbst wurde ebenfalls sehr früh Mutter einer Tochter. Dass sie trotzdem ihre Schulbildung abschließen konnte, verdankt sie vor allem dem Jangu e. V. – einem deutschen Verein, der sich in Uganda sozial engagiert. Jangu gründete unter anderem die Social Innovation Academy. In dieser Einrichtung lernen junge Menschen, wie sie selbstständig eigene Projekte entwickeln und umsetzen können. Dort bekam auch Majo das Rüstzeug für ihr heutiges Tun. „Ich hatte wirklich großes Glück“, sagt sie dankbar.

Ihre eigene positive Erfahrung ist die Grundlage für ihre heutige Arbeit: Majo fördert Mädchen und junge Frauen in Mpigi. Dafür gründete sie 2015 mit Unterstützung von Jangu die Gejja Women Foundation. Der Name ist Programm. Denn Gejja bedeutet, über sich hinauszuwachsen. Und Majo wünscht sich, dass Gejja vielen Frauen genau diese Entwicklung ermöglicht.

Regen Anteil an Majos Nichtregierungsorganisation (NGO) nimmt seit vielen Jahren auch Rebecca Trienekens-Domrös. Die Viersener Unternehmerin engagiert sich schon lange über diverse Vereine und Stiftungen in Afrika. Mehrere Jahre war sie als Vorstand der Fürsorge- und Bildungstiftung aktiv, die auch Jangu-Projekte betreut, und besuchte in dieser Eigenschaft immer wieder geförderte Projekte vor Ort.

Dabei lernte sie schließlich auch Majo und ihre Gejja Women Foundation kennen. Die Uganderin nähte damals schon Monatsbinden und besuchte damit Schulen, wo sie Jungen und Mädchen gleichermaßen aufklärte: in offenherzigen Vorträgen über Monatsblutung und Hygienemaßnahmen. Und dort fanden ihre Binden auch ihre Abnehmerinnen.

## **„DAS HAT MICH TIEF BERÜHRT“**

„Ich habe drei solche Besuche miterlebt“, erinnert sich Trienekens-Domrös. „Die Klassenräume glichen eher Bretterbuden.“ Bis zu hundert Jugendliche hätten sich dort gedrängt, um Majo zuzuhören. „Und gerade als vierfache Mutter hat es mich besonders berührt, dass viele junge Mädchen allein wegen ihrer Periode den Schulbesuch aufgeben.“ Ihr wurde schnell klar: Es reicht nicht aus, Dinge zu beklagen. „Wer etwas ändern will, muss etwas tun.“ Majo und die Gejja Women Foundation rückten dabei ins Zentrum ihres Engagements.

Tatsächlich hat sich die Foundation in den vergangenen Jahren beachtlich entwickelt. Sie klärt nicht nur in Schulen in der ganzen Region auf. Sie unterweist Mädchen auch darin, wie man wiederverwendbare Damenbinden selbst herstellt. Außerdem beschäftigt sie junge Frauen in Bulyasi Village, die dort komplette Hygienesets herstellen. Diese werden später in Schulen verteilt und gegen kleines Geld verkauft. Die Sets enthalten Binden und – ebenfalls selbst hergestellte – Seife sowie eine Unterhose, denn auch die fehlt vielen Mädchen. Mehr als 150.000 Mädchen und Frauen erhielten



*Im Projekt „Permaculture“ lernen die Frauen in Bulyasi Village, eigenes Gemüse anzubauen.  
Foto: Nyokabi Kahura/Malteser International*

so ein Hygieneset bereits, berichtet Majo. Und jedes Jahr kommen 20.000 Sets hinzu. Damit sei die Produktionskapazität vollends ausgeschöpft.

„Zu Beginn haben wir mit vielleicht 35 Frauen zusammengearbeitet, inzwischen sind es schon 350“, freut sich Majo. Und das beschränkt sich nicht nur die Hygienesets. Darüber hinaus unterstützt die NGO auch junge Frauen, die sich mit einer Geschäftsidee selbstständig machen wollen. Und es gibt das Projekt „Permaculture“, in dem sich alles um den nachhaltigen Anbau von Gemüse und inzwischen auch Erdbeeren dreht. So wird Familien in Bulyasi Village nicht nur geholfen, die kleinen Flächen rund um ihre Häuser zu nutzen und sich selbst zu ver-

sorgen. Einigen bringt der Gemüseverkauf auf Märkten sogar ein kleines Einkommen.

## **EIN FORUM IN ROM MIT FOLGEN**

Der Gejja Women Foundation den Bau eines eigenen Gebäudes zu finanzieren – mit diesem Gedanken beschäftigte sich Rebecca Trienekens-Domrös schon seit geraumer Zeit. Ein Frauenzentrum, das Platz für all die Dinge bieten würde, für die es im Dorf bisher nur einen kleinen Raum gibt: von der Produktion der Hygienesets über Workshops für Frauen bis hin zur ganz normalen Büroarbeit.

Bei der Verwirklichung half ihr der Zufall. Der bahnte sich beim sogenannten 1. Rö-

mischen Forum an, das der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft und das Family Business Network zusammen mit der Hilfs-

### **Malteser International in Uganda**

Die Malteser engagieren sich seit Mitte der 1990er Jahre in Uganda. Malteser International ist ein Bereich des deutschen Malteser Hilfsdienst e. V. Die Organisation arbeitet inzwischen als weltweites Hilfswerk des Souveränen Malteserordens mit Sitz in Rom. In Uganda unterstützt die Organisation Menschen, die durch Flucht, Krisen oder Krankheit in Not geraten sind. So baut Malteser International gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium einen funktionierenden Rettungsdienst auf. Und mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen kümmert sich das Hilfswerk um die Wasserversorgung der über 1,4 Millionen Flüchtlinge im Land.

Ein weiteres Projekt ist das Pflanzen von Bäumen. Das ist wichtig, denn der Baumbestand im Umfeld von Flüchtlings­siedlungen ist stark zurückgegangen, weil die Migranten mit Holz kochen und bauen. Gemeinsam mit den Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung hat Malteser International frühzeitig begonnen, junge Bäume zu setzen, um so den Bestand wieder aufzubauen. Außerdem informiert die Hilfsorganisation gemeinsam mit den Forstbehörden über Umweltschutz.

organisation der Malteser 2018 an deren Hauptsitz in der Nähe des Vatikans ausgerichtet. Daran nahmen vor allem deutsche Familienunternehmer teil, darunter auch Rebecca Trienekens-Domrös und ihr Mann Joachim Domrös. Die beiden sind die Geschäftsführer der Trienekens GmbH, einem Entsorgungs- und Recyclingunternehmen mit Aktivitäten in Spanien und Malaysia.

Für die Viersenerin ist das Forum eine sehr bewegende Veranstaltung. Die Teilnehmer besichtigen den Vatikan, sind morgens vor den Touristen in der Sixtinischen Kapelle, treffen sogar kurz den Papst und besuchen in der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften die Vorträge des Forums, die sich alle um das Leitthema der Veranstaltung drehen: „Bewahrung der Schöpfung, Verantwortung der Wirtschaft“.

Ein Jahr später kommt es in der Zentrale der deutschen Malteser in Köln zu einem Nachtreffen. Dort hält auch der Berliner Eckardt Dauck einen Vortrag. Der Unternehmer und Sozialinvestor stellt dabei seine Impact Building Solutions (IBS) Foundation vor, die in Ostafrika aus nachhaltigen Baumaterialien Gebäude errichtet. Im Zentrum stehen sogenannte Strohpaneele, die Dauck vor Ort aus lokalen landwirtschaftlichen Abfällen produzieren lässt – und denen ein deutsches Umweltinstitut schon einmal einen negativen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck bescheinigt hat. Negativ heißt: Das Herstellen und Verbauen dieser Paneele verhindert mehr Emissionen, als es verursacht. Weil das auf Anhieb nicht jeder versteht, belässt Dauck es üblicherweise dabei, von CO<sub>2</sub>-neutralen Paneelen zu sprechen. Die nutzte er vor knapp zehn Jahren bereits in Äthiopien, später wech-

selte er nach Ruanda, und inzwischen hat seine IBS Foundation ihren Hauptsitz in der ugandischen Hauptstadt Kampala und ein Produktionswerk im Norden des Landes.

Bauprojekte, nachhaltige Materialien, Uganda – Rebecca Trienekens-Domrös horcht auf. In der Pause sucht sie nach Eckardt Dauck und trifft ihn im Gespräch mit einem weiteren Besucher: Roland Hansen, der bei Malteser International als „Head of Regional Group Africa“ Projekte in Afrika leitet. Hansen und Dauck hatten einmal während eines Nachtflugs von Kigali nach Amsterdam zufällig nebeneinandergesessen und sich kennengelernt. Seither haben Daucks IBS Foundation und Malteser International viele gemeinsame Bauprojekte in Uganda und einigen Nachbarländern realisiert: Krankenhäuser und Entbindungsstationen ebenso wie Schulgebäude für Flüchtlingslager.

Für Roland Hansen eine Zusammenarbeit mit Zukunft: „Wir haben die IBS Foundation als Sozialunternehmen in Uganda vom Start an gefördert. Die guten Gründe dafür waren, dass wir so qualifizierte Arbeitsplätze vor allem für junge Flüchtlingen und Ugander schaffen und dank des ökologischen Baumaterials die Umwelt entlasten können.“ Deshalb setze man sich auch weiterhin dafür ein, dass im Land die ökologischen IBS-Baumaterialien und -methoden bekannter werden.

Für Rebecca Trienekens-Domrös sind Hansen und Dauck die idealen Ansprechpartner. Sie erzählt ihnen eine Geschichte, die auch in Uganda spielt. Sie berichtet von den vielen Mädchen, die ihre Schule nicht beenden und ihre Chancen auf ein gleichberechtigtes Leben früh verlieren. Von Majo, der Geija



*CO<sub>2</sub>-neutral hergestellte Strohpaneele bilden die Wände des neuen Frauenzentrums. Foto: IBS Foundation*

Women Foundation und den Zukunftsplänen. Und natürlich von dem Frauenzentrum, das ihr für Bulyasi Village vorschwebt. Und dass sie jemanden sucht, der so ein Gebäude in hoher Qualität bauen kann und am besten noch Afrikaerfahrung mitbringt. Ob es denkbar sei, dass Eckardt Dauck mit seiner IBS Foundation das Bauprojekt übernimmt? Sein Vortrag habe ihr nämlich gefallen – „sehr sogar“.

Die Sympathie ist gegenseitig. Die drei bleiben in Kontakt. Aber es dauert ein weiteres Jahr, bis die Sache tatsächlich Formen annimmt. Dauck, ohnehin häufig in Uganda, besucht in dieser Zeit Majo. Er will ein besseres Gefühl für deren Sichtweisen, Bedürfnisse und Anforderungen bekommen. Am Ende steht fest: Die IBS Foundation von Eckardt Dauck wird





*Juni 2021: Das Bauteam freut sich über einen fast fertigen Abschnitt des Frauenzentrums.  
Foto: Nyokabi Kahura/Malteser International*

das Frauenzentrum bauen. „Ich finde toll, was Majo auf die Beine stellt, und das wollen wir unterstützen“, sagt er.

Ein Architekt vor Ort entwirft daraufhin einen konkreten Bauplan. Ein Statiker begutachtet das abschüssige Baugelände, Bodenproben werden genommen, um das Fundament akkurat planen zu können. Und glücklicherweise stehen bei der Umsetzung des Vorhabens auch die Malteser International und Roland Hansen zur Seite, etwa als Koordinatoren und Experten für die Geldflüsse von Deutschland nach Uganda. Dabei hilft auch, dass die Organisation ein eigenes Büro in Kampala unterhält. Und mehr noch: Die Hilfsorganisation will in ihren Kampagnen für Menstrualhygiene für Flüchtlinge in der Region zukünftig mit der Geijja Foundation zusammenarbeiten.

Ein Jahr später, Juli 2021: In Bulyasi Village stehen inzwischen die beiden Seitenflügel des neuen Zentrums, mit insgesamt sechs Räumen. Die werden schon intensiv genutzt – als Büros, für Näharbeiten und für die Produktion der Seife. Außenwände und Trennwände wurden aus Strohpaneelen von der IBS-Produktion in Norduganda errichtet. Der nächste Schritt: Eine große Halle soll die beiden Seitenflügel miteinander verbinden. Dann werden auch größere Veranstaltungen im Ort möglich sein.

Zum neuen Gebäudekomplex gehört noch ein kleiner Anbau aus luftgetrockneten Lateritziegeln. Er bietet Platz für eine neue Wasserreinigungsanlage, die Rebecca Trienekens-Domrös und ihr Mann zusätzlich gespendet haben. Ihre gemeinsame Firma

PAULA Water GmbH stellt entsprechende Reinigungssysteme selbst her. PAULA steht für „Potable Aqua Unit – Lasting & Affordable“. Konkret baut das Unternehmen kleine Wasseraufbereitungsanlagen, mit denen sich aus Oberflächenwasser Trinkwasser gemäß WHO-Vorgaben gewinnen lässt. Damit ist es möglich, auch in abgelegenen Regionen jederzeit Wasser mit Trinkwasserqualität bereitzustellen. Über ein Dutzend solcher Anlagen wurden weltweit bereits eingerichtet, einige davon im Nachbarland Tansania. Und nun gibt es also eine weitere in Bulyasi Village in Uganda – direkt neben dem neuen Frauenzentrum. Für das Dorf ein großer Schritt, denn dort verfügt niemand über einen eigenen Wasseranschluss. Die Idee ist, dass die Anlage sich selbst trägt, indem Majos Gejja-Organisation das gereinigte Wasser verkauft und mit den Einnahmen Betrieb und Instandhaltung finanziert.

Auch dieser Anbau wurde von Eckardt Daucks IBS Foundation konzipiert und gebaut. „Für die Lateritziegel mischen wir die für Ostafrika typische rote Erde mit etwas Sand und Zement, formen daraus die Ziegel und lassen sie abgedeckt zwei Wochen an der Luft aushärten – fertig“, erklärt Dauck das umweltfreundliche Vorgehen. Kein Brennen, kein weiterer Energieaufwand. Da sich die Ziegel aufgrund ihres Nut- und Feder-Systems einfach miteinander verzahnen lassen, sei außerdem deutlich weniger Mörtel nötig als bei klassischen quaderförmigen Ziegeln. Auch das spart Emissionen.

## **NOCH VIEL ZU TUN**

Und wie sieht die Zukunft der Gejja Women Foundation aus? Für Majo ist die Ant-



*Die Initiatorin der Gejja Women Foundation: Angella Majouri, kurz Majo. Foto: privat*

wort klar: „Wir werden unser wichtigstes Ziel weiterverfolgen: gutausgebildete, wirtschaftlich unabhängige und selbstbestimmte Frauen, welche die Kontrolle über ihren Körper und ihr Leben haben und für ihre Rechte eintreten können.“ Jetzt hofft die 28-Jährige, dass ihre NGO dank des neuen Zentrums weiter expandieren kann – und in Zukunft auch noch mehr Hygienesets produzieren wird. Denn es gibt noch so viel zu tun. Gerade in ihrem Distrikt Mpigi, der etwa halb so groß ist wie das Saarland, gebe es noch immer viele Mädchen, die bis zum Einsetzen der Regelblutung völlig un- aufgeklärt sind. Für ganz Uganda schätzt die 28-Jährige die Zahl der Mädchen, die aufgrund ihrer Menstruation allmonatlich der Schule fernbleiben, auf 3,5 Millionen. „Es wäre schön, wenn wir diese Zahl senken könnten, indem wir besser aufklären

und mehr Binden und Unterwäsche zur Verfügung stellen“, hofft sie.

Unterdessen plant Rebecca Trienekens-Domrös schon weiter. Sie weiß, dass Bulyasi Village Heimat von gerade einmal 500 Familien ist. Und selbst der Mpigi-Distrikt, zu dem das Dorf gehört, ist mit seinen 200.000 Einwohnern nur ein winziger Teil Ugandas. „Umso wichtiger“, sagt sie, „dass noch viele, viele Projekte angestoßen werden“. Deshalb bereitet sie derzeit einen Deutschland-Ableger der Gejja Women Foundation vor. Der Satzungsentwurf stehe bereits. „Wir wollen damit finanzielle Mittel für möglichst viele weitere Frauenprojekte in ganz Afrika generieren“, so die Unternehmerin. Und wer sie kennt, der weiß: Sie macht das auch.



*Ohne Akkuschauber geht nichts beim Zusammenfügen der Strohpaneele.*

*Auf die neuen Räumlichkeiten im Dorf freuen sich auch Majo (Mitte) und die Frauen, die für die Gejja Women Foundation Binden für andere Frauen nähen. Fotos: Nyokabi Kahura/ Malteser International*



## Wie ein altes Baumaterial den Unterschied macht

Eckardt Dauck war lange Zeit erfolgreicher Investor. Doch irgendwann fragte er sich zusammen mit seiner Familie, wie man in der Welt etwas wirklich Sinnvolles bewirken kann. Er wollte „einen Unterschied machen“. Zum Beispiel auf dem Bausektor. Überall in der Welt werde schließlich gebaut, aber wie nachhaltig ist das eigentlich? Gibt es eine Alternative zur Rodung afrikanischer Wälder, deren Holz zum Brennen von Ziegeln dient? Dauck arbeitete sich ein, recherchierte und stieß in der Literatur auf ein altes, fast vergessenes Baumaterial: Stroh. Erhitzt und gepresst lässt sich dieses zu robusten Platten verkleben, die in ausreichender Stärke sogar für tragende Wände geeignet sind. Auch in Deutschland gab es eine Zeit, in der man sich dieser Technik bediente. Dauck erwähnt gern das Beispiel der Grugahalle in Essen: Sie wurde Ende der 1950er Jahre gebaut – mit einem Dach aus Strohplatten.

2012 startete Dauck mit dem wiederentdeckten Material durch. Zunächst in Äthiopien, später wechselte er nach Ruanda. 2018 dehnte er die Aktivitäten auf Uganda aus und gründete dort die Impact Building Solutions (IBS) Foundation mit Sitz in Kampala. In einem eigenen Werk in Norduganda entstehen seither die Strohpaneele, für die Reisstroh aus der lokalen Landwirtschaft verarbeitet werden. Stroh, das herkömmlich auf

den Feldern verbrannt wird oder zum Verrotten liegenbleibt – und damit die Treibhausgase Kohlendioxid und Methan freisetzt. Wer die Strohpaneele zum Bauen nutzt, verhindert nicht nur diese Emissionen, sondern auch jene, die beim Brennen der sonst üblichen Ziegel frei werden.

Das Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) hat die Strohpaneele einmal einer peniblen Lebenszyklusbilanz unterzogen und war dabei auf einen negativen CO<sub>2</sub>-Footprint gekommen. Mit anderen Worten: Herstellen, Transport und Verbauen dieser Paneele verursacht weniger Emissionen als dadurch an anderer Stelle vermieden werden. Konkret werden laut ifeu je Quadratmeter Paneelefläche fast 22 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Freisetzung verhindert. Zum Vergleich: Je Quadratmeter Ziegelsteinfläche werden elf Kilogramm frei. So gesehen hat Eckardt Dauck geschafft, was er sich vor gut zehn Jahr vorgenommen hatte: Heute macht er mit seinem Tun „einen echten Unterschied“.



*Eckardt Dauck prüft ein Stroh-Paneel.  
Foto: Peter Pauls.*





**MARCUS WIEMANN**  
*Director Africa, EU Tech Chamber*

Marcus Wiemann, EU Tech Chamber, ist Executive Manager und strategischer Berater für Geschäftsentwicklung und internationale Entwicklungszusammenarbeit mit besonderer Konzentration auf Europa und Afrika. Er unterstützt europäische und afrikanische Unternehmen entlang der SDG beim gemeinsamen Aufbau profitabler Neugeschäfte. Marcus Wiemann verfügt über mehr als 20 Jahre nachgewiesene Berufserfahrung auf nationaler und internationaler Ebene in der Finanz- und Energiebranche.

*Fotos: privat*

# ENTWICKLUNG ZWECKMÄSSIGER TECHNOLOGIELÖSUNGEN ZUR STÄRKUNG AFRIKAS

*Sowohl Europa als auch Afrika stehen vor zahlreichen gemeinsamen Herausforderungen. Wichtig wird sein, dass Afrika besseren Zugriff auf entsprechende Fähigkeiten und Technologien erhält, um seine Fähigkeiten als Lösungsanbieter für die eigenen Belange auszubauen. Für die Bevölkerung des Kontinents selbst sind dabei ein wachsendes Unternehmertum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die durch moderne und saubere Technologien ermöglicht werden, von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig besteht die dringendste politische Aufgabe für alle darin, den wachsenden Energiebedarf zu befriedigen und gleichzeitig die internationalen Klimaziele einzuhalten, die eine komplette Dekarbonisierung der Energieversorgung fordern.*

Ein erfolgreicher Industrialisierungspfad, der lokale Wertschöpfung und Marktentwicklung vorsieht, baut in der Regel auf Skalen- und Verbundvorteilen auf, die vom Zugang zu Infrastruktur und Dienstleistungen, von der Handelsorientierung und von gemeinsamen Wertschöpfungspartnerschaften profitieren. Wenn man Afrika betrachtet, sieht sich der Kontinent jedoch häufig einem seitens ausländischer Marktteilnehmer als relativ hoch empfundenen Risiko gegenüber. Sie sind zwar durchaus bereit, sich zu engagieren und zu investieren, zögern jedoch, da sie die Wachstumschancen nicht einschätzen können.

Ein Grund dafür ist oft die Diskrepanz zwischen neuen Technologien, Finanzierungsanforderungen und traditioneller Regulie-

rung. Hinzu kommt die Tatsache, dass es häufig nur bedingt möglich ist, Erfahrungen, Ressourcen und Erkenntnisse über Regionen und Interventionen hinweg zusammenzuführen, weil technisch bahnbrechende Kooperationsprojekte stark auf ein bestimmtes Land, eine bestimmte Aufgabe oder bestimmte Betriebsmodalitäten ausgerichtet sind.

Aus diesem Grund und um mehr Engagement zu fördern, hat die EU Tech Chamber im November 2020 ein eigenes Chapter für Afrika gegründet. Dessen Hauptziel ist es, die Afrikanische Union mit ihrer Agenda 2063 und Europa mit seinem Green Deal konkret durch Know-how- und Technologietransfer zu unterstützen. Identifizierte Schlüsselsektoren von besonderem Interesse für Kooperationen sind Landwirt-

schaft, Agrartechnik (Verarbeitung, Kühlung), Industrie- und Fertigungstechnik, Gesundheits- und Medizintechnik sowie Wasser-, Abfall- und Abwassertechnik, die durch einen verbesserten Zugang zu Energie, Wasser, IKT und logistischer Infrastruktur stärker gefördert werden sollen.

Das Africa Chapter kann fraglos auf eine ganze Reihe leidenschaftlicher Befürworter bauen, die Afrika bei seiner angestrebten Transformation in ein modernes globales „Powerhouse“ unterstützen wollen. Um langfristige und nachhaltige Wertschöpfungspartnerschaften zwischen europäischen und afrikanischen KMU und Start-ups zu formen, wird es auf jeden Fall entscheidend sein, mit Technologien, die an die lokalen Bedürfnisse und Bedingungen angepasst sind, Wettbewerbsvorteile zu schaffen und zu realisieren, und die Einnahmen an die Gemeinden zurückfließen zu lassen. Wir hoffen, durch unsere Beiträge andere zu inspirieren und für mehr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Afrika und Europa zu mobilisieren.

Regionale Zentren wie das ECOWAS Regional Centre for Renewable Energy and Energy Efficiency (ECREEE) sind für die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen von entscheidender Bedeutung. Sie verfügen über eine gute Ausgangsposition, um durch maßgeschneiderte nachhaltige Energiepolitik und rechtliche Rahmenbedingungen, Kapazitätsaufbau sowie Wissensmanagement, Bewusstseinsbildung, Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und Mobilisierung von Investitionen Hilfestellung zu leisten (siehe Interview mit Dr. Bah Saho, ED ECREEE).

Wie die folgenden Beispiele der deutschen Unternehmen Africa Green Tec, Asantys, Kabena und Inensus zeigen, gibt es mittlerweile fundiertes Know-how und unternehmerische Erfahrungen, die zeigen, dass überdurchschnittliche grüne Wachstumsraten erreichbar sind. Aufbauend auf Clean Tech haben diese Unternehmen ihre Technologien an die lokalen Bedürfnisse und vorhandenen Fähigkeiten angepasst und sind mit ihren lokalen Partnern bereit, diese zu reproduzieren und zu vervielfältigen. Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung, um die besten Möglichkeiten und Partner für eine Zusammenarbeit zu ermitteln.





**NICO PETERSCHMIDT**  
*Inensus*

Herr Peterschmidt ist Mitbegründer und Geschäftsführer der INENSUS GmbH, einem Beratungsunternehmen für ländliche Elektrifizierung durch Minigrids und damit verbundene Geschäftsmodelle. Er ist außerdem Mitbegründer und Direktor der Mikro-Stromversorger ENERSA (Senegal) und JUMEME (Tansania). Er hat das preisgekrönte Geschäfts- und Risikomanagementmodell MicroPowerEconomy für solare Minigrid-Elektrifizierung, sowie das indische Industrialisierungskonzept The KeyMaker Model mit entwickelt. Nico Peterschmidt hat mehr als 15 Jahre Berufserfahrung im Minigrid-Sektor. Herr Peterschmidt ist Juror beim Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt sowie Lead-Juror bei den European Business Awards for the Environment.

*Foto: Inensus GmbH*

# KEYMAKER-MODELL FÜR DAS LÄNDLICHE AFRIKA

*Afrika ist voller Chancen und Geschäftsmöglichkeiten. Viele dieser Möglichkeiten haben mit natürlichen Ressourcen in ländlichen Regionen Afrikas zu tun. China ist seit Jahrzehnten dabei, Ressourcen durch bilaterale Verträge auf Regierungsebene mit Großprojekten für sich zu heben. Dabei findet die lokale afrikanische Bevölkerung in der Regel kaum eine Rolle, muss im Gegenteil oftmals angestammte Landnutzung aufgeben und mit den Umweltfolgen des großindustriellen Abbaus von natürlichen Ressourcen leben.*

Europa und insbesondere Deutschland pflegen hingegen seit vielen Jahrzehnten partnerschaftlich geprägte Beziehung zu ländlichen afrikanischen Gemeinden. Europäische Projekte zur Hebung ländlicher afrikanischer Ressourcen sind oftmals inklusiver, was jedoch die Kleinteiligkeit sowie Komplexität des Vorhabens, und somit das Risiko, so stark erhöht, dass eine wirtschaftlich erfolgreiche Umsetzung in vielen Fällen kaum möglich erscheint. INENSUS, eine der erfahrensten Beratungsgesellschaften im Minigrid-Sektor mit Sitz in Goslar und Berlin, beschäftigt sich seit nunmehr 15 Jahren mit dem Management dieser Kleinteiligkeit und Komplexität.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Elektrifizierung ländlicher Gemeinden durch Minigrids. Die Betreiber von Minigrids bringen nicht nur Infrastruktur und elektrischen Strom in die Dörfer, sie richten auch die Logistik ein, etablieren Managementstrukturen, interagieren mit allen politi-

schen Ebenen und bauen engen Kontakt zu ihren Stromkunden auf, der ländlichen Bevölkerung. Dies sind genau die Grundlagen, die ein Unternehmen benötigt, um im ländlichen Afrika Handel unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung zu betreiben.

In den vergangenen Jahren hat die Minigrid-Technik auch Dank deutscher Beiträge beachtliche Fortschritte gemacht. Durch die nahezu vollständige Digitalisierung und Automatisierung von Minigrids können diese heute sozusagen auf „Autopilot“ gesetzt werden. Mobile Money und smarte Pre-Payment-Zähler sichern dabei den Cashflow; vorausschauende Fernwartung zum Beispiel unter Nutzung Künstlicher Intelligenz sorgt für effizientes Wartungsmanagement der Stromerzeugungs- und Verteilanlagen; das Kundenmanagement (CRM) erfolgt über Callcenter; alle Daten werden kompakt in einer Managementsoftware abgebildet, die auch alle nötigen Managementberichte automatisch erstellt.



Foto: JUMEME

INENSUS hat mit dem MicroPowerManager eine solche Software entwickelt und 2020 dem Minigrid-Sektor als Open Source Produkt zur Verfügung gestellt. Kleinteiligkeit wird dadurch handhabbar. Ist ein Minigrid erst einmal entwickelt und vollständig in Betrieb genommen, kann jedes Unternehmen, egal aus welcher Branche, Minigrids betreiben. Minigrids werden dadurch zu einem Werkzeug für die ländliche Industrialisierung, einem Schlüssel, mit dem sich Unternehmen ländliche afrikanische Ressourcen auf sozial inklusive Weise erschließen können.

INENSUS nennt diesen Ansatz „KeyMaker-Modell“. Agrarprodukte mit speziellen klimatischen Anforderungen, besondere Holzsorten und Rohherzeugnisse aus kleinen Minen werden dadurch leichter zugänglich. Händlerstufen können reduziert werden und die Zulieferkette wird kontrollierbar. Gleichzeitig finden ländliche afrikanische

Gemeinden Anschluss an den Welthandel. Lokale Arbeitskräfte generieren als Zulieferer der Rohprodukte oder als Arbeitnehmer in der lokalen Prozesskette den nötigen Einkommensstrom für ihre eigene nachhaltige Entwicklung. Die ländliche Bevölkerung bleibt dabei in vollem Besitz ihrer angestammten Landrechte und kann ihr traditionelles Wissen über die natürlichen Ressourcen in die Geschäftsbeziehung einbringen.

Nicht jede ländliche afrikanische Ressource eignet sich für ein KeyMaker-Modell. Besonders bei Massenprodukten wie Mais, Reis, Soja lohnt sich eine ländliche Produktion kaum. Die „Economies of Scope“ zwischen dem Elektrizitätsgeschäft und dem lokalen Vorverarbeitungs- und Handelsgeschäft sind in diesen Fällen nicht stark genug, um die erhöhten Transportkosten aus dem ländlichen Bereich auszugleichen. INENSUS hat auf Basis der Bi-Product-

Theorie eine Methode zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit von KeyMaker-Modellen entwickelt und auf verschiedene Wertschöpfungsketten angewandt. Demnach zeigt das KeyMaker-Modell besondere Eignung für zum Beispiel den Anbau und die Vorverarbeitung bestimmter Gewürzpflanzen sowie getrockneter Früchte, die Fischerei, die Produktion bestimmter Fleischsorten und Leder, Palmöl, seltene Erden aus Kleinminen und Hartholz.

INENSUS basiert seine Beratungsleistungen rund um das KeyMaker-Modell auf eigenen Versuchen in Afrika. Beispielsweise implementierte INENSUS ein Tilapia-KeyMaker-Modell auf Inseln im Viktoriasee in Tansania und testet im nächsten Schritt Vanille und Chili aus Blockfarming in einem KeyMaker-Modell in Uganda. Darüber hinaus unterstützt INENSUS Minigrid Betreiber in Sierra Leone bei der Umsetzung des KeyMaker-Modells mit Palmöl aus ländlichen Dörfern.







**MARIA-CHRISTIANA VON HABSBURG**  
*Mary's Meal*

Maria-Christiana von Habsburg ist Vorsitzende und Geschäftsführerin von Mary's Meals Deutschland. Bevor sie 2015 zu Mary's Meals kam, war sie Co-Leiterin der Gemeinschaft Emmanuel in Deutschland, die in verschiedenen Bereichen der menschlichen Bildung tätig ist. Sie hat einen Master in Politikwissenschaften (Ludwig-Maximilians-Universität, München), mit besonderem Fokus auf Entwicklungspolitik. Maria-Christiana ist Vorstandsmitglied der deutschen Niederlassung von Fidesco, einer internationalen Hilfsorganisation. Sie ist in Frankreich aufgewachsen, seit 1994 verheiratet und hat sechs Kinder.

*Foto: privat*

# MARY'S MEALS: EINSATZ FÜR KINDER IN AFRIKA

**„Genug zu essen zu haben und eines Tages in die Schule gehen zu können“ – dieser bestürzend simpler Wunsch des 12-jährigen Edward aus Malawi inspirierte 2002 den Schotten Magnus McFarlane-Barrow zur Gründung der internationalen Kinderhilfsorganisation Mary's Meals, die mittlerweile fast 1,8 Millionen Kinder täglich mit einer warmen Schulmahlzeit versorgt.**

McFarlane-Barrow war in Malawi während einer verheerenden Hungersnot unterwegs, als er in einer Hütte Emma traf, die Mutter von Edward und seinen vier jüngeren Geschwistern. Emma lag im Sterben, ihr Mann war bereits an AIDS gestorben und hatte sie angesteckt. Vor der Hütte kam McFarlane-Barrow mit Edward ins Gespräch und fragte ihn nach seinen Wünschen für sein Leben. Dass ein 12-Jähriger keine größeren Träume habe als ein tägliches Essen und einen vagen Wunsch nach Schule, um der Not zu entkommen, bestürzte ihn – und machte ihm zugleich klar, dass genau das eine ebenso einfache als auch wirksame Antwort auf die Notsituation sein könnte.

Seitdem ist Mary's Meals stetig gewachsen und erreicht inzwischen Kinder in 19 den ärmsten Ländern der Welt. Nachhaltigkeit hat viele Gesichter. Mary's Meals setzt auf Subsidiarität. „Bildung ist die Mächtigste Waffe, um die Welt zu verändern“, hat Nelson Mandela gesagt. Tatsächlich kann Afrika nur durch Bildung aus sich heraus vorankommen. Die Idee von Mary's Meals ist

nicht nur, Kindern das Lebensnotwendigste zu geben, nämlich Essen, sondern ihnen Bildung zu ermöglichen. Armut ist einer der Hauptursachen dafür, dass Kinder nicht in die Schule gehen. Sie werden eher zur Feldarbeit, in die Fabrik oder zum Betteln geschickt. Und so geht der Kreis der Armut immer weiter, weil Analphabetismus und Mangel an Grundbildung wiederum Armut und Hunger erzeugen. Durch die Aussicht auf ein warmes, ausgewogenes und nahrhaftes Essen werden nun viele Kinder in die Schule gelockt. Die Beschulungsraten steigen auffällig. Gesättigt können die Kinder besser lernen, sich konzentrieren und erzielen bessere Ergebnisse. Krankheitsbedingte Fehlzeiten werden reduziert. Sogar die chronisch unterbezahlten Lehrer kommen regelmäßiger. Da ausreichend Nahrung gerade in den ersten Lebensjahren wesentlich für die Entwicklung des Gehirns ist, hat Mary's Meals beschlossen, auch in Kindergärten und Vorschulen das gesunde Essen anzubieten, damit die Kinder nicht bereits mit ausgeprägten Defiziten in die Schule kommen.



Foto: privat

Ein wesentlicher Aspekt der Arbeit von Mary's Meals ist die Beteiligung der lokalen Communitys. Schulen werden nur dann in das Programm aufgenommen, wenn die gesamte Dorfgemeinschaft bereit ist, sich langfristig zu engagieren. So wird die Durchführung des Projektes vor Ort geschulten ehrenamtlichen Mitarbeitern anvertraut – Mütter, Großmütter, manchmal auch Väter kommen Tag für Tag noch vor Schulbeginn in die Schule, um Zubereitung und Austeilung der Mahlzeiten zu gewährleisten. Dies hat nicht nur positive Folgen auf die Kosten (erstaunliche 18,30 Euro reichen, um ein Kind ein Jahr lang zu versorgen) – es „ermächtigt“ auch die Menschen, es befähigt sie, an der Bildung ihrer Kinder mitzuwirken und es gibt ihnen das Gefühl, dass es wirklich ihr Projekt ist. So können sie Verantwortung

übernehmen, selbst aktiv werden und einen wesentlichen Beitrag leisten. Dies stärkt bei ihnen auch das Bewusstsein um die Wichtigkeit von Schule für eine bessere Zukunft. Gerade Mädchen profitieren davon. Und auch Minderheiten – niedrige Kasten in Indien, Albino-Kinder in Afrika, AIDS-Waisen, Kinder mit Behinderungen et cetera.

Die lokale „Community“ steht insgesamt im Fokus von Mary's Meals, und auch hier ist Nachhaltigkeit ein wichtiger Antrieb. Zum einen werden die Zutaten für das Essen wo immer möglich von lokalen Kleinbauern angekauft. Nahrungsmittelhilfe besteht oft aus Lieferungen importierter Güter, die nicht nur ökologisch problematisch sind, sondern häufig auch den lokalen Markt gefährden. Mary's Meals stärkt im Gegenteil die Lokal-

wirtschaft. Die Organisation setzt sich auch projektbezogen für ökologische Nachhaltigkeit ein, durch Aufforstung, um die Kochstellen mit Holz zu versorgen, das Errichten von Schulgärten mit Gemüseanbau und die Sensibilisierung aller Beteiligten für Umweltfragen.

Noch besuchen 258 Millionen Kinder keine Schule, bei den allermeisten aufgrund von Armut. So steht Mary's Meals erst am Anfang und wir wissen sehr wohl, dass wir das Problem nicht allein lösen können, sondern dass viele Menschen, Initiativen, viel Einsatz und guter Wille benötigt werden. Doch wie Mutter Theresa von Kalkutta schon sagte: „Alles, was wir tun, ist nur ein Tropfen im Ozean, aber wäre dieser Tropfen nicht, so würde er fehlen.“





**HUGO MALLET-GUY**  
*Menkao*

Seit 2018 Student am Institut Supérieur de l'Aéronautique et de l'Espace (ISAE-SUPAERO) in Toulouse. Das ISAE ist eine der angesehensten französische Ingenieurhochschulen (grande école), bildet innerhalb von drei Jahren Luftfahrt-Ingenieure ausbildet. Sie ist ein Zusammenschluss der École Nationale Supérieure de l'Aéronautique et de l'Espace (SUPAERO/ENSAE) und der École Nationale Supérieure d'Ingénieurs de Constructions Aéronautiques (ENSICA).

*Fotos: privat*

# „SIE HABEN WENIG, GEBEN ABER VIEL.“

**Hugo Mallet-Guy ist im Sommer 2021 für mehrere Monate nach Menkao, Nähe Kinshasa in der Demokratischen Republik Kongo, aufgebrochen, wo er für knapp 4 Monate einen Freiwilligendienst leistet. Er beschäftigt sich dort mit Feldarbeiten und Kinderbetreuung. Organisiert wird der Aufenthalt der katholischen Gemeinschaft „Chemin Neuf“, die in 30 Ländern vertreten ist.**

Bereits einen Monat in Menkao der Demokratischen Republik Kongo.

Am 11. Mai gegen 18 Uhr landete ich nach einem 8-stündigen Flug nachts in Kinshasa. Wenn Sie aus dem Flugzeug steigen, bleiben Ihre Finger wegen der Feuchtigkeit und Hitze an den Papieren kleben, die Sie beim Zoll vorzeigen müssen. Nach einem PCR-Test hole ich meinen Koffer ab und geselle mich zu Bruder Emmanuel und Bruder Jacques, die am Ausgang des Flughafens auf mich warten. Eine Autostunde später kommen wir in Menkao an, wo ich von Mama Mado und Papa Etienne, einem kongolesischen Ehepaar aus der Gemeinde, und Eloi, der im Dezember angekommen ist, sehr gut aufgenommen werde.

Hier gibt es kein fließendes Wasser, Regenwasser wird in großen Tanks gesammelt, für Wäsche, Dusche und Toilette. Aus einem Bohrloch holen Trinkwasser aus einer 10 Autominuten entfernten Brunnenbohrung. Für Strom wird abends drei Stunden am Tag ein Generator eingeschaltet. Es ist wenig, aber genug. Und es ist vor allem unvergleichbar mit den Lebensbedingungen der

Bewohner von Menkao, die uns regelmäßig um Wasser oder Holz bitten.

Die Mission der Gemeinschaft Chemin Neuf ist die Wiedereingliederung von Straßenkindern in ihre Familien, daher gibt es nicht viele Projekte für elektrische oder andere Installationen. Aber in Menkao wird daran gearbeitet, weshalb auch ab und zu Ingenieure vorbeikommen. Eines der Projekte für diesen Sommer ist eine Bohrung auf 300m, um das ganze Jahr über Wasser zu haben, ein Wasserturm steht schon seit einiger Zeit.



Nichts wird recycelt, alles wird verbrannt. Es kommt sehr oft vor, Feuer am Straßenrand zu sehen, um Müll zu beseitigen. Die Straßen sind voller Plastikmüll, kein öffentlicher Dienst kann damit umgehen, weil Korruption verhindert, dass diese Dienste existieren.

Bei Menkao durchquert die Hauptstraße das Dorf und führt hinunter nach Kinshasa. Viele Lastwagen fahren vorbei und es ist nicht ungewöhnlich, dass man beim Verlassen des Dorfes einige am Straßenrand liegen sieht, wenn die Bremsen bei der Abfahrt gelöst werden. Die Bewohner leben oft von der Ernte ihrer Parzellen und von Tag zu Tag. Sie haben wenig, geben aber viel, sei es materielle Dinge oder einfach Zeit, Dienstleistungen, Aufmerksamkeit, Lächeln.

Dreimal die Woche verbringen wir den Vormittag mit dem Betonplattenbau mit Delphin, einem jungen Mann aus Menkao. Die Arbeiten sollen in wenigen Wochen abgeschlossen sein. Die eine Seite ist bald fertig. Wenn wir gut geschlafen haben, schaffen wir es, 5 oder 6 Platten pro Morgen zu machen. Die Landschaften sind sehr hellgrün, alles wächst sehr schnell und überall!

Auf jeden Fall ist es ein faszinierendes Land, obwohl ich es erst seit wenigen Wochen kenne, Samstagmorgen heißen wir Kinder aus Menkao willkommen, um Fußball zu spielen, zu zeichnen, Fahrrad zu fahren... Wir verstehen uns nicht immer, aber mit ein paar Lingala-Wörtern können wir immer noch erraten, was sie wollen. Ich verspreche,





dass ich das nächste Mal versuchen werde, ihnen zu erklären, wie man Fotos besser einrahmen kann.



*Fotos: privat*





*Foto: RyanKing999 – iStock*



# *DER VAA*

# I. DER VERBAND

Die Führungskräfte Chemie sind zusammengefasst im Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der chemischen Industrie e.V. (VAA). Als Berufsverband und Berufsgewerkschaft vertritt der VAA die Interessen von rund 30.000 hochqualifizierten Fach- und Führungskräften – außertarifliche und leitende Angestellte – aller Berufsgruppen in der chemisch-pharmazeutischen Industrie und den angrenzenden Branchen.

Mit seinen Mitgliedern in den Betrieben verfügt der VAA über ein dichtes Netzwerk. Durch ihr Engagement im Verband ergeben sich für die Mitglieder wichtige Kontakte. Berufsanfänger finden einen einfacheren Einstieg ins Unternehmen, weil sie von der Erfahrung anderer Mitglieder und den Verbindungen vor Ort profitieren.

Als größter deutscher Führungskräfteverband mit einer ereignisreichen, über einhundertjährigen Geschichte bekennt sich der VAA zu einer Wertekultur, in der die Fähigkeiten und Talente jedes Einzelnen optimal zur Geltung gebracht werden. Diversity und Inklusion – Vielfalt und deren Wertschätzung – bedeuten für den Verband, dass der Umgang miteinander von Respekt, Rücksichtnahme, Vertrauen und Offenheit geprägt ist. Daher setzt sich der VAA in den Unternehmen für ein Arbeitsumfeld ein, das eine diskriminierungsfreie Persönlichkeitsentfaltung ermöglicht. Gerade in Zeiten der Globalisierung und des demografischen Wandels bleibt der Wirtschaftsstandort Deutschland auf lange Sicht nur wettbewerbsfähig, wenn die Chancen personeller Vielfalt erkannt und die Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich gefördert werden.

Der VAA nimmt Einfluss. Seine Aufgabe ist die Durchsetzung der Anliegen von Fach- und Führungskräften in der Wirtschafts-, Sozial-, Energie- und Umweltpolitik. Dabei steht der VAA für wirtschafts-, forschungs- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen sowie die Stärkung der Beschäftigungssicherheit und die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern.

Der Verband setzt sich dafür ein, dass beim Umstieg auf eine regenerative Energiebasis die Versorgungssicherheit zu international wettbewerbsfähigen Preisen gewährleistet wird. Des Weiteren fordert der VAA, den Wissenschaftsstandort Deutschland durch den



*„Wir wollen Bewährtes erhalten und Neues gestalten“, erklärte Dr. Birgit Schwab in ihrer Antrittsrede als neue 1. Vorsitzende auf der Delegiertentagung des VAA am 7. Mai 2021. Die Diplom-Biologin ist Leiterin Quality Wacker Biosolutions und Vorsitzende des Sprecherausschusses Werk Burghausen. Als 1. VAA-Vorsitzende setzt sich Schwab dafür ein, dass Chancen weiterhin für alle ermöglicht werden. „Es gehört Eigenverantwortung und Eigeninitiative eines jeden und einer jeden dazu.“*

Ausbau und die Förderung moderner Zukunftstechnologien weiter zu festigen. Auf nationaler und europäischer Ebene verfolgt und begleitet der Verband außerdem die rechtlichen und sozialpolitischen Entwicklungen in der betrieblichen Altersversorgung.

In seiner politischen Arbeit wird der VAA durch die ULA unterstützt, den politischen Dachverband aller Führungskräfte in Deutschland. Als Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände vertritt die ULA die gesellschaftspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen von über 50.000 Führungskräften gegenüber der Politik – sowohl in Berlin als auch in Brüssel.

Auf europäischer Ebene sind VAA und ULA durch die europäische Dachorganisation der Führungskräfte CEC European Managers vertreten. Die CEC repräsentiert rund 1,5 Millionen Führungskräfte und ist von der Europäischen Kommission als repräsentative Führungskräfteorganisation anerkannt. In dieser Funktion ist die CEC ständiger Ansprechpartner im Europäischen Sozialen Dialog. Darüber hinaus ist der VAA Gründungsmitglied des Europäischen Führungskräfteverbandes Chemie FECCIA, der auf europäischer Ebene die Aktivitäten der Führungskräfte in der Chemie koordiniert und innerhalb der CEC zur Geltung bringt.

## **STRUKTUR**

Mehr als zwei Drittel der VAA-Mitglieder sind in Werksgruppen organisiert. Werksgruppen sind in Unternehmen und an Chemiestandorten aktiv. Dabei können sie auch unternehmensübergreifend organisiert sein. Bundesweit gibt es über 160 Werksgruppen. Sie gestalten die Arbeit des Verbandes vor Ort. VAA-Mitglieder in kleineren Unternehmen, in denen es keine Werksgruppe gibt, werden als Einzelmitglieder geführt und unmittelbar von der VAA-Geschäftsstelle Köln oder dem VAA-Büro Berlin betreut. Regional sind die Mitglieder in acht Landesgruppen zusammengeschlossen.

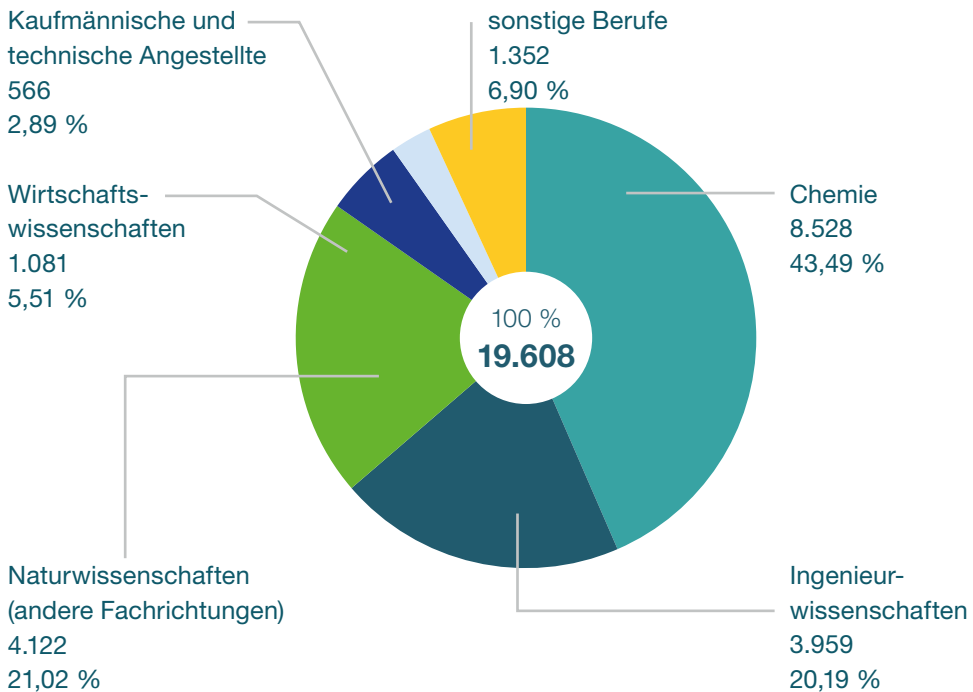
## **MITGLIEDER**

Zum Jahresbeginn 2021 hat der VAA 28.429 Mitglieder in seinen Reihen gezählt. Durch die Auswirkungen der Coronapandemie ist die Zahl der neu eingetretenen Mitglieder erstmals seit 2015 zurückgegangen.

Die persönliche Ansprache durch Kollegen, der wichtigste Weg in den VAA, war 2020 deutlich erschwert. Denn viele Führungskräfte haben über weite Teile des Jahres im Homeoffice gearbeitet. 2020 ist jedoch auch die Zahl der Austritte aus dem Verband gesunken. Die Pandemie hat erhebliche Unsicherheit ausgelöst – und in solchen Zeiten wissen die Mitglieder die Informationen und die zusätzliche Sicherheit durch den Juristischen Service des VAA zu schätzen.

Die ehrenamtlichen und hauptamtlichen VAA-Vertreter haben die Sichtbarkeit des Verbandes in den Werksgruppen trotz der Coroneinschränkungen durch zahlreiche Onlineveranstaltungen aufrechterhalten und teilweise sogar ausgebaut haben. Ungeachtet der Coroneffekte ist der Anteil der jungen Mitglieder weiter gestiegen: 18 Prozent der im Berufsleben stehenden VAA-Mitglieder sind jünger als 41 Jahre. Nach wie vor stehen mehr als zwei Drittel der VAA-Mitglieder im Berufsleben, der Anteil der Pensionäre ist ebenfalls stabil und liegt bei 18 Prozent. Der Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft beträgt wie im Vorjahr 22 Prozent, bei unter 40-Jährigen liegt er bei 38 Prozent.

### Berufsgruppen der im Berufsleben stehenden VAA-Mitglieder:

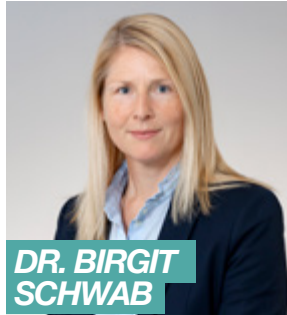


## VERBANDSORGANE

Oberstes Entscheidungsorgan des VAA ist die Delegiertentagung. Hier legen die Vertreter aus den Werks- und Landesgruppen die Grundlinien der Verbandspolitik fest und wählen den ehrenamtlich besetzten Vorstand. Dieser wird durch den Beirat und die Kommissionen unterstützt. Die Verbandsgeschäfte führen hauptamtliche Mitarbeiter in der Geschäftsstelle in Köln und im VAA-Büro Berlin.

### VORSTAND

Seit der Delegiertentagung 2021 sind im Vorstand vertreten:



**DR. BIRGIT  
SCHWAB**

#### 1. Vorsitzende

*Diplom-Biologin, Leiterin Quality Wacker Biosolutions bei der Wacker Chemie AG, Vorsitzende des Sprecherausschusses Werk Burghausen, Vorsitzende der VAA-Werksgruppe Wacker Burghausen*



**DR. CHRISTOPH  
GÜRTLER**

#### 2. Vorsitzender

*Diplom-Chemiker, Leiter Neue Katalytische Verfahren und Technologie Inkubation der Covestro Deutschland AG, Mitglied des Sprecherausschusses der Covestro Deutschland AG, VAA-Werksgruppe Leverkusen*

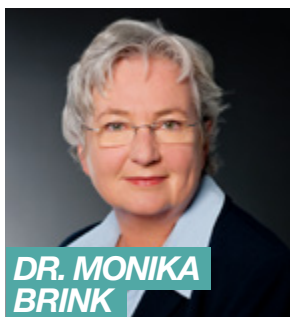


**RUTH  
KESSLER**

#### Schatzmeisterin

*Diplom-Ingenieurin, Head of Risk Management CapEx Projects bei der Bayer AG, Stellvertretende Vorsitzende des Sprecherausschusses der Bayer AG LEV/MON, Vorsitzende des Arbeitskreises Kommunikation im Konzernsprecherausschuss der Bayer AG, Vorstandsmitglied der VAA-Werksgruppe Leverkusen*

Fotos: VAA, Wacker



**DR. MONIKA  
BRINK**

*Diplom-Chemikerin, AT-Mitarbeiterin bei Boehringer Ingelheim, Vorsitzende der VAA-Werksgruppe Boehringer Ingelheim Ingelheim*



**DR. ROLAND  
FORNIKA**

*Diplom-Chemiker, Technology Management Bulk & Application Monomers bei der Röhm GmbH, Vorsitzender des Sprecherausschusses für die Standorte Darmstadt, Weiterstadt, Wörth, Hanau, Wesseling und des Gesamtsprecherausschusses der Röhm GmbH, Mitglied im Aufsichtsrat der Röhm GmbH, Vorsitzender der VAA-Werksgruppe Röhm*



**DR. THOMAS  
SAUER**

*Diplom-Chemiker, Vice President bei der Evonik Industries AG, Vorsitzender des Gesamtsprecherausschusses der Evonik Industries AG, Vorsitzender des Sprecherausschusses des Gemeinschaftsbetriebs Hanau-Wolfgang, Mitglied im Aufsichtsrat der Evonik Industries AG, Vizepräsident der ULA und der FECCIA, VAA-Werksgruppe Industriepark Wolfgang*



**DR. MARTIN  
WOLF**

*Diplom-Trophologe, freigestelltes Betriebsratsmitglied bei der B. Braun Melsungen AG, Vorsitzender der VAA-Werksgruppe B. Braun Melsungen*



## **BEIRAT**

Der Beirat unterstützt den Vorstand bei der Führung des Verbandes. Jede der acht VAA-Landesgruppen (Bayern, Hessen, Mitte/Ost, Niedersachsen, Nord, Nordrhein, Südwest und Westfalen) entsendet je ein Mitglied des Landesgruppenvorstands in den Beirat.

## **KOMMISSIONEN**

Zusätzlich wird der Vorstand durch Kommissionen zu verschiedenen Fachgebieten beraten. Den Kommissionen gehören vom Vorstand benannte Experten aus den Reihen der VAA-Mitglieder an.

- Aufsichtsräte
- Betriebliche Altersversorgung
- Betriebsräte
- Einkommen
- Führung
- Hochschularbeit
- Sprecherausschüsse
- Tarifkommission
- 60plus

## **ARBEITSGRUPPEN**

Für drängende aktuelle Fragen rund um die Interessenvertretung der Führungskräfte in der chemisch-pharmazeutischen Industrie und den angrenzenden Branchen setzt der VAA regelmäßig Arbeitsgruppen ein.

## **GESCHÄFTSSTELLE**



**STEPHAN  
GILOW**

*Hauptgeschäftsführer des VAA*

Erste Anlaufstelle für alle Anliegen der Mitglieder ist die Geschäftsführung des VAA. Hauptgeschäftsführer des VAA ist Rechtsanwalt Stephan Gilow. Sitz der Geschäftsstelle ist Köln.



**ILGA  
MÖLLENBRINK**



**HINNERK  
WOLFF**



**DR. TORSTEN  
GLINKE**



**CHRISTIAN  
LANGE**



**CHRISTOF  
BÖHMER**



**PAULINE  
RUST**

Im Assistenzbereich bilden Jeanette Beine, Stephanie Bernhardt, Lucie Dickes, Regina Hermanns, Gabriele Hochsattel, Nadine Jakobs, Nadja Rasmussen und Pia Rau das Team der VAA-Geschäftsstelle. Leiterin der Assistenz ist Sandra Blumenkamp.

## **BÜRO BERLIN**

Fotos: Jens Gyarmaty, VAA



**STEFAN  
LADEBURG**



**THOMAS  
SPILKE**



**CATHARINA  
EINBACHER**

Die Mitglieder in den neuen Bundesländern sowie in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden vom VAA-Büro Berlin betreut. Leiter des Berliner Büros ist Rechtsanwalt Stefan Ladeburg.

Im Assistenzbereich bilden Mareike Brose, Janett Creydt und Sarah Köppe das Team des Berliner VAA-Büros.

## **II. INTERESSENVERTRETUNG**

### **TARIFSITUATION**

Der VAA tarift die Mindestjahresbezüge für akademisch gebildete naturwissenschaftlich und technische Angestellte in der chemischen Industrie im zweiten Beschäftigungsjahr. Der entsprechende Tarifvertrag mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) wurde am 9. Dezember 2019 in Köln abgeschlossen.

Für das Jahr 2019 betragen die tariflichen Mindestjahresbezüge im zweiten Beschäftigungsjahr demnach 66.750 Euro für diplomierte Angestellte und Angestellte mit Masterabschluss und 77.775 Euro für Angestellte mit Promotion, für 2020 betragen sie 67.600 Euro respektive 78.750 Euro.

Für das Jahr 2021 betragen die Mindestjahresbezüge 68.550 Euro respektive 79.875 Euro.

### **MITBESTIMMUNG**

#### **SPRECHERAUSSCHÜSSE**

In den Sprecherausschüssen der leitenden Angestellten kann der VAA einen hohen Organisationsgrad vorweisen: Rund 85 Prozent aller Sprecherausschussmitglieder sind zugleich Mitglied im VAA. In über 90 Prozent der Chemie- und Pharmaunternehmen stellt der VAA zudem die Vorsitzenden beziehungsweise die Stellvertretenden Vorsitzenden der Sprecherausschüsse. Konkret sind etwa 400 Mitglieder aus den Sprecherausschüssen zugleich im Verband organisiert.

#### **BETRIEBSRÄTE**

2018 haben die Betriebsratswahlen in den Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie zuletzt stattgefunden, bei denen zahlreiche VAA-Kandidaten erfolgreich abgeschnitten haben und das Gesamtergebnis für den VAA erneut steigern konnten. 2022 finden die nächsten Betriebsratswahlen statt. Zum Jahresbeginn Anfang 2021 hatten VAA-Mitglieder in über 120 Betrieben insgesamt

245 Mandate inne. Davon betrug der Anteil weiblicher Betriebsratsmitglieder 33 Prozent.

## AUFSICHTSRÄTE

Zu Beginn des Jahres 2021 hatten VAA-Mitglieder in 40 mitbestimmten Unternehmen 61 Aufsichtsratsmandate inne, und zwar

- 32 Sitze der leitenden Angestellten
- 12 Arbeitnehmersitze
- 17 Gewerkschaftssitze

Hinzu kommen zwei Sitze in einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE) sowie fünf weitere Aufsichtsratsmandate in Aufsichtsräten nach dem Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG).

## UMFRAGEN

Ein äußerst effizientes Mittel der Verbandspolitik sind wissenschaftlich begleitete Mitgliederumfragen. Sie bieten statistisch valide Informationen über die hoch spezialisierte, aktiv das Wirtschaftsleben prägende Gruppe der Führungskräfte. Daher finden die VAA-Umfrageergebnisse regelmäßig Beachtung – sowohl in den überregionalen Medien als auch in den Personalabteilungen der Unternehmen.

- Einkommensumfrage
- Befindlichkeitsumfrage
- Chancengleichheitsumfrage
- Studentenumfrage



### III. JURISTISCHER SERVICE

Der Juristische Service zählt zu den Kerndienstleistungen des Verbandes. Er bietet weit mehr als eine normale Rechtsschutzversicherung. Denn die VAA-Juristen prüfen Verträge, verhandeln mit Arbeitgebern, greifen frühzeitig ein, bevor ein Streit eskaliert. Von den VAA-Mitgliedern wird die effiziente und kostenfreie Beratung der VAA-Juristen hochgeschätzt und rege genutzt.

Da die auf die besonderen Belange von außertariflichen und leitenden Angestellten spezialisierten Rechtsanwälte die Besonderheiten der Branche kennen, können in vielen Fällen schon im Vorfeld erfolgreiche Resultate erzielt werden – ohne langwierige Prozesse. Außerdem nehmen viele Absolventen und Berufsanfänger die Expertise der VAA-Juristen in Anspruch, beispielsweise um Beurteilungen von Erstanstellungsverträgen einzuholen.









